



Zeichenerklärung

[n] oder -	= Nichts vorhanden (genau Null bzw. keine Veränderung eingetreten)	()	= Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher
0 bzw. 0,0	= Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit	[D] oder D	= Durchschnitt
[g] oder .	= Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht	[p] oder p	= vorläufige Zahl
[x] oder x	= Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu	[r] oder r	= berichtigte Zahl
[z] oder ...	= Angabe fällt später an	[s] oder s	= geschätzte Zahl
[u] oder /	= Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ	[dav.] oder dav.	= davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet
		[dar.] oder dar.	= darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt

Qualität

Sollte dem LSN nach Veröffentlichung dieser Publikation ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter:

www.statistik.niedersachsen.de > Veröffentlichungen > Sonstige Veröffentlichungen > Niedersachsen-Monitor.

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:
margret.koch-sterrenberg@statistik.niedersachsen.de
Tel.: 0511 9898 - 3111

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:
Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134
Fax: 0511 9898 - 99 1134
E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de
Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen
Postfach 91 07 64
30427 Hannover
Preis: 13,50 €

Erscheinungsweise: jährlich
Erschienen im Dezember 2021

Titelseite Bildrechte: *stock.adobe.com*: Blickfang; Robert Kneschke; Kzenon; TIMDAVIDCOLLECTION; Tobias Arhelger; tomoh29 und LSN
ISSN 1432-5756

PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:
www.statistik.niedersachsen.de
> Veröffentlichungen > Sonstige Veröffentlichungen
> Niedersachsen-Monitor



© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2021.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Einführung.....	5
Die wichtigsten Ergebnisse.....	6
Bevölkerung.....	11
Familie und Beruf.....	19
Erwerbstätigkeit.....	29
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen.....	37
Finanzen.....	54
Schulische und berufliche Qualifikation.....	65
Wissenschaft und Kultur.....	72
Umwelt und Energie.....	82
Soziales, Sicherheit.....	91
Gleichstellung von Frauen und Männern.....	102
Kartenansicht:	
Deutschland und seine Länder.....	107

Einführung

Der *Niedersachsen-Monitor* trägt mittels eines systematischen Bund-Länder-Vergleichs zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 24. Mal.

Methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien:

- Alle 75 Tabellen basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt. Soweit möglich handelt es sich um endgültige Ergebnisse.
- Die Tabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden in der Regel die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
- Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen dazu, Strukturen und Entwicklungen des Landes vergleichend darzustellen und zu untersuchen. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und durch Diagramme visualisiert.
- Die Tabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert – bei Redaktionsschluss war das in dieser Ausgabe meist 2020, sonst 2019 oder früher –, sowie das Vorjahresergebnis und einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
- Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar. Zahlenwerte in den Tabellen sind ggf. gerundet, die grafische Darstellung erfolgt ohne Rundung. Bei Beziehungszahlen je Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30.6. des betrachteten Jahres zu Grunde gelegt.
- Am Ende der Kapitel verweisen Informationen auf Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen für Deutschland und seine 16 Länder.
Für Niedersachsen wird darüber hinaus in vielen Fällen u. a. auf weiterführende Produkte des LSN mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie z. B. [Statistische Berichte](#), die [LSN-Online-Regionaldatenbank](#) sowie das im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung bereitgestellte [Online-Regionalmonitoring Niedersachsen](#).

Hinweis:

- Die Tabellen und Textabschnitte mit Daten aus dem Mikrozensus 2019 wurden nicht aktualisiert. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2020 sind unter anderem aufgrund methodischer Effekte im Rahmen einer Neugestaltung der Erhebung sowie insbesondere aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie in ihrer Datenqualität eingeschränkt. Auf die Verwendung dieser Ergebnisse wird daher verzichtet.
Weitere Informationen zur methodischen Neugestaltung des Mikrozensus ab 2020 und zu den Auswirkungen der Neugestaltung und der Corona-Krise auf die Ergebnisse des Jahres 2020 finden Sie auf der [Informationsseite des Statistischen Bundesamtes](#).

Der Niedersachsen-Monitor 2021 entstand unter der redaktionellen Leitung von Dr. Margret Koch-Sterrenberg. Die Texte wurden erstellt von Sascha Ebigt, Jenny Gentz, Patrick Heldt, Heiko Irps, Dr. Margret Koch-Sterrenberg, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Ralf Martins, Sibylle Sauer, Rita Skorka, Carola Steenhoff und Dr. Margot Thomsen.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: <http://www.statistik.niedersachsen.de>.

Die wichtigsten Ergebnisse

Bevölkerung

Niedersachsens Bevölkerungszahl steigt weiter

- Die Bevölkerungszahl Niedersachsens stieg 2020 auf gut 8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von 9 813 Personen bzw. 0,1 % (Deutschland: -11 680 Personen).
- Insgesamt gab es von 2015 bis 2020 in Niedersachsen trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund des Wanderungsgewinns.

Familie und Beruf

Quoten in der Kindertagesbetreuung steigen – Anteil Privathaushalte mit Internetanschluss über dem Bundesdurchschnitt

- Die Quoten der in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreuten Kinder stiegen 2020 in Niedersachsen, blieben jedoch bei der Ganztagsbetreuung unter dem westdeutschen Durchschnitt: Bei den unter 3-Jährigen wurden 32,9 % betreut, ganztätig waren es 14,0 %. Die Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen erreichte eine Quote von 37,6 %.
- Über einen Internetzugang verfügten 2020 in Niedersachsen 93,8 % aller Privathaushalte, das waren 1,1 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (Deutschland: 92,1 %; +1,3 Prozentpunkte).

Erwerbstätigkeit

Deutlich weniger Minijobs – höhere Arbeitslosenquote – Zahl der Erwerbstätigen sinkt durchschnittlich

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2020 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 %, während die Zahl der Minijobs um 8,6 % sank (Deutschland: -0,3 % bzw. -8,3 %).
- Zugleich stieg die Arbeitslosenquote in Niedersachsen um 0,8 Prozentpunkte auf 5,8 % und bundesdurchschnittlich um 0,9 Prozentpunkte auf 5,9 %.
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, sank 2020 auf rund 4,11 Mio. Personen; der Rückgang um 1,0 % lag im Bundesdurchschnitt.

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Wirtschaft schrumpft wie im Bundesdurchschnitt

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 4,9 % und damit genauso stark wie der Bundesdurchschnitt. Das BIP je erwerbstätiger Person lag 2020 bei knapp 72 000 Euro und damit bei 96,7 % des Bundesdurchschnitts.
- Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2020 um real 8,0 % und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (-7,5 %). Im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) ging die BWS in Niedersachsen real um 4,1 % zurück und damit etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (-4,3 %).
- Die Zahl der Gästeübernachtungen ging 2020 im Vergleich zum Vorjahr drastisch zurück, in Niedersachsen um 35,0 % (Deutschland: -39,0 %).

Verdienste sinken und bleiben unter dem Bundesdurchschnitt

- Das verfügbare Einkommen pro Kopf lag 2019 in Niedersachsen bei 22 812 Euro (96,2 % des Bundesdurchschnitts). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 3,4 % (Deutschland 2,8 %).
- Die Bruttojahresverdienste der abhängig Beschäftigten (ganzjährig Vollzeitbeschäftigte) nahmen 2019 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % zu und lagen damit bei 94,5 % des Bundesdurchschnitts.

Finanzen

Ausgaben steigen stärker als Einnahmen

- Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Einnahmen des Landes und der Kommunen in Niedersachsen um 3,7 % auf 6 910 Euro pro Kopf (Deutschland: +1,7 % auf 7 374 Euro pro Kopf) und die Ausgaben um 13,6 % (Deutschland: +11,1 %).
- Im Jahr 2020 wurden in allen Ländern Finanzierungsdefizite (die Ausgaben überstiegen die Einnahmen) ausgewiesen. Das Finanzierungsdefizit bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt betrug für Niedersachsen -0,5 % (Deutschland: -0,9 %).
- Der Schuldenstand pro Kopf belief sich Ende 2020 in Niedersachsen auf 9 821 Euro und lag damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 9 256 Euro pro Kopf.

Mehr Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss – Hochschulqualifikation stabil

- Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss stieg in Niedersachsen 2019 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 6,8 % (Deutschland: 6,9 %).
- In der beruflichen Bildung verringerte sich 2020 gegenüber 2015 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung um 10,2 % (Deutschland: -8,3 %) und in der Aufstiegsfortbildung um 29,4 % (Deutschland: -20,0 %).
- Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger lag 2019 in Niedersachsen mit 40,1 % weiterhin deutlich unter der bundesweiten Quote von 57,6 %.
- Während die Studierendenzahl nahezu unverändert war, verzeichnete die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums Zuwächse.

Schulische und berufliche Qualifikation

Wissenschaft und Kultur

Anteil erneuerbarer Energien höher – Energiebedingte CO₂-Emissionen rückläufig

- Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung lag 2018 in Niedersachsen nach einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte bei 47,5 % (Deutschland: 35,2 %).
- Die energiebedingten CO₂-Emissionen waren 2018 in Niedersachsen mit rund 63,4 Mio. Tonnen um 1,5 % niedriger als im Vorjahr (Deutschland: -4,1 %).
- Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2016 bis 2019 bei 5,1 ha pro Tag und bundesweit bei rund 52,0 ha pro Tag.

Umwelt und Energie

Anteil Personen in SGB II-Haushalten konstant – Anteil Pflegebedürftiger steigt

- Der Anteil der Personen unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung lag in Niedersachsen im Dezember 2020 unverändert zum Vorjahresmonat bei 8,7 % (Deutschland: 8,5 %).
- Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung erhöhte sich 2019 in Niedersachsen gegenüber 2017 um 0,8 Prozentpunkte auf 5,7 % (Deutschland: 5,0 %).

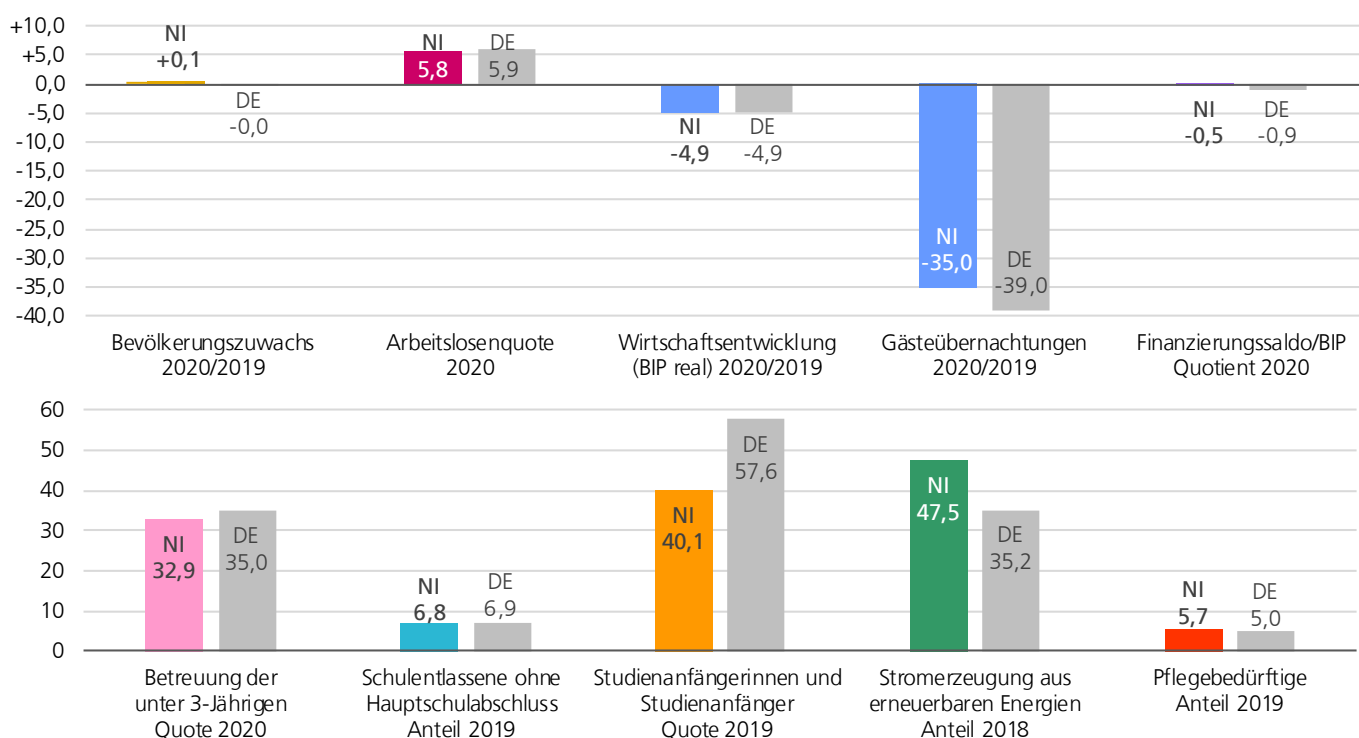
Soziales, Sicherheit

Gleichstellung der Geschlechter geht langsam voran

- Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs sank in Niedersachsen 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte auf 61,2 % (Deutschland: 60,7 %).
- Frauen in Niedersachsen verdienten 2020 im Durchschnitt pro Stunde etwa 19 % weniger als Männer. Damit lag der unbereinigte Gender Pay Gap 3 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2015 (Deutschland: 18 %; -4 Prozentpunkte).

Gleichstellung von Frauen und Männern

Veränderungen, Quoten und Anteile in Niedersachsen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland – Prozent –



Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr. / Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändgr. 1 ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	Höchster Wert	Niedrigster Wert	Wert
Bevölkerung								
T1 Bevölkerungsstand	2020	Anzahl	8 003 421	↗	4 ■■■■	17 925 570	680 130	83 155 031
Anteil der Ausländer/-innen	2020	%	9,9	↗	10 ■■■■■■■■	19,6	4,8	12,7
T1a Anteil der 65-Jährigen und Älteren	2020	%	22,3	↗	8 ■■■■■■	27,4	18,2	22,0
T2 Lebendgeborene	2020	Anzahl	74 119	↗	4 ■■■■	170 038	6 968	773 144
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	9,3	↗	8 ■■■■■■	11,0	7,4	9,3
Geburtenüberschuss/-defizit je 1 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	-2,9	↘	9 ■■■■■■	+1,1	-8,1	-2,6
T3 Wanderungssaldo insgesamt	2020	Anzahl	+34 293	↘	1 ■	+34 293	-1 958	+220 251
Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	+4,3	↘	4 ■■■■	+9,8	-0,5	+2,6
T4 Eingebürgerte	2020	Anzahl	8 880	↘	5 ■■■■	24 695	510	109 880
Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	2020	%	21,8	↘	11 ■■■■■■■■	34,4	14,5	25,8
Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	2020	%	2,7	↘	8 ■■■■■■	3,5	1,7	2,2
Familie und Beruf								
T5 Betreuungsquote unter 3-Jährige	2020	%	32,9	↗	9 ■■■■■■	58,3	29,0	35,0
Ganztagsbetreuungsquote unter 3-Jährige	2020	%	14,0	↗	14 ■■■■■■■■■■	51,9	11,2	19,6
Personalschlüssel	2020	Anzahl	3,7	→	9 ■■■■■■	5,9	3,0	4,1
T6 Ganztagsbetreuungsquote 3- bis unter 6-Jährige	2020	%	37,6	↗	14 ■■■■■■■■■■	92,2	25,3	47,9
T8 Erwerbstätige (Wohnort) in Teilzeitarbeit – Frauenanteil	2019	%	78,8	↘	4 ■■■■	81,2	62,2	77,2
T9 Alleinerziehende – Frauenanteil	2019	%	84,2	↗	9 ■■■■■■	86,8	80,5	84,4
T10 Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	48,5	↘	4 ■■■■	59,4	25,8	44,9
T11 Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	18,6	↘	5 ■■■■	20,5	14,9	17,3
T12 Haushalte mit Internetzugang	2020	%	93,8	↗	4 ■■■■	(95,0)	86,2	92,1
Erwerbstätigkeit								
T13 Erwerbstätige (Wohnort) – Selbstständigenquote	2019	%	8,4	↘	14 ■■■■■■■■■■	14,4	7,2	9,3
Erwerbstätige – Anteil mit akademischem Abschluss	2019	%	18,8	↗	11 ■■■■■■■■	40,0	14,3	22,1
T14 Erwerbstätigenquote der Frauen	2019	%	71,9	↗	10 ■■■■■■■■	76,7	67,8	72,8
Erwerbstätigenquote der Männer	2019	%	80,0	↗	7 ■■■■■■	83,9	75,7	80,5
T15 Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) insg. (30.6.)	2020	Anzahl	3 016 855	↗	4 ■■■■	6 974 006	332 520	33 322 952
Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) – Frauenanteil	2020	%	46,0	↗	11 ■■■■■■■■	50,5	44,3	46,3
T16 Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte (30.6.)	2020	Anzahl	447 370	↘	4 ■■■■	1 061 065	39 390	4 259 958
Ausschl. geringf. entlohnte Beschäftigte – Frauenanteil	2020	%	61,2	↘	5 ■■■■	64,0	50,8	60,7
T17 Arbeitslosenquote (ziv. Erwerbspers., Jahresdurchschnitt)	2020	%	5,8	↗	11 ■■■■■■■■	11,2	3,6	5,9
Unterbeschäftigtenquote (ohne Kurzarbeit)	2020	%	7,4	↗	12 ■■■■■■■■	14,3	4,7	7,6
T18 Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Männer	2020	%	6,4	↗	11 ■■■■■■■■	12,5	4,0	6,3
Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Frauen	2020	%	4,7	↗	10 ■■■■■■■■	8,6	2,7	4,5
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen								
T19 Veränderung Bruttoinlandsprodukt insgesamt (real)	2020/19	%	-4,9	↘	10 ■■■■■■■■	-3,2	-7,0	-4,9
T20 Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt (ETR)	2020	in 1 000	4 113,2	↘	4 ■■■■	9 558,0	432,9	44 818,0
T21 BWS – Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2020	%	1,7	↘	3 ■■■■	2,8	+0,0	0,7
T22 BWS – Anteil im Produzierenden Gewerbe	2020	%	32,0	↘	5 ■■■■	37,9	14,2	29,0
T23 BWS – Anteil der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche	2020	%	66,4	↗	12 ■■■■■■■■	85,8	61,7	70,3
T24 Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen	2020	Anzahl	45,0	↘	9 ■■■■■■	99,5	30,5	48,2
T25 Lieferungen und Leistungen – KMU-Anteil	2019	%	37,0	↗	8 ■■■■■■	77,0	19,1	35,8
T28 Gästeübernachtungen je 10 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	38	↘	6 ■■■■	173	16	36
T29 Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in	2019	€	22 812	↗	8 ■■■■■■■■	26 256	20 504	23 706
T30 Verdienstabstand von Frauen zu Männern	2020	%	19	↘	6 ■■■■	23	5	18
T31 Investitionen Verarb. Gewerbe/Bergbau je tätiger Person	2019	€	11 787	↗	6 ■■■■	15 236	9 414	10 824
T32 Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	40	↘	3 ■■■■	123	7	51
T33 Export – Anteil an der deutschen Ausfuhr	2020	%	8,3	↘	4 ■■■■	20,8	0,9	100
T34 Import – Anteil an der deutschen Einfuhr	2020	%	8,2	↘	5 ■■■■	22,2	0,6	100
Finanzen (Länder, Gemeinden, -verbände, Sozialvers.)								
T36 Einnahmen je Einwohner/-in	2020	€	6 910	↗	12 ■■■■■■■■	11 062	6 634	7 374
Steuereinnahmequote	2020	%	64,8	↘	5 ■■■■	70,0	54,5	64,2
T37 Kassenmäßige Steuereinnahmen je Einwohner/-in	2020	€	4 479	↘	10 ■■■■■■■■	6 337	4 035	4 736
T38 Ausgaben je Einwohner/-in	2020	€	7 086	↗	14 ■■■■■■■■■■	11 603	6 761	7 753
T39 Personalausgaben je Einwohner/-in	2020	€	2 864	↗	9 ■■■■■■	3 842	2 492	2 915
Personalausgabenquote	2020	%	40,4	↘	3 ■■■■	43,0	32,9	37,6
T40 Zinsausgaben an den Kreditmarkt je Einwohner/-in	2020	€	110	↘	13 ■■■■■■■■	916	19	143
T41 Finanzierungssaldo je Einwohner/-in	2020	€	-177	↘	6 ■■■■	-40	-719	-379
T42 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich je Einw.	2020	€	9 821	↗	9 ■■■■■■	57 823	1 818	9 256
T43 Länderfinanzausgleich (LFA) u. BEZ der Länder je Einw.	2020	€	269	↗	9 ■■■■■■	1 617	-592	107

Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr. / Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland	
			Wert	Verändgr. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	Höchster Wert	Niedrigster Wert	Wert	
Schulische und berufliche Qualifikation									
T44	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2019	Anzahl	5 424	↗	4 ■■■■	11 422	607	52 834
	Anteil Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2019	%	6,8	↗	11 ■■■■■■■■	11,6	5,1	6,9
T45	Frühe Schulabgänger/-innen (18 bis unter 25 Jahre)	2019	%	11,9	↗	5 ■■■■	16,0	7,6	10,3
T46	Schulentlassene mit Hochschulreife (ABS, BBS)	2019	Anzahl	32 363	↗	4 ■■■■	84 197	2 700	331 650
	Abiturientenquote	2019	%	37,5	↗	12 ■■■■■■■■	54,5	32,1	40,2
	Studienberechtigtenquote	2019	%	50,8	↘	7 ■■■■	60,5	38,4	50,2
T48	Duale Berufsausbildung – Abschlussprüfungen	2020	Anzahl	40 044	↘	4 ■■■■	86 043	4 056	380 184
T49	Berufliche Fortbildung – Abschlussprüfungen	2020	Anzahl	6 933	↘	4 ■■■■	20 091	702	78 285
Wissenschaft und Kultur									
T50	Studienanfänger/-innen (1. Semester; am Studienort)	2019	Anzahl	36 103	↘	6 ■■■■	119 212	6 329	508 689
	Anteil Studienanfängerinnen	2019	%	51,8	→	8 ■■■■■■■■	56,3	49,6	51,8
	Studienanfängerquote (an Geb.jahrgänge; Studienort)	2019	%	40,1	↗	15 ■■■■■■■■	99,6	35,3	57,6
T51	Studierende im Wintersemester	2019	Anzahl	210 224	↗	5 ■■■■	775 836	31 329	2 891 049
	Studierende im Wintersemester – Frauenanteil	2019	%	49,4	↗	11 ■■■■■■■■	54,9	47,5	49,3
	Studierende – Anteil Bildungsausländer/-innen	2019	%	9,8	↗	12 ■■■■■■■■	18,3	6,6	11,1
T52	Absolventen (Erststudium)	2019	Anzahl	24 389	↗	5 ■■■■	67 391	4 090	310 747
	Absolventen (Erststudium) – Frauenanteil	2019	%	54,8	↗	6 ■■■■	58,0	50,4	53,6
T53	Bestandene Promotionen	2019	Anzahl	2 240	↗	4 ■■■■	5 811	285	28 690
	Bestandene Promotionen – Frauenanteil	2019	%	46,6	↗	7 ■■■■	52,4	43,2	45,4
T54	Professuren an Hochschulen	2019	Anzahl	3 730	↗	6 ■■■■	10 223	507	48 547
	Professuren – Frauenanteil	2019	%	27,6	↗	5 ■■■■	32,9	21,1	25,6
T55	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden	2017	€	16 600	↗	2 ■■	16 800	11 700	13 700
T56	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einw.	2019	€	1 206	↗	7 ■■■■	2 731	450	1 319
T57	Öffentliche Ausgaben für Kultur (Grundmittel) je Einw.	2017	€	99	↗	12 ■■■■■■■■	310	80	165
Umwelt und Energie³⁾									
T58	Wasserverbrauch (Haush., Kleingew.) je versorgte Einw.	2016	Liter/Tag	126,9	(((↗)))	5 ■■■■	139,9	90,1	122,7
T59	Aufkommen an Haushaltsabfällen je Einwohner/-in	2019	kg	511	↘	2 ■■	525	339	457
	„HH.abfälle – getrennte Wertstoffe je Einwohner/-in	2019	kg	165	↗	2 ■■	168	107	146
T60	Primärenergieverbrauch (PEV)	2018	Mio. kWh	374 613	↗	4 ■■■■	1 035 773	43 048	3 646 944
	Anteil erneuerbarer Energien am PEV	2018	%	20,4	↗	4 ■■■■	41,5	4,7	13,7
T61	Stromerzeugung	2018	Mio. kWh	89 847	↗	2 ■■	150 851	7 030	634 600
	Anteil Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	2018	%	47,5	↗	6 ■■■■	60,3	5,3	35,2
T62	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus PEV je Einw.	2018	t	7,9	↘	7 ■■■■	22,8	4,3	8,5
T63	Waldzustand – deutliche Kronenverlichtung	2020	%	23	↘	14 ■■■■■■■■	55	15	37
T64	Siedlungs- und Verkehrsfläche	2019	km ²	6 734	↗	3 ■■	8 552	237	49 983
	Flächenverbrauch – Siedlungs- und Verkehrsfläche	2016-19	ha/Tag	5,1	↘	3 ■■	+10,6	-0,2	52,0
T65	Ökologisch bewirtschaftete Fläche	2020	1 000 ha	145,6	(((↗)))	5 ■■■■	376,4	0,3	1 637,5
	Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche	2020	%	5,7	(((↗)))	16 ■■■■■■■■	22,8	5,7	9,9
Soziales, Sicherheit									
T66	Armutsgefährdungsquote	2019	%	16,0	↗	8 ■■■■■■■■	18,5	12,4	15,9
	Armutsgefährdungsquote – Alleinerziehende	2019	%	43,5	↗	5 ■■■■	48,3	29,6	42,7
	Armutsgefährdungsquote – Erwerbslose	2019	%	57,5	↗	10 ■■■■■■■■	67,8	49,2	57,9
T67	SGB II-BG – Personen je 100 Einw. bis Regelaltersgrenze	2020	Anzahl	8,7	↘	9 ■■■■■■■■	18,7	4,0	8,5
	SGB II-Bedarfsgem. – Anteil Minderjährige an Bevölkrg.	2020	%	13,9	↗	9 ■■■■■■■■	31,5	6,4	13,5
T68	Mindestsicherungsquote	2019	%	8,5	↘	9 ■■■■■■■■	17,3	4,3	8,3
T69	Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	8,5	↘	2 ■■	9,4	2,8	5,0
T70	Pflegebedürftige – Anteil an der Bevölkerung	2019	%	5,7	(((↗)))	6 ■■■■	6,4	3,7	5,0
T71	Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche	2020	Anzahl	34	↘	12 ■■■■■■■■	65	15	33
T72	Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene	2020	Anzahl	116	↘	13 ■■■■■■■■	253	85	128
T73	Straftaten je 100 000 Einwohner/-innen	2020	Anzahl	6 219	↘	11 ■■■■■■■■	13 739	4 528	6 386
	Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einw.	2020	Anzahl	97	↘	9 ■■■■	221	32	90
T74	Straßenverkehr – Verunglückte je 100 000 Einw.	2020	Anzahl	442	↘	3 ■■	481	310	397

1) Wert-Veränderung: → gleicher Wert, ↗ Anstieg (nicht bewertet), ↘ Rückgang (nicht bewertet), ↗/↘ positiv bewertet, ↗/↘ negativ bewertet, (↘) eingeschränkt vergleichbar, ((↘)) 2-jähriger Vergleich, (((↘))) 3-jähriger Vergleich, ((((↘)))) 4-jähriger Vergleich.

2) Ungewertete Position des Wertes für Niedersachsen im Ländervergleich: 1 ■ = höchster Wert, 16 ■■■■■■■■ = niedrigster Wert; dabei ist zu beachten, dass je nach Indikator ein niedriger oder ein hoher Wert positiv bewertet sein kann, d. h. der höchste Wert kann der schlechteste sein und der niedrigste der beste. Die Positionierung berücksichtigt bei Dezimalzahlen alle Nachkommastellen.

3) Bei den Indikatoren zu T60, T61, T62, T63 und T64 sind die Position sowie der höchste und niedrigste Wert unter den verfügbaren Länderwerten ausgewiesen.

Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2021

Die wirtschaftliche Entwicklung war 2021 deutlich positiv im Vergleich zum pandemie-geprägten Jahr 2020:

- Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Niedersachsens stieg im 1. Halbjahr 2021 gegenüber dem 1. Hj. 2020 real um 3,9 % (Deutschland: 2,9 %). Im Ländervergleich war dies der drittstärkste Anstieg; am stärksten stieg das BIP in Baden-Württemberg (+5,5 %).
- Die **Arbeitslosigkeit** lag im Juni 2021 in Niedersachsen bei 5,5 % und damit 0,5 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: 5,7 %; -0,5 Prozentpunkte).
- Die **Unterbeschäftigungsquote** (ohne Kurzarbeit) sank in Niedersachsen auf 7,1 % und in Deutschland auf 7,3 %, ein Rückgang jeweils um 0,5 Prozentpunkte.

Die **Erwerbstätigenzahlen** im 1. Quartal 2021 waren niedriger als im 1. Quartal 2020 (vor der Pandemie). Die Zahl der am Arbeitsort gezählten Erwerbstätigen in Niedersachsen sank um 1,6 % auf rund 4,07 Mio. Personen (Deutschland: -1,6 %).

Die **„bekämpfte Armut“**, gemessen am Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung bis zur Regelaltersgrenze, lag im April 2021 in Niedersachsen bei 8,9 % (Deutschland: 8,7 %). Damit sank die SGB II-Quote in Niedersachsen gegenüber dem April des Vorjahres um 0,2 Prozentpunkte (Deutschland: -0,1 Prozentpunkte).

Die Quote der in **Kindertageseinrichtungen** betreuten Kinder unter 3 Jahren lag am 1. März 2021 in Niedersachsen bei 31,9 %, ein Minus von 1,0 Prozentpunkten im Vergleich zum 1. März 2020 vor der Pandemie (Deutschland: 34,4 %; -0,5 Prozentpunkte). In dieser Altersgruppe verringerte sich die Zahl in Niedersachsen um 2 049 betreute Kinder.

Aktuelle Entwicklungen 2021

Land	Veränderung des BIP (real) – vorläufige Ergebnisse ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾ (am Arbeitsort)	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote ³⁾	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) ⁴⁾	SGB II-Quote ⁵⁾	Veränderung der SGB II-Quote	Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen ⁶⁾
	1. Hj 2021/ 1. Hj 2020	1. Vj 2021	1. Vj 2021/ 1. Vj 2020	Juni 2021	Juni 2021/ Juni 2020	Juni 2021	April 2021	April 2021/ April 2020	1.3.2021
	%	in 1 000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte	%
Baden-Württemberg	+5,5	6 255	-1,6	3,9	-0,5	5,0	5,2	+0,1	28,7
Bayern	+3,7	7 567	-1,6	3,4	-0,5	4,4	4,1	+0,1	29,3
Berlin	+2,1	2 049	-1,4	9,8	-0,7	12,2	17,0	-0,1	45,4
Brandenburg	+1,2	1 107	-1,2	5,8	-0,7	7,4	8,4	-0,4	56,6
Bremen	+1,2	429	-1,8	10,7	-0,9	13,7	19,0	-0,1	29,4
Hamburg	-0,4	1 275	-1,8	7,6	-0,6	9,7	12,9	+0,1	47,2
Hessen	+2,8	3 459	-1,7	5,1	-0,6	6,7	8,4	-0,1	31,3
Mecklenburg-Vorpommern	+1,3	734	-1,8	7,5	-0,5	9,7	10,1	-0,5	57,9
Niedersachsen	+3,9	4 065	-1,6	5,5	-0,5	7,1	8,9	-0,2	31,9
Nordrhein-Westfalen	+1,8	9 472	-1,6	7,4	-0,5	9,4	11,5	-0,1	29,6
Rheinland-Pfalz	+2,5	2 000	-1,5	5,0	-0,6	6,4	7,1	-0,2	29,2
Saarland	+2,3	518	-2,5	6,9	-0,7	9,2	11,2	-0,1	29,8
Sachsen	+4,3	2 029	-1,4	5,9	-0,4	7,5	8,5	-0,4	52,5
Sachsen-Anhalt	-0,1	981	-1,4	7,2	-0,9	10,0	11,6	-0,7	56,9
Schleswig-Holstein	+0,6	1 408	-1,1	5,6	-0,5	7,3	9,3	-0,3	35,2
Thüringen	+2,7	1 012	-1,9	5,6	-0,7	7,2	7,9	-0,4	53,8
Deutschland	+2,9	44 361	-1,6	5,7	-0,5	7,3	8,7	-0,1	34,4
Westdeutschland	+3,1	36 449	-1,6	5,4	-0,5	6,9	8,2	-0,1	30,6
Ostdeutschland	+2,2	7 912	-1,4	7,1	-0,6	9,1	11,0	-0,4	52,3

1) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2021 - vorläufige Ergebnisse.

2) Quelle: Erwerbstätigenrechnung, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Mai 2021.

3) Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg.

4) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, September 2021.

5) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (mit und ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter Regelaltersgrenze am 31.12.2020.

6) Anteil der betreuten unter 3-Jährigen in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung (einschließlich Kindertagespflege; Stichtag: 1.3.2021) an allen Kindern dieser Altersgruppe zum 31.12.2020.

Bevölkerung

Anstieg der Bevölkerung deutlich geringer als im Vorjahr

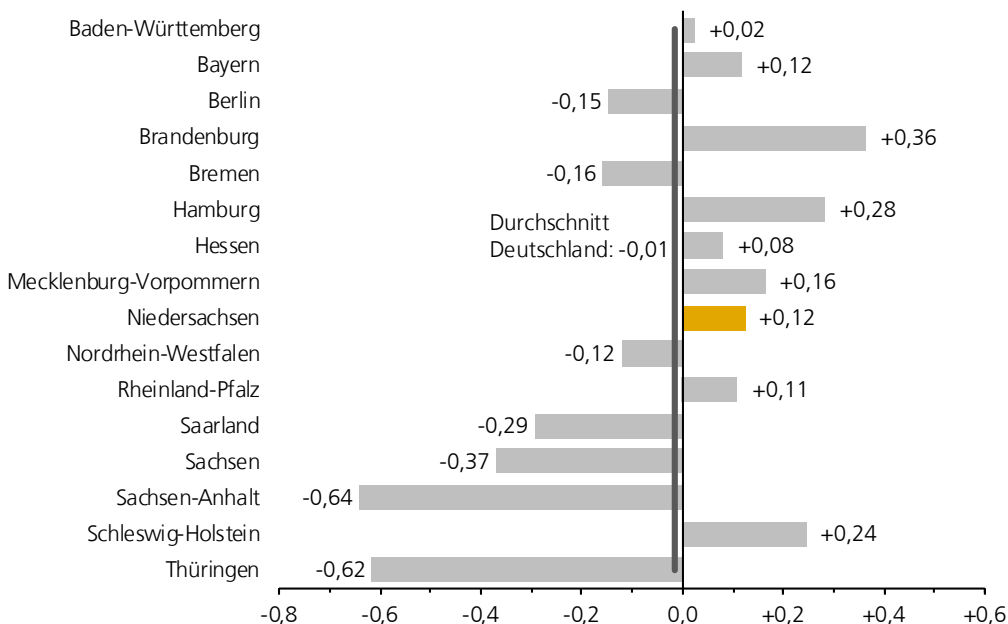
Die Bevölkerungszahl Niedersachsens stieg 2020 auf gut 8 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von 9 813 Personen bzw. 0,1 %. Der Anstieg fiel damit geringer aus als im Vorjahr (2019/18: +11 160 Personen). In Deutschland lebten Ende 2020 insgesamt knapp 83,2 Mio. Menschen; die Einwohnerzahl Deutschlands ist im Vorjahresvergleich das erste Mal seit Jahren minimal gesunken (-11 680 Personen).

Im Ländervergleich verlief die Bevölkerungsentwicklung unterschiedlich. Besonders stark stieg die Bevölkerungszahl in Brandenburg (+0,4 %) und Hamburg (+0,3 %). In 7 Ländern ging die Bevölkerungszahl zurück, am stärksten in Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils -0,6 %).

Bevölkerungszahl

T1

Veränderung der Bevölkerung 2020 gegenüber 2019 (jeweils 31.12.) – Prozent –



Im Vergleich 2020 gegenüber 2015 stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen um fast 77 000 Personen bzw. 1,0 % an. In Deutschland waren es knapp 1 Mio. Personen mehr (+1,2 %).

Durchschnittlich wohnten 2020 in Niedersachsen 168 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer (Deutschland: etwa 233 Personen). Im Ländervergleich hatte Niedersachsen 2020 weiterhin die niedrigste Bevölkerungsdichte in Westdeutschland (269 Personen). In Ostdeutschland (148 Personen) waren 4 der 5 Flächenländer weniger dicht besiedelt als Niedersachsen.

Bevölkerungsdichte

T1

Jugendanteil und Anteil älterer Menschen leicht über dem Bundesniveau

Im Jahr 2020 betrug der Anteil der unter 18-jährigen Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung in Niedersachsen 16,7 % (Deutschland: 16,5 %). Den höchsten Anteil wiesen Baden-Württemberg (17,0 %) und Hamburg (16,9 %) auf. Besonders gering war der Anteil der unter 18-Jährigen in Sachsen-Anhalt (14,8 %) und im Saarland (14,9 %).

Jugendanteil

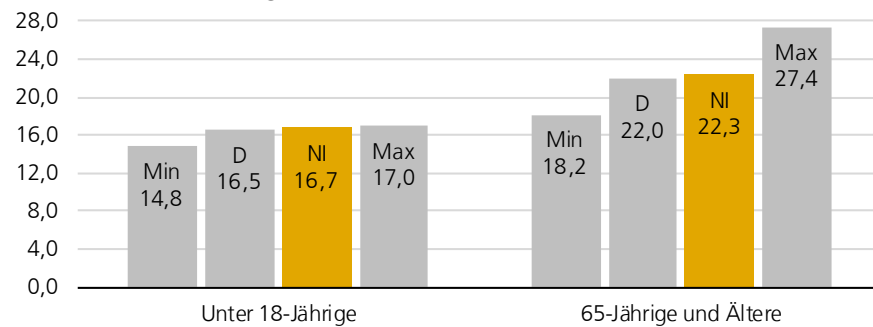
T1a

Anteil Ältere

T1a

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter lag 2020 in Niedersachsen bei 22,3 % (Deutschland: 22,0 %). Die Differenz zwischen Westdeutschland (21,3 %) und Ostdeutschland (24,8 %) betrug deutliche 3,5 Prozentpunkte. In den ostdeutschen Flächenländern gehörte mehr als ein Viertel (25,2 % bis 27,4 %) der Bevölkerung zu dieser Altersgruppe. In den Großstädten Hamburg und Berlin waren es hingegen weniger als ein Fünftel (18,2 % bzw. 19,3 %).

■ Anteil der unter 18-Jährigen sowie der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung 2020 – Prozent –



Durchschnittsalter

T1a

Ende 2019 lag das Durchschnittsalter in Niedersachsen bei 44,7 Jahren (Deutschland: 44,5 Jahre). Im Ländervergleich waren die ostdeutschen Flächenländer die „ältesten“ (46,9 bis 47,9 Jahre), die Großstädte Hamburg (42,1 Jahre) und Berlin (42,6 Jahre) die „jüngsten“.

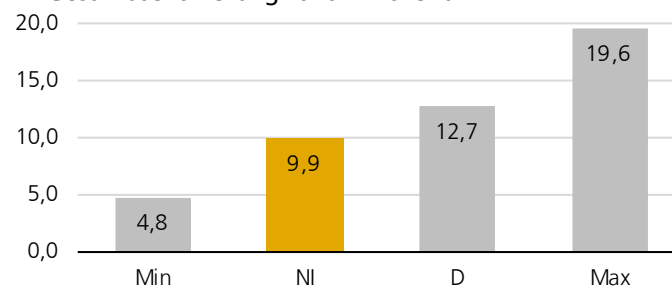
Anteil Ausländerinnen/ Ausländer

T1

Anteil der Ausländerinnen und Ausländer weiter einstellig

In Niedersachsen lebten 2020 laut Bevölkerungsfortschreibung annähernd 793 000 Ausländerinnen und Ausländer. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag mit 9,9 % unter dem westdeutschen Durchschnitt (13,8 %). Berlin wies mit 19,6 % den höchsten Anteil aus, die ostdeutschen Flächenländer die niedrigsten (4,8 % bis 5,4 %). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung (am 31.12.) nahm 2020 in allen Ländern zu, bundesweit auf 12,7 %. Dies ist auch mit der gesetzlich festgelegten Verteilung von Asylsuchenden auf die Länder nach dem Königsteiner Schlüssel zu erklären, der sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl bemisst. Die Aufnahmequote betrug für Niedersachsen 2020 gut 9,4 %.

■ Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung 2020 – Prozent –



EU-Staatsangehörigkeit

T1

Eine Staatsangehörigkeit aus einem anderen EU-Staat wiesen 2020 in Niedersachsen (laut Ausländerzentralregister) 41,0 % aller Ausländerinnen und Ausländer auf. In Bayern (50,5 %) und Baden-Württemberg (49,3 %) verfügte etwa die Hälfte der ausländischen Personen über eine EU-Staatsangehörigkeit; in den Stadtstaaten Bremen (30,5 %) und Hamburg (31,1 %) sowie Sachsen-Anhalt (31,9 %) traf dies auf weniger als ein Drittel der Ausländerinnen und Ausländer zu.

Geburten

T2

Weniger Geburten als Sterbefälle

Die Zahl der Lebendgeborenen stieg 2020 in Niedersachsen im Vergleich zu 2019 leicht um 833 Kinder auf 74 119 Geborene (+1,1 %; Deutschland: -0,6 %). Im mittelfristigen

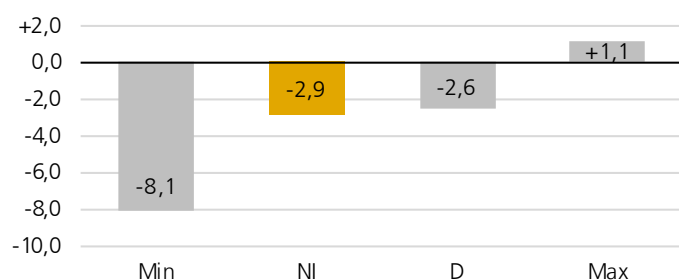
Vergleich zu 2015 stieg die Zahl in Niedersachsen um +10,3 % und damit stärker als im westdeutschen Durchschnitt (+7,2 %). In Ostdeutschland sank die Zahl der Geburten in diesem Zeitraum um -4,9 %.

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung war 2020 wie in den Vorjahren negativ: In Niedersachsen wurden knapp 23 000 Menschen weniger geboren als gestorben sind. Die Zahl der Sterbefälle stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,9 % an (Deutschland: +4,9 %). Dieser Anstieg ist nicht zwingend auf eine coronabedingte Übersterblichkeit zurückzuführen, aufgrund des bisherigen Trends zu einer steigenden Lebenserwartung (siehe unten) und den bisher absehbaren Verschiebungen in der Altersstruktur war ein Anstieg der Sterbefälle zu erwarten. Das Geburtendefizit je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug 2,9 Personen. Nur in Hamburg (+1,1) und Berlin (+0,3) ergab sich ein Geburtenüberschuss.

Geburtenüberschuss/-defizit

T2

■ Geburtendefizit/-überschuss je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2020 – Anzahl –



Lebenserwartung Neugeborener unter Bundesdurchschnitt

Lebenserwartung

T1a

Die (Perioden-)Sterbetafeln zeigen modellhaft auf, wie unter den derzeitigen Sterblichkeitsverhältnissen eine fiktive Grundgesamtheit von 100 000 lebend geborenen Mädchen bzw. Jungen im Zeitablauf verstirbt. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die vom individuellen Sterberisiko einer Person je nach gesundheitlicher Konstitution und persönlichen Lebensverhältnissen über- oder unterschritten werden können. Die Angabe zur Lebenserwartung Neugeborener gibt an, wie lange sie den aktuellen Lebensverhältnissen entsprechend durchschnittlich leben würden.

Nach den Ergebnissen der Sterbetafel 2018/2020 betrug die Lebenserwartung für Neugeborene in Niedersachsen bei den Mädchen 83,1 Jahre und bei den Jungen 78,3 Jahre (Deutschland: Frauen 83,4 Jahre; Männer: 78,6 Jahre). Die höchste Lebenserwartung bei Geburt wurde für Baden-Württemberg berechnet: für Frauen 84,3 Jahre und für Männer 79,9 Jahre. Die niedrigsten Werte ergaben sich für Frauen im Saarland (82,3 Jahre) und für Männer in Sachsen-Anhalt (76,5 Jahre).

Relativ hohe Zahl an Geburten je Frau (Geburtenziffer)

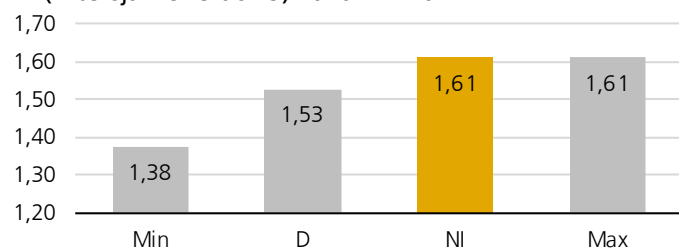
Geburtenziffer

T2

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekäme, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen von 15 bis 49 Jahren im betrachteten Jahr.

In Niedersachsen war 2020 die zusammengefasste Geburtenziffer mit 1,61 Kindern je Frau am höchsten, gefolgt von Brandenburg und Rheinland-Pfalz (jeweils 1,57). Besonders

■ Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) für Frauen (Altersjahre 15 bis 49) 2020 – Anzahl –



niedrige Geburtenziffern hatten dagegen Berlin (1,38) und Hamburg (1,42). Der Durchschnitt in Deutschland lag bei 1,53 Kindern je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren.

Wanderungssaldo

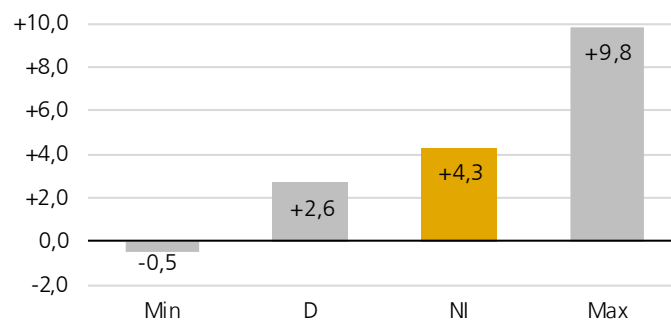
T3

Mehr Zuzüge als Fortzüge

Im Jahr 2020 sind insgesamt 34 293 Menschen mehr nach Niedersachsen gezogen als aus Niedersachsen fortzogen. Der Saldo ist damit – trotz Corona – nur unwesentlich niedriger als im Vorjahr (35 029 Personen). Der Wanderungssaldo mit dem Ausland (über die Grenzen des Bundesgebietes) betrug +27 149 und mit den anderen Ländern innerhalb des Bundesgebietes +7 144 Personen. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland war in allen Ländern positiv (Deutschland: +220 251 Menschen). Wanderungsgewinne innerhalb des Bundesgebietes verzeichneten 7 Länder, darunter insbesondere Brandenburg mit einem Plus von gut 19 400 Menschen.

Der Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner fiel 2020 in Niedersachsen mit +4,3 Personen etwas niedriger aus als im Vorjahr (2019: +4,4). Im Ländervergleich war dieser Indikator in Brandenburg (+9,8) und Mecklenburg-Vorpommern (+7,8) besonders hoch. Besonders niedrig war der Wanderungssaldo in Berlin (-0,5) sowie in Bremen und Thüringen (jeweils +0,7) (Deutschland: +2,6).

■ Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2020 – Anzahl –



Insgesamt gab es von 2015 bis 2020 in Niedersachsen und von 2015 bis 2019 in Deutschland trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund des Wanderungsgewinns.

Einbürgerungen

T4

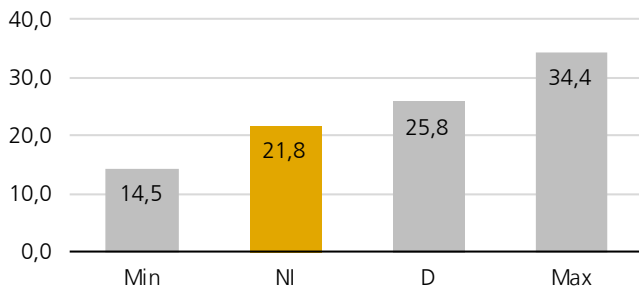
Zahl der Eingebürgerten gesunken

Eingebürgerte sind Personen, denen auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Sie werden zu deutschen Bürgerinnen und Bürgern und verfügen damit über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist z. B. bei Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Ehegatten und Kindern der einzubürgernden Person sowie Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen möglich. Sofern ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht und einige Mindestanforderungen erfüllt sind, kann die Einbürgerungsbehörde der Einbürgerung zustimmen (sogenannte Ermessenseinbürgerung).

Die Zahl der Einbürgerungen in Niedersachsen sank 2020 gegenüber 2019 um 18,8 % auf rund 8 880 Personen. Im Jahr 2019 lag die Zahl der Einbürgerungen mit 10 930 Einbürgerungen Brexit-bedingt deutlich höher. Im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2020 wurden gut 8 900 Personen pro Jahr aus Niedersachsen zu Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit erfolgten 2020 knapp 109 900 Einbürgerungen und damit 14,8 % weniger als im Vorjahr.

Mehr als ein Viertel der Personen, die 2020 in Deutschland eingebürgert wurden, kamen aus Staaten der Europäischen Union (25,8 %). In Niedersachsen lag der Anteil der Eingebürgerten aus EU-Staaten mit 21,8 % etwas niedriger. Die Spanne reichte in den Ländern von 14,5 % in Bremen bis 34,4 % in Bayern.

■ Anteil Einbürgerungen aus EU-Staaten an allen Einbürgerungen 2020 – Prozent –

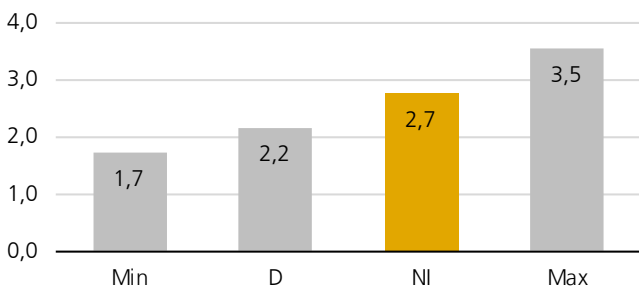


Der Indikator ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr. Das aEP ist ein internationaler Indikator vor allem für eine erfolgreiche rechtliche Integration.

In Niedersachsen lag das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential 2020 bei 2,7 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 2,2 %. Die höchsten Ausschöpfungsquoten erreichten Thüringen (3,5 %) und Sachsen (3,4 %). Dagegen wurden im Saarland (1,7 %) sowie in Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen (jeweils 1,8 %) deutlich weniger Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 10 Jahren eingebürgert.

Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential
T4

■ Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential 2020 – Prozent –



Die Niveaus der ausgeschöpften Einbürgerungspotentiale haben sich in den Ländern seit 2015 nicht wesentlich verändert. In Hamburg und Thüringen waren die Ausschöpfungsquoten am höchsten und lagen im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2020 bei 3,6 % bzw. 3,5 %. Besonders niedrige durchschnittliche Quoten erreichten Berlin (1,8 %), Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland (jeweils 2,0 %). In Niedersachsen betrug der Durchschnitt 2,8 %, wobei das Einbürgerungspotential 2019 einen deutlichen brexit-bedingten Anstieg erfuhr (+0,7 Prozentpunkte auf 3,4 %), um 2020 wieder auf das Niveau von 2018 zu sinken (2,7 %).

Informationen:

Bevölkerungszahlen, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): Statistiken Bevölkerung (124), Geburten, Geburtenziffer, Sterbefälle (126) und Wanderungen (127)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Bevölkerungsfortschreibung (100), Natürliche Bevölkerungsbewegung (110) und Wanderungsstatistik (120)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Bevölkerung
- **Ausländerinnen und Ausländer aus dem Ausländerzentralregister**: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Ausländische Bevölkerung - [Ergebnisse des Ausländerzentralregisters Fachserie 1 Reihe 2](#)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Ausländerzentralregister (105)
- Einbürgerungen: Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerung. [Einbürgerungen Fachserie 1 Reihe 2.1](#)
- [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#)
- [Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung](#): Integration > Migration und Teilhabe > Monitoring
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN): Themenbereiche > Analysen > [Integrationsmonitoring Niedersachsen](#)

Autorin: Dr. Margot Thomsen

Tabellen Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und Dichte 31.12.

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der Ausländer/-innen	Anteil EU-Ausländer/-innen AZR an Ausländer/-innen AZR ¹⁾	Einwohner/-innen je qkm ²⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen			
	2015	2019	2020					2020		2020/2015 ³⁾	2020/2019
	Anzahl							%		Anzahl	%
Baden-Württemberg	10 879 618	11 100 394	11 103 043	13,4	16,1	49,3	311	+2,1	+0,0		
Bayern	12 843 514	13 124 737	13 140 183	15,8	13,7	50,5	186	+2,3	+0,1		
Berlin	3 520 031	3 669 491	3 664 088	4,4	19,6	36,9	4 112	+4,1	-0,1		
Brandenburg	2 484 826	2 521 893	2 531 071	3,0	5,2	36,5	85	+1,9	+0,4		
Bremen	671 489	681 202	680 130	0,8	19,0	30,5	1 619	+1,3	-0,2		
Hamburg	1 787 408	1 847 253	1 852 478	2,2	16,8	31,1	2 453	+3,6	+0,3		
Hessen	6 176 172	6 288 080	6 293 154	7,6	16,9	44,0	298	+1,9	+0,1		
Mecklenburg-Vorpommern	1 612 362	1 608 138	1 610 774	1,9	4,8	41,2	69	-0,1	+0,2		
Niedersachsen	7 926 599	7 993 608	8 003 421	9,6	9,9	41,0	168	+1,0	+0,1		
Nordrhein-Westfalen	17 865 516	17 947 221	17 925 570	21,6	13,8	38,2	525	+0,3	-0,1		
Rheinland-Pfalz	4 052 803	4 093 903	4 098 391	4,9	11,8	46,8	206	+1,1	+0,1		
Saarland	995 597	986 887	983 991	1,2	11,8	47,4	383	-1,2	-0,3		
Sachsen	4 084 851	4 071 971	4 056 941	4,9	5,3	34,5	220	-0,7	-0,4		
Sachsen-Anhalt	2 245 470	2 194 782	2 180 684	2,6	5,3	31,9	107	-2,9	-0,6		
Schleswig-Holstein	2 858 714	2 903 773	2 910 875	3,5	8,6	36,9	184	+1,8	+0,2		
Thüringen	2 170 714	2 133 378	2 120 237	2,5	5,4	37,9	131	-2,3	-0,6		
Deutschland	82 175 684	83 166 711	83 155 031	100	12,7	42,8	233	+1,2	-0,0		
Westdeutschland	66 057 430	66 967 058	66 991 236	80,6	13,8	43,8	269	+1,4	+0,0		
Ostdeutschland	16 118 254	16 199 653	16 163 795	19,4	8,5	36,4	148	+0,3	-0,2		

1) Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2020 nach dem Ausländerzentralregister (AZR) war bundesweit etwa 8 % höher als die Zahl nach der Bevölkerungsfortschreibung.

2) Bodenfläche insgesamt am 31.12.2019.

3) Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik und als Folge die Entwicklung des Bevölkerungsstandes ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle (EU-Ausländerinnen und -Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2020

1.a Bevölkerungsstand und Dichte 31.12.

Land	Anteil der unter 18-Jährigen	Anteil der 18- bis unter 65-Jährigen	Anteil der 65-Jährigen und Älteren	Anteil der Frauen 15 bis unter 50 Jahre ¹⁾	Jugendquotient ²⁾	Altersquotient ³⁾	Durchschnittsalter	Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt	
								Frauen	Männer
								nach Sterbetafel 2018/2020	
2020							2019	Jahre	
%									
Baden-Württemberg	17,0	62,4	20,6	20,7	31,5	34,1	43,6	84,3	79,9
Bayern	16,6	62,7	20,7	20,8	30,4	34,1	43,9	83,9	79,5
Berlin	16,7	64,1	19,3	23,0	29,3	30,9	42,6	83,3	78,4
Brandenburg	15,9	58,8	25,2	17,3	30,6	44,1	47,2	83,5	77,8
Bremen	16,5	62,3	21,2	21,2	30,6	35,2	43,6	82,6	77,3
Hamburg	16,9	64,9	18,2	23,7	29,6	28,8	42,1	83,5	78,8
Hessen	16,8	62,2	21,0	20,7	31,2	34,8	43,9	83,6	79,3
Mecklenburg-Vorpommern	15,3	58,9	25,8	17,4	29,6	45,1	47,2	83,1	76,9
Niedersachsen	16,7	61,0	22,3	19,7	31,9	37,9	44,7	83,1	78,3
Nordrhein-Westfalen	16,8	61,8	21,4	20,4	31,5	35,8	44,2	82,9	78,4
Rheinland-Pfalz	16,4	61,4	22,3	19,6	30,8	37,4	44,9	83,2	78,8
Saarland	14,9	60,7	24,4	18,7	28,3	41,5	46,4	82,3	77,6
Sachsen	15,9	57,4	26,7	18,0	31,6	47,8	46,9	83,8	77,9
Sachsen-Anhalt	14,8	57,8	27,4	16,8	29,2	48,8	47,9	82,8	76,5
Schleswig-Holstein	16,2	60,4	23,4	19,4	31,2	40,0	45,4	83,1	78,4
Thüringen	15,3	58,0	26,7	17,2	30,0	47,4	47,4	83,3	77,7
Deutschland	16,5	61,5	22,0	20,1	30,9	36,9	44,5	83,4	78,6
Westdeutschland	16,7	62,0	21,3	20,5	31,1	35,5	[g]	[g]	[g]
Ostdeutschland	15,8	59,4	24,8	18,7	30,2	42,9	[g]	[g]	[g]

1) An der weiblichen Bevölkerung.

2) Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

3) Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen		Geburten-überschuss/-defizit ¹⁾ je 1 000 Einwohner/-innen	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen		Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) ²⁾ Frauen
	2015	2019	2020	2015	2020		2020/2015	2020/2019	
	Anzahl						%		Anzahl
Baden-Württemberg	100 269	108 985	108 024	9,2	9,7	-0,7	+7,7	-0,9	1,55
Bayern	118 228	128 227	128 764	9,2	9,8	-1,1	+8,9	+0,4	1,55
Berlin	38 030	39 503	38 693	10,8	10,6	+0,3	+1,7	-2,1	1,38
Brandenburg	19 112	19 329	18 998	7,7	7,5	-6,2	-0,6	-1,7	1,57
Bremen	6 509	7 149	6 968	9,7	10,2	-1,7	+7,1	-2,5	1,55
Hamburg	19 768	20 940	20 431	11,1	11,0	+1,1	+3,4	-2,4	1,42
Hessen	56 889	60 062	59 389	9,2	9,4	-1,7	+4,4	-1,1	1,51
Mecklenburg-Vorpommern	13 298	12 630	12 061	8,2	7,5	-6,1	-9,3	-4,5	1,49
Niedersachsen	67 183	73 286	74 119	8,5	9,3	-2,9	+10,3	+1,1	1,61
Nordrhein-Westfalen	160 468	170 391	170 038	9,0	9,5	-2,5	+6,0	-0,2	1,55
Rheinland-Pfalz	34 946	37 173	37 632	8,6	9,2	-2,8	+7,7	+1,2	1,57
Saarland	7 511	8 006	8 155	7,5	8,3	-5,7	+8,6	+1,9	1,48
Sachsen	36 466	34 491	33 383	8,9	8,2	-7,1	-8,5	-3,2	1,54
Sachsen-Anhalt	17 415	16 618	16 113	7,8	7,4	-8,1	-7,5	-3,0	1,55
Schleswig-Holstein	23 549	24 653	24 385	8,2	8,4	-3,7	+3,6	-1,1	1,51
Thüringen	17 934	16 647	15 991	8,3	7,5	-6,7	-10,8	-3,9	1,54
Deutschland³⁾	737 575	778 090	773 144	9,0	9,3	-2,6	+4,8	-0,6	1,53
Westdeutschland	595 320	638 872	637 905	9,0	9,5	-1,9	+7,2	-0,2	1,55
Ostdeutschland	142 255	139 218	135 239	8,8	8,4	-5,3	-4,9	-2,9	1,54

1) Anzahl der Lebendgeborenen minus Anzahl der Gestorbenen.

2) Total fertility rate (TFR) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für die Altersjahre 15 bis 49. Eine altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters; Ostdeutschland ohne Berlin.

3. Wanderungssaldo

Land	Wanderungssaldo insgesamt ¹⁾ (Zuzüge - Fortzüge)			Davon		Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung des Wanderungssaldos insgesamt	
				über die Grenzen des Bundesgebietes	innerhalb des Bundesgebietes					
	2015	2019	2020	2020		2015	2019	2020	2020/2015 ²⁾	2020/2019
Anzahl										
Baden-Württemberg	+170 511	+37 782	+13 544	+27 643	-14 099	+15,8	+3,4	+1,2	-156 967	-24 238
Bayern	+163 960	+58 548	+33 238	+30 993	+2 245	+12,9	+4,5	+2,5	-130 722	-25 310
Berlin	+41 085	+23 231	-1 958	+17 271	-19 229	+11,8	+6,4	-0,5	-43 043	-25 189
Brandenburg	+37 667	+22 914	+24 812	+5 374	+19 438	+15,3	+9,1	+9,8	-12 855	+1 898
Bremen	+10 465	-774	+489	+3 198	-2 709	+15,8	-1,1	+0,7	-9 976	+1 263
Hamburg	+19 998	+5 003	+4 057	+7 640	-3 583	+11,3	+2,7	+2,2	-15 941	-946
Hessen	+90 312	+28 517	+16 060	+23 235	-7 175	+14,8	+4,5	+2,6	-74 252	-12 457
Mecklenburg-Vorpommern	+19 973	+8 043	+12 581	+3 968	+8 613	+12,5	+5,0	+7,8	-7 392	+4 538
Niedersachsen	+123 347	+35 029	+34 293	+27 149	+7 144	+15,7	+4,4	+4,3	-89 054	-736
Nordrhein-Westfalen	+263 976	+47 256	+24 211	+29 446	-5 235	+14,9	+2,6	+1,4	-239 765	-23 045
Rheinland-Pfalz	+52 129	+20 416	+17 328	+15 172	+2 156	+13,0	+5,0	+4,2	-34 801	-3 088
Saarland	+12 449	+2 162	+2 876	+3 265	-389	+12,6	+2,2	+2,9	-9 573	+714
Sachsen	+47 096	+15 612	+14 399	+8 943	+5 456	+11,6	+3,8	+3,5	-32 697	-1 213
Sachsen-Anhalt	+24 457	+2 428	+3 839	+4 458	-619	+11,0	+1,1	+1,8	-20 618	+1 411
Schleswig-Holstein	+37 344	+17 521	+19 065	+7 581	+11 484	+13,1	+6,0	+6,6	-18 279	+1 544
Thüringen	+24 633	+3 372	+1 417	+4 915	-3 498	+11,4	+1,6	+0,7	-23 216	-1 955
Deutschland	+1139 402	+327 060	+220 251	+220 251	[x]	+14,0	+3,9	+2,6	-919 151	-106 809
Westdeutschland	+944 491	+251 460	+165 161	+175 322	[x]	+14,4	+3,8	+2,5	-779 330	-86 299
Ostdeutschland	+194 911	+75 600	+55 090	+44 929	[x]	+12,2	+4,7	+3,4	-139 821	-20 510

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

2) Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

4. Einbürgerungen

Land	Eingebürgerte ¹⁾			Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	Eingebürgerte je 1 000 Ausländer/-innen 31.12.		Ausgeschöpftes Einbürgerungs- potential ²⁾	Veränderung der Zahl der Eingebürgerten	
	2015	2019	2020		2015	2020		2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%	Anzahl		%		
Baden-Württemberg	17 546	19 110	15 945	29,0	11	9	1,8	-9,1	-16,6
Bayern	13 373	20 975	20 190	34,4	8	10	2,4	+51,0	-3,7
Berlin	6 303	6 830	6 410	22,8	11	8	1,8	+1,7	-6,1
Brandenburg	857	1 040	845	31,4	10	6	2,7	-1,4	-18,8
Bremen	1 747	1 785	1 590	14,5	16	12	3,0	-9,0	-10,9
Hamburg	5 891	5 840	4 505	17,9	21	14	2,9	-23,5	-22,9
Hessen	11 845	13 780	11 915	27,9	13	10	2,3	+0,6	-13,5
Mecklenburg-Vorpommern	448	535	510	24,5	7	6	2,9	+13,8	-4,7
Niedersachsen	7 988	10 930	8 880	21,8	12	10	2,7	+11,2	-18,8
Nordrhein-Westfalen	26 573	30 680	24 695	21,9	12	9	1,8	-7,1	-19,5
Rheinland-Pfalz	5 756	6 065	4 840	30,4	15	9	2,4	-15,9	-20,2
Saarland	1 232	1 035	950	32,6	12	7	1,7	-22,9	-8,2
Sachsen	1 225	2 090	1 775	21,7	7	8	3,4	+44,9	-15,1
Sachsen-Anhalt	607	710	695	18,0	7	6	2,9	+14,5	-2,1
Schleswig-Holstein	2 934	3 425	2 835	22,8	15	10	3,0	-3,4	-17,2
Thüringen	549	790	710	19,0	7	6	3,5	+29,3	-10,1
Deutschland	107 317	128 905	109 880	25,8	12	10	2,2	+2,4	-14,8
Westdeutschland	94 885	113 625	96 345	26,7	12	10	[x]	+1,5	-15,2
Ostdeutschland	9 989	11 995	10 945	22,8	10	7	[x]	+9,6	-8,8

1) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte ab 2018 jeweils auf ein Vielfaches von 5 gerundet. Angaben für Deutschland einschließlich Einbürgerungen im Ausland lebender Personen (2015: 2 443 Personen, 2019: 3 280 Personen, 2020: 2 590 Personen).

2) Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen im Inland auf die seit mindestens 10 Jahre im Inland lebende ausländische Bevölkerung zum 31.12. des Vorjahres.

Quelle (Ausländerinnen und Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2020

Familie und Beruf

Das Thema Familie und Beruf steht seit längerem im öffentlichen Fokus. Es wurden eine Reihe staatlicher, kommunaler und politischer Maßnahmen getroffen, die insbesondere auf die frühkindliche Betreuung abzielen. Zu nennen ist hier unter anderem der seit 2013 bestehende gesetzliche Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (vgl. § 24 SGB VIII). Je nach beruflicher Situation und persönlichen Lebensumständen sind Eltern auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen. Der gesetzliche Mindestanspruch auf Kinderbetreuung in Kindertagesstätten umfasste 2020 in Niedersachsen an fünf Tagen in der Woche 4 Stunden (vgl. auch § 7 Abs. 4 NKitaG vom 7.7.2021).

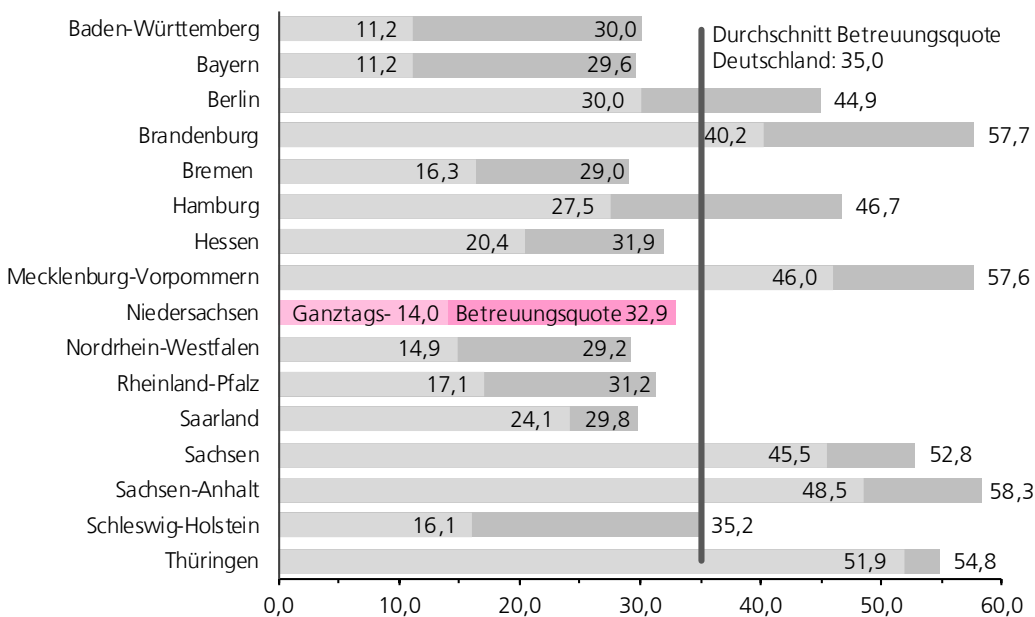
Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Betreuungsquoten steigen weiter

Die Betreuungsquote zeigt den Anteil der betreuten Kinder einer Altersgruppe. Bei der Ganztagsbetreuung besteht eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden je Betreuungstag.

In Niedersachsen wurden zum Stichtag am 1. März 2020 insgesamt fast 73 900 Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Gegenüber dem Vorjahr waren das gut 1 800 Kinder mehr (+2,6 %), die eine Kinderkrippe bzw. Tagespflegeeinrichtung besuchten. Im Ländervergleich entsprach dies der viertgrößten Steigerung bei der Zahl betreuter Kinder unter 3 Jahren nach Bayern (+4,2 %), Nordrhein-Westfalen (+3,1 %) und Bremen (+2,7 %). Im Bundesdurchschnitt lag der Anstieg bei 1,3 %.

Die Betreuungsquote, bezogen auf alle gleichaltrigen Mädchen und Jungen, betrug 2020 in Niedersachsen 32,9 % und stieg damit um 0,8 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Dennoch ist das im Jahr 2013 politisch formulierte Ziel von 35 % noch nicht erreicht. Die Quote lag 1,9 Prozentpunkte über dem Schnitt der westdeutschen Länder (31,0 %), aber deutlich unter der Quote der ostdeutschen Länder, in denen 52,7 % der Kinder unter 3 Jahren in Kinderkrippen oder Tagespflegeeinrichtungen betreut wurden (Deutschland: 35,0 %).

Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren 2020 und darunter Ganztagsbetreuungsquote – Prozent –



Auch die Ganztagsbetreuungsquote der unter 3-Jährigen hat sich 2020 in Niedersachsen um 0,5 Prozentpunkte auf 14,0 % weiter erhöht und nähert sich dem westdeutschen Durchschnitt von 14,7 % (Ostdeutschland: 41,7 %, Deutschland: 19,6 %). Die Quote ist jedoch im Ländervergleich nach Bayern und Baden-Württemberg (jeweils 11,2 %) die niedrigste.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen

T5

Ganztagsbetreuung der unter 3-Jährigen

T5

Personalschlüssel

T5

Personalschlüssel unverändert

Das in Deutschland angestrebte Betreuungsverhältnis von maximal 3 Kindern unter 3 Jahren je pädagogischer Vollzeitstelle (Personalschlüssel 3,0) erreichte 2020 nur Baden-Württemberg. In Niedersachsen hat sich mit rechnerisch 3,7 Kindern je vollzeittätiger Person gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung ergeben. Damit lag Niedersachsen näher am empfohlenen Personalschlüssel als der Bundesdurchschnitt (4,1 Kinder je pädagogischer Vollzeitstelle).

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen

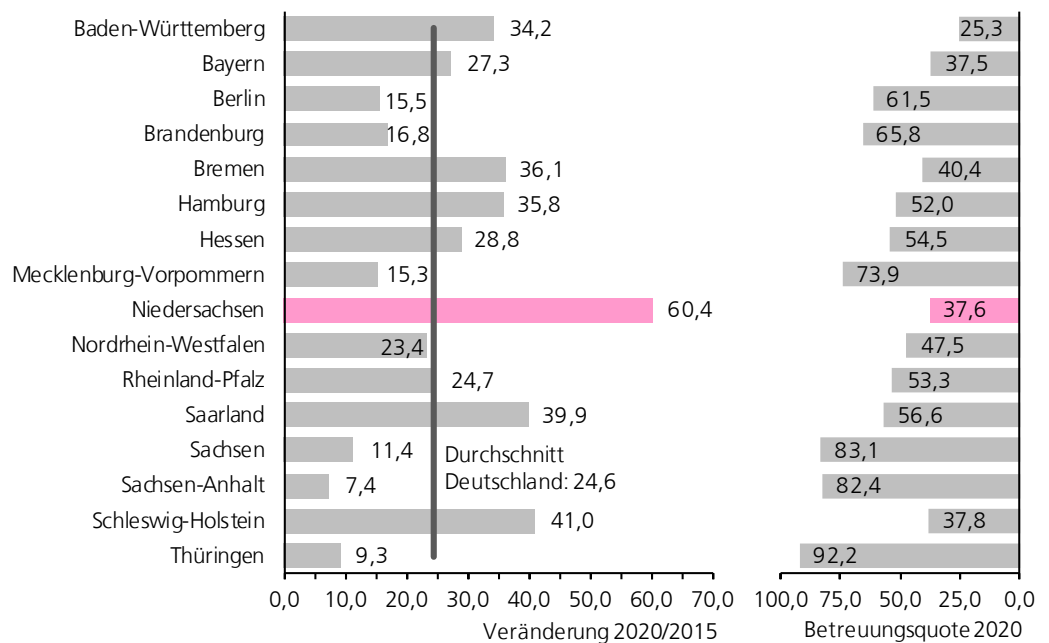
T6

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen deutlich gestiegen

In Niedersachsen wurden 2020 insgesamt knapp 84 500 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit mehr als 7 Stunden Betreuung pro Betreuungstag gezählt, das entspricht einer Ganztagsbetreuungsquote von 37,6 % (Deutschland: 47,9 %). Damit wurden in dieser Altersgruppe gut 8 200 Kinder mehr ganztags betreut als noch ein Jahr zuvor. Das entsprach einem Anstieg von 10,8 % gegenüber 2019 und war der höchste im Ländervergleich (Bundesdurchschnitt: +5,4 %).

Auch im mittelfristigen Ländervergleich 2020 gegenüber 2015 wies Niedersachsen den höchsten Wert in der Veränderung der Ganztagsbetreuung auf. Die Steigerung von 60,4 % innerhalb von 5 Jahren deutet auf einen kontinuierlichen Ausbau der Ganztagsbetreuung in Niedersachsen hin. Dennoch hatte Niedersachsen 2020 die drittniedrigste Ganztagsbetreuungsquote nach Baden-Württemberg (25,3 %) und Bayern (37,5 %).

■ **Veränderung der Zahl der ganztägig betreuten 3- bis unter 6-jährigen Kinder 2020 gegenüber 2015 sowie Betreuungsquote 2020 – Prozent –**



Elterngeldbezug

T7

Elterngeldbezug: Positive Auswirkungen des ElterngeldPlus

Eine weitere staatliche Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Weiterentwicklung des Elterngeldes. Das Basis-Elterngeld entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Dritteln des Nettogehaltes und kann für bis zu 14 Monate bezogen werden. Elterngeld wird vom Tage der Geburt bis zum Ende des 14. Lebensmonats an Mütter und Väter ausgezahlt, um das fehlende Einkommen während der Betreuungszeit des Kindes auszugleichen. Seit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge für ein Elternteil bis zu 32 Monate andauern (für beide Elternteile maximal bis zu 36 Monaten) und von den Elternteilen flexibler gestaltet werden. Die Väterbeteiligung bezeichnet den prozentualen Anteil der Kinder, für die (mindestens) ein männlicher Leistungsbeziehender Elterngeld bezogen hat, an allen im betrachteten Zeitraum geborenen Kindern, für die (mindestens) ein Elterngeldbezug gemeldet wurde.

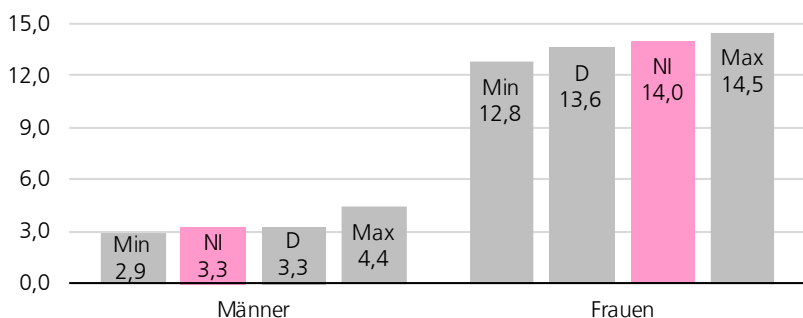
Der Leistungsbezug von Elterngeld für 2018 geborene Kinder endete 2021 in Niedersachsen für 98 380 Eltern. Gegenüber 2015 (für 2013 geborene Kinder) stieg die Zahl der be-

endeten Bezüge um 24,5 % (Bundesdurchschnitt: +19,8 %). Die Väterbeteiligung stieg in Niedersachsen in diesem Zeitraum um 11,3 Prozentpunkte und lag 2021 bei 40,6 %. In Sachsen war der Väteranteil 2021 mit 53,5 % am höchsten; im Saarland lag er mit 29,2 % am niedrigsten (Bundesdurchschnitt: 42,1 %).

Der Anteil der Mütter und Väter von Neugeborenen, die vor der Geburt erwerbstätig waren, stieg bundesweit und auch in Niedersachsen weiter an. Unter denjenigen, die im Jahr 2018 Eltern wurden, waren 70,2 % der weiblichen Leistungsbeziehenden vor der Geburt des Kindes erwerbstätig (Deutschland: 72,3 %); bei den Männern waren es 91,1 % (Deutschland: 93,4 %).

Durch die Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 wurden weitere Impulse für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben. Beide Elternteile zusammen können für Kinder, die ab 1. Juli 2015 geboren wurden, bis zu 36 Monate Elterngeld beziehen und in Teilzeit berufstätig sein. Dies wirkte sich auf die durchschnittliche Bezugsdauer beider Geschlechter positiv aus. Vor der Einführung des ElterngeldPlus betrug die durchschnittliche Bezugsdauer für Mütter von 2014 geborenen Kindern 11,6 Monate und für Väter 3,1 Monate. Die durchschnittliche Bezugsdauer von Müttern, die 2018 ein Kind bekamen, stieg um 2,4 Monate (auf 14,0 Monate). Bei den Vätern stieg die durchschnittliche Bezugsdauer im gleichen Zeitraum um 0,2 Monate auf 3,3 Monate. Damit entsprach die durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld in Niedersachsen bei den Männern dem Bundesdurchschnitt, bei den Frauen lag diese Bezugsdauer um 0,4 Monate über dem Bundesdurchschnitt.

■ Durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld durch Männer und Frauen für 2018 geborene Kinder (bis März 2021) – Monate –



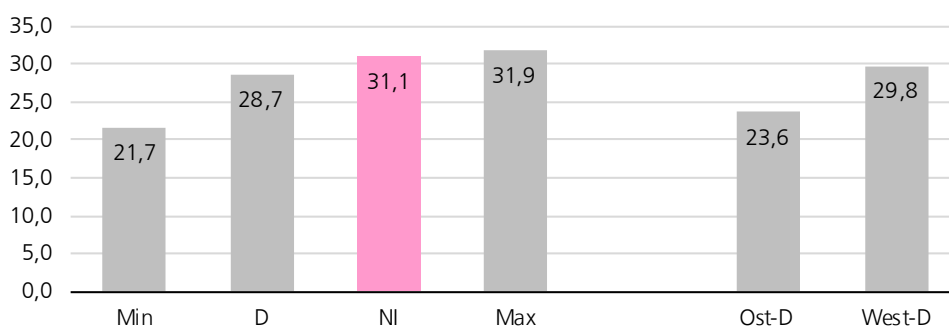
Teilzeitbeschäftigung weiter steigend

Teilzeitbeschäftigung T8

Als Teilzeitbeschäftigte werden im Mikrozensus alle Personen gezählt, die bis zu 31 Stunden pro Woche arbeiten – ohne Auszubildende. Ab dem Jahr 2017 werden hierzu nur noch Personen in Privathaushalten befragt (ohne Gemeinschaftsunterkünfte, z. B. Alten- und Pflegeheime).

Die Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeit betrug 2019 in Niedersachsen 1,2 Mio. Damit ist die Zahl der Teilzeitarbeitskräfte gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % gestiegen. Im mittelfristigen Vergleich 2019 gegenüber 2014 betrug der Zuwachs 9,5 %. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag 2019 bei 31,1 % und ist gegenüber dem

■ Anteil Erwerbstätige in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen 2019 – Prozent –



Vorjahr (30,5 %) ebenfalls gestiegen. Im Ländervergleich reichten die Werte von 21,7 % und 31,9 %, wobei die niedrigsten Anteile in den 5 ostdeutschen Flächenländern und Berlin festzustellen waren (Deutschland: 28,7 %).

Teilzeitarbeit ist weiterhin überwiegend von Frauen geprägt. In Niedersachsen waren 2019 etwa 4 von 5 Teilzeitarbeitskräften Frauen (78,8 %). Ihr Anteil war in den letzten Jahren jedoch leicht rückläufig (2014: 80,4 %). In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg arbeitete ein vergleichsweise höherer Anteil Männer in Teilzeit, gefolgt von den ostdeutschen Ländern. In Berlin betrug der Anteil der Frauen in Teilzeit lediglich 62,2 %. Im Bundesdurchschnitt waren es 77,2 % (Ostdeutschland: 70,6 %; Westdeutschland: 78,4 %).

Alleinerziehende

T9

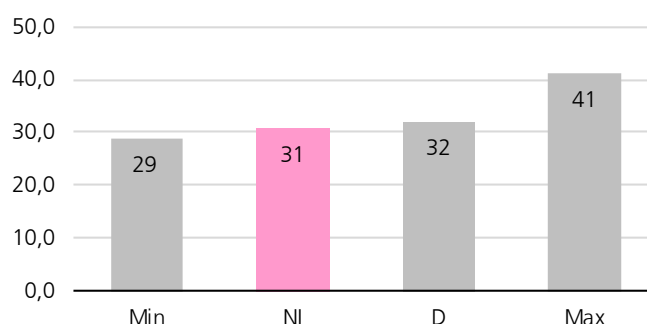
Mehr Alleinerziehende

Die Zahl der Alleinerziehenden belief sich 2019 in Niedersachsen auf rund 240 000 Personen. Das waren 1,1 % bzw. etwa 2 000 Personen mehr als im Vorjahr. Den kurzfristig stärksten Anstieg im Ländervergleich gab es in Hamburg (+14,2 %), den stärksten Rückgang in Brandenburg (-5,5 %). Kleinere Schwankungen können bei der Datenbasis des Mikrozensus auch stichprobenbedingt sein. Im Bundesdurchschnitt hoben sich die unterschiedlichen Entwicklungen auf Länderebene beinahe auf, der Anstieg 2019 zu 2018 betrug 1,0 %.

Mehr als 4 von 5 Alleinerziehenden waren 2019 in Niedersachsen Frauen (84,2 %). Ihr Anteil ist mittelfristig gegenüber 2014 weiter gestiegen (+0,4 Prozentpunkte). Im Bundesdurchschnitt war der Anteil der Frauen an allen Alleinerziehenden 2019 auf ähnlichem Niveau (84,4 %) wie in Niedersachsen.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung kamen 2019 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen 31 Alleinerziehende; bundesweit waren es durchschnittlich 32 (Ostdeutschland: 36; Westdeutschland: 31). Weniger Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner als in Niedersachsen gab es nur in Bayern und Baden-Württemberg (jeweils 29). Die höchsten Werte verzeichneten die Stadtstaaten Berlin (41) und Hamburg (39).

■ Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 – Anzahl –



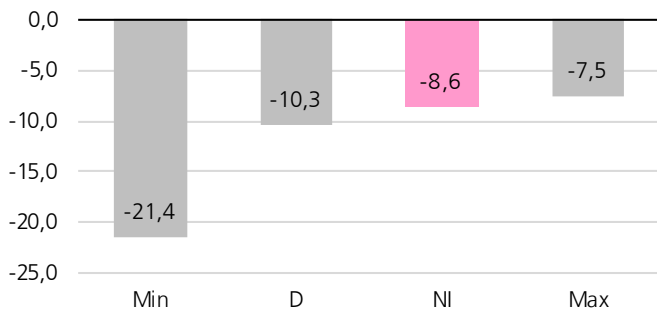
Eheschließungen

T10

Deutlich weniger Eheschließungen

Die Zahl der Eheschließungen sank in Niedersachsen 2020 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 8,6 % auf 38 791. Auch alle anderen Länder verzeichneten eine rückläufige Zahl der Eheschließungen um bundesweit durchschnittlich -10,3 %. In Hamburg ging die Zahl sogar um mehr als ein Fünftel zurück (-21,4 %), die geringste Abnahme war in Baden-Württemberg zu verzeichnen (-7,5 %). Es ist davon auszugehen, dass die rückläufige Zahl der Eheschließungen 2020 insbesondere auf die Corona-Pandemie zurückzuführen ist. Da im Zuge der Pandemie zeitweise Standesämter nur reduziert geöffnet waren und oft nur ein kleiner Personenkreis bei der Trauung und bei Hochzeitsfeiern zugelassen war, wurden wahrscheinlich Eheschließungen zum Teil verschoben.

**Veränderung der Zahl der Eheschließungen
2020 gegenüber 2019 – Prozent –**



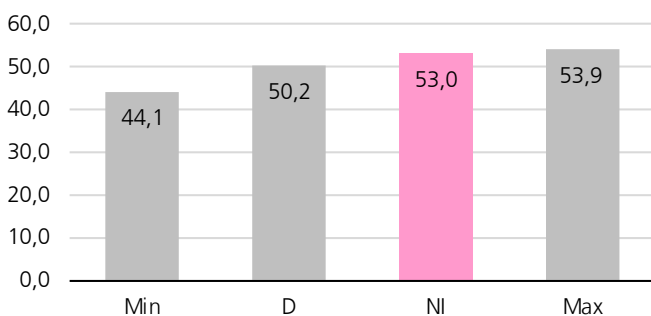
Bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen 2020 rechnerisch 48,5 Ehen geschlossen. Dies war ebenfalls weniger als 2019 (53,1). Wie in den letzten Jahren wies Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich den höchsten Wert auf (2020: 59,4) und Hamburg den niedrigsten (2020: 25,8). Für die regionale Zuordnung einer Eheschließung ist allerdings nicht der Wohnort der Eheleute maßgeblich, sondern der Ort der Eheschließung. Häufig sind touristisch beliebte Reiseziele auch bei Paaren beliebte Orte zur Eheschließung, was die regionale Verteilung der Werte beeinflusst.

Zahl der Scheidungen rückläufig

Insgesamt wurden 2020 in Niedersachsen 14 908 Ehen durch richterlichen Beschluss geschieden. Dies ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % (Deutschland: -3,5 %), der den Trend der Vorjahre bestätigt. Im mittelfristigen Vergleich zu 2015 ging die Zahl deutlich um 13,5 % zurück (Deutschland: -12,0 %). Eine Tendenz zu weniger Scheidungen zeigte sich mittelfristig in allen Ländern mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns (+0,2 %). Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2020 in Niedersachsen rechnerisch 18,6 Scheidungen (Bundesdurchschnitt: 17,3). Das waren ebenfalls weniger als 2015 (Niedersachsen: 21,9; Deutschland: 20,1).

Bei mehr als jeder zweiten Scheidung in Deutschland waren 2020 minderjährige Kinder betroffen (50,2 %). Der Anteil in Niedersachsen betrug 53,0 % und stellte nach Sachsen-Anhalt (53,9 %) den zweithöchsten Wert unter allen Ländern dar.

**Anteil Ehescheidungen von Paaren mit minderjährigen
Kindern an allen Ehescheidungen 2020 – Prozent –**



Überdurchschnittlicher Anteil privater Haushalte mit Internetzugang

Die Erhebung über Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wird seit 2002 jährlich in den Ländern der Europäischen Union durchgeführt. Die Erhebung dient dazu, ein vollständiges Bild der Verbreitung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu erstellen sowie die Entwicklung der Informationsgesellschaft und deren Einfluss auf soziale und wirtschaftliche Prozesse zu verfolgen. Bundesweit nehmen ca. 12 000 Haushalte an der Erhebung teil, in Niedersachsen sind es mehr als 1 000 Haushalte. Die Teilnahme der Haushalte an der IKT-Erhebung war bis einschließlich 2020 freiwillig. Die Erhebung wird ab 2021 in den Mikrozensus integriert.

93,8 % aller niedersächsischen Privathaushalte verfügten 2020 über einen Internetzugang mit einer festen und/ oder mobilen Verbindung. Damit lag Niedersachsen über dem bun-

Ehescheidungen

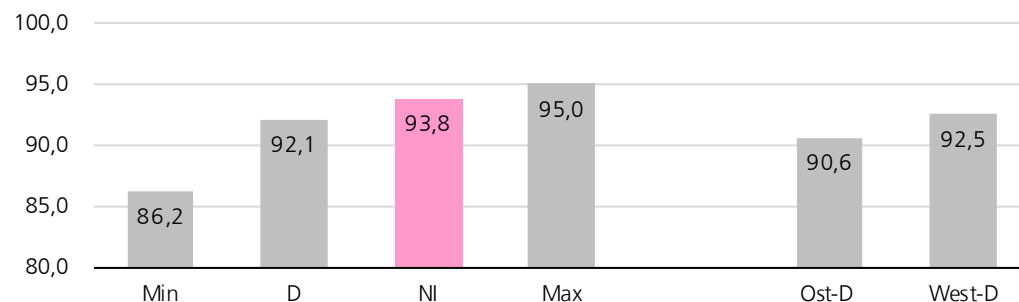
T11

Internetzugang

T12

desdeutschen Durchschnitt von 92,1 %. Im Ländervergleich wiesen das Saarland (95,0 %), Sachsen-Anhalt (94,5 %) und Hessen (93,9 %) einen höheren Anteil privater Haushalte mit Internetzugang auf als Niedersachsen, während 2019 nur das Saarland über dem niedersächsischen Wert lag. Wie auch im Jahr 2019 verzeichnete Brandenburg (86,2 %) die wenigsten Haushalte mit Internetzugängen.

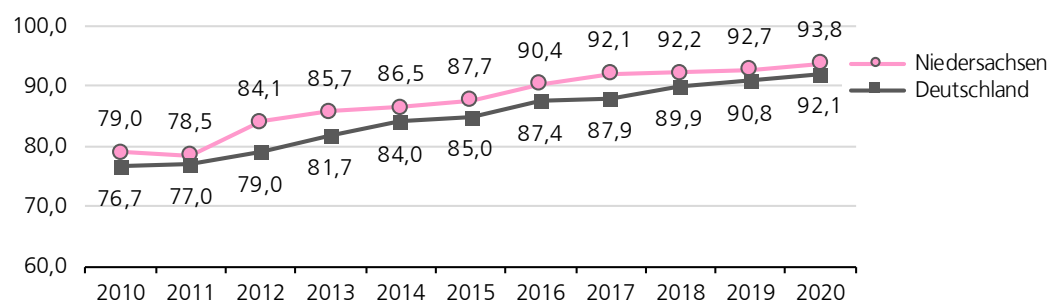
■ Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang insgesamt 2020 – Prozent –



Der Anteil aller Haushalte mit Breitbandanschluss lag 2020 in Niedersachsen bei 93,1 %, und somit 2,1 Prozentpunkte höher als der Anteil insgesamt in Deutschland (91,0 %). Zu den Breitbandverbindungen zählen zum Beispiel DSL, Kabel und Satellit (feste Breitbandverbindung) und UMTS, HSDPA und LTE (mobile Breitbandverbindung).

Im Vergleich 2020 zu 2019 stieg der Anteil der Privathaushalte in Niedersachsen mit Internetzugang um 1,1 Prozentpunkte (Deutschland: +1,3 Prozentpunkte). Den deutlichsten Ausbau im Corona-Jahr 2020 wiesen Berlin und Sachsen-Anhalt mit +3,3 bzw. +2,7 Prozentpunkten auf. Unabhängig von der tatsächlichen Nutzung stieg der Anteil der Privathaushalte mit Internetzugang 2020 gegenüber 2010 in Niedersachsen um 14,8 Prozentpunkte und im bundesweiten Durchschnitt um 15,4 Prozentpunkte.

■ Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang 2010 bis 2020 – Prozent –



Informationen:

- **Kinderbetreuung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Soziales – Kindertagesbetreuung – [Karten zur Statistik der Kindertagesbetreuung](#) sowie [Regionaldatenbank Deutschland](#) (22543 Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege)
- **Regionalmonitoring Niedersachsen:** Soziales > Betreuung und Pflege
- Das [niedersächsische Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder \(KiTaG\)](#) § 7 Abs. 4
- Das [Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe \(SGB VIII\)](#) § 24
- **Elterngeldstatistik:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Soziales – [Eltern- und Kindergeld](#) – Beendete Leistungsbezüge jährlich: Statistik zum Elterngeld
- **Familien und Erwerbstätigkeit nach Familientypen:** LSN: Themenbereich Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige Haushaltsbefragungen – [Tabellen - Mikrozensus](#)
- **Eheschließungen:** [Regionaldatenbank Deutschland](#) (12611 Statistik der Eheschließungen)
- [LSN Onlinedatenbank](#) (130 Eheschließungen)
- **Ehescheidungen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#) (12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen)
- [LSN Onlinedatenbank](#) (140 Ehescheidungen)
- **Internetzugang:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Wirtschaftsrechnungen](#) – Private Haushalte in der Informationsgesellschaft (IKT) (Fachserie 15 Reihe 4) sowie [GENESIS-Online: Statistiken 63931 Informations- und Kommunikationstechnologien \(IKT\)](#)
- LSN: [Informations- und Kommunikationstechnologien \(IKT\)](#)

Autorinnen: Jenny Gentz, Rita Skorka, Carola Steenhoff

Tabellen Familie und Beruf

5. Kinderbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020			2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%			Anzahl	%		
Baden-Württemberg	78 729	96 465	98 546	27,8	29,5	30,0	11,2	3,0	+25,2	+2,2
Bayern	92 668	109 549	114 186	27,5	28,5	29,6	11,2	3,7	+23,2	+4,2
Berlin	48 885	51 951	52 407	45,9	43,8	44,9	30,0	5,2	+7,2	+0,9
Brandenburg	33 407	36 529	36 303	56,8	56,9	57,7	40,2	5,3	+8,7	-0,6
Bremen	4 698	5 851	6 007	27,1	28,4	29,0	16,3	3,1	+27,9	+2,7
Hamburg	23 057	28 699	28 429	43,3	46,6	46,7	27,5	4,3	+23,3	-0,9
Hessen	47 713	57 749	58 423	29,7	31,4	31,9	20,4	3,8	+22,4	+1,2
Mecklenburg-Vorpommern	21 719	22 825	22 674	56,0	56,9	57,6	46,0	5,9	+4,4	-0,7
Niedersachsen	55 318	72 011	73 853	28,3	32,1	32,9	14,0	3,7	+33,5	+2,6
Nordrhein-Westfalen	117 428	147 171	151 736	25,9	28,2	29,2	14,9	3,7	+29,2	+3,1
Rheinland-Pfalz	30 286	35 933	35 831	30,6	31,3	31,2	17,1	3,7	+18,3	-0,3
Saarland	6 011	7 415	7 321	28,3	29,9	29,8	24,1	3,7	+21,8	-1,3
Sachsen	54 059	58 186	57 015	50,6	52,3	52,8	45,5	5,5	+5,5	-2,0
Sachsen-Anhalt	29 843	31 488	30 603	57,9	58,2	58,3	48,5	5,6	+2,5	-2,8
Schleswig-Holstein	21 575	26 860	27 038	31,4	34,8	35,2	16,1	3,6	+25,3	+0,7
Thüringen	27 947	29 745	28 791	52,4	54,6	54,8	51,9	5,4	+3,0	-3,2
Deutschland	693 343	818 427	829 163	32,9	34,3	35,0	19,6	4,1	+19,6	+1,3
Westdeutschland	477 483	587 703	601 370	28,2	30,3	31,0	14,7	[g]	+25,9	+2,3
Ostdeutschland	215 860	230 724	227 793	51,9	52,1	52,7	41,7	[g]	+5,5	-1,3

- 1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 1.3.
 2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.
 3) Der Personalschlüssel gibt die Anzahl der Kinder an, die rechnerisch von einer pädagogisch vollzeittätigen Person betreut werden.

6. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztätig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der ganztätig betreuten Kinder	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	60 462	77 928	81 145	21,5	25,2	25,3	+34,2	+4,1
Bayern	110 300	130 793	140 432	34,1	36,1	37,5	+27,3	+7,4
Berlin	60 115	67 628	69 424	61,9	61,8	61,5	+15,5	+2,7
Brandenburg	38 899	42 905	45 442	63,6	64,6	65,8	+16,8	+5,9
Bremen	5 830	7 359	7 936	36,0	38,8	40,4	+36,1	+7,8
Hamburg	21 940	27 596	29 800	46,1	50,1	52,0	+35,8	+8,0
Hessen	76 750	93 756	98 850	48,2	53,6	54,5	+28,8	+5,4
Mecklenburg-Vorpommern	27 023	29 920	31 161	67,6	71,7	73,9	+15,3	+4,1
Niedersachsen	52 667	76 217	84 452	26,9	35,2	37,6	+60,4	+10,8
Nordrhein-Westfalen	198 102	233 084	244 435	44,4	47,1	47,5	+23,4	+4,9
Rheinland-Pfalz	49 062	58 806	61 180	49,7	53,4	53,3	+24,7	+4,0
Saarland	9 942	12 896	13 904	46,3	54,6	56,6	+39,9	+7,8
Sachsen	85 385	88 909	95 141	81,2	82,5	83,1	+11,4	+7,0
Sachsen-Anhalt	42 894	45 032	46 052	83,1	81,6	82,4	+7,4	+2,3
Schleswig-Holstein	20 978	28 187	29 580	30,0	37,1	37,8	+41,0	+4,9
Thüringen	48 041	52 124	52 505	91,5	92,3	92,2	+9,3	+0,7
Deutschland	908 390	1 073 140	1 131 439	43,9	47,0	47,9	+24,6	+5,4
Westdeutschland	606 033	746 622	791 714	36,5	40,5	41,4	+30,6	+6,0
Ostdeutschland	302 357	326 518	339 725	74,2	73,9	75,3	+12,4	+4,0

- 1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagsstätte besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreut werden. Stichtag: 1.3.
 2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Elterngeld – Beendete Leistungsbezüge

Land	Beendete Leistungsbezüge Elterngeld – insgesamt			Veränderung der Zahl beendeter Bezüge– insgesamt	Väterbeteiligung ¹⁾ an Elterngeldbezug		Anteil der Beziehenden, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren		Durchschnittliche Bezugsdauer ²⁾			
	für 2013 geb. Kinder	für 2017 geb. Kinder	für 2018 geb. Kinder		für 2013 geb. Kinder	für 2018 geborene Kinder			Männer	Frauen	Männer	Frauen
	2015	bis März 2020	bis März 2021		2021/2015	2015	bis März 2021					
	Anzahl				%			Monate				
Baden-Württemberg	123 140	146 730	150 107	+21,9	36,7	45,4	95,7	73,7	2,9	13,6		
Bayern	150 592	176 321	179 757	+19,4	40,5	49,3	95,5	76,1	2,9	13,3		
Berlin	44 648	53 430	53 494	+19,8	37,9	45,2	90,3	69,1	4,3	12,8		
Brandenburg	24 115	27 994	28 413	+17,8	34,8	45,8	93,2	78,7	3,2	12,9		
Bremen	6 744	8 558	8 836	+31,0	25,8	35,0	88,0	56,2	4,4	13,7		
Hamburg	23 438	27 974	28 164	+20,2	36,2	44,8	94,7	73,7	3,5	12,8		
Hessen	65 613	76 868	78 000	+18,9	30,8	38,5	93,1	69,9	3,5	13,6		
Mecklenburg-Vorpommern	15 376	16 881	17 049	+10,9	26,5	38,4	92,8	77,1	3,2	12,8		
Niedersachsen	79 011	95 641	98 380	+24,5	29,3	40,6	91,1	70,2	3,3	14,0		
Nordrhein-Westfalen	176 108	210 286	215 694	+22,5	25,6	35,3	91,9	68,8	3,9	13,9		
Rheinland-Pfalz	39 032	46 970	47 872	+22,6	27,3	37,0	92,0	69,0	3,3	14,5		
Saarland	7 973	10 075	9 989	+25,3	21,0	29,2	92,9	63,3	3,4	13,9		
Sachsen	48 164	53 621	52 545	+9,1	41,1	53,5	94,3	79,9	3,1	13,5		
Sachsen-Anhalt	20 449	22 890	22 546	+10,3	25,9	38,8	92,2	73,0	3,5	13,3		
Schleswig-Holstein	26 718	31 069	31 687	+18,6	27,0	36,5	91,0	74,4	3,8	13,8		
Thüringen	23 457	25 397	24 821	+5,8	37,0	49,1	93,7	79,1	3,0	14,1		
Deutschland	874 578	1 030 705	1 047 354	+19,8	32,6	42,1	93,4	72,3	3,3	13,6		
Westdeutschland	698 369	830 492	848 486	+21,5	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]		
Ostdeutschland	176 209	200 213	198 868	+12,9	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]		

1) Die Väterbeteiligung bezeichnet den prozentualen Anteil der Kinder, für die (mindestens) ein männlicher Leistungsbezieher Elterngeld bezogen hat, an allen im betrachteten Zeitraum geborenen Kindern, für die (mindestens) ein Elterngeldbezug gemeldet wurde.

2) Mit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge für ein Elternteil bis zu 32 Monate andauern (für beide Elternteile maximal bis zu 36 Monaten). Elterngeldbezüge können mehrfach zwischen den Elternteilen wechseln.

8. Erwerbstätige (am Wohnort)¹⁾ in Teilzeitarbeit²⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauenanteil an Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt	
	2014	2018	2019	2014	2018	2020		2019/2014	2019/2018
	Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	1 592	1 683	1 692	79,9	78,7	78,9	29,4	+6,3	+0,5
Bayern	1 792	1 885	1 928	81,9	80,8	81,2	28,2	+7,6	+2,3
Berlin	449	487	488	62,7	62,2	62,2	26,7	+8,5	+0,1
Brandenburg	261	266	268	75,0	75,8	75,1	22,2	+2,4	+0,6
Bremen	96	104	101	72,1	71,0	69,7	31,9	+4,3	-3,3
Hamburg	245	243	257	69,8	72,3	72,3	27,0	+4,9	+5,6
Hessen	857	926	940	77,1	76,5	76,1	30,4	+9,6	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	161	174	175	75,8	73,4	72,7	23,7	+8,7	+0,5
Niedersachsen	1 098	1 164	1 202	80,4	79,0	78,8	31,1	+9,5	+3,3
Nordrhein-Westfalen	2 326	2 521	2 574	79,5	78,2	77,5	30,4	+10,7	+2,1
Rheinland-Pfalz	567	622	621	80,8	78,7	78,9	30,9	+9,5	-0,1
Saarland	126	144	138	79,0	79,7	78,7	29,8	+9,3	-4,2
Sachsen	426	439	446	74,7	73,3	72,5	23,1	+4,6	+1,6
Sachsen-Anhalt	225	208	215	77,8	75,4	74,5	21,7	-4,1	+3,7
Schleswig-Holstein	401	427	437	78,1	75,2	76,4	31,1	+9,2	+2,5
Thüringen	220	222	230	75,9	75,3	74,1	22,7	+4,4	+3,8
Deutschland	10 842	11 515	11 710	78,4	77,3	77,2	28,7	+8,0	+1,7
Westdeutschland	9 099	9 719	9 889	79,6	78,4	78,4	29,8	+8,7	+1,7
Ostdeutschland	1 742	1 796	1 821	72,3	71,1	70,6	23,6	+4,5	+1,4

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Ohne Auszubildende; Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung Statistisches Bundesamt (Destatis) Juli 2020; eigene Berechnungen

9. Alleinerziehende¹⁾

Land	Alleinerziehende			Darunter Frauen			Alleinerziehende je 1 000 Ein- wohner/-innen	Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2014	2018	2019	2014	2019	2019	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl in 1 000			%		Anzahl in 1 000	Anzahl	%	
Baden-Württemberg	329	325	315	84,1	83,7	264	29	-4,3	-3,0
Bayern	397	375	373	84,1	83,9	313	29	-6,1	-0,4
Berlin	155	143	148	87,5	86,0	127	41	-4,3	+3,8
Brandenburg	101	93	88	86,4	85,1	75	36	-12,7	-5,5
Bremen	28	24	24	85,5	80,5	19	35	-14,7	+0,6
Hamburg	70	62	71	88,7	86,2	61	39	+1,4	+14,2
Hessen	197	199	197	85,7	84,1	166	32	-0,1	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	61	57	55	88,4	85,1	47	35	-10,8	-3,5
Niedersachsen	238	238	240	83,8	84,2	202	31	+0,9	+1,1
Nordrhein-Westfalen	577	548	561	85,3	85,2	478	32	-2,8	+2,3
Rheinland-Pfalz	134	119	123	82,7	81,2	100	31	-7,8	+3,7
Saarland	34	33	34	81,1	83,6	28	34	-1,5	+0,5
Sachsen	137	126	136	84,6	84,4	115	34	-1,0	+8,2
Sachsen-Anhalt	81	77	79	88,3	86,8	69	37	-2,4	+3,3
Schleswig-Holstein	90	89	88	85,6	84,6	75	31	-1,9	-0,6
Thüringen	82	75	75	85,3	82,2	61	36	-8,9	-0,5
Deutschland	2 712	2 580	2 606	85,1	84,4	2 199	32	-3,9	+1,0
Westdeutschland	2 095	2 010	2 026	84,6	84,2	1 705	31	-3,3	+0,8
Ostdeutschland	617	570	580	86,6	85,0	493	36	-6,0	+1,9

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Seit 2017 wird die Frage nach unverheirateten Paaren im Haushalt mit Auskunftspflicht erhoben. Die Anzahl der nachgewiesenen unverheirateten Paare ist dadurch leicht gestiegen, während die durch den Mikrozensus erfasste Anzahl der Alleinerziehenden zurückgegangen ist. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung Statistisches Bundesamt (Destatis) Juli 2020; eigene Berechnungen

10. Eheschließungen

Land	Eheschließungen insgesamt			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2015 ¹⁾	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	52 627	54 613	50 533	48,8	49,3	45,5	-4,0	-7,5
Bayern	65 128	68 501	61 138	51,1	52,3	46,6	-6,1	-10,7
Berlin	13 759	14 602	12 288	39,5	40,0	33,6	-10,7	-15,8
Brandenburg	13 314	14 203	12 809	54,0	56,4	50,7	-3,8	-9,8
Bremen	2 708	3 117	2 765	40,8	45,6	40,7	+2,1	-11,3
Hamburg	6 422	6 065	4 766	36,3	32,9	25,8	-25,8	-21,4
Hessen	28 833	30 152	27 084	47,1	48,0	43,1	-6,1	-10,2
Mecklenburg-Vorpommern	11 106	11 084	9 560	69,4	68,9	59,4	-13,9	-13,7
Niedersachsen	40 241	42 418	38 791	51,2	53,1	48,5	-3,6	-8,6
Nordrhein-Westfalen	85 045	89 476	79 325	48,1	49,9	44,2	-6,7	-11,3
Rheinland-Pfalz	20 341	20 826	18 909	50,6	50,9	46,2	-7,0	-9,2
Saarland	4 861	4 804	4 339	49,1	48,6	44,1	-10,7	-9,7
Sachsen	18 541	18 302	16 890	45,7	44,9	41,6	-8,9	-7,7
Sachsen-Anhalt	10 575	10 217	9 187	47,4	46,4	42,0	-13,1	-10,1
Schleswig-Holstein	16 880	18 602	16 383	59,4	64,1	56,4	-2,9	-11,9
Thüringen	9 734	9 342	8 537	45,2	43,7	40,2	-12,3	-8,6
Deutschland	400 115	416 324	373 304	49,1	50,1	44,9	-6,7	-10,3
Westdeutschland	323 086	338 574	304 033	49,4	50,6	45,4	-5,9	-10,2
Ostdeutschland	77 029	77 750	69 271	48,2	48,0	42,8	-10,1	-10,9

1) Bis 2017 ohne Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts.

11. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen insgesamt			Darunter von Paaren mit minderjährigen Kindern ¹⁾	Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2015	2019	2020	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	19 903	18 956	18 081	50,2	18,5	17,1	16,3	-9,2	-4,6
Bayern	24 247	22 317	21 484	50,2	19,0	17,0	16,4	-11,4	-3,7
Berlin	6 427	5 898	5 449	46,9	18,4	16,1	14,9	-15,2	-7,6
Brandenburg	4 845	4 424	4 156	44,1	19,7	17,6	16,5	-14,2	-6,1
Bremen	1 393	1 106	1 188	45,3	21,0	16,2	17,5	-14,7	+7,4
Hamburg	3 190	3 079	2 959	47,5	18,0	16,7	16,0	-7,2	-3,9
Hessen	12 834	12 021	11 751	51,4	21,0	19,2	18,7	-8,4	-2,2
Mecklenburg-Vorpommern	2 573	2 837	2 577	50,3	16,1	17,6	16,0	+0,2	-9,2
Niedersachsen	17 226	15 275	14 908	53,0	21,9	19,1	18,6	-13,5	-2,4
Nordrhein-Westfalen	38 312	33 800	32 554	50,4	21,7	18,9	18,2	-15,0	-3,7
Rheinland-Pfalz	8 835	8 008	7 800	47,2	22,0	19,6	19,1	-11,7	-2,6
Saarland	2 131	1 985	1 916	50,7	21,5	20,1	19,5	-10,1	-3,5
Sachsen	7 007	6 283	6 217	51,8	17,3	15,4	15,3	-11,3	-1,1
Sachsen-Anhalt	4 109	3 546	3 389	53,9	18,4	16,1	15,5	-17,5	-4,4
Schleswig-Holstein	6 308	6 010	5 953	48,5	22,2	20,7	20,5	-5,6	-0,9
Thüringen	3 995	3 465	3 419	50,1	18,5	16,2	16,1	-14,4	-1,3
Deutschland	163 335	149 010	143 801	50,2	20,1	17,9	17,3	-12,0	-3,5
Westdeutschland	134 379	122 557	118 594	50,3	20,5	18,3	17,7	-11,7	-3,2
Ostdeutschland	28 956	26 453	25 207	49,4	18,1	16,3	15,6	-12,9	-4,7

1) Paare, die zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung mindestens ein gemeinsames minderjähriges Kind hatten.

12. Ausstattung der privaten Haushalte mit Internetzugang und Breitbandanschluss

Land	Anteil der Haushalte mit Internetzugang insgesamt ¹⁾			Darunter Haushalte mit Breitbandanschluss ²⁾	Darunter Verbindungsarten für den Internetzugang insgesamt von zu Hause aus		Hochgerechnete private Haushalte ³⁾	Veränderung Anteil der Haushalte mit Internetzugang insgesamt	
	2015	2019	2020		mit fester Verbindung	mit mobiler Verbindung		2020/2015	2020/2019
	%			2020		Anzahl in 1 000		Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	84,6	90,3	91,1	89,8	88,0	69,8	5 252	+6,5	+0,8
Bayern	86,3	91,7	93,0	91,9	90,5	73,4	6 320	+6,7	+1,3
Berlin	85,3	90,3	93,6	92,1	92,6	76,7	2 007	+8,3	+3,3
Brandenburg	78,3	85,3	86,2	85,4	82,1	70,8	1 256	+7,9	+0,9
Bremen	(91,4)	(92,3)	(92,6)	(90,2)	(91,5)	(74,3)	369	[g]	[g]
Hamburg	86,3	87,3	87,2	86,0	86,6	69,3	981	+0,9	-0,1
Hessen	87,7	92,2	93,9	92,6	91,9	76,3	3 045	+6,2	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	81,8	90,0	89,7	89,7	86,9	72,9	826	+7,9	-0,3
Niedersachsen	87,7	92,7	93,8	93,1	92,2	75,9	3 909	+6,1	+1,1
Nordrhein-Westfalen	83,8	90,9	92,2	91,2	90,4	79,5	8 698	+8,4	+1,3
Rheinland-Pfalz	85,3	90,3	92,2	91,4	89,5	73,6	1 922	+6,9	+1,9
Saarland	(84,3)	(93,5)	(95,0)	(94,1)	(95,0)	(70,1)	(491)	[g]	[g]
Sachsen	79,3	86,9	88,3	86,8	83,4	68,7	2 137	+9,0	+1,4
Sachsen-Anhalt	83,2	91,8	94,5	93,4	89,4	78,9	1 147	+11,3	+2,7
Schleswig-Holstein	87,8	92,7	93,1	91,6	92,8	78,0	1 438	+5,3	+0,4
Thüringen	87,8	90,5	91,2	90,2	87,0	76,4	1 095	+3,4	+0,7
Deutschland	85,0	90,8	92,1	91,0	89,7	74,8	40 893	+7,1	+1,3
Westdeutschland	85,7	91,3	92,5	91,4	90,4	75,1	32 426	+6,8	+1,2
Ostdeutschland	82,5	88,9	90,6	89,5	87,0	73,7	8 468	+8,1	+1,7

1) Feste und/oder mobile Verbindung; unabhängig davon, ob der Zugang tatsächlich genutzt wird.

2) Feste Breitbandverbindung (z. B. DSL, Kabel, Satellit) und/oder mobile Breitbandverbindung (z. B. UMTS, HSDPA, LTE).

3) In der Erhebung werden rund 12 000 private Haushalte in Deutschland schriftlich befragt. Die Ergebnisse dieser Stichprobe werden auf Basis des Mikrozensus auf alle privaten Haushalte hochgerechnet.

Quelle: Europäische Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien

Erwerbstätigkeit

Die Entwicklungen des Arbeitsmarktes wurden ab März 2020 teilweise durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beeinflusst und prägten somit die Jahresergebnisse für 2020. In den Ergebnissen des Mikrozensus 2019 (siehe Hinweis in der Einführung) der Tabellen T13 und T14 zeigte sich hingegen noch die allgemein gute Entwicklung wie in den Vorjahren.

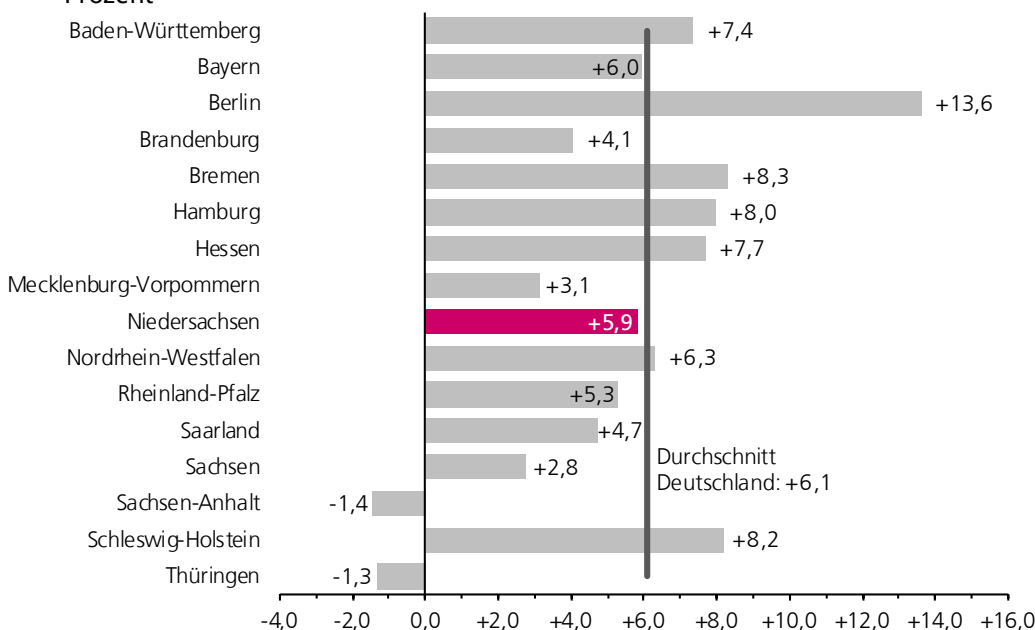
Zahl der Erwerbstätigen erreicht 4-Millionen-Marke

Erwerbstätige
(Wohnort) T13

Die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen am Wohnort (T13, T14) auf Basis des Mikrozensus 2018 und 2019 sind aufgrund methodischer Änderungen in der Datenbasis nur eingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren. Als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

Erstmals waren 2019 gut 4,0 Mio. Personen in Niedersachsen erwerbstätig (Ergebnisse des Mikrozensus). Im Vergleich zu 2018 nahm die Zahl der (am Wohnort gezählten) Erwerbstätigen um etwa 46 000 Personen bzw. 1,2 % zu. Im mittelfristigen Vergleich 2019 gegenüber 2014 gab es einen Zuwachs um 5,9 %. Insgesamt gab es 2019 in Deutschland knapp 42,4 Mio. Erwerbstätige, das waren rund 483 900 (+1,2 %) mehr als 2018 und 6,1 % mehr als 2014. Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen lag 2019 in Niedersachsen unverändert bei 46,4 %; in Deutschland stieg der Anteil geringfügig auf 46,7 % (+0,1 Prozentpunkte).

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



Quote der Selbstständigen sinkt weiter

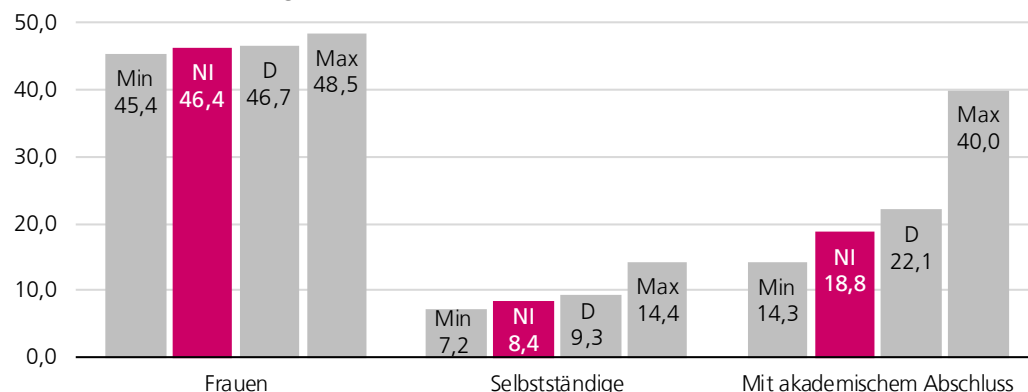
Selbstständige
T13

Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen sank 2019 in Niedersachsen auf 8,4 %; die Quote der Selbstständigen war damit 0,4 Prozentpunkte niedriger als 2018 und 1,2 Prozentpunkte niedriger als 2014. Diese Entwicklung entsprach dem Bundestrend. Die Selbstständigenquote lag 2019 bundesweit bei 9,3 %. Im Ländervergleich hatte Niedersachsen zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern den zweitniedrigsten Wert vor Sachsen-Anhalt (7,2 %). Die höchsten Quoten erreichten die Stadtstaaten Berlin (14,4 %) und Hamburg (11,6 %).

Anteil der Hochqualifizierten steigt langsamer als im bundesweiten Durchschnitt

Im Jahr 2019 hatten in Niedersachsen 18,8 % der Erwerbstätigen einen akademischen Abschluss, d. h. einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss oder eine Promotion. Dieser Anteil entsprach einem Anstieg um 1,8 Prozentpunkte gegenüber 2014. In Deutschland stieg der Anteil der Hochqualifizierten in diesem Zeitraum um 2,4 Prozentpunkte auf 22,1 %. Grundsätzlich steigt der Anteil Hochqualifizierter vor allem durch den Eintritt junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt, die zumeist ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen als die älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

■ **Anteile an allen Erwerbstätigen 2019**
– Frauen, Selbstständige, Personen mit akademischem Abschluss – Prozent –

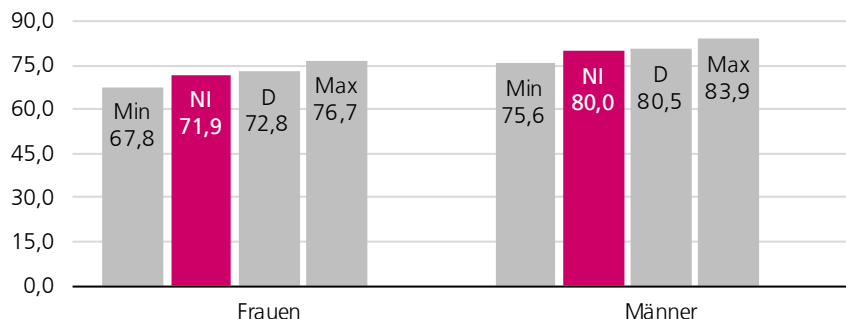


Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten nähern sich mittelfristig an

Für die Berechnung der Erwerbstätigenquote wird die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt.

Etwa 3 von 4 Einwohnerinnen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) waren 2019 in Deutschland und Niedersachsen erwerbstätig. Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten unterschieden sich in Niedersachsen um 8,1 Prozentpunkte (Deutschland: 7,7 Prozentpunkte). Den geringsten Niveauunterschied erreichte 2019 Brandenburg mit lediglich 2,8 Prozentpunkten. Die größten Unterschiede gab es in Rheinland-Pfalz und Hessen mit 9,1 Prozentpunkten.

■ **Erwerbstätigenquoten der Frauen und Männer (15 bis unter 65 Jahre)**
2019 – Prozent –



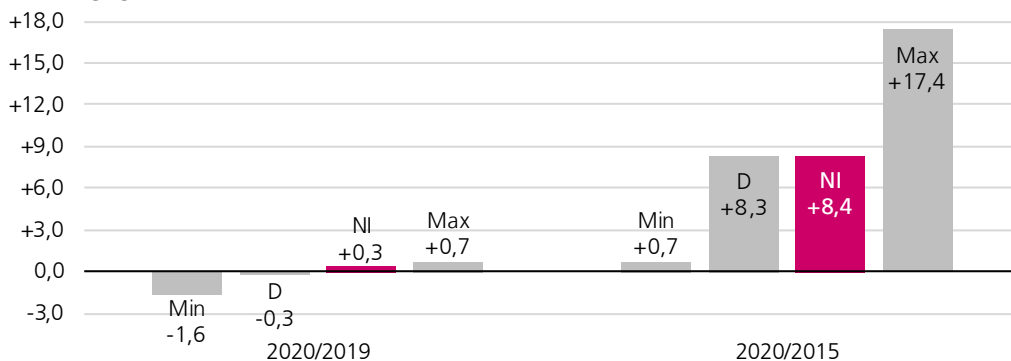
Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2019 in Niedersachsen mit 71,9 % um 3,1 Prozentpunkte höher als 2014. Die Erwerbstätigenquote der Männer war mit 80,0 % deutlich höher, stieg mittelfristig jedoch nur um 2,2 Prozentpunkte. In Deutschland insgesamt stiegen die Quoten mittelfristig stärker, um 3,5 Prozentpunkte für Frauen und um 2,7 Prozentpunkte für Männer.

Mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Beschäftigte
(Arbeitsort) T15

Die Zahl der (am Arbeitsort gezählten) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen blieb 2020 über der 3-Millionen-Marke; gegenüber dem 30.6. des Vorjahres stieg die Zahl um knapp 9 300 Beschäftigte bzw. 0,3 %. Nur in 3 weiteren Ländern stieg die Zahl der Beschäftigten trotz der Corona-Pandemie, am stärksten in Berlin (+0,7 %). Deutschlandweit ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 0,3 % zurück.

Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) 2020 gegenüber 2019 und 2015 – Prozent –



Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Zeitraum Juni 2019 bis Juni 2020 in Niedersachsen um 0,2 Prozentpunkte auf 46,0 % gestiegen, blieb aber weiter leicht unter dem Deutschlandwert (2020: 46,3 %). Während der Frauenanteil in Westdeutschland 2020 um 0,2 Prozentpunkte auf 45,7 % stieg, waren die Geschlechteranteile in Ostdeutschland mit 48,9 % wie im Vorjahr fast ausgeglichen.

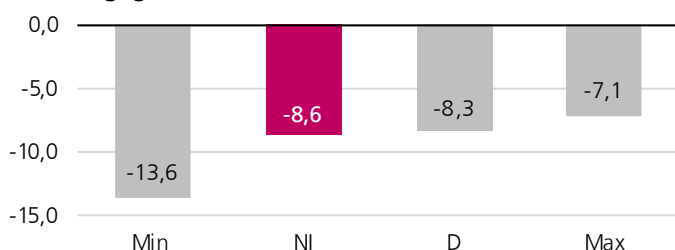
Zahl der Minijobs deutlich gesunken

Minijobs
T16

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das aus dem sogenannten Minijob erzielte Arbeitsentgelt regelmäßig 450 Euro im Monat nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnten Beschäftigten.

Am 30.6.2020 gingen in Niedersachsen knapp 447 400 Personen ausschließlich einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nach. Der Rückgang um 8,6 % gegenüber dem Vorjahr war – wie in allen Ländern – deutlich höher als in den Vorjahren (Deutschland: -8,3 %). Die stärksten Rückgänge gab es in den Stadtstaaten Berlin (-13,6 %) und Hamburg (-10,3 %) sowie in Sachsen (-9,7 %). Sowohl Wechsel in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten vor der Pandemie als auch Kündigungen aufgrund des 1. Corona-Lockdowns ab Ende März 2020 dürften den starken Rückgang im Zeitraum Juni 2019 bis Juni 2020 begründen. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigungen (z. B. in Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel) fielen nicht unter den „Schutzschirm“ der Kurzarbeit.

Veränderung der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (am Arbeitsort) 2020 gegenüber 2019 – Prozent –



Der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten lag im Juni 2020 in Niedersachsen mit 61,2 % unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (61,9 %). Im ostdeutschen Arbeitsmarkt betrug der Frauenanteil 53,0 %..

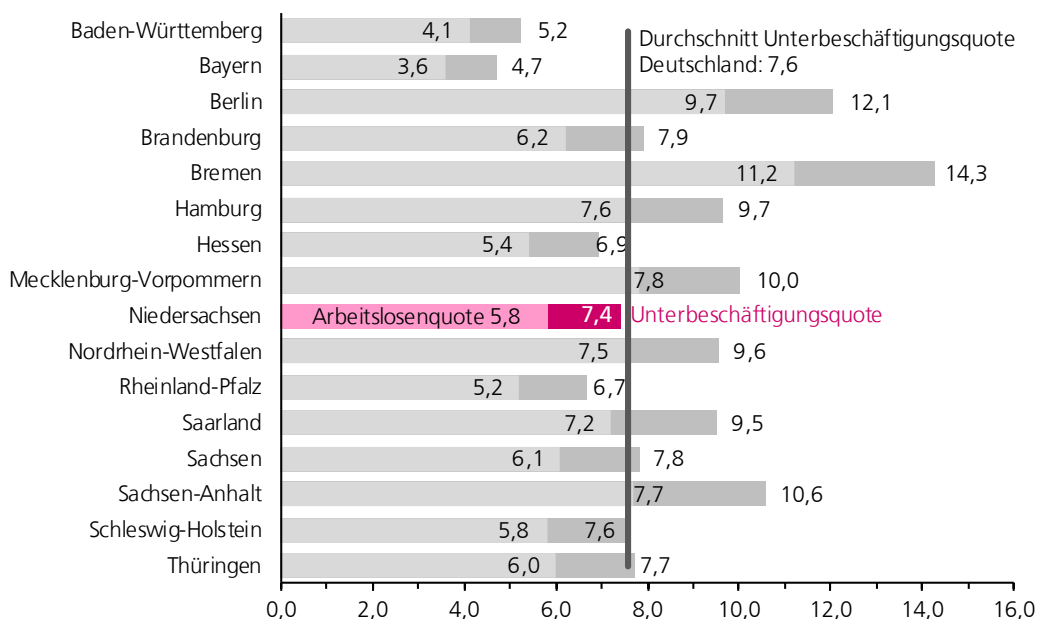
Arbeitslosenquote pandemiebedingt deutlich gestiegen

Bei der Arbeitslosenquote wird die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt ausgewiesen.

In Niedersachsen waren 2020 im Jahresdurchschnitt knapp 251 400 Personen arbeitslos gemeldet. Trotz der arbeitssichernden „Kurzarbeit“ in vielen Betrieben stieg die Zahl der Arbeitslosen pandemiebedingt gegenüber 2019 deutlich um 15,2 % – aber weniger stark als im bundesweiten Durchschnitt (+18,9 %).

Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen stieg im Corona-Jahr 2020 um 0,8 Prozentpunkte auf 5,8 %, der bundesdurchschnittliche Anstieg fiel mit 0,9 Prozentpunkten (auf 5,9 %) noch etwas höher aus. Gleichwohl lag die Arbeitslosenquote 2020 in Niedersachsen noch 0,3 Prozentpunkte unter der Quote von 2015 (deutschlandweit 0,5 Prozentpunkte).

■ Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) und darunter Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte) 2020 – Prozent –



Im Ländervergleich hatten die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen die stärksten Anstiege gegenüber dem Vorjahr. Die höchsten Quoten gab es 2020 weiterhin in Bremen (11,2 %) und Berlin (9,7 %), die niedrigsten in Bayern (3,6 %) und Baden-Württemberg (4,1 %).

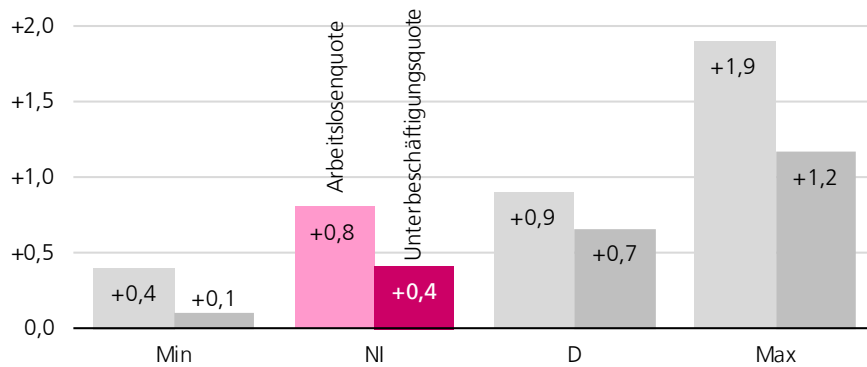
Unterbeschäftigungsquote

Unterbeschäftigungsquote weniger gestiegen als Arbeitslosenquote

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die Unterbeschäftigungsquote ist somit höher als die Arbeitslosenquote.

Die Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) stieg 2020 in Niedersachsen um 0,4 Prozentpunkte auf 7,4 %. Die Differenz zur Arbeitslosenquote sank auf 1,6 Prozentpunkte. Es befanden sich also anteilig weniger Menschen in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder einem Sonderstatus als im Jahr 2019 vor der Pandemie. Im Bundesdurchschnitt stieg die Unterbeschäftigung 2020 um 0,7 Prozentpunkte auf 7,6 %; die Differenz zur Arbeitslosenquote reduzierte sich auf 1,7 Prozentpunkte.

■ **Veränderung der Arbeitslosenquote und der Unterbeschäftigungsquote 2020 gegenüber 2019 – Prozentpunkte –**



Im Vergleich 2020 zu 2015 ist die Unterbeschäftigungsquote in 12 Ländern gesunken: in Niedersachsen um 0,4 Prozentpunkte. Im bundesweiten Durchschnitt betrug der Rückgang 0,6 Prozentpunkte.

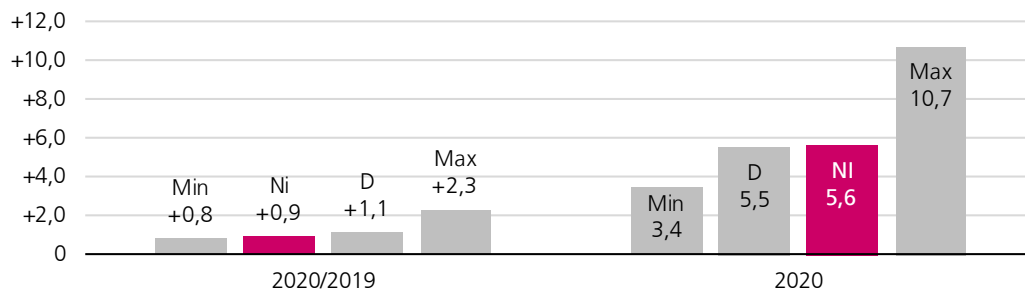
Jugendarbeitslosigkeit deutlich gestiegen

Im Jahresdurchschnitt 2020 waren in Niedersachsen knapp 27 200 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, dies waren deutliche 21,0 % mehr als im Vorjahr. Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen, denen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht gelang, war in allen Ländern pandemiebedingt deutlich höher als 2019. Bundesweit stieg die Zahl um mehr als ein Fünftel (+25,3 %).

Die Arbeitslosenquote unter den jungen Erwachsenen stieg 2020 in Niedersachsen um 0,9 Prozentpunkte auf 5,6 % und im Bundesdurchschnitt um 1,1 Prozentpunkte auf 5,5 %. Damit stieg die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen stärker als die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen (15 Jahre bis Regelaltersgrenze) insgesamt.

Jugendarbeitslosigkeit
T18

■ **Veränderung der Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) 2020 gegenüber 2019 sowie Arbeitslosenquote 2020 – Prozent –**



In allen Ländern waren die Arbeitslosenquoten der männlichen 15- bis unter 25-Jährigen höher als die der weiblichen. In Niedersachsen betrug die Differenz 1,7 Prozentpunkte (Deutschland: 1,8 Prozentpunkte). Die Spanne reichte von 1,3 Prozentpunkten in Bayern bis 4,1 Prozentpunkten in Berlin.

Informationen:

- **Erwerbstätigkeit:** LSN –Themen – Haushalte und Familien - Mikrozensus: Tabellen: [Bevölkerung und Erwerbstätige](#)
- **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online](#): Statistik 13111 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Quelle: Bundesagentur für Arbeit
- **Regionaldatenbank Deutschland – Arbeitsmarkt:** 13111 Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit
- **Regionalmonitoring Niedersachsen – Arbeit und Beschäftigung**
- **Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte:** Bundesagentur für Arbeit: [Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort. Deutschland nach Kreisen und Gemeinden](#)
- **Arbeitslosigkeit:** Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose nach Rechtskreisen \(Jahreszahlen\)](#)
- Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose und Unterbeschäftigung](#) sowie [Migration und Arbeitsmarkt](#)
- **Regionalmonitoring Niedersachsen – Arbeit und Beschäftigung**

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Tabellen Erwerbstätigkeit

13. Erwerbstätige¹⁾ (am Wohnort)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Darunter				Veränderung Erwerbstätige insgesamt	
				Frauenanteil	Selbstständigengquote	mit akademischem Abschluss ²⁾			
			Anteil an Erwerbstätigen			Veränderung des Anteils	2019/2014	2019/2018	
	2014	2018	2019	2019		2019/2014	2019/2014	2019/2018	
Anzahl in 1 000			%		Prozentpunkte	%			
Baden-Württemberg	5 577	5 907	5 987	46,2	8,7	23,0	+2,1	+7,4	+1,4
Bayern	6 677	6 995	7 076	46,5	9,8	22,3	+2,0	+6,0	+1,1
Berlin	1 644	1 844	1 868	47,4	14,4	40,0	+6,0	+13,6	+1,3
Brandenburg	1 196	1 246	1 244	47,8	9,8	19,3	+1,3	+4,1	-0,2
Bremen	307	330	332	45,4	8,6	24,6	+1,1	+8,3	+0,8
Hamburg	907	966	979	48,5	11,6	33,3	+0,7	+8,0	+1,4
Hessen	2 990	3 166	3 220	46,4	9,8	25,0	+1,8	+7,7	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	738	744	761	47,3	8,4	16,4	+0,8	+3,1	+2,3
Niedersachsen	3 794	3 971	4 017	46,4	8,4	18,8	+1,2	+5,9	+1,2
Nordrhein-Westfalen	8 285	8 724	8 807	46,5	8,7	20,9	+1,4	+6,3	+1,0
Rheinland-Pfalz	1 986	2 058	2 090	46,3	8,7	19,6	+2,1	+5,3	+1,5
Saarland	457	481	478	46,0	8,5	18,4	+2,3	+4,7	-0,5
Sachsen	1 931	1 966	1 985	47,3	9,8	20,1	+0,5	+2,8	+1,0
Sachsen-Anhalt	1 042	1 020	1 027	47,1	7,2	14,3	-1,2	-1,4	+0,6
Schleswig-Holstein	1 355	1 436	1 465	47,2	10,0	18,7	+1,1	+8,2	+2,1
Thüringen	1 056	1 041	1 042	47,1	8,7	17,6	+2,4	-1,3	+0,1
Deutschland	39 942	41 895	42 379	46,7	9,3	22,1	+1,8	+6,1	+1,2
Westdeutschland	32 335	34 033	34 452	46,5	9,1	21,9	+1,7	+6,5	+1,2
Ostdeutschland	7 607	7 861	7 927	47,4	10,3	23,2	+2,3	+4,2	+0,8

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion, ohne Abschlüsse an Berufsakademien.

Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung Statistisches Bundesamt (Destatis) Juli 2020; eigene Berechnungen

14. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbstätigenquote			
							Frauen		Männer	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014		2019/2018	
	%						Prozentpunkte			
Baden-Württemberg	72,0	74,2	74,8	81,0	82,7	83,3	+2,8	+2,4	+0,6	+0,6
Bayern	72,7	74,7	75,8	82,0	83,6	83,9	+3,1	+1,9	+1,1	+0,3
Berlin	66,8	71,3	71,8	71,0	77,2	78,0	+5,0	+6,9	+0,5	+0,8
Brandenburg	72,5	76,4	76,6	76,3	78,1	79,4	+4,2	+3,2	+0,3	+1,4
Bremen	65,3	67,9	67,8	71,1	74,8	75,6	+2,5	+4,6	-0,1	+0,9
Hamburg	70,9	73,1	74,3	78,1	79,7	79,6	+3,4	+1,5	+1,2	-0,1
Hessen	68,1	70,8	71,4	77,6	79,2	80,5	+3,3	+3,0	+0,6	+1,3
Mecklenburg-Vorpommern	69,3	71,8	73,3	72,6	74,5	76,5	+4,1	+3,9	+1,5	+2,0
Niedersachsen	68,7	71,4	71,9	77,9	79,1	80,0	+3,1	+2,2	+0,5	+0,9
Nordrhein-Westfalen	65,3	68,4	69,0	75,7	77,0	78,0	+3,8	+2,4	+0,6	+1,0
Rheinland-Pfalz	68,9	71,2	71,8	78,7	79,9	81,0	+2,9	+2,3	+0,6	+1,1
Saarland	63,8	69,9	69,4	75,2	77,0	77,7	+5,6	+2,6	-0,4	+0,7
Sachsen	72,1	75,8	76,7	76,8	80,2	80,6	+4,6	+3,9	+0,9	+0,5
Sachsen-Anhalt	70,7	72,8	74,0	74,1	77,0	77,4	+3,3	+3,3	+1,2	+0,4
Schleswig-Holstein	69,9	72,0	73,3	77,6	79,2	81,4	+3,5	+3,8	+1,3	+2,2
Thüringen	72,6	75,0	76,1	77,3	79,2	79,0	+3,5	+1,6	+1,1	-0,2
Deutschland	69,3	72,1	72,8	77,8	79,7	80,5	+3,5	+2,7	+0,7	+0,8
Westdeutschland	69,1	71,7	72,4	78,5	80,0	80,9	+3,3	+2,4	+0,7	+0,9
Ostdeutschland	70,5	73,9	74,7	74,7	78,0	78,8	+4,2	+4,1	+0,8	+0,7

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung Statistisches Bundesamt (Destatis) Juli 2020; eigene Berechnungen

15. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	
	2015 ¹⁾	2019	2020		2020	2015	2019	2020	2020/2015
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	4 359 864	4 748 861	4 726 571	2 137 840	45,2	45,0	45,2	+8,4	-0,5
Bayern	5 184 918	5 702 850	5 682 137	2 602 390	45,8	45,7	45,8	+9,6	-0,4
Berlin	1 311 413	1 527 912	1 539 285	761 170	51,0	49,5	49,4	+17,4	+0,7
Brandenburg	806 025	854 164	848 381	408 300	48,5	48,1	48,1	+5,3	-0,7
Bremen	311 190	334 267	332 520	147 253	44,1	44,0	44,3	+6,9	-0,5
Hamburg	912 762	996 031	997 534	462 345	46,6	46,4	46,3	+9,3	+0,2
Hessen	2 408 926	2 630 864	2 623 535	1 191 201	45,5	45,3	45,4	+8,9	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	553 845	578 848	572 732	289 020	51,6	50,5	50,5	+3,4	-1,1
Niedersachsen	2 784 011	3 007 560	3 016 855	1 388 774	45,6	45,8	46,0	+8,4	+0,3
Nordrhein-Westfalen	6 407 112	6 976 079	6 974 006	3 166 793	45,1	45,2	45,4	+8,8	-0,0
Rheinland-Pfalz	1 345 402	1 435 337	1 428 707	666 741	46,6	46,4	46,7	+6,2	-0,5
Saarland	377 088	391 368	385 650	178 638	44,9	45,5	46,3	+2,3	-1,5
Sachsen	1 530 094	1 617 162	1 608 511	777 700	49,1	48,4	48,3	+5,1	-0,5
Sachsen-Anhalt	776 293	799 399	790 366	388 169	49,9	49,0	49,1	+1,8	-1,1
Schleswig-Holstein	914 529	1 000 213	1 002 902	479 497	47,9	47,7	47,8	+9,7	+0,3
Thüringen	786 098	804 770	791 811	382 338	48,7	48,2	48,3	+0,7	-1,6
Deutschland²⁾	30 771 297	33 407 262	33 322 952	15 428 834	46,4	46,2	46,3	+8,3	-0,3
Westdeutschland	25 005 802	27 223 430	27 170 417	12 421 472	45,6	45,5	45,7	+8,7	-0,2
Ostdeutschland	5 763 768	6 182 255	6 151 086	3 006 697	49,7	48,9	48,9	+6,7	-0,5

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand 5.1.2021; Beschäftigte nach dem Arbeitsort (Zeitreihe Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand Juli 2021

16. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (ohne Beschäftigte im Nebenjob) insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung ausschl. geringf. entlohnte Beschäftigte insgesamt	
	2015 ¹⁾	2019	2020		2020	2015	2019	2020	2020/2015
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	706 361	669 187	616 735	383 725	65,1	62,8	62,2	-12,7	-7,8
Bayern	774 988	743 119	690 127	441 913	67,1	64,7	64,0	-10,9	-7,1
Berlin	145 844	139 906	120 922	64 609	54,9	53,7	53,4	-17,1	-13,6
Brandenburg	91 875	88 718	82 057	43 670	55,0	53,7	53,2	-10,7	-7,5
Bremen	47 953	43 296	39 390	22 758	60,0	57,8	57,8	-17,9	-9,0
Hamburg	105 366	99 756	89 440	52 304	60,1	58,7	58,5	-15,1	-10,3
Hessen	379 346	363 019	333 398	203 244	63,7	61,5	61,0	-12,1	-8,2
Mecklenburg-Vorpommern	64 599	61 949	56 983	28 975	53,1	51,4	50,8	-11,8	-8,0
Niedersachsen	512 458	489 476	447 370	273 920	64,9	61,9	61,2	-12,7	-8,6
Nordrhein-Westfalen	1 235 911	1 156 154	1 061 065	654 738	64,3	62,2	61,7	-14,1	-8,2
Rheinland-Pfalz	264 684	250 302	230 217	142 848	65,0	62,8	62,0	-13,0	-8,0
Saarland	69 140	64 109	58 591	35 520	64,3	61,5	60,6	-15,3	-8,6
Sachsen	163 254	153 568	138 647	73 935	56,3	54,0	53,3	-15,1	-9,7
Sachsen-Anhalt	80 132	73 758	67 639	36 190	57,1	54,4	53,5	-15,6	-8,3
Schleswig-Holstein	176 539	169 020	154 158	90 185	61,7	58,7	58,5	-12,7	-8,8
Thüringen	82 430	79 494	72 381	38 171	56,0	53,7	52,7	-12,2	-8,9
Deutschland²⁾	4 902 198	4 645 857	4 259 958	2 587 189	63,6	61,3	60,7	-13,1	-8,3
Westdeutschland	4 272 746	4 047 438	3 720 491	2 301 155	64,7	62,4	61,9	-12,9	-8,1
Ostdeutschland	628 134	597 393	538 629	285 550	55,5	53,6	53,0	-14,2	-9,8

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Auftragsnummer 304061, Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach dem Geschlecht, Juli 2021

17. Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose			Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen			Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	227 098	196 950	259 940	3,8	3,2	4,1	5,2	+14,5	+32,0
Bayern	256 527	211 965	275 075	3,6	2,8	3,6	4,7	+7,2	+29,8
Berlin	194 812	152 565	192 644	10,7	7,8	9,7	12,1	-1,1	+26,3
Brandenburg	114 873	76 888	82 491	8,7	5,8	6,2	7,9	-28,2	+7,3
Bremen	37 355	35 702	40 822	10,9	9,9	11,2	14,3	+9,3	+14,3
Hamburg	73 291	64 774	80 677	7,4	6,1	7,6	9,7	+10,1	+24,6
Hessen	177 944	149 812	184 955	5,5	4,4	5,4	6,9	+3,9	+23,5
Mecklenburg-Vorpommern	86 095	58 485	63 850	10,4	7,1	7,8	10,0	-25,8	+9,2
Niedersachsen	256 434	218 123	251 377	6,1	5,0	5,8	7,4	-2,0	+15,2
Nordrhein-Westfalen	744 228	635 486	733 740	8,0	6,5	7,5	9,6	-1,4	+15,5
Rheinland-Pfalz	112 882	97 717	117 912	5,2	4,3	5,2	6,7	+4,5	+20,7
Saarland	36 895	32 854	38 364	7,2	6,2	7,2	9,5	+4,0	+16,8
Sachsen	174 319	116 051	128 669	8,2	5,5	6,1	7,8	-26,2	+10,9
Sachsen-Anhalt	118 852	80 608	86 110	10,2	7,1	7,7	10,6	-27,5	+6,8
Schleswig-Holstein	97 850	79 678	92 140	6,5	5,1	5,8	7,6	-5,8	+15,6
Thüringen	85 212	59 065	66 678	7,4	5,3	6,0	7,7	-21,8	+12,9
Deutschland	2 794 664	2 266 720	2 695 444	6,4	5,0	5,9	7,6	-3,6	+18,9
Westdeutschland	2 020 503	1 723 059	2 075 003	5,7	4,7	5,6	[g]	+2,7	+20,4
Ostdeutschland	774 162	543 661	620 441	9,2	6,4	7,3	[g]	-19,9	+14,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, Datenstand Juni 2021; Jahreszahlen – Teil Arbeitsmarkt, April 2021

18. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹⁾					Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
	2015	2019	2020	insgesamt			Männer	Frauen	2020/2015	2020/2019
				2015	2019	2020	2020			
Anzahl			%							
Baden-Württemberg	19 211	17 909	25 517	2,8	2,5	3,6	4,2	2,8	+32,8	+42,5
Bayern	25 022	20 788	28 582	3,1	2,5	3,4	4,0	2,7	+14,2	+37,5
Berlin	15 092	12 468	16 567	10,0	8,0	10,3	12,3	8,2	+9,8	+32,9
Brandenburg	6 751	5 647	6 833	7,5	6,5	7,3	8,2	6,2	+1,2	+21,0
Bremen	3 367	3 492	4 194	9,4	9,1	10,7	12,5	8,6	+24,6	+20,1
Hamburg	5 372	5 203	6 803	5,7	5,1	6,6	7,8	5,3	+26,6	+30,8
Hessen	16 414	14 975	19 033	5,0	4,3	5,4	6,2	4,5	+16,0	+27,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 334	5 171	6 121	9,6	8,5	9,5	10,6	8,1	-3,4	+18,4
Niedersachsen	25 113	22 447	27 165	5,5	4,7	5,6	6,4	4,7	+8,2	+21,0
Nordrhein-Westfalen	66 226	55 119	65 971	6,6	5,4	6,4	7,4	5,2	-0,4	+19,7
Rheinland-Pfalz	11 511	10 041	12 396	4,6	4,0	5,0	5,8	4,0	+7,7	+23,5
Saarland	3 293	2 771	3 314	6,0	5,2	6,2	7,6	4,6	+0,6	+19,6
Sachsen	11 188	9 540	11 536	6,8	6,1	7,0	7,9	6,0	+3,1	+20,9
Sachsen-Anhalt	8 068	6 956	7 943	9,2	8,7	9,5	10,3	8,3	-1,5	+14,2
Schleswig-Holstein	9 996	7 936	9 308	6,1	4,7	5,5	6,4	4,4	-6,9	+17,3
Thüringen	5 589	4 920	6 078	6,5	6,1	7,1	7,9	6,2	+8,8	+23,5
Deutschland	238 547	205 384	257 361	5,3	4,4	5,5	6,3	4,5	+7,9	+25,3
Westdeutschland	185 525	160 682	202 283	4,8	4,0	5,0	5,8	4,1	+9,0	+25,9
Ostdeutschland	53 022	44 702	55 078	8,2	7,2	8,4	9,5	7,1	+3,9	+23,2

1) Der entsprechenden Altersgruppe.

Quelle: Sonderauswertungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Bestand Arbeitslose und Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre nach Geschlecht, Juli 2016/Juli 2020/Juli 2021

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

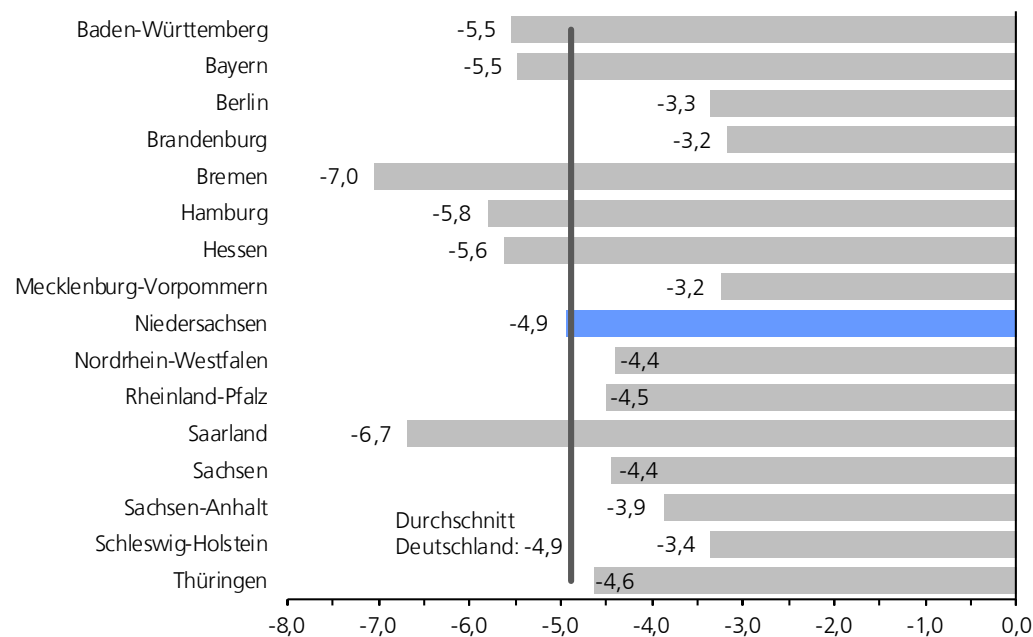
Die wirtschaftlichen Entwicklungen wurden ab März 2020 teilweise durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beeinflusst, diese prägten somit die Jahresergebnisse für 2020. In den Ergebnissen für 2019 zeigte sich hingegen noch die allgemein gute konjunkturelle Entwicklung wie in den Vorjahren.

Wirtschaftsleistung bricht ein

Im Jahr 2020 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 296 Mrd. Euro erwirtschaftet. Dies waren real 4,9 % weniger als im Vorjahr. Die niedersächsische Wirtschaft schrumpfte damit 2020 pandemiebedingt genauso stark wie der Bundesdurchschnitt. Die geringsten BIP-Rückgänge verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (jeweils -3,2 %).

Bruttoinlandsprodukt
(BIP) T19

■ Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2020 gegenüber 2019 – Prozent –



In den letzten 5 Jahren stieg das BIP in Niedersachsen nominal um rund 34 Mrd. Euro. Das entsprach einer realen Veränderung von +4,0 % gegenüber 2015. Im selben Zeitraum wuchs das BIP in Deutschland um 1,6 %, wobei die Veränderungsrate in den Ländern zwischen -8,9 % und +12,9 % lagen.

Das BIP für Deutschland lag 2020 bei rund 3,33 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug 8,9 %. Die höchsten Anteile am gesamtdeutschen BIP erwirtschafteten Nordrhein-Westfalen mit 20,9 %, gefolgt von Bayern mit 18,3 % und Baden-Württemberg mit 15,0 %.

Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2020 pro Kopf knapp 72 000 Euro, im Bundesdurchschnitt waren es gut 74 400 Euro. Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit gut 91 900 Euro, das niedrigste Thüringen mit knapp 60 100 Euro.

BIP je Erwerbstätigen
T19

Zahl der Erwerbstätigen sinkt durchschnittlich

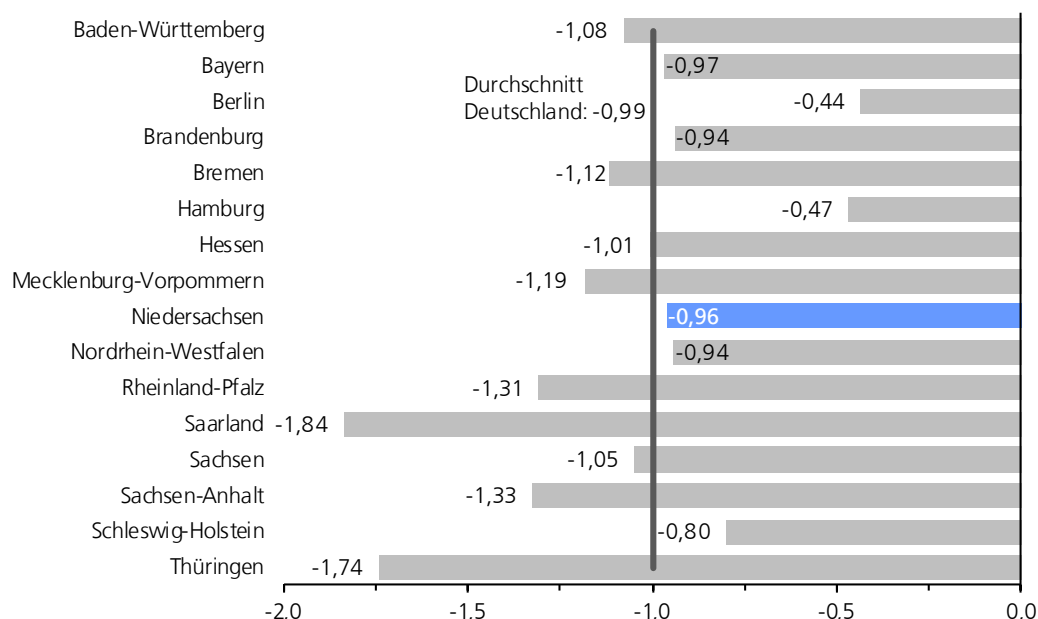
Erwerbstätige
(Arbeitsort) T20

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) berechnet die Zahl aller Erwerbstätigen am Arbeitsort auf Basis diverser Datenquellen.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, sank 2020 um 1,0 % auf rund 4,11 Mio. Personen. Der Rückgang lag damit im Bundesdurchschnitt (-1,0 %). Im

mittelfristigen Vergleich von 2020 zu 2015 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 3,9 % ebenfalls im bundesweiten Durchschnitt (+3,9 %).

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2020 gegenüber 2019 – Prozent –



Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit liegt sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit im Dienstleistungssektor: 2020 waren hier rund 73,7 % der Erwerbstätigen in Niedersachsen tätig, 23,9 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,4 % in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

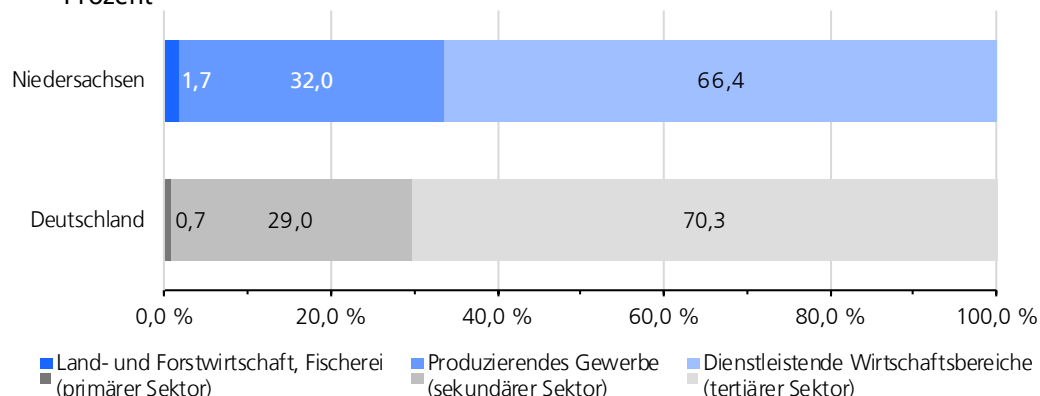
Bruttowertschöpfung (BWS)

T21-23

Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich nimmt zu

Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS) Niedersachsens wurde 2020 überwiegend im Dienstleistungsbereich (66,4 %) und zu knapp einem Drittel im Produzierenden Gewerbe (32,0 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (primärer Sektor) betrug zwar nur 1,7 %, dennoch hatte Niedersachsen mit 20,1 % der gesamtdeutschen BWS in diesem Wirtschaftssektor 2020 im Ländervergleich weiter den höchsten Anteil vor Bayern (19,1 %).

Anteile der Wirtschaftssektoren an der gesamten Bruttowertschöpfung 2020 – Prozent –

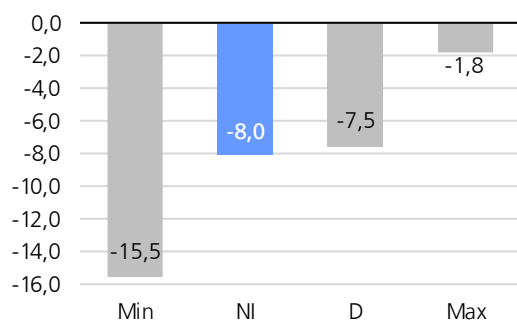


BWS Produzierendes Gewerbe

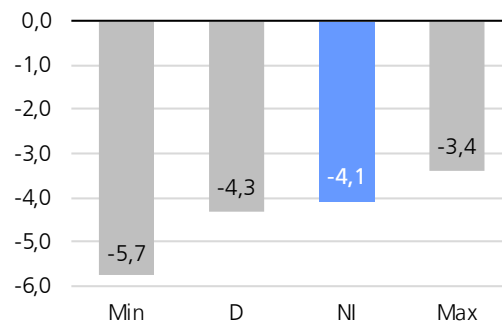
T22

Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die BWS in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um real 8,0 %. Dieser Rückgang war größer als im Bundesdurchschnitt (-7,5 %). Zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes trug Niedersachsen 2020 mit 9,8 % den viertgrößten Anteil bei. Im mittelfristigen Vergleich 2020 gegenüber 2015 ist der Anteil an der gesamten Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Niedersachsen um 2,4 Prozentpunkte gestiegen.

■ Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2020 gegenüber 2019 – Prozent –



■ Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Dienstleistungsbereich 2020 gegenüber 2019 – Prozent –



Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) ging die BWS 2020 in Niedersachsen real um 4,1 % zurück; dies war etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (-4,3 %). Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen mit 8,4 % den fünftgrößten Anteil bei.

BWS dienstleistende Wirtschaftsbereiche T23

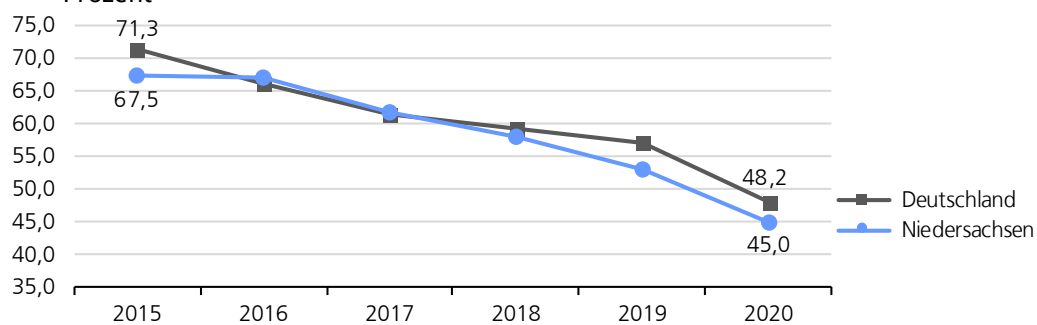
Zahl der Unternehmensinsolvenzen sinkt weiter

Im Jahr 2020 ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen um 14,4 % auf 1 275 zurück. Im Bundesdurchschnitt sank die Zahl um 15,5 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zu 2015 wurden 2020 in Niedersachsen fast ein Drittel (-31,2 %) weniger insolvente Unternehmen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 31,4 % weniger.

Unternehmensinsolvenzen T24

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen je 10 000 steuerpflichtiger Unternehmen sank 2020 in fast allen Ländern. In Niedersachsen lag dieser Indikator 2020 mit 45,0 unter dem durchschnittlichen Wert für Deutschland (48,2). Der sinkende Trend in den letzten Jahren setzte sich 2020 fort, wobei die teilweise Aussetzung der Insolvenzantragspflicht ab April 2020 stabilisierend wirkte (Regelung im „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ vom 27. März 2020).

■ Anzahl der Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen 2015 bis 2020 – Prozent –



Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz leicht gestiegen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) T25

Der Anteil des Umsatzes der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Lieferungen und Leistungen von weniger als 50 Mio. Euro an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen ist 2019 im Vorjahresvergleich in Niedersachsen auf gut 224 Mrd. Euro gestiegen. Der KMU-Anteil am Umsatz stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 37,0 % und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 35,8 %.

Die Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen, worunter in Niedersachsen etwa 93 % der KMU fallen, hatten am Umsatz aller Un-

ternehmen einen Anteil von 11,6 % (Deutschland: 11,4 %). In den ostdeutschen Ländern war dieser Anteil mit 19,3 % fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (10,5 %).

Umsatz Verarbeitendes Gewerbe

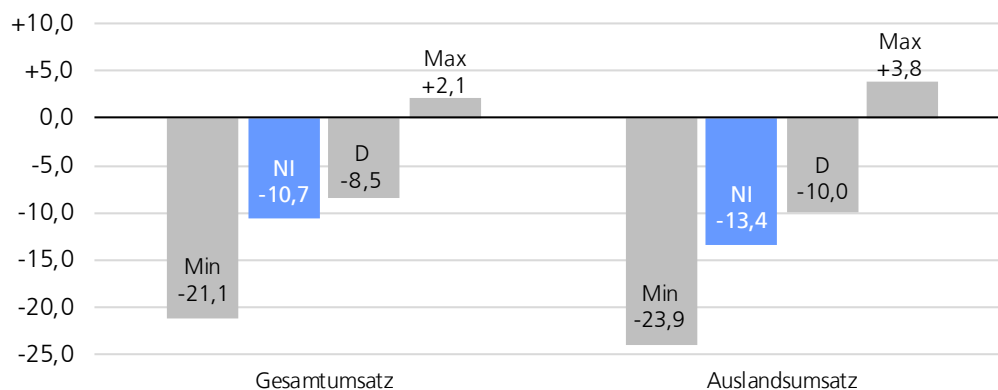
T26

Umsatzrückgang im Verarbeitenden Gewerbe und Umsatzsteigerung im Bauhauptgewerbe

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden brach in Niedersachsen 2020 um 10,7 % auf rund 196,7 Mrd. Euro ein. Im Bundesdurchschnitt gab es einen Rückgang um 8,5 %. Im Vergleich zu 2015 sank der Umsatz in Niedersachsen um 3,1 % und damit stärker als in Deutschland insgesamt (-0,8 %). Den größten Rückgang, allerdings bei deutlich geringeren Absolutwerten, verzeichnete das Saarland (-18,9 %) in diesem Zeitraum.

Von den Gesamtumsätzen wurden 2020 im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau 45,7 % im Auslandsgeschäft erzielt. Gegenüber dem Vorjahr gab der Auslandsumsatz um 13,4 % nach. Für Deutschland (Anteil 48,0 %) gab es beim Auslandsumsatz einen Einbruch von 10,0 %. Im Fünfjahresvergleich 2020 zu 2015 sank der Auslandsumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes um 3,8 %; im Bundesdurchschnitt (+0,4 %) blieb er leicht positiv.

■ Veränderung des Gesamt- und Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2020 gegenüber 2019 – Prozent –



Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem Land zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

Umsatz Bauhauptgewerbe

T27

Im niedersächsischen Bauhauptgewerbe lag die Veränderung des baugewerblichen Umsatzes 2020 im Vergleich zum Vorjahr bei +8,8 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von +6,6 %. Mit einem Anteil am Bundeswert von 11,6 % hatte Niedersachsen 2020 das viertstärkste Baugewerbe nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Im Zeitraum 2015 bis 2020 stieg der Umsatz in Niedersachsen um 45,6 % (Bundesdurchschnitt: +48,9 %).

Gästeübernachtungen

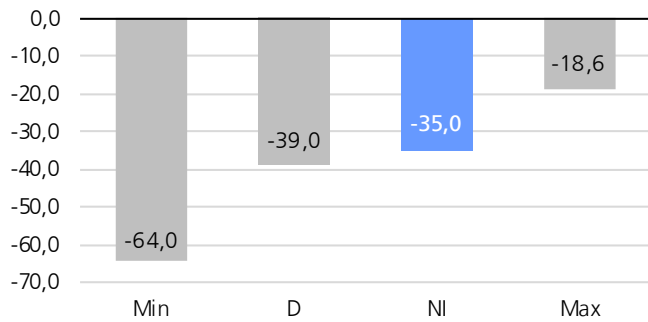
T28

Schwarzes Jahr für den Tourismus

Nach mehreren Rekordjahren in Folge war 2020 für den Tourismus in Niedersachsen ein schwarzes Jahr. Pandemiebedingt gingen die Übernachtungszahlen drastisch zurück. Insgesamt wurden 30,0 Millionen Übernachtungen in Niedersachsen gebucht und damit 35,0 % weniger als 2019. Deutschlandweit brach die Zahl der Gästeübernachtungen mit 39,0 % noch stärker ein.

Nur 5,9 % der Übernachtungen in Niedersachsen entfielen auf Gäste aus dem Ausland, im gesamten Bundesgebiet waren es 10,6 %. Den höchsten Anteil an ausländischen Gästeübernachtungen hatte Berlin mit 30,3 %.

**Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen
2020 gegenüber 2019 – Prozent –**



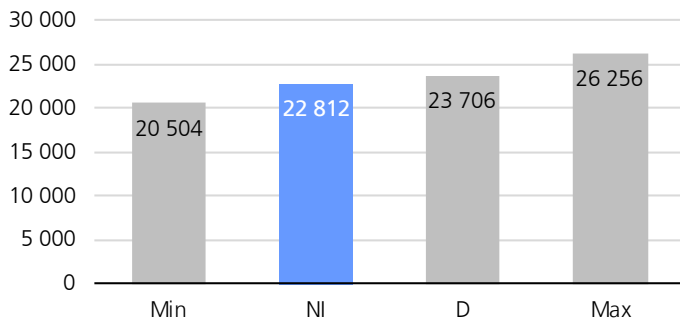
Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Gästen in Niedersachsen stieg 2020 auf 3,4 Tage (2019: 3,0 Tage). Damit stand Niedersachsen 2020 an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Schleswig-Holstein (4,7 Tage) und Mecklenburg-Vorpommern (4,6 Tage) blieben die Gäste länger (Deutschland: 3,1 Tage). 2020 war Urlaub nur eingeschränkt möglich; wer ein Quartier an der Küste – vorzugsweise ein Ferienhaus – „ergatterte“, blieb länger.

Verfügbares Einkommen 2019 gestiegen, Verdienste 2020 gesunken

Die mindestens 2019 noch anhaltend gute Wirtschaftslage schlug sich auch in gestiegenen Einkommen und Verdiensten nieder. Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten 2019 pro Kopf durchschnittlich ein verfügbares Einkommen in Höhe von 22 812 Euro (Einkommen inkl. Sozialleistungen nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 3,4 %. Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag bei 23 706 Euro pro Kopf (+2,8 %). Im Zeitraum 2014 bis 2019 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 14,0 % unter dem Bundesdurchschnitt von 14,4 %.

Verfügbares Einkommen
T29

**Verfügbares Einkommen je Einwohnerin und Einwohner
2019 – Euro –**



Bei den Bruttojahresverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich war 2020 in Niedersachsen ein Minus von 0,5 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, ein etwas geringerer Rückgang als im Bundesdurchschnitt (-0,6 %). Der vermehrte Einsatz von Kurzarbeit in der Corona-Pandemie verringerte im Jahr 2020 die bezahlte Wochenarbeitszeit und somit auch die Bruttomonatsverdienste. Der Bruttojahresverdienst inkl. Sonderzahlungen betrug 2020 in Niedersachsen 49 615 Euro und lag damit etwa 2 900 Euro unter dem Bundesniveau (52 464 Euro).

Bruttojahresverdienste
T30

Hinsichtlich der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern war 2020 im Vergleich zu 2015 eine geringe Annäherung festzustellen. 2020 entsprach der Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 85,4 % des Verdienstes der Männer. Dies waren 4,0 Prozentpunkte mehr als 2015. Beim Verdienstabstand gemessen am Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen (Voll- und Teilzeit) gab es ebenfalls etwas Bewegung: Frauen verdienten 2020 in Niedersachsen demnach 19 % (Vorjahr 21 %) weniger als die Männer. Diese Entwicklung des sog. unbereinigten Gender Pay Gap war im Bundesdurchschnitt (18 %) fast identisch (siehe auch Kapitel Gleichstellung).

Verdienstabstand
(Gender Pay Gap) T30

Investitionen Verarbeitendes Gewerbe

T31

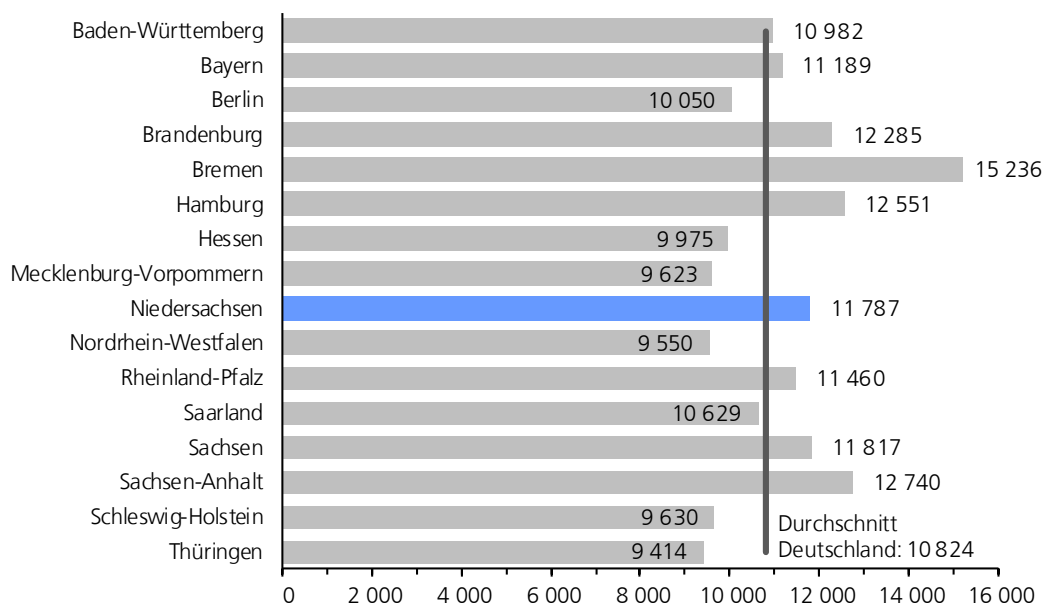
Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe steigen kräftig

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen 2019 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen weiter kräftig um 21,8 %. In Deutschland gab es ein Investitionsplus von 2,7 %.

Bezogen auf den für einen Vergleich der Investitionen aussagekräftigeren Zeitraum von 2014 bis 2019 stiegen die Investitionen in Niedersachsen um 13,6 %. Bundesweit wuchsen sie dagegen um 21,4 %.

■ Investitionen je tätige Person 2019 – Euro –

– Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden –



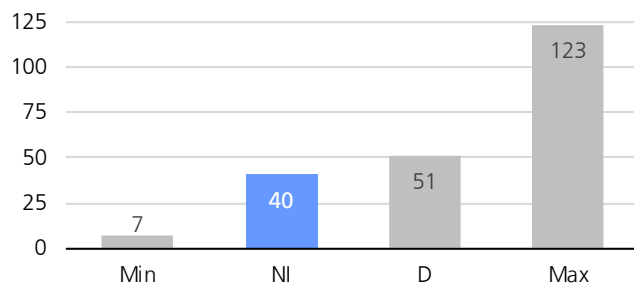
Patentanmeldungen

T32

Deutlicher Rückgang der Patentanmeldungen

Die Zahl der Patentanmeldungen in Niedersachsen sank 2020 im Vergleich zu 2019 um 16,0 %. In Deutschland insgesamt waren es 9,4 % weniger. Bei der Gesamtzahl der Patentanmeldungen lag Niedersachsen 2020 mit 3 234 Patentanmeldungen unverändert an vierter Stelle.

■ Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2020 – Anzahl –



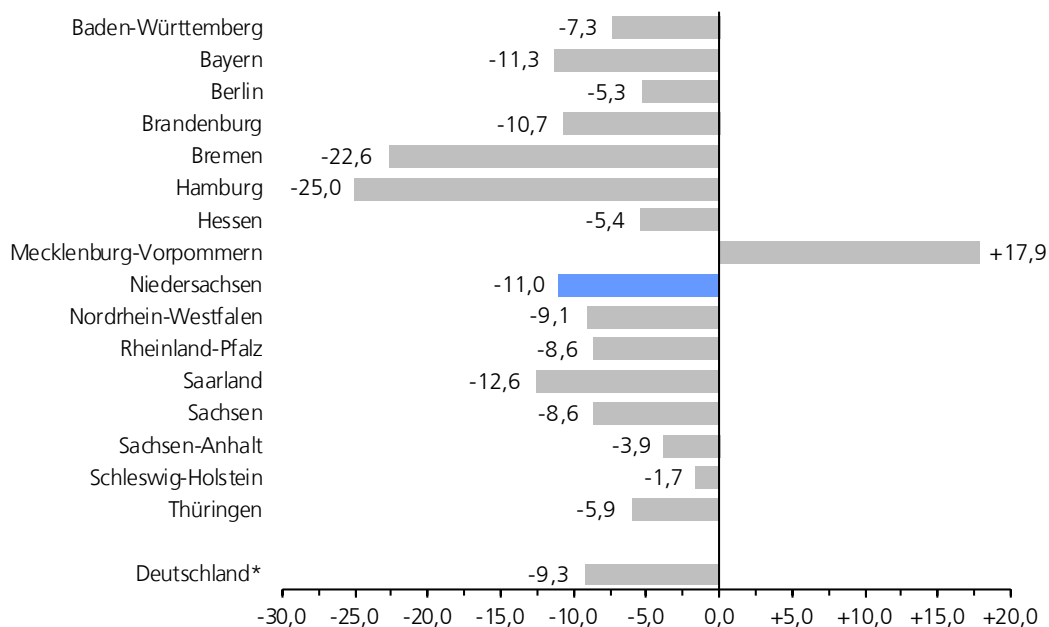
Exporte

T33

Starker Rückgang der Exporte ...

Der Wert der Ausfuhren aus Niedersachsen verminderte sich 2020 erneut. Mit einem Rückgang von 11,0 % fiel dieser jedoch deutlich stärker aus als im Vorjahr. Auf Bundesebene gab es 2020 einen Ausfuhrückgang von 9,3 %. Die niedersächsische Wirtschaft exportierte Waren im Wert von 75,9 Mrd. Euro ins Ausland, was einem Anteil von 8,3 % an der den Ländern zuordnungsfähigen Ausfuhr entsprach.

■ **Veränderung der Ausfuhren 2020 gegenüber 2019 – Prozent –**



*Deutschland einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungs-fähiger Exporte.

Im Vergleich der Jahre 2020 und 2015 sank der Wert der aus Niedersachsen exportierten Waren um 8,3 %, wobei die Spanne in den Ländern von -26,5 % bis +8,5 % reichte. Deutschland (einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungs-fähiger Exporte) erreichte einen Zuwachs von 1,0 %.

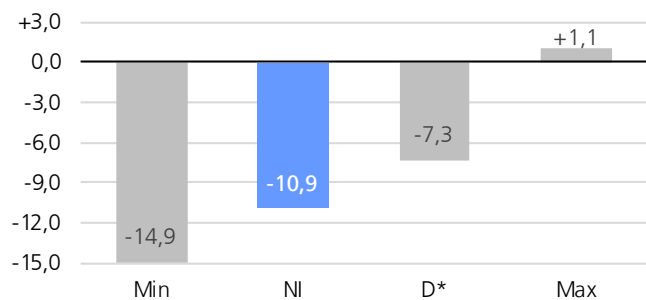
... und ebenso der Importe

Importe

T34

Beim Wert der Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2020 einen Rückgang um 10,9 %. Der Wert der importierten Waren betrug rund 82,1 Mrd. Euro. In Deutschland schrumpfte der Wert der Importe gegenüber 2019 weniger deutlich (-7,3 %).

■ **Veränderung der Einfuhren 2020 gegenüber 2019 – Prozent –**



*Deutschland einschließlich regional nicht zuordnungs-fähiger Importe.

Im Zeitraum 2015 bis 2020 stieg der Wert importierter Waren nach Niedersachsen um 1,4 %, der Wert für Deutschland wuchs um 7,7 %.

Der Anteil Niedersachsens an der gesamtdeutschen Einfuhr lag 2020 bei 8,2 %. Hauptabnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen (22,2 %), Bayern (18,1 %) und Baden-Württemberg (17,5 %).

Ein weiterer Aspekt der globalen wirtschaftlichen Verflechtung sind neben den Im- und Exporten die Direktinvestitionen. Laut den Erläuterungen der Deutschen Bundesbank gibt die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen „Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland zu einem festen Zeitpunkt“. In der Bestandserhebung werden die Direktinvestitionsbestände (Saldo der Forderungen und Verbindlichkeiten) gemäß international harmonisierter Berechnungsvorgaben dargestellt.

Der Bestand unmittelbarer Auslandsdirektinvestitionen betrug 2019 in Niedersachsen rund 106,8 Mrd. Euro. Der Wert der Investitionen, die niedersächsische Investoren im Ausland getätigt haben, stieg damit gegenüber 2018 um 41,5 %. Deutschlandweit lag der Wertzuwachs im Bestand der Auslandsdirektinvestitionen bei 6,0 %.

Der Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Investoren im Inland betrug 2019 in Niedersachsen gut 39,2 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 2018 war das ein Zuwachs um 12,6 %. In Deutschland stagnierte der Bestand 2019 gegenüber dem Vorjahr (+0,1 %).

Informationen:

BIP, BWS und Einkommen:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistikportal: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistikportal: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR)
- LSN: Themenbereich: [Konjunktur, VGR - Übersicht](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Wirtschaft

- **Verdienste:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Arbeitnehmerverdienste \(Fachserie 16 Reihe 2.3\)](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online: Vierteljährliche Verdiensterhebung](#), Statistik 62321
- LSN: Themen: Verdienste und Arbeitskosten – [Verdienste in Niedersachsen](#) Vierteljährliche Verdiensterhebung (VVE)

- **Unternehmensinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
- LSN: Statistische Berichte Niedersachsen [D III 1 Insolvenzverfahren](#)

- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online: Verarbeitendes Gewerbe](#), Statistiken 42 bzw. Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, Statistik 42271
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online: Baugewerbe](#): Statistiken 44 bzw. Betriebe, Tätige Personen, Entgelte, Umsatz im Bauhauptgewerbe, Statistik 44111

- **Gästeübernachtungen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Monatserhebung im Tourismus \(Fachserie 6 Reihe 7.1\)](#)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Statistische Erhebung 736 – Monatserhebung im Tourismus
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Wirtschaft – Tourismus

- **Patentanmeldungen:** [Deutsches Patent- und Markenamt](#): Jahresbericht 2020, München 2021

- **Ein- und Ausfuhren:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS-Online: Außenhandel](#), Statistik 51

- **Direktinvestitionen:** Deutsche Bundesbank: [Direktinvestitionsbestände nach Bundesländern](#)

Autor: Heiko Irps

Tabellen Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

19. Bruttoinlandsprodukt¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015 ²⁾	2020/2019
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	463 346	522 586	500 790	76 076	81 840	79 347	+0,6	-5,5
Bayern	554 688	636 223	610 217	76 089	82 321	79 791	+1,8	-5,5
Berlin	124 914	156 839	154 634	67 480	75 890	75 115	+12,9	-3,3
Brandenburg	65 348	74 793	73 931	60 190	66 212	66 145	+2,4	-3,2
Bremen	30 494	33 387	31 577	72 899	76 268	73 000	-4,6	-7,0
Hamburg	108 166	123 595	118 135	89 277	95 640	91 907	+1,0	-5,8
Hessen	260 263	294 000	281 418	77 888	83 318	80 608	+1,0	-5,6
Mecklenburg-Vorpommern	40 070	46 647	46 012	54 226	61 524	61 525	+3,2	-3,2
Niedersachsen	261 399	306 666	295 895	66 023	73 837	71 969	+4,0	-4,9
Nordrhein-Westfalen	637 270	717 503	697 125	69 093	74 361	72 996	+0,9	-4,4
Rheinland-Pfalz	132 924	146 365	141 905	67 025	71 436	70 248	-1,6	-4,5
Saarland	34 039	35 377	33 608	65 063	66 139	64 231	-8,9	-6,7
Sachsen	113 588	128 933	125 571	56 642	62 219	61 287	+0,9	-4,4
Sachsen-Anhalt	57 396	64 115	62 654	57 233	63 791	63 232	-0,9	-3,9
Schleswig-Holstein	84 799	98 701	97 222	62 528	68 835	68 445	+4,3	-3,4
Thüringen	57 476	63 321	61 536	55 217	60 612	60 066	-2,4	-4,6
Deutschland	3 026 180	3 449 050	3 332 230	70 177	76 190	74 410	+1,6	-4,9
Westdeutschland	2 567 388	2 914 402	2 807 892	72 531	78 360	76 315	+1,2	-5,1
Ostdeutschland	458 792	534 648	524 338	59 391	66 198	65 637	+3,9	-3,8

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2020/Februar 2021; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL).

20. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder¹⁾

Land	Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienst- leistungen		
	2015	2019	2020	2020			2020/2015 ²⁾	2020/2019
Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	6 090,6	6 385,5	6 316,7	1,1	30,8	68,1	+3,7	-1,1
Bayern	7 290,0	7 728,5	7 653,8	1,5	27,2	71,3	+5,0	-1,0
Berlin	1 851,1	2 066,7	2 057,6	0,0	10,8	89,1	+11,2	-0,4
Brandenburg	1 085,7	1 129,6	1 119,0	2,5	22,2	75,4	+3,1	-0,9
Bremen	418,3	437,8	432,9	0,1	18,5	81,4	+3,5	-1,1
Hamburg	1 211,6	1 292,3	1 286,2	0,2	12,6	87,2	+6,2	-0,5
Hessen	3 341,5	3 528,6	3 493,1	0,7	20,7	78,6	+4,5	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern	739,0	758,2	749,2	3,0	19,3	77,7	+1,4	-1,2
Niedersachsen	3 959,2	4 153,3	4 113,2	2,4	23,9	73,7	+3,9	-1,0
Nordrhein-Westfalen	9 223,4	9 648,9	9 558,0	0,8	22,2	77,0	+3,6	-0,9
Rheinland-Pfalz	1 983,2	2 048,9	2 022,1	1,9	25,3	72,7	+2,0	-1,3
Saarland	523,2	534,9	525,1	0,4	25,2	74,4	+0,4	-1,8
Sachsen	2 005,4	2 072,2	2 050,5	1,3	26,6	72,1	+2,2	-1,1
Sachsen-Anhalt	1 002,9	1 005,1	991,8	1,9	26,0	72,1	-1,1	-1,3
Schleswig-Holstein	1 356,2	1 433,9	1 422,4	2,2	19,9	77,8	+4,9	-0,8
Thüringen	1 040,9	1 044,7	1 026,5	1,7	29,6	68,7	-1,4	-1,7
Deutschland	43 122,0	45 269,0	44 818,0	1,3	24,0	74,7	+3,9	-1,0
Westdeutschland	35 397,1	37 192,5	36 823,5	1,3	24,5	74,2	+4,0	-1,0
Ostdeutschland	7 724,9	8 076,5	7 994,5	1,4	21,6	77,0	+3,5	-1,0

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2021; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (ETR).

21. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2015	2019	2020	2015	2020	2020		2020/2015 ²⁾	2020/2019
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	2 003	2 190	1 942	0,5	0,4	8,8	27 783	-21,3	-3,8
Bayern	4 031	4 738	4 230	0,8	0,8	19,1	35 876	-12,1	-0,3
Berlin	7	8	7	0,0	0,0	0,0	7 772	-30,3	-1,2
Brandenburg	833	1 011	812	1,4	1,2	3,7	29 896	-22,3	-11,7
Bremen	28	18	18	0,1	0,1	0,1	47 557	-52,7	-0,6
Hamburg	57	77	68	0,1	0,1	0,3	29 192	-15,4	-1,2
Hessen	822	1 035	951	0,4	0,4	4,3	36 843	+2,3	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	915	1 176	1 145	2,5	2,8	5,2	51 935	-8,0	+4,8
Niedersachsen	4 356	5 124	4 444	1,9	1,7	20,1	45 102	-21,6	+1,0
Nordrhein-Westfalen	2 775	3 559	3 001	0,5	0,5	13,6	38 493	-18,1	-4,6
Rheinland-Pfalz	1 698	1 683	1 572	1,4	1,2	7,1	40 398	-29,7	+2,1
Saarland	46	52	48	0,2	0,2	0,2	20 818	-13,9	+2,3
Sachsen	778	1 007	908	0,8	0,8	4,1	34 834	-12,2	-0,3
Sachsen-Anhalt	927	1 098	1 020	1,8	1,8	4,6	53 420	-16,8	+4,8
Schleswig-Holstein	884	1 334	1 200	1,2	1,4	5,4	38 337	-1,8	-0,7
Thüringen	559	787	723	1,1	1,3	3,3	41 564	+2,2	+0,6
Deutschland	20 720	24 896	22 089	0,8	0,7	100	38 216	-16,3	-0,7
Westdeutschland	16 701	19 809	17 474	0,7	0,7	79,1	37 550	-17,3	-0,8
Ostdeutschland	4 019	5 087	4 615	1,0	1,0	20,9	40 967	-12,3	-0,1

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2020/Februar 2021; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL).

22. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2015	2019	2020	2015	2020	2020		2020/2015 ²⁾	2020/2019
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	164 219	183 026	171 507	39,4	37,9	19,7	87 724	-2,3	-8,1
Bayern	167 366	186 622	174 767	33,5	31,7	20,0	84 209	-3,3	-8,4
Berlin	17 170	19 573	19 867	15,3	14,2	2,3	88 961	+2,9	-1,8
Brandenburg	15 824	18 033	18 056	26,9	27,0	2,1	73 138	+0,5	-3,3
Bremen	7 408	7 932	6 868	27,0	24,0	0,8	85 694	-14,7	-15,5
Hamburg	15 778	19 122	17 189	16,2	16,1	2,0	106 618	-1,3	-12,2
Hessen	57 304	62 783	59 937	24,5	23,5	6,9	82 970	-3,4	-6,7
Mecklenburg-Vorpommern	7 745	9 627	9 487	21,5	22,8	1,1	65 666	+6,5	-5,0
Niedersachsen	69 644	90 620	85 569	29,6	32,0	9,8	87 481	+13,1	-8,0
Nordrhein-Westfalen	160 873	173 428	164 713	28,1	26,1	18,9	77 695	-6,0	-7,2
Rheinland-Pfalz	41 386	43 824	41 664	34,6	32,5	4,8	81 470	-7,0	-6,8
Saarland	10 976	9 934	8 858	35,8	29,1	1,0	66 779	-25,5	-12,9
Sachsen	32 212	36 070	34 820	31,5	30,7	4,0	63 871	-2,6	-6,2
Sachsen-Anhalt	16 710	18 802	18 443	32,4	32,5	2,1	71 720	-0,5	-4,4
Schleswig-Holstein	18 472	22 537	22 685	24,2	25,8	2,6	80 211	+9,4	-2,8
Thüringen	17 303	19 092	18 310	33,5	32,9	2,1	60 472	-3,7	-6,6
Deutschland	820 391	921 025	872 741	30,1	29,0	100	81 268	-2,1	-7,5
Westdeutschland	713 427	799 827	753 758	30,9	29,7	86,4	83 572	-2,4	-7,9
Ostdeutschland	106 964	121 198	118 983	25,9	25,1	13,6	69 185	-0,4	-4,7

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2020/Februar 2021; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

23. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2015	2019	2020	2015	2020	2020		2020/2015 ²⁾	2020/2019
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	250 554	285 417	279 498	60,1	61,7	13,2	65 205	+2,0	-4,4
Bayern	327 540	381 612	372 924	65,6	67,6	17,6	68 371	+4,1	-4,6
Berlin	95 182	121 666	119 988	84,7	85,8	5,7	65 409	+14,3	-4,0
Brandenburg	42 123	48 313	48 000	71,7	71,8	2,3	56 895	+3,3	-3,4
Bremen	19 992	22 118	21 675	72,9	75,9	1,0	61 568	-1,3	-4,5
Hamburg	81 459	92 108	89 591	83,7	83,8	4,2	79 862	+1,1	-4,9
Hessen	175 978	200 954	193 644	75,2	76,1	9,1	70 596	+2,0	-5,7
Mecklenburg-Vorpommern	27 383	31 206	30 984	76,0	74,5	1,5	53 298	+2,1	-3,5
Niedersachsen	161 125	180 434	177 613	68,5	66,4	8,4	58 527	+0,5	-4,1
Nordrhein-Westfalen	409 570	469 184	462 812	71,5	73,4	21,8	62 948	+3,2	-3,8
Rheinland-Pfalz	76 480	86 307	85 112	64,0	66,3	4,0	57 909	+1,5	-4,0
Saarland	19 595	21 874	21 490	64,0	70,7	1,0	55 352	-0,1	-4,4
Sachsen	69 181	79 037	77 847	67,7	68,5	3,7	52 681	+2,2	-4,2
Sachsen-Anhalt	33 990	37 841	37 205	65,8	65,7	1,8	52 063	-1,0	-4,3
Schleswig-Holstein	56 920	65 018	64 048	74,6	72,8	3,0	57 893	+2,3	-4,1
Thüringen	33 837	37 147	36 624	65,4	65,8	1,7	52 002	-2,2	-4,2
Deutschland	1 880 909	2 160 236	2 119 055	69,1	70,3	100	63 322	+2,9	-4,3
Westdeutschland	1 579 213	1 805 026	1 768 407	68,4	69,6	83,5	64 756	+2,5	-4,4
Ostdeutschland	301 696	355 210	350 648	73,1	73,9	16,5	56 960	+5,3	-4,0

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2020/Februar 2021; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL).

24. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾		Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2015	2019	2020	2015	2020 ²⁾	2020/2015	2020/2019
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	1 869	1 819	1 724	41,6	38,1	-7,8	-5,2
Bayern	3 195	2 623	2 172	52,5	35,1	-32,0	-17,2
Berlin	1 407	1 382	1 233	94,8	73,6	-12,4	-10,8
Brandenburg	431	382	328	46,3	35,6	-23,9	-14,1
Bremen	218	186	224	96,0	99,5	+2,8	+20,4
Hamburg	802	746	561	87,0	59,9	-30,0	-24,8
Hessen	1 501	1 371	1 265	60,6	50,8	-15,7	-7,7
Mecklenburg-Vorpommern	323	263	201	58,2	36,1	-37,8	-23,6
Niedersachsen	1 853	1 490	1 275	67,1	45,0	-31,2	-14,4
Nordrhein-Westfalen	7 347	5 351	4 353	110,0	65,3	-40,8	-18,7
Rheinland-Pfalz	894	701	622	57,7	40,1	-30,4	-11,3
Saarland	307	285	208	88,0	60,6	-32,2	-27,0
Sachsen	1 004	685	569	67,3	39,0	-43,3	-16,9
Sachsen-Anhalt	561	457	353	85,2	55,6	-37,1	-22,8
Schleswig-Holstein	1 027	787	534	89,8	45,8	-48,0	-32,1
Thüringen	362	221	219	48,6	30,5	-39,5	-0,9
Deutschland	23 101	18 749	15 841	71,0	48,2	-31,4	-15,5
Westdeutschland	19 013	15 359	12 938	71,2	48,1	-32,0	-15,8
Ostdeutschland	4 088	3 390	2 903	69,7	48,7	-29,0	-14,4

1) Ohne steuerpflichtige Unternehmen mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2019.

25. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)¹⁾

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinunternehmen	Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistungen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinunternehmen	Veränderung des KMU-Anteils				
					an Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen						2019	2019/2014	2019/2018
					2019			2014	2018	2019			
					Anzahl		Mio. €	%					
Baden-Württemberg	449 602	416 201	1 182 107	364 907	33,1	31,0	30,9	9,2	-6,7	-0,4			
Bayern	616 221	576 004	1 190 101	439 029	39,3	37,7	36,9	12,1	-6,2	-2,2			
Berlin	167 123	158 478	263 347	94 746	37,1	35,1	36,0	13,5	-3,0	+2,4			
Brandenburg	92 063	86 861	89 350	54 784	62,8	61,0	61,3	23,0	-2,3	+0,6			
Bremen	22 299	20 139	73 695	24 784	33,5	34,1	33,6	7,6	+0,4	-1,4			
Hamburg	92 996	85 761	407 297	77 843	16,8	19,1	19,1	5,4	+13,9	+0,1			
Hessen	248 003	231 610	519 350	179 111	35,4	35,2	34,5	11,2	-2,7	-2,0			
Mecklenburg-Vorpommern	55 519	51 980	47 777	36 765	73,5	76,1	77,0	28,9	+4,7	+1,2			
Niedersachsen	281 841	261 014	606 942	224 395	37,2	36,6	37,0	11,6	-0,7	+0,9			
Nordrhein-Westfalen	663 554	615 840	1 586 281	530 119	34,8	33,5	33,4	10,0	-3,9	-0,1			
Rheinland-Pfalz	154 766	145 323	244 211	104 125	43,5	42,4	42,6	15,0	-2,0	+0,6			
Saarland	34 179	31 568	79 918	26 729	35,6	33,8	33,4	10,7	-6,1	-1,0			
Sachsen	145 584	136 719	156 708	94 876	67,6	61,9	60,5	21,0	-10,4	-2,2			
Sachsen-Anhalt	63 349	59 078	72 688	44 101	60,9	60,6	60,7	20,8	-0,3	+0,1			
Schleswig-Holstein	116 083	108 636	184 195	82 373	44,9	45,0	44,7	15,2	-0,5	-0,7			
Thüringen	71 728	67 135	66 856	48 276	76,4	72,4	72,2	24,4	-5,5	-0,3			
Deutschland	3 274 910	3 052 347	6 770 824	2 426 962	37,0	36,0	35,8	11,4	-3,1	-0,5			
Westdeutschland	2 679 544	2 492 096	6 074 097	2 053 415	34,8	34,0	33,8	10,5	-3,0	-0,6			
Ostdeutschland	595 366	560 251	696 726	373 548	56,9	53,5	53,6	19,3	-5,8	+0,2			

1) KMU = Unternehmen bis unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinunternehmen: bis unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz.

26. Gesamtumsatz und Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Gesamtumsatz je tätiger Person	Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz	Veränderung des Auslandsumsatzes		Veränderung des Gesamtumsatzes		
	2015	2019	2020			2020/2015	2020/2019	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €					€	%			
Baden-Württemberg	345 729	369 855	346 649	269 376	54,8	-1,4	-7,0	+0,3	-6,3	
Bayern	342 796	381 868	348 781	268 395	53,5	+4,1	-10,0	+1,7	-8,7	
Berlin	24 901	26 875	27 445	322 820	55,7	+14,4	+2,2	+10,2	+2,1	
Brandenburg	25 910	27 271	25 969	260 861	27,4	-9,6	-15,3	+0,2	-4,8	
Bremen	24 487	35 032	27 632	555 633	60,9	+23,5	-23,9	+12,8	-21,1	
Hamburg	70 914	78 296	63 335	704 288	31,2	-5,2	-20,5	-10,7	-19,1	
Hessen	110 406	123 633	115 995	290 668	53,4	+13,4	-8,4	+5,1	-6,2	
Mecklenburg-Vorpommern	14 900	15 185	15 455	239 378	35,8	+11,9	+3,8	+3,7	+1,8	
Niedersachsen	202 904	220 287	196 712	349 759	45,7	-3,8	-13,4	-3,1	-10,7	
Nordrhein-Westfalen	333 677	351 895	321 698	261 679	43,7	-3,3	-10,4	-3,6	-8,6	
Rheinland-Pfalz	91 840	98 286	89 786	308 400	53,5	-3,1	-10,1	-2,2	-8,6	
Saarland	28 222	27 276	22 884	279 774	49,0	-18,0	-17,0	-18,9	-16,1	
Sachsen	63 660	67 562	63 476	225 095	35,1	-6,9	-10,0	-0,3	-6,0	
Sachsen-Anhalt	39 996	42 898	39 425	302 890	29,5	+4,5	-10,0	-1,4	-8,1	
Schleswig-Holstein	36 019	37 419	35 788	267 762	38,5	+2,0	-1,4	-0,6	-4,4	
Thüringen	32 997	36 162	33 285	197 283	34,8	+11,5	-8,9	+0,9	-8,0	
Deutschland	1 789 357	1 939 801	1 774 314	283 733	48,0	+0,4	-10,0	-0,8	-8,5	
Westdeutschland	1 586 994	1 723 848	1 569 259	289 347	49,6	+0,2	-10,3	-1,1	-9,0	
Ostdeutschland	202 363	215 954	205 054	247 052	35,8	+2,5	-7,1	+1,3	-5,0	

27. Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)

Land	Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Baugew. Umsatz je tätiger Person im Baugewerbe	Veränderung baugewerblicher Umsatz	
	2015	2019	2020	2015	2020		2020/2015	2020/2019
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	9 016	13 945	14 407	13,7	14,7	215 805	+59,8	+3,3
Bayern	13 504	18 362	19 836	20,5	20,2	194 534	+46,9	+8,0
Berlin	2 200	3 474	3 649	3,3	3,7	241 968	+65,8	+5,0
Brandenburg	2 494	3 241	3 911	3,8	4,0	220 073	+56,8	+20,7
Bremen	371	640	711	0,6	0,7	224 189	+91,6	+11,1
Hamburg	1 556	1 932	2 033	2,4	2,1	255 010	+30,7	+5,2
Hessen	3 773	5 286	5 507	5,7	5,6	154 705	+46,0	+4,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 158	1 789	1 788	1,8	1,8	183 518	+54,3	-0,1
Niedersachsen	7 803	10 446	11 363	11,8	11,6	204 261	+45,6	+8,8
Nordrhein-Westfalen	10 291	14 169	15 675	15,6	16,0	195 776	+52,3	+10,6
Rheinland-Pfalz	2 959	4 068	4 376	4,5	4,5	193 761	+47,9	+7,5
Saarland	732	951	952	1,1	1,0	180 248	+30,0	+0,1
Sachsen	4 317	5 991	5 942	6,5	6,0	173 126	+37,6	-0,8
Sachsen-Anhalt	2 119	2 760	2 687	3,2	2,7	156 162	+26,8	-2,6
Schleswig-Holstein	1 735	2 817	3 067	2,6	3,1	178 862	+76,8	+8,9
Thüringen	1 935	2 327	2 351	2,9	2,4	162 294	+21,5	+1,0
Deutschland	65 963	92 198	98 252	100	100	194 647	+48,9	+6,6
Westdeutschland	51 740	72 616	77 924	78,4	79,3	196 698	+50,6	+7,3
Ostdeutschland	14 224	19 582	20 328	21,6	20,7	187 166	+42,9	+3,8

28. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen insgesamt			Darunter von Gästen aus dem Ausland	Übernachtungen insgesamt je 10 000 Einw.	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾		Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt	
	2015	2019	2020		2015	2020	2020/2015	2020/2019	
	Anzahl in 1 000			%	Anzahl	Tage		%	
Baden-Württemberg	50 763	57 187	34 216	14,3	31	2,5	2,9	-32,6	-40,2
Bayern	88 110	100 911	59 962	11,8	46	2,6	3,0	-31,9	-40,6
Berlin	30 250	34 124	12 278	30,3	34	2,4	2,5	-59,4	-64,0
Brandenburg	12 519	13 975	10 135	4,8	40	2,7	3,1	-19,0	-27,5
Bremen	2 375	2 816	1 488	12,6	22	1,9	2,1	-37,3	-47,1
Hamburg	12 639	15 427	6 879	16,7	37	2,0	2,2	-45,6	-55,4
Hessen	32 168	35 614	18 480	15,3	29	2,2	2,7	-42,6	-48,1
Mecklenburg-Vorpommern	29 468	34 117	27 770	1,9	173	4,0	4,6	-5,8	-18,6
Niedersachsen	41 310	46 228	30 036	5,9	38	3,1	3,4	-27,3	-35,0
Nordrhein-Westfalen	48 688	53 260	28 489	14,4	16	2,2	2,6	-41,5	-46,5
Rheinland-Pfalz	21 757	23 019	15 440	16,9	38	2,6	2,8	-29,0	-32,9
Saarland	2 981	3 217	2 027	10,4	21	3,0	3,2	-32,0	-37,0
Sachsen	18 732	20 751	13 518	7,2	33	2,5	2,8	-27,8	-34,9
Sachsen-Anhalt	7 609	8 645	5 974	5,3	27	2,4	2,7	-21,5	-30,9
Schleswig-Holstein	27 083	35 975	28 924	3,2	100	3,9	4,7	+6,8	-19,6
Thüringen	9 763	10 350	6 696	3,7	32	2,6	2,9	-31,4	-35,3
Deutschland	436 215	495 616	302 313	10,6	36	2,6	3,1	-30,7	-39,0
Westdeutschland	327 874	373 654	225 942	11,4	34	2,6	3,0	-31,1	-39,5
Ostdeutschland	108 341	121 962	76 371	8,2	47	2,8	3,2	-29,5	-37,4

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

29. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin und Einwohner¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in			Deutschland = 100 ²⁾			Veränderung je Einwohner/-in	
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014 ²⁾	2019/2018
	€			Messzahl			%	
Baden-Württemberg	22 920	25 143	25 730	110,6	109,0	108,5	+12,3	+2,3
Bayern	23 047	25 631	26 256	111,2	111,2	110,8	+13,9	+2,4
Berlin	18 444	20 721	21 327	89,0	89,9	90,0	+15,6	+2,9
Brandenburg	18 346	20 770	21 558	88,5	90,1	90,9	+17,5	+3,8
Bremen	19 694	21 461	21 935	95,0	93,1	92,5	+11,4	+2,2
Hamburg	22 563	25 314	25 808	108,9	109,8	108,9	+14,4	+2,0
Hessen	21 667	23 964	24 540	104,6	103,9	103,5	+13,3	+2,4
Mecklenburg-Vorpommern	17 197	19 753	20 671	83,0	85,7	87,2	+20,2	+4,6
Niedersachsen	20 017	22 070	22 812	96,6	95,7	96,2	+14,0	+3,4
Nordrhein-Westfalen	20 178	22 461	23 093	97,4	97,4	97,4	+14,4	+2,8
Rheinland-Pfalz	20 669	22 940	23 468	99,7	99,5	99,0	+13,5	+2,3
Saarland	18 942	20 971	21 594	91,4	91,0	91,1	+14,0	+3,0
Sachsen	18 042	20 412	21 132	87,1	88,5	89,1	+17,1	+3,5
Sachsen-Anhalt	17 496	19 706	20 504	84,4	85,5	86,5	+17,2	+4,0
Schleswig-Holstein	20 717	23 119	23 892	100,0	100,3	100,8	+15,3	+3,3
Thüringen	17 583	19 965	20 640	84,9	86,6	87,1	+17,4	+3,4
Deutschland	20 721	23 057	23 706	100	100	100	+14,4	+2,8
Westdeutschland	21 400	23 723	24 350	103,3	102,9	102,7	+13,8	+2,6
Ostdeutschland	17 952	20 315	21 046	86,6	88,1	88,8	+17,2	+3,6

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2020.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

30. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste ¹⁾ von Vollzeitbeschäftigten			Bruttojahresverdienst ¹⁾ (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst ²⁾ (unbereinigter Gender Pay Gap)			Veränderung der Bruttojahresverdienste ¹⁾	
	2015	2019	2020	2015	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	€			%						
Baden-Württemberg	51 559	56 644	55 749	75,1	78,3	26	23	23	+8,1	-1,6
Bayern	50 605	56 396	55 829	78,7	81,4	24	23	22	+10,3	-1,0
Berlin	46 177	53 432	54 019	86,7	87,3	14	10	10	+17,0	+1,1
Brandenburg	37 570	42 480	42 903	97,1	99,4	5	7	6	+14,2	+1,0
Bremen	48 833	53 221	53 063	78,2	82,8	25	25	22	+8,7	-0,3
Hamburg	54 053	60 010	59 590	79,2	79,8	22	21	21	+10,2	-0,7
Hessen	53 609	59 024	58 024	80,3	84,2	23	19	18	+8,2	-1,7
Mecklenburg-Vorpommern	35 265	39 854	40 544	96,0	97,5	7	6	6	+15,0	+1,7
Niedersachsen	44 781	49 879	49 615	81,4	85,4	22	21	19	+10,8	-0,5
Nordrhein-Westfalen	49 112	53 439	53 143	82,1	84,4	23	19	18	+8,2	-0,6
Rheinland-Pfalz	46 886	50 557	50 231	81,8	86,3	20	17	15	+7,1	-0,6
Saarland	45 689	48 937	47 514	80,2	86,2	24	22	20	+4,0	-2,9
Sachsen	37 192	42 183	42 728	92,2	93,5	11	7	7	+14,9	+1,3
Sachsen-Anhalt	36 971	41 620	42 463	98,0	97,6	4	7	8	+14,9	+2,0
Schleswig-Holstein	42 928	47 559	47 558	84,2	87,0	16	13	13	+10,8	-0,0
Thüringen	36 319	40 396	40 807	94,9	95,7	9	6	5	+12,4	+1,0
Deutschland	47 752	52 803	52 464	81,0	84,2	22	19	18	+9,9	-0,6
Westdeutschland ³⁾	49 460	54 550	54 071	80,0	83,1	23	20	20	+9,3	-0,9
Ostdeutschland ⁴⁾	36 828	41 534	42 104	95,0	96,1	8	7	6	+14,3	+1,4

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Verdienststrukturerhebungen 2014 und 2018 fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

3) Einschließlich Berlin.

4) Ohne Berlin.

31. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Investitionen in Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt			je tätiger Person	2019/2014	2019/2018
	2014	2018	2019	2019		
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	11 012	14 685	14 608	10 982	+32,7	-0,5
Bayern	12 108	14 967	14 838	11 189	+22,6	-0,9
Berlin	776	997	886	10 050	+14,3	-11,1
Brandenburg	958	1 224	1 249	12 285	+30,4	+2,0
Bremen	775	732	784	15 236	+1,2	+7,1
Hamburg	1 123	1 186	1 135	12 551	+1,1	-4,3
Hessen	3 476	3 738	3 976	9 975	+14,4	+6,3
Mecklenburg-Vorpommern	447	619	626	9 623	+40,1	+1,1
Niedersachsen	5 976	5 572	6 786	11 787	+13,6	+21,8
Nordrhein-Westfalen	9 799	11 584	11 997	9 550	+22,4	+3,6
Rheinland-Pfalz	3 070	3 575	3 427	11 460	+11,6	-4,1
Saarland	1 187	1 283	929	10 629	-21,7	-27,6
Sachsen	2 697	2 788	3 399	11 817	+26,0	+21,9
Sachsen-Anhalt	1 309	1 501	1 691	12 740	+29,2	+12,7
Schleswig-Holstein	869	1 254	1 298	9 630	+49,5	+3,5
Thüringen	1 493	1 726	1 636	9 414	+9,6	-5,2
Deutschland	57 073	67 432	69 267	10 824	+21,4	+2,7
Westdeutschland	49 393	58 578	59 779	10 771	+21,0	+2,1
Ostdeutschland	7 680	8 855	9 488	11 174	+23,5	+7,1

32. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 417	15 241	13 687	134	137	123	-5,1	-10,2
Bayern	15 835	14 037	12 700	124	107	97	-19,8	-9,5
Berlin	829	680	674	24	19	18	-18,7	-0,9
Brandenburg	333	296	294	14	12	12	-11,7	-0,7
Bremen	141	142	122	21	21	18	-13,5	-14,1
Hamburg	816	760	622	46	41	34	-23,8	-18,2
Hessen	1 932	1 541	1 571	32	25	25	-18,7	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	104	89	107	6	6	7	+2,9	+20,2
Niedersachsen	3 703	3 851	3 234	47	48	40	-12,7	-16,0
Nordrhein-Westfalen	7 077	7 019	6 388	40	39	36	-9,7	-9,0
Rheinland-Pfalz	1 076	833	781	27	20	19	-27,4	-6,2
Saarland	196	215	192	20	22	19	-2,0	-10,7
Sachsen	811	668	641	20	16	16	-21,0	-4,0
Sachsen-Anhalt	228	194	161	10	9	7	-29,4	-17,0
Schleswig-Holstein	475	469	480	17	16	17	+1,1	+2,3
Thüringen	519	599	606	24	28	29	+16,8	+1,2
Deutschland	48 492	46 634	42 260	60	56	51	-12,9	-9,4
Westdeutschland	45 668	44 108	39 777	70	66	59	-12,9	-9,8
Ostdeutschland	2 824	2 526	2 483	18	16	15	-12,1	-1,7

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

33. Ausfuhr

Land	Ausfuhr (Spezialhandel)			Anteil an der deutschen Ausfuhr ¹⁾	Veränderung der Ausfuhren	
	2015	2019	2020 ²⁾		2020	2020/2015
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	195 988	204 895	189 950	20,8	-3,1	-7,3
Bayern	178 427	189 631	168 275	18,4	-5,7	-11,3
Berlin	14 078	15 173	14 365	1,6	+2,0	-5,3
Brandenburg	14 156	13 302	11 880	1,3	-16,1	-10,7
Bremen	17 771	20 261	15 678	1,7	-11,8	-22,6
Hamburg	54 417	53 376	40 016	4,4	-26,5	-25,0
Hessen	60 007	64 895	61 372	6,7	+2,3	-5,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 954	7 320	8 627	0,9	+8,5	+17,9
Niedersachsen	82 779	85 293	75 915	8,3	-8,3	-11,0
Nordrhein-Westfalen	180 930	193 687	176 123	19,3	-2,7	-9,1
Rheinland-Pfalz	51 320	53 345	48 738	5,3	-5,0	-8,6
Saarland	15 280	15 380	13 450	1,5	-12,0	-12,6
Sachsen	38 350	40 252	36 802	4,0	-4,0	-8,6
Sachsen-Anhalt	15 175	16 568	15 920	1,7	+4,9	-3,9
Schleswig-Holstein	19 606	20 926	20 579	2,3	+5,0	-1,7
Thüringen	13 475	15 494	14 576	1,6	+8,2	-5,9
Deutschland³⁾	1 193 555	1 328 152	1 205 281	100	+1,0	-9,3
Westdeutschland	856 524	901 688	810 095	88,8	-5,4	-10,2
Ostdeutschland	103 187	108 108	102 170	11,2	-1,0	-5,5

1) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

2) Vorläufige Werte, Stand: Juli 2021.

3) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

34. Einfuhr

Land	Einfuhr (Generalhandel)			Anteil an der deutschen Einfuhr ¹⁾	Veränderung der Einfuhren	
	2015	2019	2020 ²⁾		2020	2020/2015
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	155 748	184 068	174 103	17,5	+11,8	-5,4
Bayern	161 523	192 841	180 102	18,1	+11,5	-6,6
Berlin	11 729	15 225	15 007	1,5	+27,9	-1,4
Brandenburg	16 529	18 614	17 504	1,8	+5,9	-6,0
Bremen	13 623	15 852	13 483	1,4	-1,0	-14,9
Hamburg	69 305	67 499	59 777	6,0	-13,7	-11,4
Hessen	83 281	102 956	101 099	10,1	+21,4	-1,8
Mecklenburg-Vorpommern	5 411	6 631	6 122	0,6	+13,1	-7,7
Niedersachsen	80 975	92 182	82 113	8,2	+1,4	-10,9
Nordrhein-Westfalen	209 685	244 771	221 161	22,2	+5,5	-9,6
Rheinland-Pfalz	34 212	39 269	35 249	3,5	+3,0	-10,2
Saarland	13 078	15 147	13 671	1,4	+4,5	-9,7
Sachsen	22 115	26 783	26 847	2,7	+21,4	+0,2
Sachsen-Anhalt	16 118	18 063	15 637	1,6	-3,0	-13,4
Schleswig-Holstein	20 469	23 081	23 326	2,3	+14,0	+1,1
Thüringen	9 278	11 540	11 226	1,1	+21,0	-2,7
Deutschland³⁾	954 735	1 109 201	1 028 521	100	+7,7	-7,3
Westdeutschland	841 899	977 664	904 085	90,7	+7,4	-7,5
Ostdeutschland	81 180	96 857	92 343	9,3	+13,8	-4,7

1) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

2) Vorläufige Werte, Stand: Juli 2021.

3) Spezialhandel; Einschließlich regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

35. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen¹⁾

Land	Bestand unmittelbarer inländischer Direktinvestitionen im Ausland (31.12.)			Veränderung	Bestand unmittelbarer ausländischer Direktinvestitionen im Inland (31.12.)			Veränderung
	2014	2018	2019 ²⁾		2014	2018	2019 ²⁾	
	Mio. €			%	Mio. €			%
Baden-Württemberg	186 355	257 019	262 032	+2,0	88 504	95 159	92 879	-2,4
Bayern	199 755	259 888	275 499	+6,0	112 578	173 966	167 556	-3,7
Berlin	-3 721	36 538	36 833	+0,8	25 332	29 173	30 202	+3,5
Brandenburg	3 847	4 859	4 946	+1,8	6 832	2 604	2 499	-4,0
Bremen	1 441	3 054	2 904	-4,9	4 017	3 673	5 050	+37,5
Hamburg	51 129	61 080	63 788	+4,4	64 926	70 416	67 185	-4,6
Hessen	174 787	233 043	252 103	+8,2	113 251	158 634	163 643	+3,2
Mecklenburg-Vorpommern	769	189	926	+389,9	5 142	7 117	7 867	+10,5
Niedersachsen	53 579	75 480	106 812	+41,5	22 751	34 839	39 243	+12,6
Nordrhein-Westfalen	252 584	277 231	280 977	+1,4	191 441	161 241	162 505	+0,8
Rheinland-Pfalz	37 400	54 274	53 766	-0,9	12 455	13 733	13 481	-1,8
Saarland	2 615	3 308	3 454	+4,4	1 544	1 719	992	-42,3
Sachsen	1 369	1 680	1 551	-7,7	5 460	5 504	4 941	-10,2
Sachsen-Anhalt	5 538	3 876	2 738	-29,4	3 432	3 477	4 148	+19,3
Schleswig-Holstein	4 273	5 016	5 250	+4,7	12 818	9 842	9 729	-1,1
Thüringen	1 084	1 997	2 019	+1,1	1 954	2 180	2 494	+14,4
Deutschland³⁾	972 804	1 278 533	1 355 596	+6,0	672 437	773 278	774 415	+0,1
Westdeutschland	963 918	1 229 393	1 306 585	+6,3	624 285	723 222	722 263	-0,1
Ostdeutschland	8 886	49 139	49 013	-0,3	48 152	50 055	52 151	+4,2

1) Der Bestand der unmittelbaren Direktinvestitionen ist ein Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten. Berechnung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

2) Vorläufige Angaben.

3) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Stand Juni 2021)

Für den Ländervergleich werden die betrachteten Finanzgrößen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) zusammengefasst. Die Darstellung umfasst die öffentlichen Gesamthaushalte mit Kern- und Extrahaushalten.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). FEU bilden jedoch keine Extrahaushalte, wenn sie sich zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä. finanzieren, wie beispielsweise kommunale Versorgungsunternehmen. Diese sogenannten Marktproduzenten gehören gemäß ESVG nicht zum Staatssektor.

Kernhaushalte Unmittelbare Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen	Extrahaushalte Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU des Staatssektors)
Öffentlicher Gesamthaushalt	

In den Tabellen 36 bis 42 ist der öffentliche Gesamthaushalt zusammengefasst für die Länder und deren zugehörige Gemeinden/Gemeindeverbände dargestellt. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin weisen keine kommunale Ebene auf, so dass hier die öffentlichen Gesamthaushalte der Länderebene ausgewiesen werden.

Tabelle 43 bildet hingegen den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Im Folgenden werden für die Einnahmen und Ausgaben die sogenannten bereinigten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben herangezogen. Diese enthalten keine besonderen Finanzierungsvorgänge wie beispielsweise Kreditaufnahmen und -tilgungen. Darüber hinaus werden die Zahlungen innerhalb der finanzstatistischen Aggregate (z. B. Zahlungen zwischen Land und Kommunen) herausgerechnet.

Einnahmen der Gesamthaushalte

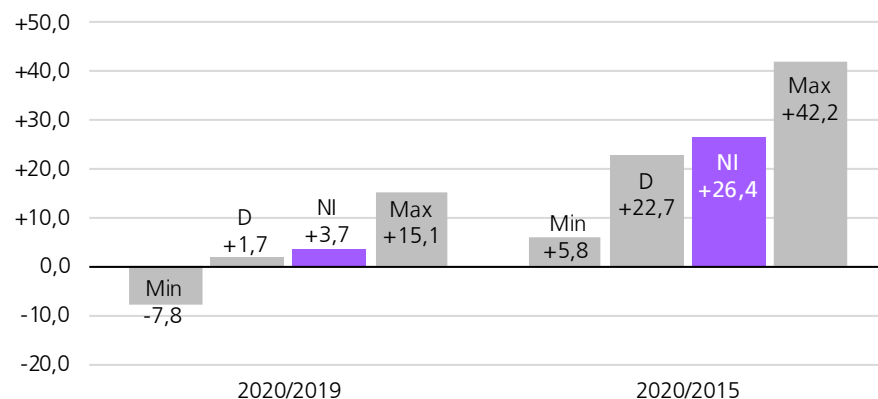
T36

Einnahmen stiegen – Steuereinnahmen sanken

Im Corona-Jahr 2020 stiegen die Einnahmen der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen gegenüber dem Vorjahr im Bundesschnitt um 1,7 % an, wobei Westdeutschland einen Rückgang von 0,6 % und Ostdeutschland ein Wachstum von 2,1 % verzeichnete. In 10 Ländern stiegen die Einnahmen, in 6 waren sie rückläufig. Die deutlichsten Zuwächse erzielten das Saarland (+15,1 %), Mecklenburg-Vorpommern (+9,4 %) und Schleswig-Holstein (+7,7 %), die deutlichsten Rückgänge gab es in Bayern (-7,8 %), Hessen (-3,4 %) und Baden-Württemberg (-2,7 %). In Niedersachsen stiegen die Einnahmen 2020 gegenüber 2019 um 3,7 %, zum Teil aufgrund gestiegener Zuweisungen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich (vgl. Tabelle 43).

Im mittelfristigen Vergleich der Einnahmen 2020 gegenüber 2015 hatten alle Länder positive Veränderungsrate: wiederum verbuchte das Saarland die höchsten Zuwächse (+42,2 %), gefolgt von Schleswig-Holstein (+32,2 %) und Bremen (+28,0 %). Die vierthöchste Veränderungsrate hatte Niedersachsen mit +26,4 % (Bundesdurchschnitt: +22,7 %).

Veränderung der Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2020 gegenüber 2019 und 2015 – Prozent –



Bundesweit erzielten die öffentlichen Gesamthaushalte 2020 pro Kopf gerechnet Einnahmen von 7 374 Euro; Westdeutschland 7 363 Euro, Ostdeutschland 7 522 Euro. Die höchsten Einnahmen pro Kopf fielen in den Stadtstaaten Hamburg (11 062 Euro), Bremen (10 413 Euro) und Berlin (9 143 Euro) an, die niedrigsten in Rheinland-Pfalz (6 634 Euro), Thüringen (6 776 Euro) und Sachsen (6 785 Euro). Niedersachsen verfügte mit 6 910 Euro über die fünftniedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen.

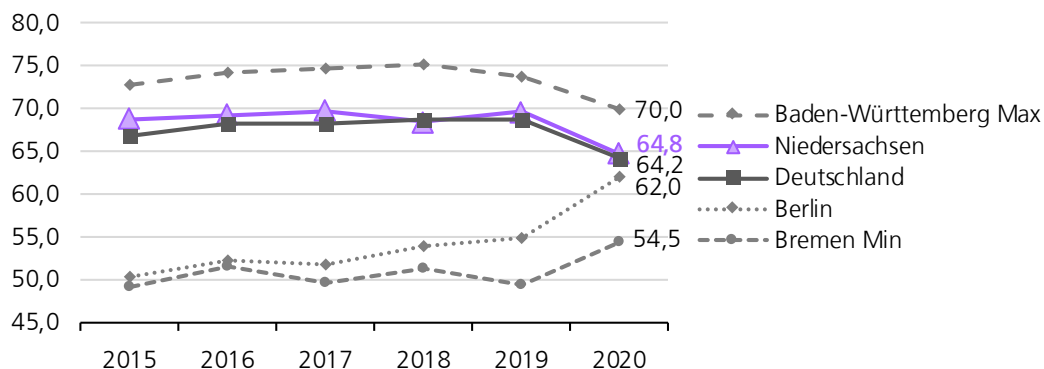
In 12 von 16 Ländern verbuchten die öffentlichen Gesamthaushalte im Corona-Jahr 2020 rückläufige Steuererträge. Bundesweit gingen die Steuereinnahmen um 5,1 % auf 4 736 Euro pro Kopf zurück. Wie schon bei den Gesamteinnahmen, konnten die ostdeutschen Länder einen Zuwachs erzielen (+2,2 %), die westdeutschen Länder hingegen mussten eine Abnahme von 6,6 % hinnehmen. Die Stadtstaaten Berlin (+18,2 %) und Bremen (+14,0 %) konnten deutliche Steigerungen bei den Steuereinnahmen verbuchen. Die stärksten Einbrüche mussten Bayern (-12,2 %) sowie Hessen und Hamburg (jeweils -10,2 %) hinnehmen. In Niedersachsen gingen die Steuererträge 2020 vergleichsweise moderat zurück (-3,6 %). Absolut konnten das Land und seine Kommunen über 35,8 Mrd. Euro Steuererträge einnehmen, was einem Pro-Kopf-Betrag von 4 479 Euro entsprach.

Die Steuereinnahmequote ist in Tabelle 36 als Quotient der kassenmäßigen Steuereinnahmen und der bereinigten Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes dargestellt. Demnach bezogen 2020 die öffentlichen Gesamthaushalte in Niedersachsen 64,8 % ihrer Einnahmen aus Steuererträgen. Damit lag Niedersachsen geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 64,2 %. Während der öffentliche Gesamthaushalt in Baden-Württemberg 70,0 % der Einnahmen aus Steuern generierten, lag der Anteil in Bremen lediglich bei 54,5 %.

Steuereinnahmen
T37

Steuereinnahmequote
T36

■ **Steuereinnahmequote 2015 bis 2020 – Prozent –**
– Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes –



Der Quotient aus Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) vermittelt einen Überblick über das Volumen der Steuereinnahmen in Relation zur Wirtschaftsleistung. Bei der Betrachtung dieser Quote im Ländervergleich ist auffällig, dass vergleichsweise wirtschaftsstarke Länder wie Hamburg (9,9 %), Bayern (10,5 %) und Baden-Württemberg (10,7 %) vergleichsweise geringere Quoten aufwiesen, als die eher wirtschaftsschwächeren Länder Mecklenburg-Vorpommern (14,7 %), Brandenburg (14,2 %) sowie Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils 14,1 %). Niedersachsen lag mit einem Wert von 12,1 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 11,8 %.

Quotient Steuereinnahmen/BIP
T37

Länder mit teils deutlichen Ausgabensteigerungen

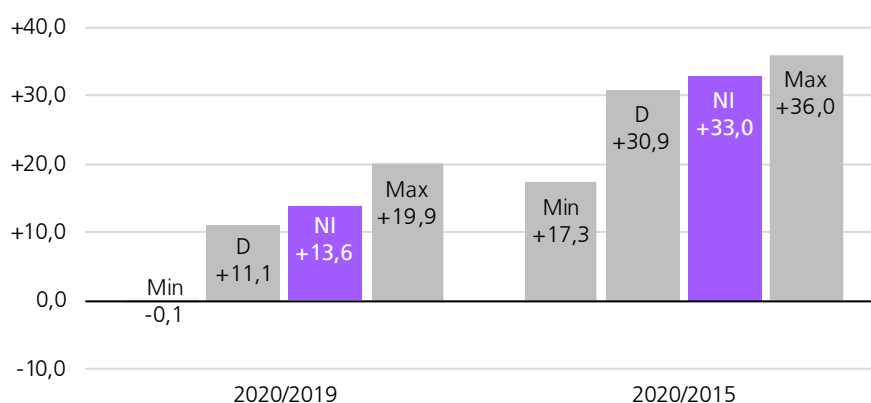
Wohl im Zuge der Corona-Pandemie stiegen 2020 die Ausgaben in den Ländern teils deutlich. Eine Ausnahme bildete nur Bayern, wo die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte nahezu konstant blieben. Pro Kopf beliefen sich die Ausgaben 2020 im Bundesdurchschnitt auf 7 753 Euro, dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 11,1 %. Die mit Abstand höchsten Ausgaben Pro-Kopf wurden 2020 in den Stadtstaaten Hamburg (11 603 Euro), Bremen (10 820 Euro) und Berlin (9 609 Euro) getätigt, die geringsten in Rheinland-Pfalz (6 761 Euro), Thüringen (6 899 Euro) und Niedersachsen (7 086 Euro).

Ausgaben der Gesamthaushalte
T38

Die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr divergierten zwischen den Ländern teils erheblich. Bundesweit betrug 2020 das Ausgabenwachstum der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 11,1 %, in Niedersachsen 13,6 %. Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte stiegen am stärksten im Saarland (+19,9 %), in Berlin (+14,4 %) und Nordrhein-Westfalen (+14,2 %). Abgesehen von einem geringfügigen Rückgang in Bayern (-0,1 %), stiegen die Ausgaben in Brandenburg (+3,1 %) und Hamburg (+4,8 %) am wenigsten an.

Im mittelfristigen Vergleich der Jahre 2020 und 2015 stiegen die Ausgaben bundesweit um 30,9 %. Deutliche Ausgabensteigerungen hatten vor allem die öffentlichen Gesamthaushalte Berlins (+36,0 %), Schleswig-Holsteins (+35,4 %) und Niedersachsens (+33,0 %). Die geringsten Ausgabenzuwächse erfolgten in Sachsen-Anhalt (+17,3 %), Rheinland-Pfalz (+20,8 %) und Thüringen (+23,2 %).

■ **Veränderung der Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2020 gegenüber 2019 und 2015 – Prozent –**



Quotient Ausgaben/BIP
T38

Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung (BIP) waren die Ausgaben 2020 in den ostdeutschen Ländern im Durchschnitt höher (24,4 %) als in den westdeutschen Ländern (18,4 %). Die 5 ostdeutschen Flächenländer wiesen mit Werten zwischen 26,5 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 23,8 % (Thüringen) die höchsten Quoten auf. Die geringsten Quoten wurden in den wirtschaftsstarke westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg (16,2 %), Bayern (16,3 %), und Hessen (17,9 %) verzeichnet. Für Niedersachsen lag dieser Wert mit 19,1 % über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (18,4 %) und geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt (19,3 %).

Personalausgaben
T39

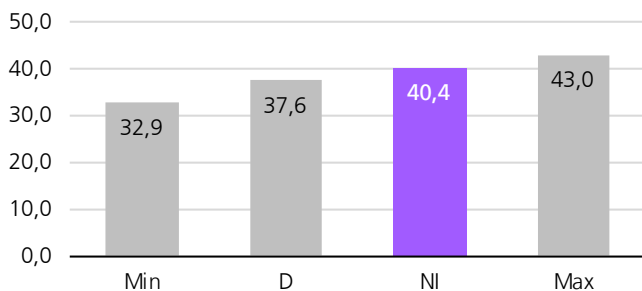
Wachstum der Personalausgaben

Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen für Personal stiegen 2020 bundesweit um 4,6 % gegenüber dem Vorjahr. Die Personalausgaben wuchsen damit unterproportional zu den gesamten Ausgaben (+11,1 %). In Niedersachsen stiegen die Personalausgaben mit 4,2 % ebenfalls deutlich weniger an als die Ausgaben insgesamt (+13,6 %). Im Vergleich 2020 gegenüber 2015 war beim Ausgabenposten Personal bundesweit ein Wachstum um 23,7 % zu verzeichnen, in Niedersachsen um 23,9 %, was in etwa dem Durchschnitt der westdeutschen Länder entsprach (24,0 %).

Personalausgabenquote
T39

Bundesweit verwendeten Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 2020 durchschnittlich 37,6 % der Ausgaben für Personal. Niedersachsen lag hier mit 40,4 % über dem Durchschnitt. Höhere Personalausgabenquoten wurden nur für Rheinland-Pfalz (43,0 %) und für Baden-Württemberg (40,8 %) berechnet. Den niedrigsten Wert wies Mecklenburg-Vorpommern mit 32,9 % auf.

Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2020 – Prozent –



Zinsausgaben weiter deutlich rückläufig

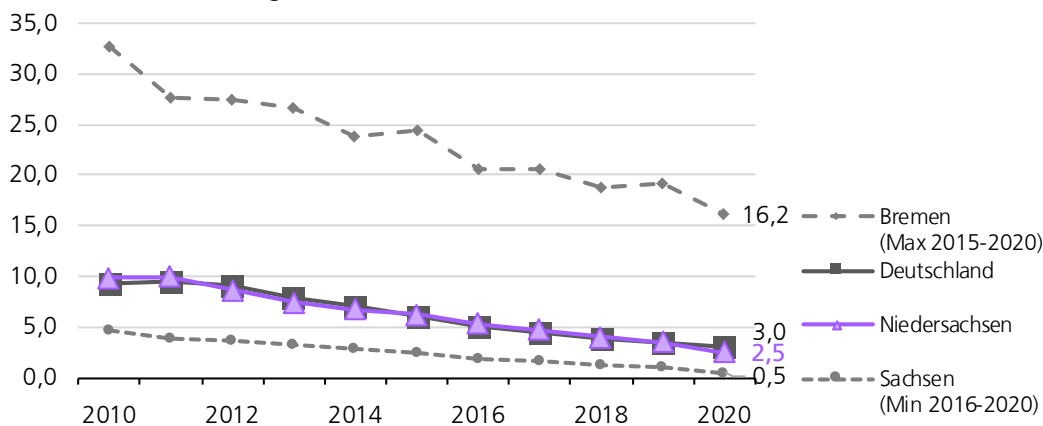
Die bundesweiten Aufwendungen für Zinsen der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen sind – wie schon in den Vorjahren – 2020 wiederum deutlich um 16,6 % gesunken. In allen Ländern waren die Zinsausgaben rückläufig. Ursächlich dürfte hier vor allem ein weiterhin niedriges Zinsniveau sein. Die deutlichsten Senkungen der Zinsausgaben 2020 im Vorjahresvergleich wurden für Sachsen (-56,4 %) und Niedersachsen (-32,5 %) errechnet. Die geringsten Senkungen der Zinsausgaben erfolgten in Bremen (-3,7 %) und Baden-Württemberg (4,4 %). Pro Kopf gaben die öffentlichen Gesamthaushalte 2020 bundesweit durchschnittlich 143 Euro für Zinsen aus; in Niedersachsen waren es 110 Euro. Im mittelfristigen Vergleich 2020 gegenüber 2015 belief sich der Rückgang bundesdurchschnittlich auf 41,4 %, in Niedersachsen auf 53,3 %.

Zinsausgaben
T40

Die Zins-Steuer-Quote als Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen weist über die Länder eine große Streuung auf. Sachsen und Bayern verwendeten lediglich 0,5 % bzw. 1,1 % der Steuererträge auf die Zinszahlungen, Bremen und das Saarland hingegen 16,2 % bzw. 7,9 %. Bundesweit betrug die Zins-Steuer Quote 3,0 %, in Niedersachsen 2,5 %.

Zins-Steuer-Quote
T40

**Zins-Steuer-Quote 2010 bis 2020 – Prozent –
– Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen –**



Gesamthaushalte in allen Ländern mit Finanzierungsdefizit

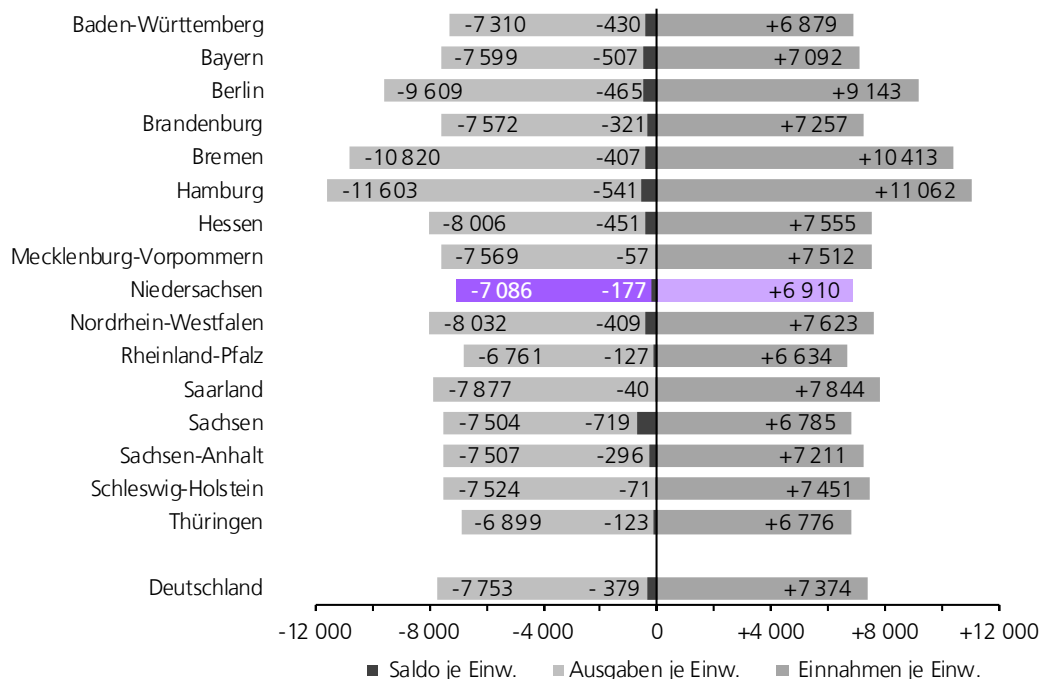
Finanzierungssaldo
T41

Der Finanzierungssaldo wird berechnet als Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

Die öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen erzielten 2019 noch in 15 der 16 Länder Finanzierungsüberschüsse (mehr Einnahmen als Ausgaben). Im Jahr 2020 wurden in allen Ländern Finanzierungsdefizite (die Ausgaben überstiegen die Einnahmen) ausgewiesen; ursächlich hierfür dürfte wiederum die Corona-Pandemie gewesen sein. Bundesweit betrug das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Gesamthaus-

halte pro Kopf gerechnet 379 Euro. Die höchsten Defizite pro Kopf ergaben sich in Sachsen (719 Euro), Hamburg (541 Euro) und Bayern (507 Euro), die geringsten im Saarland (40 Euro), Mecklenburg-Vorpommern (57 Euro) und Schleswig-Holstein (71 Euro). Niedersachsen lag hier mit einem Defizit von 177 Euro deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts.

■ **Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) je Einwohnerin und Einwohner 2020 – Euro –**



Quotient Finanzierungssaldo/BIP
T41

Um einen weiteren Vergleich der Finanzierungssaldi zwischen den Ländern zu ermöglichen, kann der Quotient aus dem Finanzierungssaldo und der Wirtschaftsleistung (BIP) herangezogen werden. Bundesweit belief sich das Finanzierungsdefizit der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen 2020 auf -0,9 % gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Die betragsmäßig höchsten Quoten gemessen am BIP wurden für Sachsen (-2,3 %) und Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen (jeweils -1,1 %) errechnet; die niedrigsten für das Saarland (-0,1 %) sowie Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein (jeweils -0,2 %). In Niedersachsen betrug diese Quote -0,5 % gemessen am BIP.

Schulden
T42

Verschuldung gegenüber Vorjahr in allen Ländern gestiegen

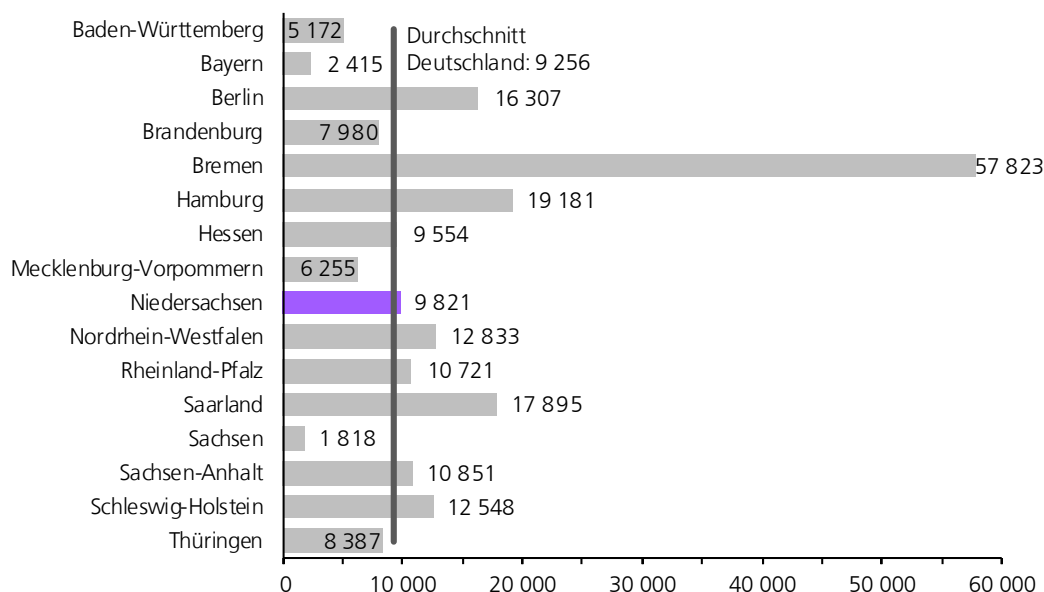
Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und Sozialversicherungen beim nicht-öffentlichen Bereich nahm bundesweit im Corona-Jahr 2020 gegenüber 2019 mit 8,3 % deutlich zu. Der Schuldenstand bundesweit belief sich am 31.12.2020 damit auf 769,4 Mrd. Euro oder 9 256 Euro pro Kopf gerechnet. Die Verschuldung der Gesamthaushalte in Niedersachsen kletterte um 10,4 % auf 78,5 Mrd. Euro bzw. 9 821 Euro pro Kopf. Der Schuldenstand in Sachsen hat sich, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, im Vorjahresvergleich fast verdoppelt (+96,1 %). Weiterhin verzeichneten Bremen (+31,0 %) und Bayern (+23,2 % bei niedrigem Ausgangsniveau) hohe Wachstumsraten der Schuldenstände. Eher geringfügig wuchsen die Schulden in Sachsen-Anhalt (+1,0 %), im Saarland (+1,1 %) und in Rheinland-Pfalz (+2,2 %).

Im mittelfristigen Vergleich der Jahre 2015 und 2020 konnten 10 der 16 Länder die Verschuldung zurückfahren. Niedersachsen gehörte mit einem Zuwachs von 7,1 % zu den 6 Ländern, in denen die Verschuldung im mittelfristigen Vergleich angewachsen ist.

Die höchsten Schuldenstände pro Kopf wiesen am 31.12.2020 die Gesamthaushalte der Stadtstaaten Bremen (57 823 Euro) und Hamburg (19 181 Euro) sowie im Saarland (17 895

Euro) und in Berlin (16 307) aus; die geringsten in Sachsen (1 818 Euro), Bayern (2 415 Euro) und Baden-Württemberg (5 172 Euro). Niedersachsen lag hier mit einem Betrag von 9 821 Euro etwas über dem Bundesdurchschnitt von 9 256 Euro.

Schulden je Einwohnerin und Einwohner 2020 – Euro –
 – Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (Kernhaushalte und Extrahaushalte) –



Ein weiteres Maß zur Abbildung der öffentlichen Verschuldung ist der Quotient aus Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt (BIP). Nach dieser Quote entsprachen die Schulden in Niedersachsen 2020 mehr als einem Viertel des BIP (26,5 %) und lagen damit über dem Bundesdurchschnitt von 23,1 %; nur 5 Länder erreichten niedrigere Quoten. Im Ländervergleich ergibt sich ein ähnliches Ergebnis wie bei der Verschuldung pro Kopf. Bremen hatte mit 124,4 % den höchsten Anteil der Schulden gemessen am BIP, gefolgt vom Saarland (52,4 %) und von Berlin (38,6 %). In Hamburg fiel die Verschuldung aufgrund des hohen BIP mit 30,0 % weniger stark ins Gewicht. Die geringsten Anteile wiesen wiederum Bayern (5,2 %), Sachsen (5,9 %) und Baden-Württemberg (11,5 %) auf.

Quotient Schulden/BIP
T42

Volumen des Finanzausgleichs gestiegen

Finanzausgleich
T43

Bei den Beträgen, die die Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen, handelt es sich um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs (für 2019 und 2020 sind die Werte noch vorläufig). Der horizontale Länderfinanzausgleich (LFA) verteilt Finanzmittel zwischen den Ländern um. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchem von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

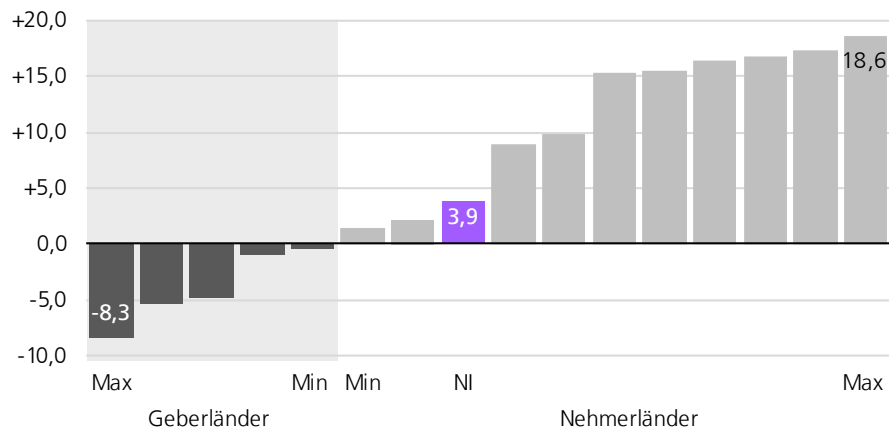
Das Volumen des Finanzausgleichs (LFA und BEZ) stieg 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Mrd. Euro auf knapp 8,9 Mrd. Euro. Zu beachten ist, dass sich die Beträge des Länderfinanzausgleichs (LFA) zwischen den Geber- und Nehmerländern saldieren. Niedersachsen erhielt 2020 aus dieser Summe 2 154 Mio. Euro (bzw. 269 Euro pro Kopf) und damit 957 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Die Geberländer waren wie im Vorjahr Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg – sowie Nordrhein-Westfalen, welches im Vorjahr noch zu den Nehmerländern gehörte. Pro-Kopf gerechnet waren die Stadtstaaten Bremen (1 617 Euro) und Berlin (1 391 Euro) die Länder mit den höchsten Zuweisungen. Zu den Nehmerländern gehörten alle Länder Ostdeutschlands.

Der Quotient aus Finanzausgleich (LFA und BEZ) geteilt durch die bereinigten Einnahmen der Länder (bei Flächenländern einschließlich ihrer Gemeinden) zeigt das Gewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Demnach mussten Bayern 8,3 %, Hessen 5,3 %, Baden-Württemberg 4,8 %, Hamburg 0,8 % und Nordrhein-West-

Quotient Finanzausgleich/BIP
T43

fallen 0,5 % ihrer Einnahmen an den bundesstaatlichen Finanzausgleich abführen. Auf Seiten der Nehmerländer hatte der Finanzausgleich vor allem für Thüringen (18,6 %), Sachsen-Anhalt (17,3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (16,7 %) ein hohes Gewicht. Für Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein hatte der Finanzausgleich mit 1,4 % bzw. 2,1 % eine geringfügigere Bedeutung. Auch für Niedersachsen ist das Gewicht des Finanzausgleichs mit 3,9 % gemessen an den Einnahmen vergleichsweise klein.

■ Anteil des Länderfinanzausgleichs (LFA + BEZ) in den Geberländern und Nehmerländern an den bereinigten Gesamteinnahmen 2020 – Prozent –



Informationen:

Einnahmen, Ausgaben und Schulden der öffentlichen Haushalte:

- Einnahmen und Ausgaben: Statistisches Bundesamt (Destatis): Finanzen und Steuern. [Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts 1.- 4. Vierteljahr](#) (Fachserie 14 Reihe 2)
- Schulden: Statistisches Bundesamt (Destatis): Finanzen und Steuern. [Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts](#) (Fachserie 14 Reihe 5)
- LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen](#): L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern
- LSN: [Statistische Monatshefte Niedersachsen](#): 07/2021 Staats- und Kommunal финанzen 2020
- **Länderfinanzausgleich**: Bundesministerium der Finanzen: [Länderfinanzausgleich. Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen](#) (Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse für die Jahre ab 2005)
- LSN: [Statistische Monatshefte Niedersachsen](#): 05/2021 Der kommunale Finanzausgleich 2021

Autor: Sascha Ebigt

Tabellen Finanzen

36. Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuer- einnahme- quote ²⁾ 2020
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	64 473	78 469	76 373	5 982	7 077	6 879	+18,5	-2,7	70,0
Bayern	81 398	100 922	93 072	6 387	7 706	7 092	+14,3	-7,8	68,7
Berlin	27 098	31 942	33 488	7 776	8 745	9 143	+23,6	+4,8	62,0
Brandenburg	15 811	17 931	18 322	6 416	7 126	7 257	+15,9	+2,2	57,3
Bremen	5 528	6 834	7 076	8 331	10 002	10 413	+28,0	+3,5	54,5
Hamburg	16 341	20 684	20 412	9 232	11 222	11 062	+24,9	-1,3	57,3
Hessen	40 340	49 179	47 512	6 596	7 836	7 555	+17,8	-3,4	65,9
Mecklenburg-Vorpommern	10 345	11 052	12 089	6 463	6 868	7 512	+16,9	+9,4	55,9
Niedersachsen	43 698	53 279	55 252	5 559	6 667	6 910	+26,4	+3,7	64,8
Nordrhein-Westfalen	108 685	132 945	136 697	6 146	7 415	7 623	+25,8	+2,8	62,6
Rheinland-Pfalz	22 448	26 537	27 153	5 582	6 489	6 634	+21,0	+2,3	67,5
Saarland	5 433	6 710	7 725	5 492	6 790	7 844	+42,2	+15,1	57,1
Sachsen	24 462	27 815	27 570	6 031	6 830	6 785	+12,7	-0,9	59,5
Sachsen-Anhalt	14 903	16 039	15 769	6 680	7 290	7 211	+5,8	-1,7	56,0
Schleswig-Holstein	16 385	20 115	21 654	5 767	6 936	7 451	+32,2	+7,7	62,1
Thüringen	12 413	14 350	14 402	5 760	6 714	6 776	+16,0	+0,4	60,1
Deutschland	499 722	602 470	612 971	6 135	7 252	7 374	+22,7	+1,7	64,2
Westdeutschland	404 729	495 673	492 926	6 182	7 411	7 363	+21,8	-0,6	65,3
Ostdeutschland	105 031	119 129	121 640	6 568	7 359	7 522	+15,8	+2,1	59,1

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen.

37. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Steuereinnahmen		Quotient Steuerein- nahmen/BIP 2020
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	46 923	57 869	53 430	4 354	5 219	4 813	+13,9	-7,7	10,7
Bayern	58 965	72 866	63 952	4 627	5 564	4 873	+8,5	-12,2	10,5
Berlin	13 653	17 569	20 761	3 918	4 810	5 669	+52,1	+18,2	13,4
Brandenburg	8 528	10 815	10 503	3 460	4 298	4 160	+23,1	-2,9	14,2
Bremen	2 722	3 382	3 854	4 102	4 950	5 671	+41,6	+14,0	12,2
Hamburg	10 178	13 022	11 693	5 750	7 065	6 337	+14,9	-10,2	9,9
Hessen	28 129	34 846	31 292	4 599	5 553	4 976	+11,2	-10,2	11,1
Mecklenburg-Vorpommern	5 483	6 724	6 762	3 425	4 179	4 202	+23,3	+0,6	14,7
Niedersachsen	30 079	37 145	35 816	3 827	4 648	4 479	+19,1	-3,6	12,1
Nordrhein-Westfalen	71 381	88 286	85 510	4 037	4 924	4 769	+19,8	-3,1	12,3
Rheinland-Pfalz	15 105	18 935	18 338	3 756	4 630	4 481	+21,4	-3,2	12,9
Saarland	3 630	4 367	4 409	3 669	4 419	4 477	+21,5	+1,0	13,1
Sachsen	13 938	17 135	16 396	3 437	4 207	4 035	+17,6	-4,3	13,1
Sachsen-Anhalt	7 589	9 199	8 828	3 402	4 181	4 037	+16,3	-4,0	14,1
Schleswig-Holstein	10 907	13 590	13 458	3 839	4 686	4 631	+23,4	-1,0	13,8
Thüringen	7 331	8 936	8 662	3 402	4 181	4 076	+18,2	-3,1	14,1
Deutschland	334 540	414 688	393 665	4 107	4 992	4 736	+17,7	-5,1	11,8
Westdeutschland	278 018	344 309	321 752	4 247	5 148	4 806	+15,7	-6,6	11,5
Ostdeutschland	56 522	70 379	71 912	3 534	4 348	4 447	+27,2	+2,2	13,7

**38. Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen
– Kernhaushalte und Extrahaushalte –**

Land	Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Quotient Ausgaben/BIP 2020
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	64 413	74 570	81 153	5 977	6 726	7 310	+26,0	+8,8	16,2
Bayern	77 865	99 870	99 725	6 110	7 625	7 599	+28,1	-0,1	16,3
Berlin	25 881	30 776	35 193	7 426	8 426	9 609	+36,0	+14,4	22,8
Brandenburg	14 906	18 533	19 117	6 048	7 366	7 572	+28,3	+3,1	25,9
Bremen	5 853	6 618	7 353	8 820	9 687	10 820	+25,6	+11,1	23,3
Hamburg	16 189	20 431	21 410	9 146	11 085	11 603	+32,2	+4,8	18,1
Hessen	40 655	47 329	50 348	6 647	7 542	8 006	+23,8	+6,4	17,9
Mecklenburg-Vorpommern	9 616	10 846	12 181	6 008	6 740	7 569	+26,7	+12,3	26,5
Niedersachsen	42 614	49 861	56 658	5 421	6 240	7 086	+33,0	+13,6	19,1
Nordrhein-Westfalen	110 268	126 135	144 028	6 236	7 035	8 032	+30,6	+14,2	20,7
Rheinland-Pfalz	22 910	24 979	27 670	5 697	6 108	6 761	+20,8	+10,8	19,5
Saarland	5 872	6 470	7 757	5 935	6 547	7 877	+32,1	+19,9	23,1
Sachsen	23 355	26 984	30 493	5 758	6 626	7 504	+30,6	+13,0	24,3
Sachsen-Anhalt	13 997	15 517	16 415	6 274	7 052	7 507	+17,3	+5,8	26,2
Schleswig-Holstein	16 151	20 035	21 868	5 685	6 909	7 524	+35,4	+9,1	22,5
Thüringen	11 899	13 514	14 663	5 522	6 323	6 899	+23,2	+8,5	23,8
Deutschland	492 405	580 134	644 437	6 045	6 983	7 753	+30,9	+11,1	19,3
Westdeutschland	402 790	476 298	517 970	6 153	7 121	7 737	+28,6	+8,7	18,4
Ostdeutschland	99 654	116 170	128 062	6 232	7 176	7 919	+28,5	+10,2	24,4

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamtausgaben, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

**39. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen
– Kernhaushalte und Extrahaushalte –**

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Personalausgaben		Personal- ausgaben- quote ¹⁾ 2020
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	26 794	31 974	33 121	2 486	2 884	2 983	+23,6	+3,6	40,8
Bayern	30 104	35 708	37 524	2 362	2 726	2 859	+24,6	+5,1	37,6
Berlin	9 323	11 400	12 139	2 675	3 121	3 314	+30,2	+6,5	34,5
Brandenburg	5 394	6 455	6 785	2 189	2 565	2 687	+25,8	+5,1	35,5
Bremen	1 969	2 416	2 540	2 967	3 536	3 738	+29,0	+5,1	34,5
Hamburg	5 612	6 810	7 090	3 171	3 695	3 842	+26,3	+4,1	33,1
Hessen	15 748	18 436	19 315	2 575	2 938	3 071	+22,6	+4,8	38,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 484	3 914	4 011	2 177	2 433	2 492	+15,1	+2,5	32,9
Niedersachsen	18 483	21 973	22 900	2 351	2 750	2 864	+23,9	+4,2	40,4
Nordrhein-Westfalen	42 127	49 717	52 240	2 382	2 773	2 913	+24,0	+5,1	36,3
Rheinland-Pfalz	9 616	11 342	11 904	2 391	2 773	2 909	+23,8	+4,9	43,0
Saarland	2 553	2 915	3 037	2 581	2 950	3 083	+18,9	+4,2	39,1
Sachsen	8 702	10 263	10 639	2 145	2 520	2 618	+22,3	+3,7	34,9
Sachsen-Anhalt	5 010	5 517	5 760	2 245	2 507	2 634	+15,0	+4,4	35,1
Schleswig-Holstein	6 269	7 505	7 842	2 206	2 588	2 698	+25,1	+4,5	35,9
Thüringen	4 632	5 224	5 433	2 150	2 444	2 556	+17,3	+4,0	37,1
Deutschland	195 819	231 569	242 277	2 404	2 788	2 915	+23,7	+4,6	37,6
Westdeutschland	159 274	188 796	197 511	2 433	2 823	2 950	+24,0	+4,6	38,1
Ostdeutschland	36 545	42 774	44 766	2 285	2 642	2 768	+22,5	+4,7	35,0

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

40. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer- Quote ¹⁾ 2020
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 075	1 521	1 455	192	137	131	-29,9	-4,4	2,7
Bayern	1 316	804	727	103	61	55	-44,8	-9,6	1,1
Berlin	1 636	1 164	974	469	319	266	-40,4	-16,3	4,7
Brandenburg	476	319	243	193	127	96	-49,0	-23,8	2,3
Bremen	662	646	623	998	946	916	-6,0	-3,7	16,2
Hamburg	886	739	657	501	401	356	-25,9	-11,2	5,6
Hessen	1 734	1 349	1 283	284	215	204	-26,0	-4,9	4,1
Mecklenburg-Vorpommern	342	230	219	214	143	136	-36,0	-4,9	3,2
Niedersachsen	1 888	1 307	883	240	164	110	-53,3	-32,5	2,5
Nordrhein-Westfalen	5 167	3 568	2 656	292	199	148	-48,6	-25,6	3,1
Rheinland-Pfalz	1 151	727	603	286	178	147	-47,6	-17,0	3,3
Saarland	526	387	348	532	392	353	-33,9	-10,2	7,9
Sachsen	342	173	76	84	43	19	-77,9	-56,4	0,5
Sachsen-Anhalt	620	391	353	278	178	161	-43,2	-9,9	4,0
Schleswig-Holstein	835	545	430	294	188	148	-48,5	-21,1	3,2
Thüringen	596	367	345	277	172	162	-42,1	-6,0	4,0
Deutschland	20 254	14 237	11 872	249	171	143	-41,4	-16,6	3,0
Westdeutschland	16 241	11 593	9 663	248	173	144	-40,5	-16,7	3,0
Ostdeutschland	4 013	2 644	2 209	251	163	137	-44,9	-16,4	3,1

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

41. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo ¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Quotient Finanzierungs- saldo/BIP 2020
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			Mio. €		
Baden-Württemberg	+93	+3 942	-4 771	+9	+356	-430	-4 864	-8 712	-1,0
Bayern	+3 533	+945	-6 652	+277	+72	-507	-10 185	-7 597	-1,1
Berlin	+1 218	+1 170	-1 702	+350	+320	-465	-2 921	-2 873	-1,1
Brandenburg	+906	-597	-810	+368	-237	-321	-1 716	-212	-1,1
Bremen	-326	+215	-276	-491	+314	-407	+49	-491	-0,9
Hamburg	+154	+252	-998	+87	+137	-541	-1 152	-1 250	-0,8
Hessen	-321	+1 834	-2 835	-52	+292	-451	-2 514	-4 668	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern	+729	+206	-92	+455	+128	-57	-820	-298	-0,2
Niedersachsen	+1 084	+3 380	-1 413	+138	+423	-177	-2 497	-4 792	-0,5
Nordrhein-Westfalen	-1 585	+6 808	-7 329	-90	+380	-409	-5 744	-14 138	-1,1
Rheinland-Pfalz	-462	+1 558	-518	-115	+381	-127	-55	-2 076	-0,4
Saarland	-439	+240	-39	-443	+243	-40	+399	-279	-0,1
Sachsen	+1 121	+831	-2 923	+276	+204	-719	-4 043	-3 754	-2,3
Sachsen-Anhalt	+906	+521	-647	+406	+237	-296	-1 554	-1 168	-1,0
Schleswig-Holstein	+233	+79	-207	+82	+27	-71	-440	-286	-0,2
Thüringen	+513	+835	-261	+238	+391	-123	-774	-1 096	-0,4
Deutschland	+7 359	+22 220	-31 473	+90	+267	-379	-38 832	-53 693	-0,9
Westdeutschland	+1 964	+19 253	-25 038	+30	+288	-374	-27 002	-44 291	-0,9
Ostdeutschland	+5 393	+2 967	-6 435	+337	+183	-398	-11 828	-9 401	-1,2

1) Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

42. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Anteil der Kassenkredite	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Quotient Schulden/ BIP 2020
	2015	2019	2020		2020	2015	2019	2020	2020/2015	
	Mio. €			%	€			%		
Baden-Württemberg	61 613	53 061	57 418	1,1	5 717	4 786	5 172	-6,8	+8,2	11,5
Bayern	35 527	25 719	31 687	0,6	2 788	1 964	2 415	-10,8	+23,2	5,2
Berlin	58 655	53 959	59 723	[n]	16 831	14 773	16 307	+1,8	+10,7	38,6
Brandenburg	20 195	18 376	20 149	4,2	8 194	7 303	7 980	-0,2	+9,7	27,3
Bremen	21 923	30 006	39 293	44,7	33 037	43 921	57 823	+79,2	+31,0	124,4
Hamburg	28 866	33 691	35 393	0,0	16 307	18 279	19 181	+22,6	+5,1	30,0
Hessen	61 618	53 821	60 082	1,5	10 075	8 576	9 554	-2,5	+11,6	21,3
Mecklenburg-Vorpommern	11 552	9 257	10 067	3,0	7 218	5 753	6 255	-12,9	+8,8	21,9
Niedersachsen	73 307	71 126	78 527	2,2	9 326	8 901	9 821	+7,1	+10,4	26,5
Nordrhein-Westfalen	240 062	221 794	230 110	9,7	13 576	12 370	12 833	-4,1	+3,7	33,0
Rheinland-Pfalz	45 564	42 929	43 877	15,3	11 331	10 497	10 721	-3,7	+2,2	30,9
Saarland	17 826	17 427	17 624	8,4	18 019	17 635	17 895	-1,1	+1,1	52,4
Sachsen	6 542	3 769	7 389	10,8	1 613	925	1 818	+12,9	+96,1	5,9
Sachsen-Anhalt	23 803	23 492	23 729	8,2	10 669	10 677	10 851	-0,3	+1,0	37,9
Schleswig-Holstein	31 905	35 098	36 469	1,4	11 230	12 103	12 548	+14,3	+3,9	37,5
Thüringen	18 488	16 896	17 826	4,3	8 580	7 906	8 387	-3,6	+5,5	29,0
Deutschland	757 447	710 421	769 363	7,4	9 299	8 552	9 256	+1,6	+8,3	23,1
Westdeutschland	618 211	584 672	630 480	8,3	9 443	8 741	9 417	+2,0	+7,8	22,5
Ostdeutschland	139 236	125 749	138 883	3,4	8 707	7 768	8 588	-0,3	+10,4	26,5

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite (Kredite zur Liquiditätssicherung), Wertpapiersschulden und Kredite.

43. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		Quotient (LFA + BEZ)/ Einnahmen ²⁾ 2020
	2015	2019 ¹⁾	2020 ¹⁾	2015	2019 ¹⁾	2020 ¹⁾	2020/2015	2020/2019	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-2 324	-2 436	-3 674	-216	-220	-331	-1 350	-1 238	-4,8
Bayern	-5 468	-6 701	-7 771	-429	-512	-592	-2 303	-1 070	-8,3
Berlin	5 780	6 164	5 093	1 659	1 688	1 391	-687	-1 071	15,2
Brandenburg	1 647	1 260	1 812	668	501	718	+165	+552	9,9
Bremen	890	1 082	1 099	1 341	1 584	1 617	+209	+17	15,5
Hamburg	-115	-120	-172	-65	-65	-93	-57	-52	-0,8
Hessen	-1 730	-1 905	-2 531	-283	-304	-402	-801	-626	-5,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 361	1 077	2 018	850	669	1 254	+657	+941	16,7
Niedersachsen	640	1 197	2 154	81	150	269	+1 514	+957	3,9
Nordrhein-Westfalen	1 572	1 574	-624	89	88	-35	-2 196	-2 198	-0,5
Rheinland-Pfalz	587	520	575	146	127	140	-12	+55	2,1
Saarland	290	329	688	293	333	699	+398	+359	8,9
Sachsen	3 052	2 407	4 511	752	591	1 110	+1 459	+2 104	16,4
Sachsen-Anhalt	1 842	1 403	2 724	826	638	1 246	+882	+1 321	17,3
Schleswig-Holstein	437	408	301	154	141	104	-136	-107	1,4
Thüringen	1 741	1 334	2 683	808	624	1 262	+942	+1 349	18,6
Deutschland	10 203	7 593	8 885	125	91	107	-1 318	+1 292	1,4
Westdeutschland	-5 162	-6 052	-9 955	-79	-90	-149	-4 793	-3 903	-2,0
Ostdeutschland	15 423	13 645	18 841	964	843	1 165	+3 418	+5 196	15,5

1) Vorläufige Angaben.

2) Bereinigte Gesamteinnahmen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

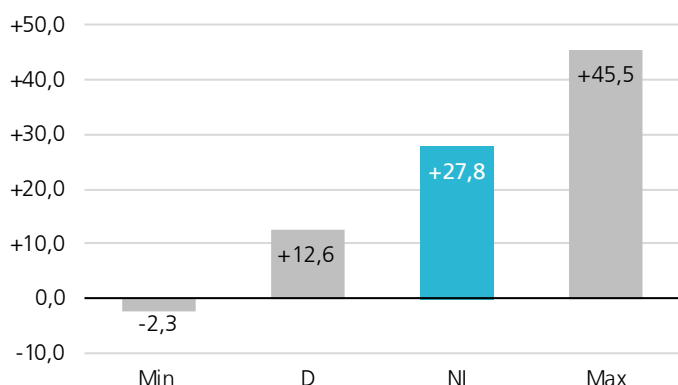
Schulische und berufliche Qualifikation

Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gestiegen

Ein Teil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss hat einen festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot im Förderschwerpunkt Lernen bzw. geistige Entwicklung und schließt die allgemein bildende Schulzeit mit dem Abschluss des entsprechenden Bildungsgangs ab, der Hauptschulabschluss ist nicht das Ziel (s. KMK Dokumentation Nr. 227).

Im Jahr 2019 verließen in Niedersachsen insgesamt 5 424 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben; darunter 1 793 Jugendliche aus Förderschulklassen (33,1 %) und knapp ein Viertel mit Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in Niedersachsen insgesamt um 331 (+6,5 %). Am stärksten stieg die Zahl in Schleswig-Holstein (+9,0 %). Eine Verringerung von über 10 % gab es hingegen in Hamburg (-10,3 %). Im bundesweiten Durchschnitt sank die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu 2018 um 1,4 % auf gut 52 800 Personen, darunter knapp 23 000 bzw. 43,5 % aus Förderschulklassen.

Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss 2019 gegenüber 2014 – Prozent

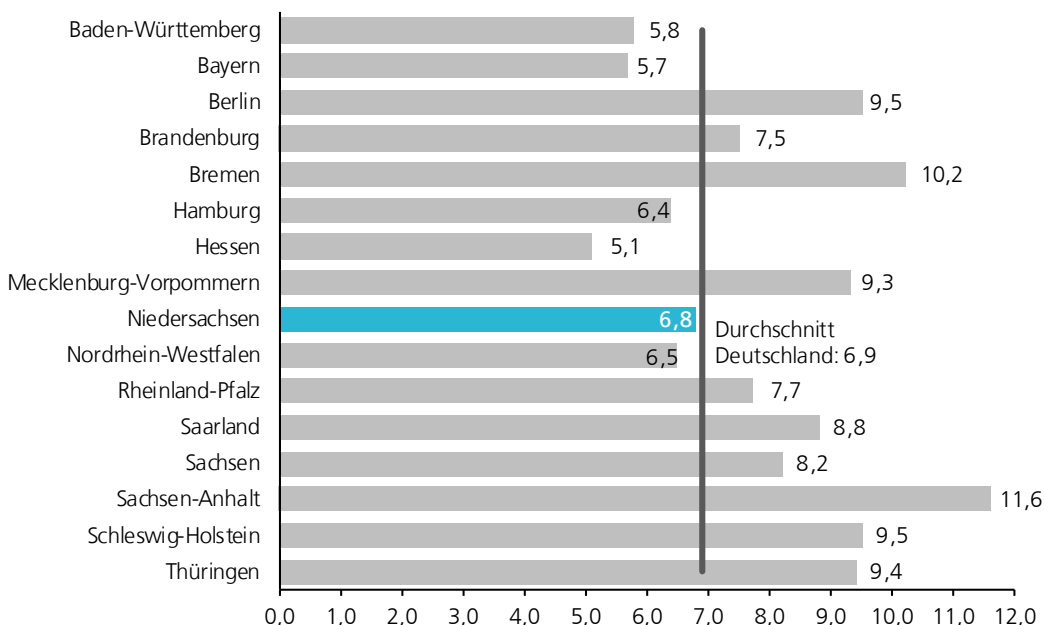


Die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss ist mittelfristig 2019 gegenüber 2014 bundesweit um 12,6 % gestiegen, in Niedersachsen um 27,8 %. Weitere 11 Länder verzeichneten zweistellige Zunahmen; nur in Nordrhein-Westfalen (-2,3 %) sank die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss. (Angaben zu den Anteilen weiblicher Schulentlassener nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen 2019 sind im Kapitel Gleichstellung aufgeführt).

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss
T44

Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss
T44

Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung 2019 – Prozent –



Die Berechnung der Quoten der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (T44), der Abiturientinnen und Abiturienten, der Studienberechtigten (T46) sowie der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (T50 in Kapitel Wissenschaft und Kultur) erfolgt nach dem sogenannten „Quotensummenverfahren“. Bei dem Verfahren, das vor allem im internationalen Vergleich benutzt wird, wird der Anteil der betrachteten Personen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ermittelt. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.

Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss lag 2019 in Niedersachsen bei 6,8 % und ist damit im Vergleich zu 2018 um 0,4 Prozentpunkte gestiegen. Wie bereits im Jahr zuvor hatte Hessen auch 2019 mit 5,1 % die niedrigste Quote. Eine Quote von über 10 % gab es in Bremen (bei eingeschränkter Vergleichbarkeit: 10,2 %) und Sachsen-Anhalt (11,6 %). Bundesweit stieg die Quote um 0,1 Prozentpunkte auf 6,9 %.

Quote der frühen Schulabgängerinnen/ Schulabgänger

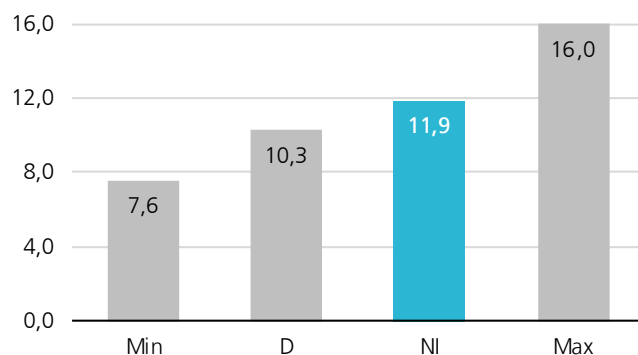
T45

Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gesunken

Der internationale Indikator der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahre zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen. Die Quote wird auf Basis des Mikrozensus in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung berechnet. Die in Tabelle 45 dargestellte Auswertung entstammt der Berechnung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist das Ziel formuliert, die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis 2020 auf unter 10 % zu verringern. Im Jahr 2019 waren in Niedersachsen 11,9 % der 18- bis unter 25-Jährigen frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Dies entsprach gegenüber 2018 einem Anstieg von 0,8 Prozentpunkten und gegenüber 2014 einem Anstieg von 1,3 Prozentpunkten. Im Bundesdurchschnitt hat sich die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gegenüber 2018 nicht verändert und lag 2019 bei 10,3 %. Mittelfristig stieg die Quote zwischen den Jahren 2014 und 2019 um 0,8 Prozentpunkte.

■ Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige) 2019 – Prozent –



Soweit Werte nach Geschlecht vorliegen, war die Quote der männlichen frühen Schulabgänger in fast allen Ländern höher als die Quote der frühen Schulabgängerinnen. In Niedersachsen lag die Quote der frühen Schulabgänger bei 13,1 % und die der Schulabgängerinnen bei 10,7 %. In Berlin war der Abstand der geschlechterspezifischen Quoten mit 7,5 Prozentpunkten am größten, wobei die Quote der frühen Schulabgänger bei 15,8 % lag.

Abiturientenquote

T46

Mehr Abiturientinnen und Abiturienten – Abiturientenquote unter Bundesniveau

Im Jahr 2019 erlangten 32 363 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen stieg damit gegenüber 2018 leicht um 0,9 %. Bundesweit verringerte sich die Zahl der Absolventinnen und Absolventen um 2,1 % auf knapp 331 700 Personen.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche wird die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten berechnet. Die Abiturientenquote veränderte sich in Niedersachsen im Jahr 2019 gegenüber 2018 leicht um +0,1 Prozentpunkte auf 37,5 %; bundesweit stieg die Quote um 0,3 Prozentpunkte auf 40,2 %. Im Ländervergleich zeigt sich eine große Spannweite: Die höchste Quote der Abiturientinnen und Abiturienten gab es 2019 in Hamburg (54,5 %), die niedrigste in Sachsen-Anhalt (32,1 %).

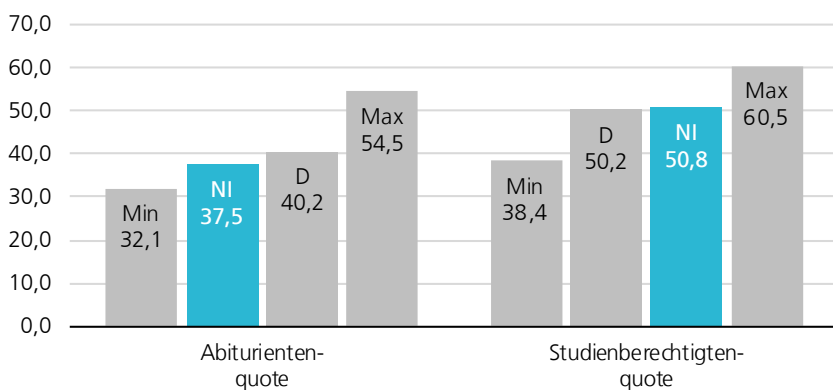
Anteil der Studienberechtigten weiterhin leicht über Bundesniveau

Studienberechtigten-
quote
T46

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der zur Aufnahme eines Studiums Berechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung an. Neben dem Abitur berücksichtigt diese Quote also auch andere Abschlüsse, insbesondere die Fachhochschulreife.

Die Studienberechtigtenquote lag 2019 in Niedersachsen bei 50,8 % und damit etwas über dem Bundesdurchschnitt von 50,2 %. Höhere Studienberechtigtenquoten als in Niedersachsen erreichten 6 Länder, darunter Hamburg (60,5 %) und Berlin (56,3 %) die höchsten. Die niedrigsten Studienberechtigtenquoten gab es 2019 in Sachsen-Anhalt (38,4 %) und Mecklenburg-Vorpommern (42,1 %).

■ Abiturienten- und Studienberechtigtenquote 2019 – Prozent –



Duale Berufsausbildung: Anteil Abschlussprüfungen im Ausbildungsbereich Handwerk über Bundesdurchschnitt

Duale Berufsausbildung:
Abschlussprüfungen
T48

In Deutschland gibt es eine besondere Art, seinen Beruf zu lernen: die Duale Berufsausbildung. Ein guter Abschluss der Ausbildung gilt als Einstieg in eine qualifizierte Berufs- und Erwerbstätigkeit. In Niedersachsen bestanden 2020 insgesamt 40 044 Auszubildende die Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Der Anteil der Frauen lag bei 37,9 % und damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 38,5 %. Im Ländervergleich gab es den höchsten Frauenanteil in Berlin (43,8 %) und Hamburg (42,1 %), die niedrigsten Quoten wiesen Thüringen (34,2 %) und Sachsen-Anhalt (34,6 %) auf. Mehr als die Hälfte (58,3 %) der Abschlussprüfungen in Niedersachsen wurde im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bestanden. Der Bundesdurchschnitt in diesem Ausbildungsbereich betrug 62,9 %. Mit 25,6 % Abschlussprüfungen im Handwerk lag Niedersachsen über dem Bundesdurchschnitt von 22,3 %.

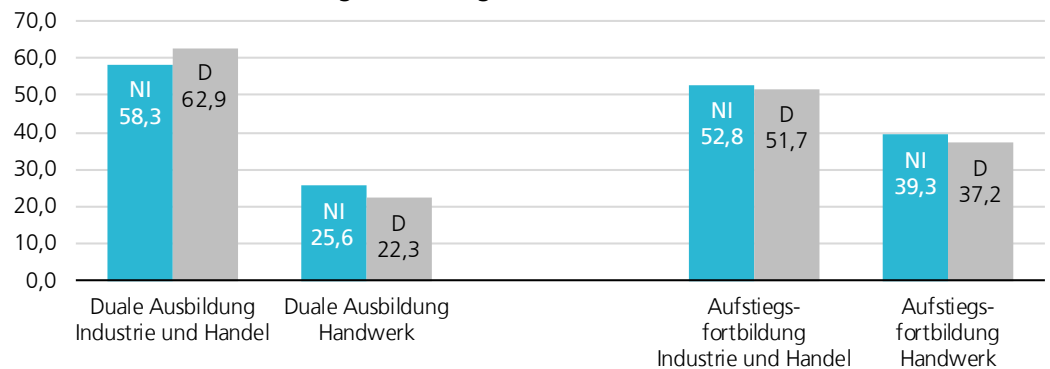
Im Vergleich 2020 zum Vorjahr verringerte sich die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung in Niedersachsen um 1,8 % (Deutschland: -0,8 %). Dabei blieb der Anteil der erfolgreich bestandenen Abschlussprüfungen gemessen an allen Prüfungsteilnehmenden stabil, obwohl es durch die Corona-Pandemie in vielen Ausbildungsbetrieben ebenso wie in Berufsschulen und überbetrieblichen Berufsbildungsstätten Einschränkungen gab (zeitweise Schließungen, teilweise Umstellung auf digitale Lernangebote). Im mittelfristigen Vergleich 2020 gegenüber 2015 gab es bei den bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung einen Rückgang um 10,2 % (Deutschland -8,3 %).

Aufstiegsfortbildung: Anteil Fortbildungsprüfungen im Bereich Industrie und Handel überdurchschnittlich

Die Zulassung zu einer Fortbildungs- oder Meisterprüfung (Aufstiegsfortbildung) setzt in der Regel einen Berufsbildungsabschluss und/oder eine Mindestdauer praktischer Berufstätigkeit voraus. Fortbildungsprüfungen mit der längsten Tradition sind Meisterprüfungen im Handwerk. Sie werden in der Regel mit dem Ziel durchgeführt, festzustellen, ob der Prüfling befähigt ist, einen Betrieb selbstständig zu führen und Auszubildende ordnungsgemäß auszubilden (Handwerksordnung: §§ 45 bzw. 122 Abs. 2 HwO).

Mit einer Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung wird in Deutschland eine Aufstiegsfortbildung abgeschlossen z. B. als „Geprüfte Berufsspezialistin/Geprüfter Berufsspezialist“ oder Meisterin/Meister, Staatlich geprüfte Technikerin/Staatlich geprüfter Techniker, Geprüfte Fachwirtin/Geprüfter Fachwirt. Eine erfolgreiche Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung legten 2020 in Niedersachsen insgesamt 6 933 Personen ab, darunter waren 31,8 % Frauen (Deutschland: 34,7 %). Die Spannweite der Frauenquoten reichte von 42,2 % in Berlin bis 22,6 % in Bremen. Mehr als die Hälfte (52,8 %) der Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung wurden im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bestanden (Deutschland: 51,7 %). Der Anteil der bestandenen Meisterprüfungen im Handwerk betrug 39,3 % (Deutschland: 37,2 %).

■ Anteile der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk an bestandenen Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung sowie in der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2020 – Prozent –



Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich 2020 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung in Niedersachsen um 20,6 % (Deutschland: -13,3 %), dabei blieb der Anteil der erfolgreich bestandenen Abschlussprüfungen an allen Prüfungsteilnehmenden stabil. Der Rückgang der Prüfungsteilnehmenden ist wahrscheinlich stark bedingt durch Pandemie-Einschränkungen (zeitweise Schließungen von Berufsbildungsstätten bzw. Umstellung auf digitale Lernangebote). Im Mittelfristigen Vergleich 2020 gegenüber 2015 gab es bei den bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung einen Rückgang um 29,4 % (Deutschland -20,0 %).

Informationen:

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss sowie Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten:

- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): [KMK Dokumentation Nr. 227 – Juni 2021: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2010 bis 2019](#), Teil C – Absolventen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Tabellen C.I.1.1 und C.I.1.1.3 sowie C.III.1.3.2, C.III.1.3.2a und C.III.1.3a
- Niedersächsisches Kultusministerium: [Allgemein bildende Schulen in Zahlen](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Genesis-Online: [Bildung, Statistiken 21 – Absolventen und Abgänger: Bundesländer, Geschlecht, Schulabschlüsse](#), Statistiken 21111
- **Berufliche Bildung:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur – Berufliche Bildung (Fachserie 11 Reihe 3, Tabellen 4.2.2 und 4.3.2 Bestandene Abschlussprüfungen sowie Tabelle 6.2.2 Bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen)
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): [Berufsbildungsbericht](#)
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): [Datenreport zum Berufsbildungsbericht](#)
- **Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger:**
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung – frühe Schulabgänger](#)
- Eurostat: Datenbank [Tabelle edat_ifse_16](#)

Autoren: Patrick Heldt, Ralf Martins

Tabellen Schulische und berufliche Qualifikation

44. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss insgesamt			Darunter aus Förderschul- klassen ¹⁾	Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss insgesamt an der gleichaltrigen Bevölkerung ²⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2014	2018	2019		2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	5 868	6 951	6 281	3 578	5,0	6,3	5,8	+7,0	-9,6
Bayern	5 892	7 414	6 974	2 990	4,5	5,9	5,7	+18,4	-5,9
Berlin	2 430	2 955	2 699	527	9,2	10,4	9,5	+11,1	-8,7
Brandenburg	1 462	1 628	1 579	851	7,7	7,8	7,5	+8,0	-3,0
Bremen ³⁾	448	564	607	36	7,3	9,1	10,2	+35,5	+7,6
Hamburg	755	1 090	978	375	4,9	7,0	6,4	+29,5	-10,3
Hessen	3 031	3 011	3 044	1 544	4,9	5,0	5,1	+0,4	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	961	1 194	1 225	613	8,4	9,2	9,3	+27,5	+2,6
Niedersachsen	4 245	5 093	5 424	1 793	4,9	6,4	6,8	+27,8	+6,5
Nordrhein-Westfalen	11 692	11 522	11 422	5 385	6,2	6,1	6,5	-2,3	-0,9
Rheinland-Pfalz	2 357	2 811	2 958	1 409	5,6	7,2	7,7	+25,5	+5,2
Saarland	463	656	637	250	4,9	7,8	8,8	+37,6	-2,9
Sachsen	2 348	2 637	2 708	1 564	8,3	8,2	8,2	+15,3	+2,7
Sachsen-Anhalt	1 528	2 004	1 998	912	9,7	11,5	11,6	+30,8	-0,3
Schleswig-Holstein	2 323	2 453	2 673	649	7,6	8,5	9,5	+15,1	+9,0
Thüringen	1 118	1 620	1 627	505	7,2	9,4	9,4	+45,5	+0,4
Deutschland	46 921	53 603	52 834	22 981	5,8	6,8	6,9	+12,6	-1,4
Westdeutschland	37 074	41 565	40 998	18 009	[g]	[g]	[g]	+10,6	-1,4
Ostdeutschland	9 847	12 038	11 836	4 972	[g]	[g]	[g]	+20,2	-1,7

1) Abgängerinnen und Abgänger aus Förderschulklassen (Förderschwerpunkte „Lernen“, „Geistige Entwicklung“ und „sonstige“) nach Vollerfüllung der Vollzeitschulpflicht.

2) Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. „Quotensummenverfahren“).

3) In Bremen absolvieren im Rahmen der Inklusion Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung „geistige Entwicklung“ ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 227, Mai 2021: Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolventen/-innen der Schulen 2010 bis 2019

45. Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige)¹⁾

Land	Frühe Schulabgänger/-innen insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2014	2018	2019			2019/2014	2019/2018
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	7,8	9,7	9,2	10,7	7,7	+1,4	-0,5
Bayern	6,3	7,2	7,6	8,6	6,5	+1,3	+0,4
Berlin	13,5	13,6	12,1	15,8	8,3	-1,4	-1,5
Brandenburg	9,0	11,6	10,8	13,6	[u]	+1,8	-0,8
Bremen	14,0	14,6	16,0	17,7	[u]	+2,0	+1,4
Hamburg	11,7	11,0	13,2	13,6	12,8	+1,5	+2,2
Hessen	9,7	10,8	10,3	11,7	8,7	+0,6	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	9,9	11,1	11,5	11,8	[u]	+1,6	+0,4
Niedersachsen	10,6	11,1	11,9	13,1	10,7	+1,3	+0,8
Nordrhein-Westfalen	11,2	12,0	11,2	12,8	9,4	[n]	-0,8
Rheinland-Pfalz	10,4	11,5	11,6	12,6	10,5	+1,2	+0,1
Saarland	11,9	12,0	11,7	[u]	[u]	-0,2	-0,3
Sachsen	6,8	7,5	8,3	9,4	7,1	+1,5	+0,8
Sachsen-Anhalt	9,3	9,3	12,7	14,8	9,9	+3,4	+3,4
Schleswig-Holstein	12,7	10,0	10,8	13,0	8,6	-1,9	+0,8
Thüringen	6,1	8,4	9,6	10,5	[u]	+3,5	+1,2
Deutschland	9,5	10,3	10,3	11,8	8,8	+0,8	[n]
Westdeutschland	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]
Ostdeutschland	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]

1) Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind Personen, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine Berufsausbildung verfügen, sich nicht im Grund- und Zivildienst befinden und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

Quelle: Eurostat

46. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studien- berechtigten- quote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote ¹⁾				2019/2014	2019/2018
	2014	2018	2019	2014	2018	2019			
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	50 523	51 199	49 145	42,2	42,4	41,9	54,9	-0,3	-0,5
Bayern	42 259	43 498	42 632	31,4	32,1	32,7	45,7	+1,3	+0,6
Berlin	13 509	15 619	14 836	48,2	51,0	49,2	56,3	+1,0	-1,8
Brandenburg	7 107	9 885	9 461	43,0	47,0	45,4	52,0	+2,4	-1,6
Bremen	3 156	2 827	2 700	47,8	39,4	38,5	43,2	-9,3	-0,9
Hamburg	9 103	9 389	9 121	55,8	54,8	54,5	60,5	-1,3	-0,3
Hessen ³⁾	29 720	24 450	22 592	47,2	37,6	35,6	49,3	-11,6	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	4 108	5 381	5 201	39,4	40,9	38,7	42,1	-0,7	-2,2
Niedersachsen	32 555	32 088	32 363	37,6	37,4	37,5	50,8	-0,1	+0,1
Nordrhein-Westfalen	88 217	84 994	84 197	46,0	42,8	44,9	51,5	-1,1	+2,1
Rheinland-Pfalz	16 471	17 584	17 185	37,8	40,0	40,0	48,6	+2,2	-0,0
Saarland	3 631	3 643	3 350	36,0	38,1	36,1	55,1	+0,1	-2,0
Sachsen	9 761	12 357	12 851	38,1	37,1	38,1	45,0	[n]	+1,0
Sachsen-Anhalt	4 582	6 018	5 772	31,8	33,5	32,1	38,4	+0,3	-1,4
Schleswig-Holstein	12 338	13 145	13 425	40,6	41,6	43,4	50,8	+2,8	+1,8
Thüringen	5 683	6 611	6 819	40,7	37,9	38,6	45,6	-2,1	+0,7
Deutschland	332 723	338 688	331 650	41,0	39,9	40,2	50,2	-0,8	+0,3
Westdeutschland	287 973	282 817	276 710	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]
Ostdeutschland	44 750	55 871	54 940	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]

1) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife (Abitur) an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. „Quotensummenverfahren“).

2) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres („Quotensummenverfahren“).

3) Hessen 1,5facher Abiturjahrgang 2014.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 227, Mai 2021: Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolventen/-innen der Schulen 2010 bis 2019

47. Frauenanteil der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit Mittlerem Schulabschluss ¹⁾ weiblich		Schulentlassene mit Allgemeiner Hochschulreife weiblich	
	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung
	2019	2019/2014	2019	2019/2014	2019	2019/2014	2019	2019/2014
	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
Baden-Württemberg	37,4	-0,4	39,1	-2,6	48,7	-0,1	54,8	+1,3
Bayern	36,2	+0,9	40,3	+0,3	50,6	-0,2	54,4	+0,5
Berlin	39,9	+0,2	43,0	-1,8	46,5	+0,0	54,1	-0,5
Brandenburg	36,9	-1,3	36,0	-4,2	47,0	-0,6	53,7	+0,4
Bremen	41,0	+1,0	42,2	-1,4	47,7	+0,2	56,0	+2,4
Hamburg	38,0	-3,7	41,2	-1,5	45,1	-1,7	51,9	-1,5
Hessen	37,5	+0,0	38,3	-3,0	48,9	-0,1	56,0	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	36,9	+1,2	38,6	-0,9	48,6	+0,6	54,5	-1,1
Niedersachsen	37,1	-1,6	38,5	-0,1	47,8	-0,5	55,3	-0,5
Nordrhein-Westfalen	38,5	-3,0	40,5	-1,0	48,0	-0,4	55,2	+0,4
Rheinland-Pfalz	34,0	-2,9	38,2	-1,3	49,7	-0,1	56,2	+1,3
Saarland	33,6	-2,2	43,9	+0,9	49,8	-1,3	56,2	+1,9
Sachsen	38,2	-1,8	36,9	-3,4	48,4	-0,4	53,7	-0,2
Sachsen-Anhalt	34,4	-3,7	37,2	-2,5	47,1	-0,9	55,4	-0,1
Schleswig-Holstein	37,2	-1,4	38,9	-3,6	49,0	-1,2	54,9	+1,9
Thüringen	34,5	-3,4	43,4	+3,6	48,4	-0,0	55,2	+1,6
Deutschland	37,2	-1,5	39,7	-1,2	48,6	-0,3	54,9	+0,5
Westdeutschland	37,2	-1,4	39,7	-1,2	48,8	-0,3	55,0	+0,6
Ostdeutschland	37,1	-1,6	39,6	-1,8	47,7	-0,2	54,3	-0,0

1) Mittlerer Schulabschluss einschließlich schulischer Teil der Fachhochschulreife.

48. Duale Berufsausbildung – bestandene Abschlussprüfungen

Land	Bestandene Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen ¹⁾							Veränderung bestandene Abschlussprüfungen insgesamt	
	insgesamt ²⁾		darunter Anteil von Frauen	darunter Anteil ohne Hauptschulabschluss	darunter Anteil in Industrie und Handel ³⁾	darunter Anteil im Handwerk			
	2015	2019					2020		
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	61 509	57 945	58 047	38,8	2,1	63,5	22,7	-5,6	+0,2
Bayern	74 178	71 355	70 503	38,8	2,7	61,2	24,8	-5,0	-1,2
Berlin	11 709	10 275	10 224	43,8	3,0	60,9	18,7	-12,7	-0,5
Brandenburg	7 359	6 828	6 918	35,0	6,2	61,5	22,2	-6,0	+1,3
Bremen	4 428	4 221	4 056	38,6	3,7	71,5	17,7	-8,4	-3,9
Hamburg	10 038	9 750	9 444	42,1	3,0	71,6	15,6	-5,9	-3,1
Hessen	29 124	26 610	26 172	39,8	3,6	65,6	19,3	-10,1	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	5 499	5 004	5 007	36,4	2,5	63,4	18,8	-8,9	+0,1
Niedersachsen	44 586	40 776	40 044	37,9	1,8	58,3	25,6	-10,2	-1,8
Nordrhein-Westfalen	95 997	85 560	86 043	38,4	3,0	64,2	20,7	-10,4	+0,6
Rheinland-Pfalz	20 760	18 381	18 312	38,4	2,1	60,3	24,5	-11,8	-0,4
Saarland	5 283	4 608	4 209	36,2	3,7	66,3	23,9	-20,3	-8,7
Sachsen	13 239	13 422	13 965	35,5	2,0	63,2	22,9	+5,5	+4,0
Sachsen-Anhalt	8 007	7 140	6 996	34,6	3,6	65,6	20,4	-12,6	-2,0
Schleswig-Holstein	15 402	14 433	13 068	39,9	2,7	60,8	22,5	-15,2	-9,5
Thüringen	7 419	6 987	7 176	34,2	2,7	65,4	21,1	-3,3	+2,7
Deutschland	414 543	383 292	380 184	38,5	2,7	62,9	22,3	-8,3	-0,8
Westdeutschland	361 308	333 639	329 898	38,7	2,6	62,8	22,5	-8,7	-1,1
Ostdeutschland	53 235	49 656	50 286	36,9	3,1	63,2	20,9	-5,5	+1,3

- 1) Alle Ausbildungsbereiche; ohne sogenannte „externe“ Prüfungsteilnehmende, die die Abschlussprüfung ohne ordnungsgemäße Berufsausbildung bestanden haben.
2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.
Die Werte für Westdeutschland und Ostdeutschland sind bis 2017 auf ein Vielfaches von 3 gerundet und ab 2018 als Summe der gerundeten Länderwerte berechnet.
3) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

49. Berufliche Aufstiegsfortbildung – bestandene Abschlussprüfungen (Fortbildungs-/Meisterprüfungen)

Land	Bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen ¹⁾							Veränderung bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt	
	insgesamt ²⁾		darunter Anteil von Frauen	darunter Anteil in Industrie und Handel ³⁾	darunter Anteil im Handwerk				
	2015	2019				2020			
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	15 816	16 062	13 044	36,8	57,6	31,9	-17,5	-18,8	
Bayern	25 050	23 436	20 091	39,0	55,5	29,8	-19,8	-14,3	
Berlin	1 833	1 761	1 500	42,2	52,4	23,8	-18,2	-14,8	
Brandenburg	1 854	1 692	1 290	35,8	20,7	45,1	-30,4	-23,8	
Bremen	1 140	894	930	22,6	59,4	36,8	-18,4	+4,0	
Hamburg	2 370	2 073	2 031	34,6	52,9	43,1	-14,3	-2,0	
Hessen	6 264	5 466	5 298	38,4	56,9	34,7	-15,4	-3,1	
Mecklenburg-Vorpommern	1 692	1 059	702	23,5	47,0	37,6	-58,5	-33,7	
Niedersachsen	9 819	8 733	6 933	31,8	52,8	39,3	-29,4	-20,6	
Nordrhein-Westfalen	17 181	17 049	14 994	30,1	43,8	47,1	-12,7	-12,1	
Rheinland-Pfalz	3 702	3 720	3 432	34,8	45,5	45,0	-7,3	-7,7	
Saarland	846	828	846	34,8	57,1	31,9	[n]	+2,2	
Sachsen	4 836	3 789	3 435	27,7	51,4	42,4	-29,0	-9,3	
Sachsen-Anhalt	1 335	750	738	26,4	47,2	46,3	-44,7	-1,6	
Schleswig-Holstein	1 878	1 443	1 341	34,5	54,1	32,7	-28,6	-7,1	
Thüringen	2 214	1 524	1 680	30,7	39,3	51,8	-24,1	+10,2	
Deutschland	97 827	90 276	78 285	34,7	51,7	37,2	-20,0	-13,3	
Westdeutschland	84 063	79 704	68 940	35,2	52,7	36,6	-18,0	-13,5	
Ostdeutschland	13 764	10 575	9 345	31,3	44,5	41,4	-32,1	-11,6	

- 1) Nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO).
2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.
Die Werte für Westdeutschland und Ostdeutschland sind bis 2017 auf ein Vielfaches von 3 gerundet und ab 2018 als Summe der gerundeten Länderwerte berechnet.
3) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

Wissenschaft und Kultur

Studienanfängerinnen/ Studienanfänger

T50

Zahl der Erstsemester weiter leicht rückläufig

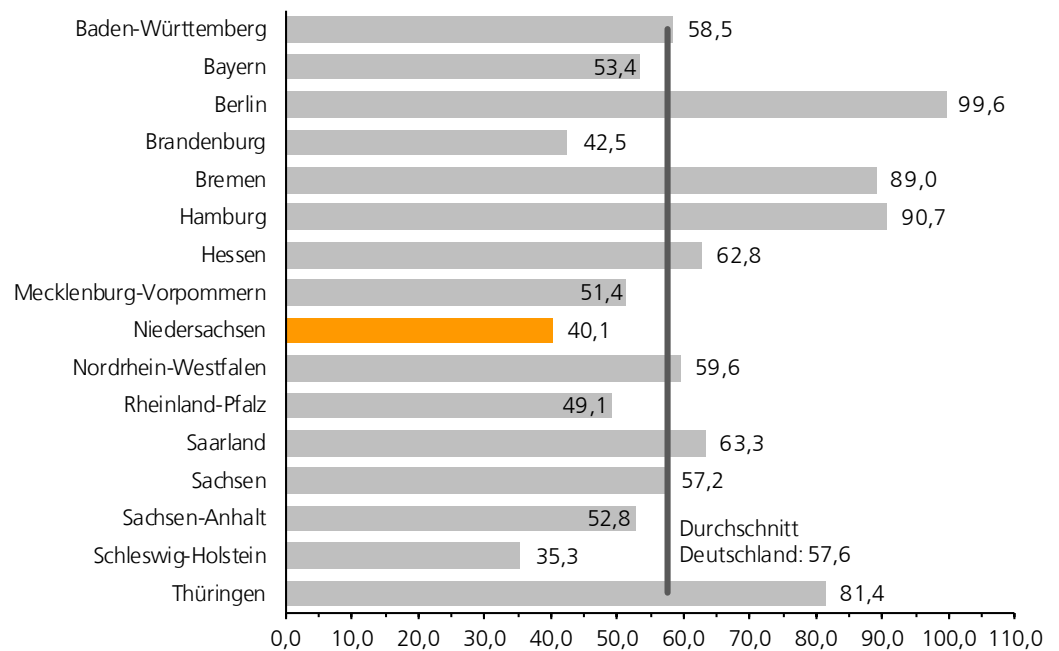
Im Studienjahr 2019 nahmen insgesamt 36 103 Hochschulzugangsberechtigte ein Studium in Niedersachsen auf. Das waren 7,1 % der bundesweit 508 689 Erstsemester. Damit ging die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Vergleich zum Vorjahr sowohl in Niedersachsen als auch deutschlandweit leicht zurück (jeweils -0,6 %).

Studienanfängerquote

T50

Leicht zugenommen (+0,2 Prozentpunkte) hat dagegen die Studienanfängerquote (40,1 %), die die Zahl der Erstsemester in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung setzt. Bundesweit lag die Studienanfängerquote mit 57,6 % deutlich höher, wobei die Strukturen im Ländervergleich grundsätzlich unverändert waren: In den Stadtstaaten mit ihren zentralörtlichen Funktionen waren die Quoten im Durchschnitt höher als in den Flächenländern. Allerdings ergab sich eine strukturelle Veränderung für Thüringen, wo die Studienanfängerquote im Vergleich zum Vorjahr um 25,0 Prozentpunkte auf 81,4 % zunahm. Zum Wintersemester 2019/2020 zog der Hauptsitz einer privaten Hochschule, an der auch Fernstudiengänge angeboten werden, von Nordrhein-Westfalen nach Thüringen um; dies hatte einen merklichen Anstieg der Studienanfänger- und Studierendenzahlen in Thüringen zur Folge.

■ Studienanfängerquote 2019 – Prozent –



Im 5-Jahresvergleich zwischen 2014 und 2019 ist die Studienanfängerquote in der Mehrzahl der Länder gesunken, so auch in Niedersachsen um 3,2 Prozentpunkte. Deutschlandweit gab es einen Rückgang um 0,7 Prozentpunkte.

Studierende

T51

Studierendenzahl gleichbleibend

Im Wintersemester 2019/2020 waren 210 224 Studierende an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben. Das entspricht nahezu dem Wert des Vorjahres. Mittelfristig gegenüber dem Wintersemester 2014/2015 stieg die Zahl der Studierenden jedoch merklich um rund 19 000 Studierende bzw. 9,9 %. Bundesweit lag die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2019/2020 bei gut 2,89 Mio.; der Anstieg gegenüber dem Wintersemester 2014/2015 betrug 7,1 %. Im mittelfristigen Ländervergleich zeigt sich, dass – mit Ausnahme von Thüringen (aufgrund der Standortortverlegung einer Hochschule) – die Zahl der Studierenden in den ostdeutschen Flächenländern zurückgegangen ist. In allen übrigen Ländern stieg die Studierendenzahl hingegen.

Mehr Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

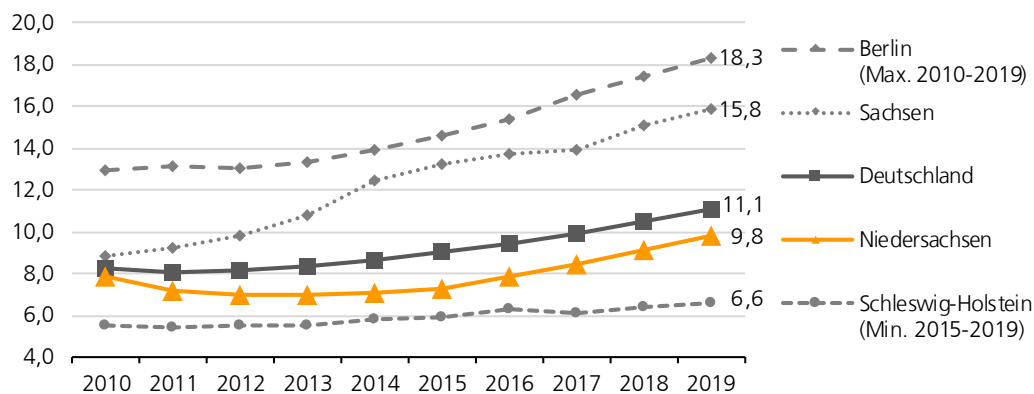
Bildungsausländerinnen/ Bildungsausländer

T51

Zu den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern werden Studierende gezählt, die ihre (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem ausländischen Studienkolleg erworben haben. Der Anteil an allen Studierenden kann als Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden.

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden nahm in den letzten Jahren sowohl in Niedersachsen als auch in Deutschland insgesamt kontinuierlich zu. Lag der Anteil in Niedersachsen 2014 noch bei 7,1 %, so waren es 2019 bereits 9,8 %. Im gesamten Bundesgebiet gehörte 2019 jede bzw. jeder Neunte zu dieser Gruppe (11,1 %). Im Ländervergleich wies erneut Berlin mit 18,3 % den höchsten Anteil an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern auf, gefolgt von 3 ostdeutschen Ländern. Die niedrigsten Anteile verzeichneten Schleswig-Holstein (6,6 %) und Nordrhein-Westfalen (9,3 %). Wie bei Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern werden auch bei Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern verschiedene Aspekte bei der Wahl des Studienortes eine Rolle spielen. Neben der geografischen Lage und gegebenenfalls der Urbanität eines Hochschulstandortes dürften zu den Entscheidungsfaktoren auch das fachliche Studienangebot und dessen Qualität, die Höhe der Semesterbeiträge oder die Ergebnisse von internationalen Hochschulrankings gehören.

Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden 2010 bis 2019 – Prozent –



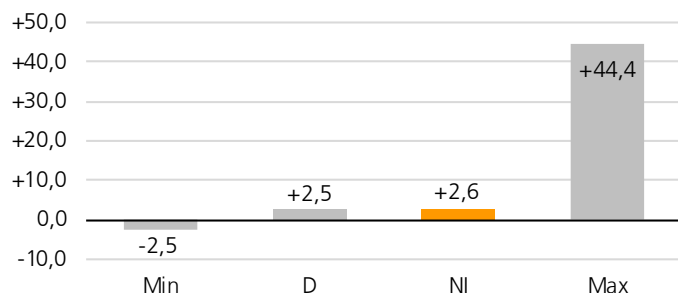
Zunahme der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums

Absolventinnen/Absolventen

T52

Im Wintersemester 2019/2020 beendeten 24 389 Studentinnen und Studenten ihr Erststudium (ohne Masterabschlüsse) an niedersächsischen Hochschulen. Das waren 2,6 % mehr als im Vorjahr, was etwa dem bundesdurchschnittlichen Zuwachs (2,5 %) entsprach. In 6 Ländern gingen die Werte zurück (-0,4 % bis -2,5 %). Im Saarland stieg die Zahl der Absolventinnen und Absolventen dagegen deutlich um 44,4 %.

Veränderung der Zahl der Absolventen und Absolventinnen (Erststudium) 2019 gegenüber 2018 – Prozent –



Mittelfristig im Vergleich zum Wintersemester 2014/2015 zeigt sich insbesondere ein gegenläufiger Trend in Ost und West. Während die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in Westdeutschland leicht zunahm (+1,3 %), ging sie in Ostdeutschland deutlich zurück (-11,3 %).

Promotionen

T53

Zahl der Promotionen und der Professuren mit leichten Zunahmen

Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2019 in Niedersachsen 2 240 Mal vergeben, das waren 5,6 % Promotionen mehr als im Vorjahr. Bundesweit erlangten 28 690 Personen einen Dokortitel und damit 3,1 % mehr als 2018. Die Zahl der Promotionen schwankt in einzelnen Ländern von Jahr zu Jahr etwas, mittelfristig (2019/2014) nahmen sie in Deutschland insgesamt leicht zu (+1,9 %).

Professuren

T54

Die Zahl der besetzten Professuren erhöhte sich 2019 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % auf 3 730 (Deutschland: +0,9 %) und gegenüber 2014 um 2,8 % (Deutschland: +6,1 %). Die Zahl der Professuren nahm damit mittelfristig in allen Ländern mit Ausnahme Sachsen-Anhalts (-5,0 %) und Sachsens (-3,3 %) zu.

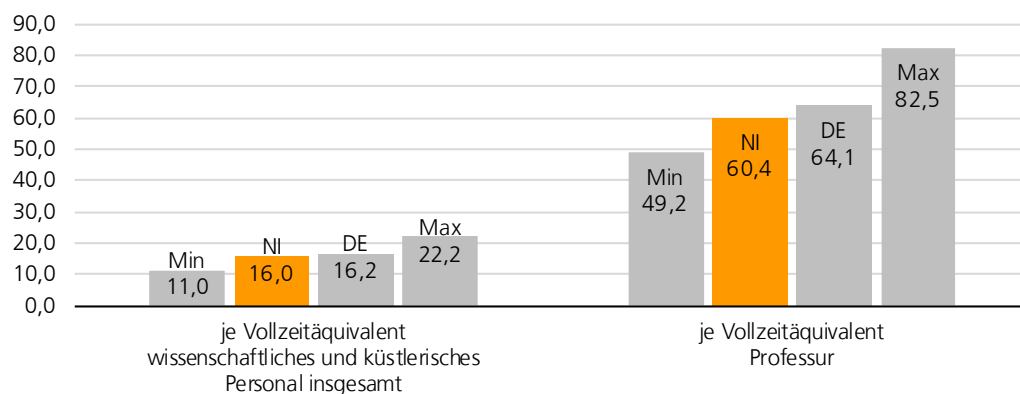
Studierende je VZÄ wissenschaftliches und künstlerisches Personal

T54

Etwas weniger Studierende je Betreuungsperson als im Bundesdurchschnitt

In Deutschland wurden 2019 durchschnittlich 64,1 Studierende von einer Professur betreut (Personal in Vollzeitäquivalenten). In Niedersachsen waren es mit 60,4 etwas weniger. Am höchsten war die Betreuungsrelation mit 82,5 Studierenden je Professur in Nordrhein-Westfalen, am niedrigsten mit 49,2 in Mecklenburg-Vorpommern. Auch bezogen auf das gesamte wissenschaftliche und künstlerische Personal (Betreuungspersonen in Vollzeitäquivalenten) an Hochschulen hatte Mecklenburg-Vorpommern den geringsten Wert (11,0); in Bremen war der Wert dagegen etwa doppelt so hoch (22,2). In Niedersachsen lag der rechnerische Wert mit 16,0 Studierenden je Betreuungsperson etwa im Bundesdurchschnitt (16,2). Betreuungsverhältnisse können als ein Gradmesser für die Qualität der akademischen Ausbildung gesehen werden. Allerdings werden diese auch von den Strukturen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen beeinflusst. So sind Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Kulturwissenschaften dagegen höher.

■ Anzahl der Studierenden je wissenschaftliches und künstlerisches Personal insgesamt sowie je Professur 2019 (Personalstellen in Vollzeitäquivalenten)



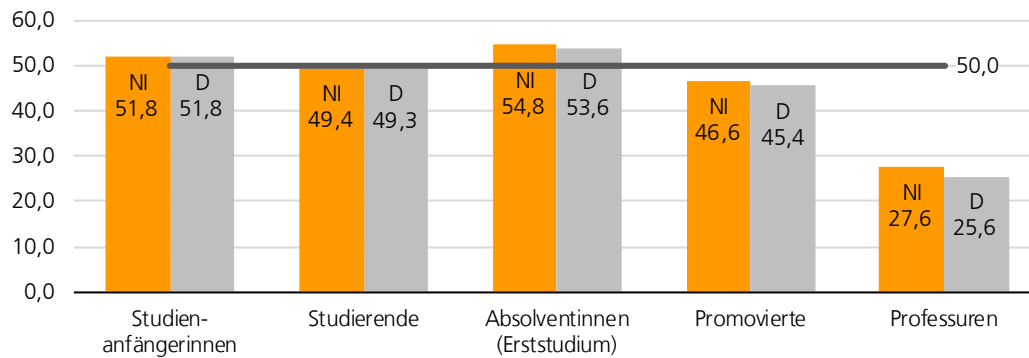
Studienanfängerinnen/ Studentinnen/Absolventinnen/Promotionen von Frauen/Professorinnen

T50, T51, T52, T53, T54

Geschlechterverhältnis: bei Studierenden ausgeglichen, Professorinnen unterrepräsentiert

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten ist sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2019 waren 51,8 % der Erstsemester an niedersächsischen Hochschulen weiblich, der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug 49,4 %. Der Anteil der Frauen an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, lag 2019 in allen Ländern über der 50-Prozent-Marke. In Niedersachsen betrug der Frauenanteil 54,8 % und bundesweit durchschnittlich 53,6 %. Gegenüber 2014 stieg der Frauenanteil in Niedersachsen um 2,2 Prozentpunkte (Deutschland: +2,4 Prozentpunkte). Im Ländervergleich variieren die Anteile in Abhängigkeit der dortigen Hochschullandschaft mit unterschiedlichem Fächerangebot etwas.

■ **Anteile der Frauen an Studienanfängerinnen/Studienanfängern, Studierenden, Absolventinnen/Absolventen, Promovierten und Professuren 2019 – Prozent –**



Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse sind Frauen noch unterrepräsentiert. Der Anteil der Promotionen, die 2019 in Niedersachsen von Frauen abgelegt wurden, betrug 46,6 % und lag damit über dem Bundesniveau (45,4 %). Nur in Sachsen-Anhalt (52,4 %) und Schleswig-Holstein (50,2 %) wurden mehr Promotionen von Frauen abgelegt als von Männern. Der Anteil der von Frauen besetzten Professuren lag 2019 in Niedersachsen mit 27,6 % über dem Bundesniveau (Deutschland: 25,6 %), jedoch noch weit unter der 50-Prozent-Marke. Ihr Anteil hat im Vergleich zu 2014 weiter zugenommen (Niedersachsen: +2,5 Prozentpunkte; Deutschland: +3,6 Prozentpunkte). Veränderungsprozesse nehmen in diesem Bereich jedoch mehr Zeit in Anspruch, u. a. aufgrund geringerer Fluktuationen. Im Ländervergleich war der Anteil von mit Frauen besetzten Professuren 2019 in Berlin mit 32,9 % am höchsten und im Saarland mit 21,1 % am niedrigsten.

Zweithöchste Ausgaben für Hochschulen je studierender Person

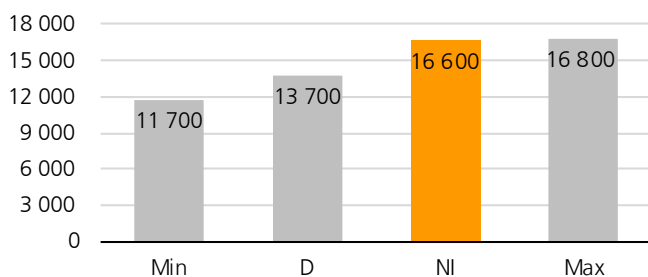
Ausgaben für Hochschulen

T55

Öffentliche Ausgaben für Hochschulen umfassen Ausgaben für Forschung und Lehre sowie für zusätzliche Dienstleistungen, wie z. B. Studierendenwerke (Grund- und Drittmittel). Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) der Hochschulen stellen die Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung (z. B. Personal- und laufende Sachausgaben). Die laufenden Ausgaben enthalten keine Investitionsausgaben. Drittmittel werden zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben – zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre.

Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen beliefen sich im Jahr 2017 in Niedersachsen auf etwa 3,5 Mrd. Euro. Sowohl kurzfristig (2017/2016: +5,5 %) als auch mittelfristig (2017/2012: +20,8 %) stiegen die Ausgaben in Niedersachsen (Deutschland: +3,6 % bzw. +18,0 %).

■ **Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden 2017 – Euro –**



Auch in Relation zur Zahl der Studierenden (einschließlich Promovierende) stiegen die durchschnittlichen Ausgaben (Grund- und Drittmittel) je Studierenden in Niedersachsen 2017 kurzfristig gegenüber 2016 um 500 Euro. Mittelfristig gegenüber 2012 (17 000 Euro) gingen sie jedoch zurück auf 16 600 Euro im Jahr 2017. Niedersachsen tätigte damit 2017 im Ländervergleich nach Sachsen (16 800 Euro) die zweithöchsten Ausgaben je Studierenden. Bundesweit betragen die Ausgaben je Studierenden 13 700 Euro. Werden nur die Grundmittel der Hochschulen für Lehre und Forschung betrachtet, hatte Niedersachsen mit

9 904 Euro die höchsten Ausgaben je Studierenden und wendete damit mehr als doppelt so hohe Mittel auf wie Bremen mit 4 693 Euro (Deutschland: 7 285 Euro).

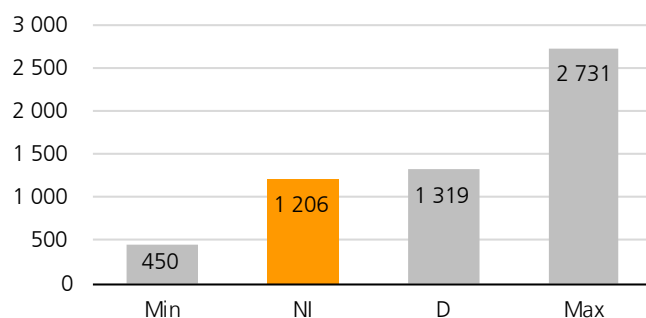
Ausgaben für FuE T56

Ausgaben für Forschung und Entwicklung pro Kopf gestiegen

Ausgaben für Forschung und Entwicklung leisten einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Ausgaben stellt eine Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft dar. Die FuE-Ausgaben umfassen Ausgaben des Staates, privater Institutionen ohne Erwerbszweck, der Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) sowie der Wirtschaft.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) betragen im Jahr 2019 in Niedersachsen gut 9,6 Mrd. Euro. Im mittelfristigen Vergleich zu 2014 stiegen die Ausgaben deutlich um 30,9 % (Deutschland: 30,0 %). Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner lagen in Niedersachsen mit 1 206 Euro etwas unter dem Bundesdurchschnitt (1 319 Euro). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Pro-Kopf-Ausgaben in Niedersachsen um 38 Euro gestiegen. Dabei verzeichneten alle Länder Zuwächse. Wie in den Vorjahren tätigte Baden-Württemberg die größten Ausgaben pro Kopf (2 731 Euro), mit größerem Abstand gefolgt von Bayern (1 657 Euro). Dagegen betragen die Pro-Kopf-Ausgaben in 4 Ländern mit unter 600 Euro weniger als die Hälfte des bundesweiten Durchschnitts.

■ Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einwohnerin und Einwohner 2019 – Euro –

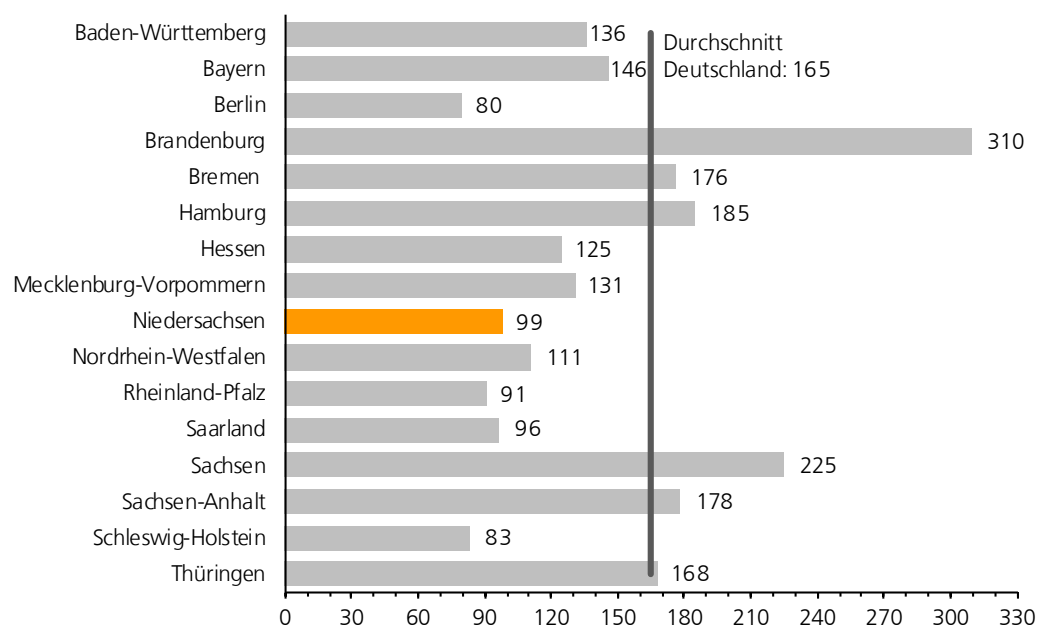


Ausgaben für Kultur T57

Öffentliche Ausgaben für Kultur deutlich unter Bundesdurchschnitt

Die Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen (Grundmittel) beliefen sich im Jahr 2017 in Niedersachsen auf rund 785 Mio. Euro. Dies entsprach rund

■ Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohnerin und Einwohner 2017 – Euro –



99 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Im Bundesdurchschnitt wurden rund 165 Euro pro Kopf verausgabt, wobei in diesem Wert zusätzlich auch die Ausgaben des Bundes mit enthalten sind. Niedriger als in Niedersachsen waren die Pro-Kopf-Ausgaben in 4 Ländern. Überdurchschnittlich hoch waren die Pro-Kopf-Ausgaben in 4 ostdeutschen Ländern sowie in Hamburg und Bremen. Typischerweise beeinflussen kulturelle Angebote mit überregionaler Strahlkraft die Ausgaben. So besuchen viele Niedersachsen auch kulturelle Veranstaltungen in Hamburg oder Bremen.

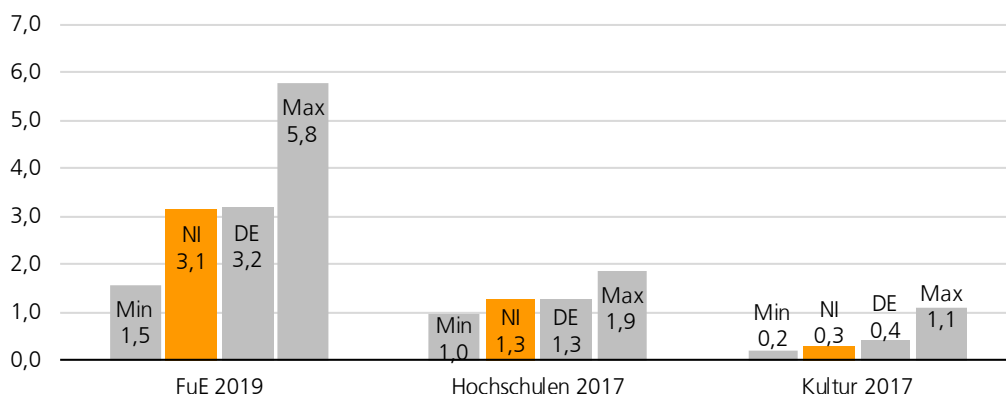
Die öffentlichen Ausgaben für Kultur stiegen 2017 gegenüber 2016 sowohl in Niedersachsen (+6,1 %) als auch in allen anderen Ländern, mit Ausnahme Hamburgs (-28,8 %). Insbesondere ist der Rückgang „ebenso wie die stärkeren Schwankungen von Hamburgs Kulturausgaben in den Vorjahren auf Investitionszahlungen in Zusammenhang mit dem Bau der Elbphilharmonie zurückzuführen“ (siehe Kulturfinanzbericht 2020).

Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung, für Hochschulen und für Kultur durchschnittlich

Quotienten
Ausgaben/BIP: FuE,
Hochschulen, Kultur
T55, T56, T57

In der 2021 zuletzt weiterentwickelten deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Ziel formuliert, dass die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am BIP (FuE-Quote) ab 2025 jährlich mindestens 3,5 % betragen sollen. Für Niedersachsen betrug die FuE-Quote 3,1 % im Jahr 2019 und lag damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt (3,2 %) und gleichzeitig noch unter dem Niveau des formulierten Ziels für 2025. Auch für Hochschulen (1,3 %) sowie für Kultur und kulturnahe Bereiche (0,3 %) wurden 2017 in Niedersachsen gemessen am BIP ähnlich hohe Ausgaben getätigt wie im Bundesdurchschnitt (1,3 % bzw. 0,4 %).

■ Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung (FuE) 2019 sowie für Hochschulen 2017 und für Kultur 2017 – Prozent –



Informationen:

Studierende, Absolventinnen/Absolventen, Promotionen, Professuren:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.1)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Prüfungen an Hochschulen \(u. a. Promotionen\)](#) (Fachserie 11 Reihe 4.2)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Hochschulstatistik (310) und Hochschulpersonal (310)

Ausgaben für Hochschulen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.2)

Ausgaben für Forschung und Entwicklung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Forschung und Entwicklung](#)

Ausgaben für Kultur:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Kulturfinanzbericht](#)

Autorin: Rita Skorka

Tabellen Wissenschaft und Kultur

50. Studienanfängerinnen und Studienanfänger nach Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsesemester ¹⁾			Frauenanteil	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2014	2018	2019		2019	2014	2018	2019	2019/2014
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	75 136	74 138	73 519	50,2	60,3	57,8	58,5	-1,8	+0,7
Bayern	72 320	77 404	75 845	51,7	51,1	53,5	53,4	+2,3	-0,1
Berlin	32 670	36 496	36 332	52,7	93,4	99,9	99,6	+6,2	-0,3
Brandenburg	8 224	8 433	8 393	52,8	46,7	43,1	42,5	-4,2	-0,6
Bremen	6 888	6 721	7 132	51,3	90,4	83,6	89,0	-1,4	+5,4
Hamburg	16 455	17 881	18 676	53,5	83,9	87,0	90,7	+6,8	+3,7
Hessen ³⁾	42 208	44 911	43 246	52,3	63,4	64,4	62,8	-0,6	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	6 264	6 925	6 902	52,7	52,0	52,4	51,4	-0,6	-1,0
Niedersachsen	37 938	36 319	36 103	51,8	43,3	39,9	40,1	-3,2	+0,2
Nordrhein-Westfalen	127 605	121 799	119 212	51,7	63,5	60,0	59,6	-3,9	-0,4
Rheinland-Pfalz	22 906	23 058	21 960	54,3	50,7	50,8	49,1	-1,6	-1,7
Saarland	5 678	6 176	6 329	49,8	53,5	60,2	63,3	+9,8	+3,1
Sachsen	21 395	20 275	19 804	49,6	71,1	59,8	57,2	-13,9	-2,6
Sachsen-Anhalt	9 336	10 049	9 526	50,1	55,5	55,9	52,8	-2,7	-3,1
Schleswig-Holstein	10 232	11 556	11 117	50,1	33,4	36,3	35,3	+1,9	-1,0
Thüringen	9 627	9 856	14 593	56,3	60,3	56,4	81,4	+21,1	+25,0
Deutschland	504 882	511 997	508 689	51,8	58,3	57,3	57,6	-0,7	+0,3
Westdeutschland	417 366	419 963	413 139	51,7	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]
Ostdeutschland	87 516	92 034	95 550	52,4	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]

1) Jeweiliges Studienjahr: Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. Quotensummenverfahren).

3) Hessen 1,5facher Abiturjahrgang 2014.

51. Studierende sowie Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Frauenanteil	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden	
	2014	2018	2019		2019	2014	2018	2019	2019/2014
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	356 539	359 824	358 927	48,5	9,4	10,4	10,2	+0,8	-0,2
Bayern	368 258	392 297	394 144	49,8	8,0	10,9	11,7	+3,7	+0,8
Berlin	171 263	192 129	195 799	50,7	13,9	17,4	18,3	+4,4	+0,9
Brandenburg	49 762	49 551	49 621	51,5	11,8	14,2	14,9	+3,1	+0,7
Bremen	35 627	37 440	37 562	49,6	10,7	12,6	13,7	+3,0	+1,1
Hamburg	96 286	109 843	110 220	51,2	7,9	9,3	9,7	+1,8	+0,4
Hessen	238 221	262 362	264 635	48,8	8,5	9,5	10,0	+1,5	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	38 935	38 347	38 393	50,2	5,5	9,1	9,4	+3,8	+0,3
Niedersachsen	191 215	210 114	210 224	49,4	7,1	9,1	9,8	+2,7	+0,7
Nordrhein-Westfalen	725 885	783 208	775 836	48,2	7,4	8,8	9,3	+1,9	+0,5
Rheinland-Pfalz	122 676	123 993	123 200	52,0	6,9	9,4	10,2	+3,3	+0,8
Saarland	29 544	31 455	31 329	49,5	11,6	12,1	12,8	+1,2	+0,7
Sachsen	112 574	108 858	107 029	47,5	12,5	15,1	15,8	+3,4	+0,7
Sachsen-Anhalt	54 989	54 914	54 406	49,5	10,3	12,5	13,9	+3,6	+1,4
Schleswig-Holstein	56 221	64 377	65 112	48,9	5,8	6,4	6,6	+0,7	+0,2
Thüringen	50 915	49 510	74 612	54,9	10,3	14,3	13,2	+2,9	-1,1
Deutschland	2 698 910	2 868 222	2 891 049	49,3	8,7	10,5	11,1	+2,4	+0,5
Westdeutschland	2 220 472	2 374 913	2 371 189	49,1	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]
Ostdeutschland	478 438	493 309	519 860	50,6	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]

52. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventen/-innen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Darunter Frauen				Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen insgesamt	
	2014	2018	2019	2014	2019	Anteil		2019/2014	2019/2018
						2014	2019		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	51 923	50 956	56 445	25 040	29 595	48,2	52,4	+8,7	+10,8
Bayern	50 289	47 882	47 183	25 883	24 775	51,5	52,5	-6,2	-1,5
Berlin	17 953	17 073	17 689	9 399	9 734	52,4	55,0	-1,5	+3,6
Brandenburg	5 882	4 715	4 616	3 126	2 564	53,1	55,5	-21,5	-2,1
Bremen	4 110	3 971	4 304	2 106	2 293	51,2	53,3	+4,7	+8,4
Hamburg	10 345	10 104	10 179	5 450	5 495	52,7	54,0	-1,6	+0,7
Hessen	25 473	26 110	26 887	13 100	14 520	51,4	54,0	+5,6	+3,0
Mecklenburg-Vorpommern	4 300	3 934	4 090	2 272	2 310	52,8	56,5	-4,9	+4,0
Niedersachsen	22 227	23 777	24 389	11 702	13 365	52,6	54,8	+9,7	+2,6
Nordrhein-Westfalen	66 313	67 657	67 391	34 089	36 297	51,4	53,9	+1,6	-0,4
Rheinland-Pfalz	16 064	13 628	13 349	8 839	7 284	55,0	54,6	-16,9	-2,0
Saarland	3 617	2 931	4 231	1 907	2 237	52,7	52,9	+17,0	+44,4
Sachsen	14 670	12 980	12 651	7 030	6 376	47,9	50,4	-13,8	-2,5
Sachsen-Anhalt	6 681	5 144	5 172	3 478	3 002	52,1	58,0	-22,6	+0,5
Schleswig-Holstein	7 052	6 369	6 393	3 489	3 385	49,5	52,9	-9,3	+0,4
Thüringen	6 897	5 924	5 778	3 751	3 212	54,4	55,6	-16,2	-2,5
Deutschland	313 796	303 155	310 747	160 661	166 444	51,2	53,6	-1,0	+2,5
Westdeutschland	257 413	253 385	260 751	131 605	139 246	51,1	53,4	+1,3	+2,9
Ostdeutschland	56 383	49 770	49 996	29 056	27 198	51,5	54,4	-11,3	+0,5

1) Ohne Masterabsolventinnen und -absolventen.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

53. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
	2014	2018	2019	2014	2019	Anteil		2019/2014	2019/2018
						2014	2019		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	4 286	4 351	4 686	1 941	2 023	45,3	43,2	+9,3	+7,7
Bayern	4 598	4 731	4 585	2 091	2 041	45,5	44,5	-0,3	-3,1
Berlin	2 301	2 202	2 095	1 098	1 035	47,7	49,4	-9,0	-4,9
Brandenburg	435	379	407	171	186	39,3	45,7	-6,4	+7,4
Bremen	392	391	315	174	153	44,4	48,6	-19,6	-19,4
Hamburg	1 024	982	1 044	513	501	50,1	48,0	+2,0	+6,3
Hessen	2 255	2 358	2 206	1 048	1 006	46,5	45,6	-2,2	-6,4
Mecklenburg-Vorpommern	528	485	520	269	242	50,9	46,5	-1,5	+7,2
Niedersachsen	2 289	2 122	2 240	1 062	1 043	46,4	46,6	-2,1	+5,6
Nordrhein-Westfalen	5 284	5 448	5 811	2 173	2 563	41,1	44,1	+10,0	+6,7
Rheinland-Pfalz	1 118	930	1 016	544	463	48,7	45,6	-9,1	+9,2
Saarland	283	271	285	105	129	37,1	45,3	+0,7	+5,2
Sachsen	1 456	1 489	1 636	671	737	46,1	45,0	+12,4	+9,9
Sachsen-Anhalt	549	520	594	257	311	46,8	52,4	+8,2	+14,2
Schleswig-Holstein	636	452	550	331	276	52,0	50,2	-13,5	+21,7
Thüringen	713	727	700	350	329	49,1	47,0	-1,8	-3,7
Deutschland	28 147	27 838	28 690	12 798	13 038	45,5	45,4	+1,9	+3,1
Westdeutschland	22 165	22 036	22 738	9 982	10 198	45,0	44,9	+2,6	+3,2
Ostdeutschland	5 982	5 802	5 952	2 816	2 840	47,1	47,7	-0,5	+2,6

54. Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen – Professuren

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Frauenanteil an Professuren insgesamt		Studierende je VZÄ wissenschaftliches und künstlerisches Personal ²⁾		Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
	2014	2018	2019	2014	2019	insgesamt	je Professur	2019/2014	2019/2018
Baden-Württemberg	7 156	7 584	7 546	19,2	22,7	12,7	50,5	+5,4	-0,5
Bayern	6 666	6 884	7 051	18,1	21,7	14,1	59,0	+5,8	+2,4
Berlin	3 250	3 621	3 731	31,4	32,9	17,3	58,9	+14,8	+3,0
Brandenburg	895	917	926	24,1	29,6	18,0	58,7	+3,5	+1,0
Bremen	679	681	697	25,5	28,3	22,2	58,9	+2,7	+2,3
Hamburg	1 562	1 702	1 732	27,5	30,0	16,2	68,9	+10,9	+1,8
Hessen	3 556	3 770	3 799	23,8	27,0	20,9	75,3	+6,8	+0,8
Mecklenburg-Vorpommern	793	819	805	18,5	22,5	11,0	49,2	+1,5	-1,7
Niedersachsen	3 627	3 706	3 730	25,1	27,6	16,0	60,4	+2,8	+0,6
Nordrhein-Westfalen	9 423	10 221	10 223	22,8	27,1	20,1	82,5	+8,5	+0,0
Rheinland-Pfalz	2 031	2 136	2 159	20,6	23,8	17,5	61,3	+6,3	+1,1
Saarland	499	504	507	19,6	21,1	12,7	64,9	+1,6	+0,6
Sachsen	2 339	2 264	2 261	20,1	23,1	11,8	50,7	-3,3	-0,1
Sachsen-Anhalt	1 080	1 012	1 026	19,2	23,4	11,9	55,3	-5,0	+1,4
Schleswig-Holstein	1 031	1 098	1 123	18,3	22,9	13,8	60,1	+8,9	+2,3
Thüringen	1 162	1 192	1 231	18,0	24,4	17,3	68,6	+5,9	+3,3
Deutschland	45 749	48 111	48 547	22,0	25,6	16,2	64,1	+6,1	+0,9
Westdeutschland	36 230	38 286	38 567	21,5	25,1	16,5	65,9	+6,5	+0,7
Ostdeutschland	9 519	9 825	9 980	23,8	27,5	14,6	56,9	+4,8	+1,6

1) Professuren an Hochschulen insgesamt: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen.

2) Wissenschaftliches und künstlerisches Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal); Berechnung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) anhand der Angaben zum tatsächlichen Arbeitszeitanteil des hauptberuflichen Personals.

55. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ¹⁾			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ²⁾				Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Quotient Ausgaben für Hochschulen / BIP ⁵⁾ 2017
	2012	2016	2017	Grund- und Drittmittel ³⁾		darunter Grundmittel ⁴⁾	2017/2012	2017/2016		
				2012	2016				2017	
	Mio. €			€				%		
Baden-Württemberg	5 106	5 556	5 705	14 900	14 200	14 600	8 227	+11,7	+2,7	1,2
Bayern	5 087	5 766	6 039	14 500	14 300	14 900	8 538	+18,7	+4,7	1,0
Berlin	2 079	2 559	2 505	13 100	14 100	13 500	6 519	+20,5	-2,1	1,9
Brandenburg	602	651	701	11 100	12 500	13 400	8 279	+16,4	+7,7	1,0
Bremen	494	523	534	14 500	14 800	14 700	4 693	+8,1	+2,1	1,7
Hamburg	1 150	1 354	1 392	13 700	14 500	14 400	6 765	+21,0	+2,8	1,3
Hessen	2 914	3 163	3 152	13 200	12 100	11 700	6 319	+8,2	-0,3	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	582	574	585	14 300	15 100	15 500	9 007	+0,5	+1,8	1,4
Niedersachsen	2 934	3 359	3 544	17 000	16 100	16 600	9 904	+20,8	+5,5	1,3
Nordrhein-Westfalen	7 061	8 524	8 926	12 000	11 600	11 900	5 634	+26,4	+4,7	1,4
Rheinland-Pfalz	1 302	1 530	1 614	10 600	12 200	12 800	7 108	+24,0	+5,5	1,2
Saarland	395	427	444	14 100	12 300	12 700	7 245	+12,5	+4,0	1,3
Sachsen	1 690	1 888	2 025	13 600	15 300	16 800	8 624	+19,8	+7,2	1,7
Sachsen-Anhalt	716	772	796	12 500	13 400	13 900	9 160	+11,2	+3,1	1,3
Schleswig-Holstein	711	819	840	12 000	12 800	12 900	8 094	+18,1	+2,5	1,0
Thüringen	808	840	884	13 500	15 200	16 300	9 492	+9,3	+5,2	1,5
Deutschland	33 632	38 304	39 685	13 500	13 400	13 700	7 285	+18,0	+3,6	1,3
Westdeutschland	27 153	31 020	32 190	13 600	13 200	13 500	7 144	+18,5	+3,8	1,2
Ostdeutschland	6 478	7 284	7 496	13 100	14 300	14 700	7 968	+15,7	+2,9	1,6

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z. B. Studierendenwerke) insgesamt (Grund- und Drittmittel).

2) Ausgaben in einem Land (nicht des Landes) für alle Abschlusslevel im Hochschulbereich, das sind die Level 5-8 nach ISCED-2011 (bzw. 2011 die Level 5a/6 nach ISCED-1997).

3) Ausgaben gerundet auf volle 100 Euro (Internationale Kennzahlen).

4) Laufende Ausgaben (Grundmittel), die den Hochschulen im Berichtsjahr von ihrem jeweiligen Träger für Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt wurden, je im Wintersemester in einem Fachstudium immatrikulierten Studierenden, ohne Beurlaubte, Studienkollegiaten und Gasthörer (Nationale Kennzahlen).

5) Bruttoinlandsprodukt in aktuellen Preisen, Stand Februar 2021.

56. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Ausgaben für Forschung und Entwicklung ¹⁾			Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben für FuE		Quotient Ausgaben für FuE / BIP ²⁾ 2019
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019/2014	2019/2018	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	21 469	29 179	30 275	2 012	2 640	2 731	+41,0	+3,8	5,8
Bayern	16 701	19 689	21 706	1 322	1 510	1 657	+30,0	+10,2	3,4
Berlin	4 281	5 111	5 237	1 244	1 410	1 434	+22,3	+2,5	3,3
Brandenburg	1 006	1 220	1 358	410	487	540	+35,1	+11,3	1,8
Bremen	852	947	1 006	1 295	1 391	1 473	+18,0	+6,2	3,0
Hamburg	2 453	2 635	2 699	1 403	1 437	1 464	+10,0	+2,4	2,2
Hessen	7 314	8 622	9 131	1 206	1 379	1 455	+24,8	+5,9	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	732	810	846	458	503	526	+15,5	+4,4	1,8
Niedersachsen	7 363	9 316	9 636	942	1 168	1 206	+30,9	+3,4	3,1
Nordrhein-Westfalen	12 555	15 189	15 528	714	848	866	+23,7	+2,2	2,2
Rheinland-Pfalz	2 759	3 680	3 831	690	902	937	+38,8	+4,1	2,6
Saarland	472	624	674	477	629	682	+42,7	+8,0	1,9
Sachsen	2 891	3 595	3 864	715	882	949	+33,6	+7,5	3,0
Sachsen-Anhalt	816	980	990	365	443	450	+21,3	+1,0	1,5
Schleswig-Holstein	1 287	1 556	1 657	456	538	571	+28,8	+6,5	1,7
Thüringen	1 195	1 424	1 489	554	664	697	+24,6	+4,6	2,4
Deutschland³⁾	84 246	104 669	109 544	1 041	1 263	1 319	+30,0	+4,7	3,2
Westdeutschland	73 225	91 437	96 143	1 127	1 371	1 437	+31,3	+5,1	3,3
Ostdeutschland	10 922	13 140	13 784	686	812	851	+26,2	+4,9	2,6

1) Interne Ausgaben der Sektoren Staat und private Institutionen ohne Erwerbszweck sowie Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) und Wirtschaft.

2) Bruttoinlandsprodukt in aktuellen Preisen, Stand Februar 2021.

3) Einschließlich nicht auf die Länder aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

57. Öffentliche Ausgaben für Kultur – Grundmittel –

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ¹⁾			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in			Veränderung der öffentlichen Ausgaben		Quotient Ausgaben für Kultur/BIP 2017
	2012	2016 ²⁾	2017 ²⁾	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 298	1 450	1 497	123	133	136	+15,4	+3,3	0,3
Bayern	1 448	1 733	1 898	116	135	146	+31,1	+9,5	0,3
Berlin	626	719	774	81	76	80	+6,2	+6,6	0,2
Brandenburg	270	269	287	255	289	310	+23,6	+7,6	1,1
Bremen	116	118	120	177	174	176	+3,3	+1,5	0,4
Hamburg	300	473	337	174	263	185	+12,2	-28,8	0,3
Hessen	739	765	778	123	124	125	+5,3	+1,8	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	196	188	211	122	117	131	+8,0	+12,2	0,5
Niedersachsen	711	740	785	91	93	99	+10,4	+6,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 737	1 877	1 984	99	105	111	+14,3	+5,7	0,3
Rheinland-Pfalz	336	356	369	84	88	91	+9,9	+3,8	0,3
Saarland	72	87	96	73	87	96	+32,4	+10,0	0,3
Sachsen	712	888	918	176	218	225	+28,9	+3,4	0,8
Sachsen-Anhalt	340	356	398	150	159	178	+17,1	+11,6	0,7
Schleswig-Holstein	207	228	240	74	79	83	+16,0	+5,3	0,3
Thüringen	333	353	361	153	164	168	+8,5	+2,3	0,6
Deutschland³⁾	11 720	12 846	13 649	146	156	165	+16,5	+6,3	0,4
Westdeutschland	6 964	7 827	8 105	108	118	122	+16,4	+3,6	0,3
Ostdeutschland	2 478	2 775	2 950	156	172	183	+19,1	+6,3	0,6

1) Revidierte Zeitreihe, Daten weichen daher von den Angaben früherer Kulturfinanzberichte ab. Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

2) Vorläufige IST-Werte, Stand Dezember 2020.

3) Summe der Grundmittel der Länder plus Bundesmittel in Höhe von 2 279 Mio. Euro im Jahr 2012, 2 244 Mio. Euro im Jahr 2016 und 2 594 Mio. Euro im Jahr 2017.

Umwelt und Energie

Haushaltsabfälle T59

Aufkommen an Haushaltsabfällen gesunken – hohes Wertstoffaufkommen pro Kopf

Zum Haushaltsabfall gehören Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle sowie getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe), z. B. Verpackungen, Glas und Papier, Pappe und Karton.

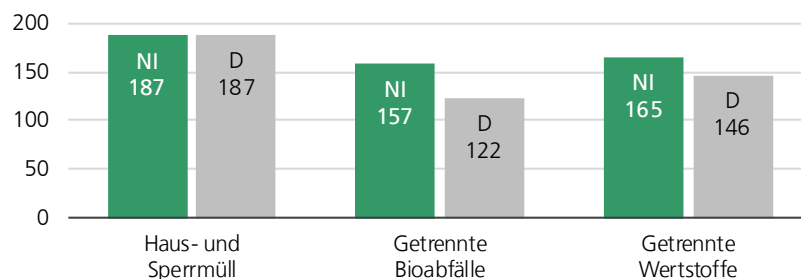
Das Haushaltsabfallaufkommen in Niedersachsen blieb 2019 mit 4,09 Mio. Tonnen im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Die eingesammelte Menge war rund 900 Tonnen niedriger als im Jahr 2018; im Vergleich zu 2013 (4,07 Mio. Tonnen) lag es 0,3 % höher. Im Bundesdurchschnitt stieg die Menge 2019 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % und gegenüber 2013 um 1,3 %.

Die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung ist bundesweit unterschiedlich gut ausgebaut und verschieden über Holsysteme und Sammelstellen organisiert. Aus diesem Grund gibt es zum Teil große Unterschiede bei dem erfassten Aufkommen an Haushaltsabfällen, die u. a. verschiedene Anteile hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle enthalten. Pro Kopf gerechnet lagen 186 kg zwischen dem Minimum in Sachsen (339 kg) und dem Maximum in Rheinland-Pfalz (525 kg). Niedersachsen erreichte mit 511 kg pro Kopf bundesweit die zweithöchste Menge (Deutschland: 457 kg).

Haushaltsabfälle – getrennte Wertstoffe pro Kopf T59

Ein wichtiger Grund für das hohe Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen ist die stark ausgeprägte Erfassung der Bioabfallaufkommen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, biologisch abbaubare Garten-, Park- und Friedhofsabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Aufkommen von 157 kg getrennter Bioabfälle (einschließlich Biotonne) lag Niedersachsen 2019 um 35 kg über dem Bundesdurchschnitt (122 kg) und im Ländervergleich an zweiter Position nach Rheinland-Pfalz (174 kg).

■ Aufkommen Haushaltsabfälle 2019 je Einwohnerin und Einwohner (31.12.) – Haus- und Sperrmüll, getrennte Bioabfälle, getrennte Wertstoffe – kg –



Bei den getrennt gesammelten Wertstoffen wie Altpapier, Altglas etc. überstieg das niedersächsische Pro-Kopf-Aufkommen 2019 mit durchschnittlich 165 kg ebenfalls den Bundesdurchschnitt von 146 kg.

Hingegen lag das Restabfallaufkommen in Niedersachsen (Haus- und Sperrmüll) mit 187 kg pro Kopf auf Bundesniveau (187 kg). Den höchsten Pro-Kopf-Wert unter den Ländern hatte hier Hamburg (256 kg), gefolgt von Berlin (236 kg) und Bremen (229 kg).

Primärenergieverbrauch: erneuerbare Energien T60

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch leicht gestiegen

Der Primärenergieverbrauch ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas, Windkraft, Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei der Umwandlung (z. B. in Kraftwerken, Raffinerien) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch 2018 in Niedersachsen bestand zu rund einem Fünftel (20,4 %) aus erneuerbaren Energieträgern. Deutschlandweit lag der entsprechende Anteil bei 13,7 %. Der Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energien betrug im Jahr 2018 in Niedersachsen knapp 76 400 Mio. kWh. Im Ländervergleich war dies der zweithöchste Wert nach Bayern (rd. 100 200 Mio. kWh) und vor Nordrhein-Westfalen (rd. 55 800 Mio. kWh).

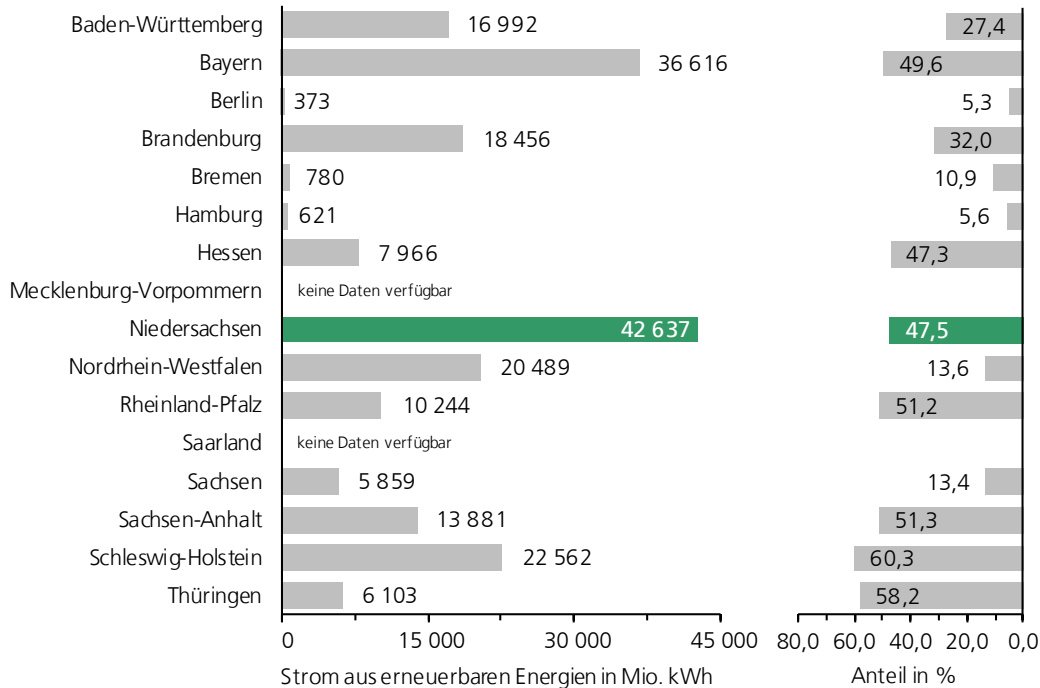
Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung weiter gestiegen

In Niedersachsen wurden 2018 insgesamt fast 89 900 Mio. kWh Strom erzeugt, darunter gut 42 600 Mio. kWh Strom aus erneuerbaren Energien (Windkraft, Biomasse, Photovoltaik, Wasserkraft). Damit erreichte Niedersachsen auch 2018 den bundesweiten Spitzenplatz bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, vor Bayern (rd. 36 600 kWh) und Schleswig-Holstein (rd. 22 600 kWh).

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung insgesamt stieg in Niedersachsen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte auf 47,5 % (Deutschland: 35,2 %).

Stromerzeugung:
erneuerbare Energien
T61

■ Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie Anteil an Stromerzeugung insg. 2018 – Mio. kWh bzw. Prozent –



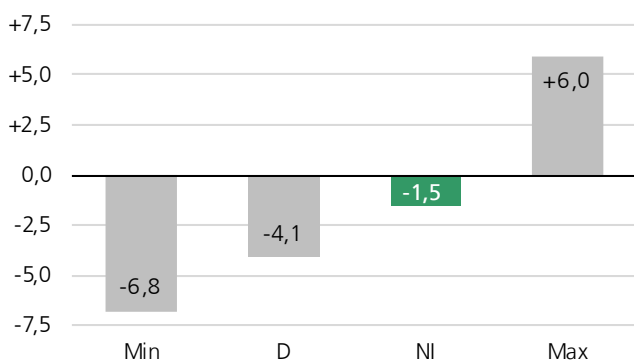
Energiebedingte CO₂-Emissionen weiter rückläufig

Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Die Höhe der Emissionen hängt unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

Energiebedingte
CO₂-Emissionen
T62

Die energiebedingten CO₂-Emissionen lagen im Jahr 2018 in Niedersachsen mit knapp 63,4 Mio. Tonnen um rund eine Million Tonnen bzw. 1,5 niedriger als im Jahr 2017 (Deutsch-

■ Veränderung der CO₂-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2018 gegenüber 2017* – Prozent –



*soweit Werte verfügbar

land: -4,1 %). Im Vergleich zu 2013 betrug die Emissionsminderung 3,3 %. Die energiebedingten CO₂-Emissionen 2018 sanken gegenüber dem Referenzjahr 1990 (Kyoto-Protokoll) um 17,5 %. Das rechnerische CO₂-Aufkommen je Einwohnerin und Einwohner 2018 verringerte sich um 0,2 Tonnen auf 7,9 Tonnen und lag unter dem Bundesdurchschnitt von 8,5 Tonnen je Einwohnerin und Einwohner.

Waldzustand

T63

Waldzustand: jeder vierte Baum geschädigt

Die Waldzustandserhebung nach dem Bundeswaldgesetz ist Teil des Umweltmonitorings. Die Daten der Länder für die Berichterstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL (Ergebnisse der Waldzustandserhebung) gewährleisten bundesweit abgestimmte Erhebungsmethoden und Auswertungansätze.

Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird unterschieden in vier Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind je nach Baumart in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat je nach Höhe Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Nach den Kriterien der Waldzustandserhebung hatten 2020 in Niedersachsen 23 % aller Waldbäume eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4), ein Rückgang gegenüber 2019 um 4 Prozentpunkte. Bundesweit nahm demgegenüber der Anteil der Bäume mit deutlicher Kronenverlichtung von 36 auf 37 % um einen Prozentpunkt zu. Im Ländervergleich war der Anteil von 23 % deutlich geschädigter oder abgestorbener Bäume in Niedersachsen der niedrigste in den Flächenländern. In 6 Flächenländern mit insgesamt 57 % der Waldfläche in Deutschland lag der Anteil über 40 %. Die höchsten Anteile deutlich geschädigter oder abgestorbener Waldbäume hatten Thüringen (55 %), Baden-Württemberg (46 %) und Rheinland-Pfalz (45 %).

Flächenverbrauch

T64

Flächenverbrauch weiterhin zu hoch

Die Umnutzung von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. In der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen (Juni 2017) wird angestrebt, den mittleren Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 4 Hektar (ha) pro Tag zu begrenzen. Bundesweit soll gemäß Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie (Weiterentwicklung 2021) der Flächenverbrauch bis dahin unter 30 ha pro Tag liegen.

Grundlage für die Ermittlung des Flächenverbrauchs ist die amtliche Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung. Seit dem 1.1.2016 basiert diese Statistik in allen Ländern auf dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®). Die 2011 begonnene Ablösung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) der Katasterverwaltungen als Datengrundlage wurde damit in allen Ländern abgeschlossen.

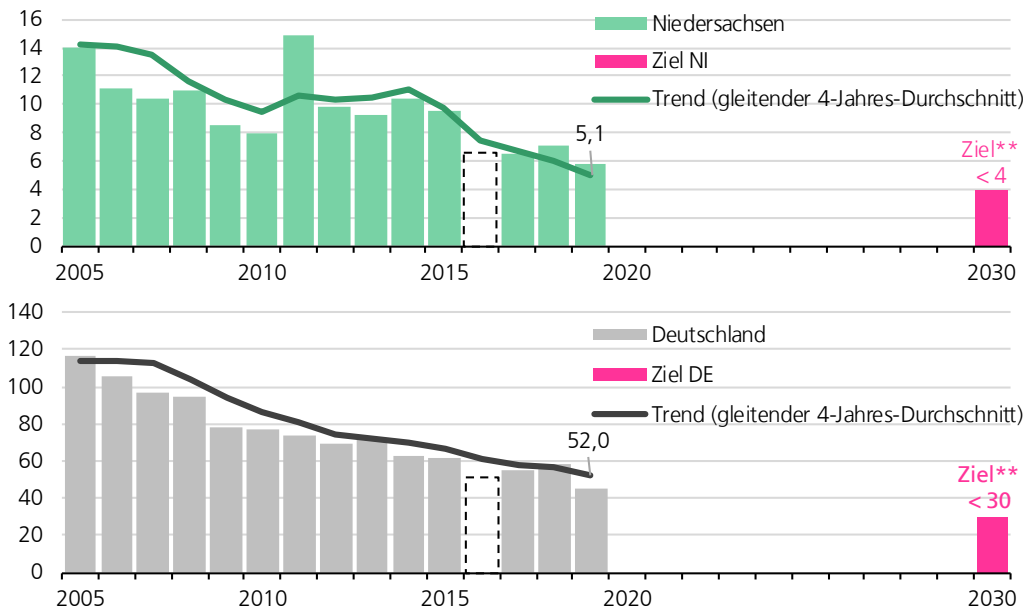
Mit der Umstellung vom ALB auf ALKIS® sind Änderungen verbunden, die sich auf die Flächenerhebung und damit auf die Berechnungsgrundlage des Indikators Flächenverbrauch auswirken. Die räumliche Zuordnung der Nutzungsarten erfolgte beim ALB über Flurstücke, beim ALKIS® werden hingegen überwiegend Luftbilder ausgewertet. Die neue ALKIS®-Systematik orientiert sich stärker an der realen Bodennutzung. Außerdem sind die Nutzungsarten im ALKIS® nicht identisch mit denen aus dem ALB. Die Vermessungsverwaltungen haben deshalb im Rahmen des Umstellungsprozesses Flächen neu zugeordnet. Diese Neuzuordnungen waren bis 2016 noch nicht in allen Ländern abgeschlossen und wurden auch 2017 bis 2019 weiter fortgesetzt.

Wegen der auf die Umstellung zurückzuführenden Effekte sind Zeitvergleiche und die exakte Berechnung von Veränderungen nur eingeschränkt möglich. Der tägliche Flächenverbrauch wird deshalb derzeit als gleitender Vierjahresdurchschnitt nachgewiesen. Auf Bundesebene wurden zusätzlich größere Neuzuordnungen weitestgehend herausgerechnet.

Ende 2019 wurden in Deutschland 14,0 % der gesamten Bodenfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. In Niedersachsen lag dieser Nutzungsanteil mit 14,1 % geringfügig über dem Bundeswert. Die niedersächsische Siedlungs- und Verkehrsfläche (6 734 km²) bestand ungefähr zu je einem Drittel aus Verkehrsfläche (37 %) und Wohnbaufläche (31 %) sowie sonstigen Siedlungsflächen, darunter fallen z. B. Industrie- und Gewerbeflächen, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder Gebäude- und Freiflächen der Land- und Forstwirtschaft (33 %).

Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2016 bis 2019 bei 5,1 ha pro Tag; bundesweit nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vierjahresdurchschnitt täglich um rund 52,0 ha zu. Damit war der Flächenbrauch weiterhin deutlich höher als die ab 2030 angestrebten Ziele von weniger als 4 ha pro Tag in Niedersachsen bzw. 30 ha pro Tag bundesweit.

Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche (Flächenverbrauch) Niedersachsen und Deutschland 2019 sowie Vorjahre* – Hektar pro Tag –



* Daten umstellung: Datenbasis ab Berichtsjahr 2016 ist das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®)
 ** Nachhaltigkeitsstrategie Niedersachsen, Juni 2017; Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Weiterentwicklung 2021

Im Vergleich 2019 gegenüber 2018 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Niedersachsen um 0,3 % zu. Der Anstieg entsprach damit dem Bundesdurchschnitt (+0,3 %). Auf weitere Aussagen zum Jahresvergleich wird hier verzichtet, da er nicht für alle Länder gleichermaßen aussagekräftig ist. In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsänderungen noch immer vor allem Neuzuordnungen der einzelnen Nutzungsarten den Zeitvergleich.

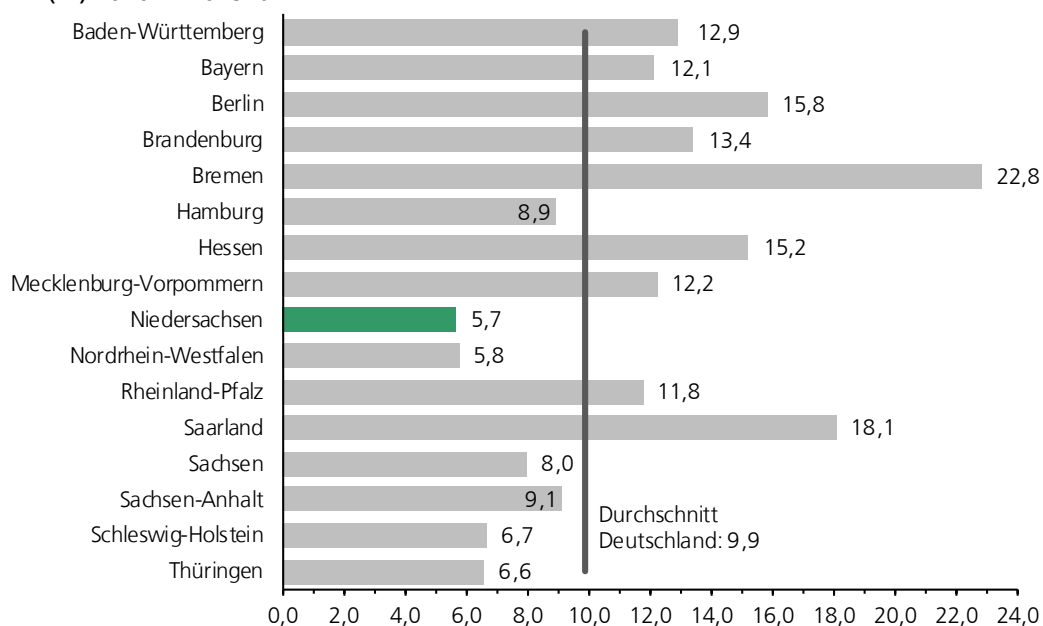
Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche gering

Die Fläche von Betrieben mit ökologischer Wirtschaftsweise stieg in Niedersachsen von etwa 90 500 ha im Jahr 2016 auf rund 145 600 ha im Jahr 2020 (+61,0 %). Damit wurden 2020 insgesamt 5,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Niedersachsen von Betrieben mit ökologischer Wirtschaftsweise bewirtschaftet. Im Vergleich der Länder war dies weiterhin der geringste Anteil, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 5,8 % der LF. Beide Länder sind geprägt von einer stark konventionell ausgerichteten Erzeugungsstruktur, hohen Viehdichten und überdurchschnittlich hohen Pachtpreisen. Hohe Anteile ökologisch bewirtschafteter Flächen waren aufgrund der guten Absatzmöglichkeiten in den Stadtstaaten Bremen (22,8 %) und Berlin (15,8 %) zu finden. Von den Flächenländern ragten das Saarland mit 18,1 % und Hessen mit 15,2 % ökologisch bewirtschafteter LF heraus. Bundesweit wurden 9,9 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Regelungen der EU-Öko-Verordnung oder weitergehenden Vorschriften (Demeter, Bioland etc.) bewirtschaftet.

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche stieg in allen Ländern: 2020 gegenüber 2016 war der Anstieg in den westdeutschen Ländern mit 2,8 Prozentpunkten in den letzten 4 Jahren etwas geringer als in den ostdeutschen Ländern mit 3,0 Prozentpunkten (Niedersachsen +2,2 Prozentpunkte).

Ökologischer Landbau
T65

■ Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 2020 – Prozent –



Nur im Stadtstaat Berlin haben alle ökologisch wirtschaftenden Betriebe ihre gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche und alle vorhandenen Viehbestände in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen. Ansonsten liegt der Anteil dieser Betriebe zwischen 98,9 % in Mecklenburg-Vorpommern und 82,9 % in Niedersachsen, der bundesweite Durchschnitt liegt bei 92,5 %. Die restlichen Betriebe mit ökologischem Landbau haben ihre Betriebe nur zu Teilen auf ökologische Produktion umgestellt und betreiben auch noch konventionellen Landbau oder konventionelle Viehhaltung.

Informationen:

- **Aufkommen an Haushaltsabfällen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Umwelt. Abfallentsorgung](#) (Fachserie 19 Reihe 1)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [GENESIS Online](#): Umwelt: Abfallwirtschaft, Statistiken 321 bzw. [Aufkommen an Haushaltsabfällen](#), Statistik 32121
- **Primärenergieverbrauch, Stromerzeugung, energiebedingte CO₂-Emissionen:** [Länder Arbeitskreis Energiebilanzen](#)
- **Umweltbundesamt: Treibhausgas-Emissionen:** [Trendtabellen Treibhausgase](#)
- **Niedersächsisches Ministerium für Umwelt:** [Niedersächsische Energie- und CO₂-Bilanzen](#)
- **Waldzustand:** Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): [Ergebnisse der Waldzustandserhebung](#)
- **Waldzustandsberichte** des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein
- **Flächenverbrauch:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei](#). Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung (Fachserie 3 Reihe 5.1)
- **LSN: Themenbereich Flächennutzung. Statistische Berichte:** Bodenflächen in Niedersachsen nach Art der tatsächlichen Nutzung
- **Ökologischer Landbau:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei](#). Betriebe mit ökologischem Landbau (Fachserie 3 Reihe 2.2.1)

Autoren: Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer

Tabellen Umwelt und Energie

58. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe ¹⁾ zum Letztverbrauch insgesamt		Darunter an Haushalte und Kleingewerbe ²⁾						
			Verbrauch		täglicher Pro-Kopf-Verbrauch der versorgten Einwohner/-innen			Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
	2010	2016	2010	2016	2010	2013	2016	2016/2010	2016/2013
	Mio. m ³				Liter			%	
Baden-Württemberg	564	582	453	476	115,3	116,4	118,8	+3,0	+2,0
Bayern	722	758	582	609	129,1	129,6	130,7	+1,2	+0,8
Berlin	193	206	142	152	112,9	113,8	117,2	+3,8	+3,0
Brandenburg	112	117	95	100	104,8	107,8	111,4	+6,4	+3,4
Bremen	37	38	30	31	122,2	120,6	121,0	-1,0	+0,4
Hamburg	103	108	96	101	134,4	137,8	139,9	+4,1	+1,5
Hessen	301	320	265	283	121,3	124,4	126,7	+4,5	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	85	89	64	63	106,3	104,5	107,5	+1,1	+2,9
Niedersachsen	461	479	363	367	126,3	126,4	126,9	+0,5	+0,4
Nordrhein-Westfalen	1 101	1 077	866	861	134,5	133,4	133,1	-1,1	-0,2
Rheinland-Pfalz	219	224	176	179	119,1	118,6	119,4	+0,2	+0,7
Saarland	53	52	42	42	112,1	113,6	114,8	+2,4	+1,1
Sachsen	187	199	127	134	84,2	86,3	90,1	+7,0	+4,4
Sachsen-Anhalt	106	110	78	79	90,9	92,6	96,8	+6,4	+4,5
Schleswig-Holstein	164	166	128	126	133,5	129,4	129,0	-3,4	-0,4
Thüringen	93	95	73	73	88,6	88,3	92,2	+4,1	+4,5
Deutschland	4 500	4 622	3 577	3 676	120,7	121,2	122,7	+1,6	+1,3
Westdeutschland	3 724	3 805	3 000	3 075	126,6	126,8	128,0	+1,1	+1,0
Ostdeutschland	776	817	577	601	97,2	98,5	102,6	+5,5	+4,2

1) Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Wasserversorgungsunternehmens.

2) Zum Kleingewerbe zählen z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen.

59. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾				Darunter			Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
					Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ²⁾	getrennte Wertstoffe		
	2014	2018	2019			2019/2014	2019/2018		
	1 000 Tonnen				kg je Einwohner/-in 31.12.			%	
Baden-Württemberg	4 799	4 869	4 930	444	139	140	164	+2,7	+1,3
Bayern	6 067	6 230	6 293	479	166	148	160	+3,7	+1,0
Berlin	1 335	1 358	1 380	376	236	32	107	+3,4	+1,6
Brandenburg	987	1 057	1 095	434	212	80	139	+10,9	+3,6
Bremen	289	289	293	430	229	82	117	+1,2	+1,4
Hamburg	794	788	784	424	256	50	117	-1,3	-0,5
Hessen	2 855	2 783	2 817	448	175	134	136	-1,3	+1,2
Mecklenburg-Vorpommern	701	704	723	450	228	89	132	+3,2	+2,7
Niedersachsen	4 075	4 087	4 086	511	187	157	165	+0,3	-0,0
Nordrhein-Westfalen	8 455	8 290	8 283	461	213	112	135	-2,0	-0,1
Rheinland-Pfalz	2 103	2 137	2 148	525	176	174	168	+2,1	+0,5
Saarland	490	473	470	476	191	127	158	-4,1	-0,7
Sachsen	1 309	1 362	1 380	339	150	63	124	+5,4	+1,3
Sachsen-Anhalt	1 033	994	1 003	457	195	118	140	-2,9	+0,8
Schleswig-Holstein	1 379	1 421	1 443	497	227	120	148	+4,6	+1,5
Thüringen	885	916	916	429	184	109	135	+3,4	-0,0
Deutschland	37 554	37 759	38 041	457	187	122	146	+1,3	+0,7
Westdeutschland	31 305	31 368	31 545	471	184	134	150	+0,8	+0,6
Ostdeutschland	6 249	6 392	6 496	401	198	75	127	+4,0	+1,6

1) Ohne Elektro-/Elektronikaltgeräte.

2) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

60. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2013	2017	2018	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	401 521	396 087	390 806	54 378	11,7	13,0	13,9	+2,3	+0,9
Bayern	556 334	540 547	508 551	100 156	15,4	18,5	19,7	+4,3	+1,2
Berlin	80 273	74 734	73 750	3 795	3,5	4,2	5,1	+1,6	+0,9
Brandenburg	184 291	187 645	193 937	37 596	17,8	19,9	19,4	+1,6	-0,5
Bremen	43 747	44 919	43 048	2 657	5,3	6,0	6,2	+0,9	+0,1
Hamburg	66 768	75 118	77 906	3 668	4,8	4,1	4,7	-0,1	+0,6
Hessen	238 707	243 400	239 669	26 512	8,3	9,9	11,1	+2,8	+1,2
Mecklenburg-Vorpommern	56 035	49 940	48 792	20 234	31,7	38,4	41,5	+9,8	+3,1
Niedersachsen	371 315	367 566	374 613	76 372	14,7	19,0	20,4	+5,7	+1,4
Nordrhein-Westfalen	1 165 124	1 100 909	1 035 773	55 767	4,3	5,1	5,4	+1,1	+0,3
Rheinland-Pfalz	181 872	182 571	178 619	23 580	10,3	12,9	13,2	+2,9	+0,3
Saarland	78 033	[g]	[g]	[g]	2,9	[g]	[g]	[g]	[g]
Sachsen	177 942	182 034	180 908	16 330	7,8	9,1	9,0	+1,3	-0,0
Sachsen-Anhalt	142 917	138 494	150 838	28 847	16,9	21,6	19,1	+2,2	-2,5
Schleswig-Holstein	123 247	106 285	119 946	34 057	15,8	29,9	28,4	+12,6	-1,5
Thüringen	68 420	67 698	66 166	15 640	21,3	26,3	23,6	+2,4	-2,7
Deutschland¹⁾	3 839 336	3 756 386	3 646 944	500 556	10,0	13,3	13,7	+3,7	+0,4
Westdeutschland	3 226 668	[g]	[g]	[g]	9,4	[g]	[g]	[x]	[x]
Ostdeutschland	709 877	700 545	714 391	122.441,7	14,9	17,7	17,1	+2,2	-0,6

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen) weichen aufgrund einer veränderten Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab. Quelle (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2021; sowie Saarland 2017: Agentur für Erneuerbare Energien; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

61. Stromerzeugung¹⁾ aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2013	2017	2018	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	61 605	60 444	62 116	16 992	23,9	27,1	27,4	+3,5	+0,2
Bayern	90 852	84 782	73 796	36 616	34,8	44,1	49,6	+14,8	+5,5
Berlin	8 215	7 835	7 030	373	3,4	4,9	5,3	+2,0	+0,4
Brandenburg	54 354	56 721	57 633	18 456	24,3	32,4	32,0	+7,7	-0,4
Bremen	7 793	8 763	7 134	780	9,7	9,2	10,9	+1,3	+1,8
Hamburg	2 443	10 938	11 111	621	15,3	4,8	5,6	-9,7	+0,8
Hessen	14 834	16 897	16 826	7 966	32,5	43,3	47,3	+14,8	+4,1
Mecklenburg-Vorpommern	11 162	15 834	[z]	[z]	61,1	71,9	[z]	[z]	[z]
Niedersachsen	70 035	86 802	89 847	42 637	34,6	45,6	47,5	+12,8	+1,9
Nordrhein-Westfalen	180 687	157 272	150 851	20 489	8,1	12,6	13,6	+5,5	+1,0
Rheinland-Pfalz	19 413	20 676	20 023	10 244	35,6	48,1	51,2	+15,6	+3,1
Saarland	11 930	7 180	[z]	[z]	7,3	19,2	[z]	[z]	[z]
Sachsen	42 738	43 591	43 730	5 859	11,1	13,6	13,4	+2,3	-0,2
Sachsen-Anhalt	23 014	26 801	27 041	13 881	44,8	53,3	51,3	+6,5	-2,0
Schleswig-Holstein	27 423	32 618	37 425	22 562	39,2	69,3	60,3	+21,1	-9,0
Thüringen	8 159	10 331	10 489	6 103	53,8	59,0	58,2	+4,4	-0,8
Deutschland	631 500	645 400	634 600	223 300	24,0	33,3	35,2	+11,2	+1,9
Westdeutschland	487 015	486 370	[z]	[z]	22,5	32,0	[z]	[z]	[z]
Ostdeutschland	147 643	161 113	[z]	[z]	26,9	35,0	[z]	[z]	[z]

1) Einschließlich Eigenverbrauch der Anlagen. Quelle (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2021; Statistische Landesämter Mecklenburg-Vorpommern und Saarland für 2017; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

62. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	1 000 Tonnen (Gigagramm)			Tonnen			%	
Baden-Württemberg	71 128	69 932	66 358	6,7	6,4	6,0	-6,7	-5,1
Bayern	79 246	78 592	77 537	6,3	6,1	5,9	-2,2	-1,3
Berlin	18 162	16 661	15 527	5,4	4,6	4,3	-14,5	-6,8
Brandenburg	57 282	55 797	57 156	23,4	22,3	22,8	-0,2	+2,4
Bremen	13 524	13 556	12 659	20,7	20,0	18,6	-6,4	-6,6
Hamburg	11 269	16 448	17 166	6,5	9,0	9,4	+52,3	+4,4
Hessen	48 699	49 603	48 253	8,1	8,0	7,7	-0,9	-2,7
Mecklenburg-Vorpommern	[g]	9 797	9 172	[g]	6,1	5,7	[g]	-6,4
Niedersachsen	65 556	64 371	63 382	8,4	8,1	7,9	-3,3	-1,5
Nordrhein-Westfalen	267 025	242 776	238 000	15,2	13,6	13,3	-10,9	-2,0
Rheinland-Pfalz	27 173	26 875	26 548	6,8	6,6	6,5	-2,3	-1,2
Saarland	23 000	[g]	[g]	23,2	[g]	[g]	[g]	[g]
Sachsen	51 138	51 558	50 879	12,7	12,6	12,5	-0,5	-1,3
Sachsen-Anhalt	26 999	25 383	26 894	12,0	11,4	12,1	-0,4	+6,0
Schleswig-Holstein	18 138	17 168	17 734	6,5	5,9	6,1	-2,2	+3,3
Thüringen	10 501	10 385	10 558	4,9	4,8	4,9	+0,5	+1,7
Deutschland²⁾	783 727	733 943	704 196	9,7	8,9	8,5	-10,1	-4,1
Westdeutschland	624 759	[g]	[g]	9,7	[g]	[g]	[g]	[g]
Ostdeutschland	[g]	169 580	170 186	[g]	10,5	10,5	[g]	+0,4

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) In Teilen abweichende Berechnungsmethodik der AG Energiebilanzen für Deutschland, daher weichen die Werte von der Summe der Länder ab.

Quelle (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2021; für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen

63. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 (Kronenverlichtung 26 bis 100 %) ¹⁾ an allen Baumarten			Nachrichtlich: Waldfläche	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4	
	2015	2019	2020		2020/2015	2020/2019
	%			km ²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	36	43	46	13 527	+10	+3
Bayern	24	35	43	24 923	+19	+8
Berlin	13	36	36	158	+23	[n]
Brandenburg	9	37	25	10 320	+16	-12
Bremen	[g]	[g]	15	5	[g]	[g]
Hamburg	[x]	[x]	[x]	42	[x]	[x]
Hessen	29	38	39	8 405	+10	+1
Mecklenburg-Vorpommern	14	33	25	4 945	+11	-8
Niedersachsen	16	27	23	10 310	+7	-4
Nordrhein-Westfalen	26	42	44	8 471	+18	+2
Rheinland-Pfalz	25	37	45	8 060	+20	+8
Saarland	30	39	41	856	+11	+2
Sachsen	17	30	35	4 955	+18	+5
Sachsen-Anhalt	18	28	28	4 576	+10	[n]
Schleswig-Holstein	19	30	26	1 626	+7	-4
Thüringen	31	53	55	5 409	+24	+2
Deutschland	24	36	37	106 588	+13	+1
Westdeutschland	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]
Ostdeutschland	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]	[g]

1) Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben (2-4: deutliche Kronenverlichtung).

Quellen: Anteile der Schadstufen: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung; Waldfläche: Statistisches Bundesamt (Destatis), Fachserie 3 Reihe 5.1

64. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12. ¹⁾			Anteil an Bodenfläche insgesamt	Flächen- verbrauch	Flächenverbrauch (Gleitender 4 Jahres- Durchschnitt) ²⁾	Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2014	2018	2019				2019	2016-2019
	km ²			%	ha pro Tag	km ²	%	
Baden-Württemberg	[x]	5 220	5 237	14,6	+4,8	+5,2	+17,5	+0,3
Bayern	[x]	8 512	8 552	12,1	+10,8	+10,6	+39,5	+0,5
Berlin	[x]	629	629	70,6	+0,1	+0,2	+0,2	+0,0
Brandenburg	[x]	2 818	2 820	9,5	+0,5	+1,4	+1,9	+0,1
Bremen	[x]	237	237	56,4	+0,0	+0,1	+0,2	+0,1
Hamburg	[x]	445	445	58,9	-0,1	-0,2	-0,2	-0,0
Hessen	[x]	3 366	3 375	16,0	+2,5	[x]	+9,0	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	[x]	1 940	1 938	8,3	-0,5	+2,5	-1,8	-0,1
Niedersachsen	[x]	6 713	6 734	14,1	+5,8	+5,1	+21,3	+0,3
Nordrhein-Westfalen	[x]	7 840	7 870	23,1	+8,1	[x]	+29,5	+0,4
Rheinland-Pfalz	[x]	2 848	2 857	14,4	+2,4	+1,4	+8,6	+0,3
Saarland	[x]	550	550	21,4	+0,2	+0,9	+0,7	+0,1
Sachsen	[x]	2 478	2 497	13,5	+5,1	[x]	+18,5	+0,7
Sachsen-Anhalt	[x]	2 256	2 262	11,1	+1,7	+1,0	+6,1	+0,3
Schleswig-Holstein	[x]	2 069	2 076	13,1	+1,8	+2,3	+6,4	+0,3
Thüringen	[x]	1 897	1 904	11,8	+1,9	[x]	+7,0	+0,4
Deutschland	[x]	49 819	49 983	14,0	+45,0	+52,0	+164,4	+0,3
Westdeutschland	[x]	37 800	37 932	15,3	+36,3	[x]	+132,4	+0,4
Ostdeutschland	[x]	12 019	12 051	11,1	+8,8	[x]	+32,0	+0,3

1) Ergebnisse der Flächenhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.); Werte nach Umstellung vom Automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB) auf das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS® erst ab 2016 für alle Länder verfügbar.

2) Die „tägliche Flächenneuinanspruchnahme“ wird als gleitender 4-Jahres-Mittelwert angegeben (dabei wurden bis 2015 Werte nach der Systematik des ALB verwendet). Für Deutschland insgesamt erfolgte die Berechnung mit methodisch bereinigten Werten der Siedlungs- und Verkehrsflächen durch das Statistische Bundesamt (Destatis).

3) Zwischen 2018 und 2019 erfolgten noch Neuvermessungen und Neuordnungen, die die zeitliche Vergleichbarkeit einschränken.

65. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) insgesamt			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2013	2016	2020	2013	2016	2020	2020/2013	2020/2016
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	124,0	138,5	182,1	8,7	9,8	12,9	+4,2	+3,2
Bayern	217,6	261,0	376,4	6,9	8,4	12,1	+5,2	+3,8
Berlin	0,3	0,3	0,3	15,0	15,6	15,8	+0,8	+0,2
Brandenburg	137,7	137,6	175,2	10,5	10,5	13,4	+2,9	+2,9
Bremen	1,0	1,4	1,8	11,8	17,7	22,8	+11,1	+5,2
Hamburg	1,0	1,2	1,3	6,9	8,1	8,9	+1,9	+0,7
Hessen	81,6	89,7	116,0	10,6	11,7	15,2	+4,6	+3,5
Mecklenburg-Vorpommern	120,4	126,3	164,3	9,0	9,4	12,2	+3,3	+2,9
Niedersachsen	79,5	90,5	145,6	3,1	3,5	5,7	+2,6	+2,2
Nordrhein-Westfalen	62,9	61,9	84,8	4,3	4,3	5,8	+1,5	+1,5
Rheinland-Pfalz	47,3	61,3	82,2	6,7	8,8	11,8	+5,1	+3,0
Saarland	9,3	11,8	13,4	11,9	15,1	18,1	+6,1	+2,9
Sachsen	35,3	42,3	71,6	3,9	4,7	8,0	+4,1	+3,3
Sachsen-Anhalt	53,4	60,1	106,1	4,6	5,1	9,1	+4,6	+4,0
Schleswig-Holstein	35,8	41,4	65,4	3,6	4,2	6,7	+3,0	+2,5
Thüringen	39,8	36,7	51,0	5,1	4,7	6,6	+1,5	+1,9
Deutschland	1 047,0	1 161,9	1 637,5	6,3	7,0	9,9	+3,6	+2,9
Westdeutschland	660,0	758,6	1 069,0	5,9	6,8	9,6	+3,7	+2,8
Ostdeutschland	386,9	403,3	568,4	7,0	7,3	10,4	+3,3	+3,0

1) Nachgewiesen wird die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

Soziales, Sicherheit

Armutsgefährdung 2019 höher als in den Vorjahren

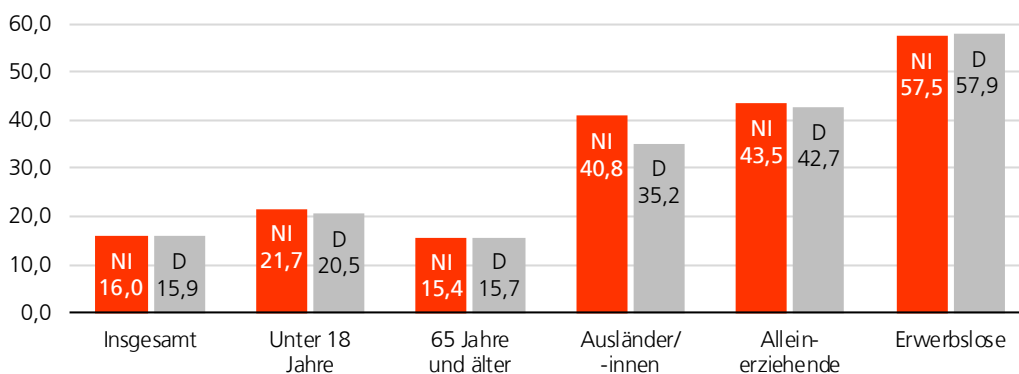
Armutsgefährdungsquote

T66

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2019 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1 049 Euro, für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2 203 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1 364 Euro.

In Niedersachsen lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2019 bei 16,0 %. Damit waren rund 1,26 Mio. Menschen betroffen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Quote um 1,0 Prozentpunkte an und bundesweit um 0,4 Prozentpunkte auf 15,9 %. Auch im mittelfristigen Vergleich gegenüber 2014 nahm die Quote in Niedersachsen (+0,7 Prozentpunkte) wie in fast allen Ländern zu, im Bundesdurchschnitt um 0,5 Prozentpunkte. Nur in 4 Ländern gingen die Quoten leicht zurück.

■ Armutsgefährdungsquoten 2019 insgesamt sowie nach Merkmalen – Prozent –



Zwar nahm in Niedersachsen bei fast allen Altersgruppen und Haushaltstypen die Armutsgefährdung 2019 im Vergleich zu 2018 zu, besonders deutlich zeigte sich der Anstieg jedoch bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Mit einem Anstieg um 2,4 Prozentpunkte auf 21,7 % waren 2019 anteilig so viele Minderjährige wie noch nie seit Berechnung der Zahlen (2005) von Armut bedroht (Deutschland: 20,5 %, +0,4 Prozentpunkte).

Die Armutsgefährdung im Alter (65 Jahre und älter) nahm in Niedersachsen 2019 gegenüber 2018 ebenfalls überdurchschnittlich um 1,2 Prozentpunkte zu (Deutschland: 1,0 Prozentpunkte). Unter den älteren Menschen waren 2019 somit 15,4 % armutsgefährdet. Auch die seit 2016 gesunkene Quote bei Alleinerziehendenhaushalten mit unter 18-jährigen Kindern stieg 2019 in Niedersachsen wieder deutlich an – um 4,8 Prozentpunkte auf 43,5 % (Deutschland: 42,7 %, +1,2 Prozentpunkte).

Weniger Personen in SGB II-Haushalten

Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

T67

Auch im Corona-Jahr 2020 ging die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Haushalte mit Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) in Niedersachsen im Dezember verglichen mit dem Vorjahresmonat leicht um 0,1 % auf knapp 547 900 zurück. In 9 anderen Ländern stieg die Zahl dagegen, am stärksten in Bayern (+5,8 %) und Baden-Württemberg (+4,1 %). Bundesweit lebten im Dezember 2020 knapp 5,6 Mio. Menschen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, 0,9 % mehr als ein Jahr zuvor.

Der Anteil der Personen unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung lag in Niedersachsen im Dezember 2020 unverändert zum Vorjahresmonat bei 8,7 % (Deutschland: 8,5 %). Hingegen verringerte sich der Anteil aller minderjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung unter 18 Jahren im selben Zeitraum in Niedersachsen von 14,3 % auf 13,9 % und in Deutschland von 13,7 % auf 13,5 %.

Soziale Mindestsicherung

T68

Deutlich weniger Menschen auf soziale Mindestsicherung angewiesen

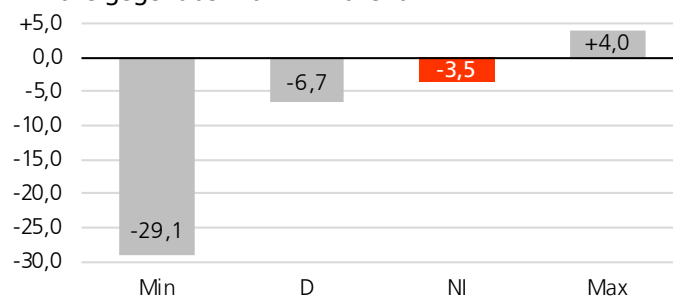
Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen waren. In Niedersachsen betraf dies Ende 2019 knapp 680 200 Personen bzw. 8,5 % der Bevölkerung. In den Ländern reichte die Spanne von 4,3 % in Bayern bis 17,3 % in Bremen; der Bundesdurchschnitt lag bei 8,3 %.

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (siehe Informationen).

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger ging 2019 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 4,8 % zurück. Auch in allen anderen Ländern sanken die Zahlen, bundesweit um 4,7 %. Ausschlaggebend für den in Niedersachsen seit 2011 höchsten Rückgang binnen eines Jahres war die Verringerung im SGB II-Bereich um fast 31 000 Regelleistungsberechtigte (-5,6 %). Rückläufige Zahlen gab es auch bei den Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (-3,8 %), der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (-7,9 %) und geringfügig bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (-0,5 %).

Auch im mittelfristigen Vergleich 2019 zu 2014 verringerte sich die Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden in Niedersachsen – und zwar um 3,5 % und damit weniger stark als in Deutschland insgesamt (-6,7 %).

■ Veränderung der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2019 gegenüber 2014 – Prozent –



Verbraucherinsolvenzen

T69

Verbraucherinsolvenzen stark rückläufig

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging 2020 in Niedersachsen und Deutschland insgesamt das 10. Jahr in Folge zurück. In Niedersachsen lag 2020 die Zahl mit 6 762 Insolvenzen um mehr als ein Viertel (-26,9 %) niedriger als 2019; deutschlandweit betrug der Rückgang sogar ein Drittel (-33,3 %). Die Quote der Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verringerte sich 2020 in Niedersachsen um 3,1 auf 8,5; trotzdem war das im Ländervergleich wie im Vorjahr der zweithöchste Wert hinter Bremen (9,4). Der Bundesdurchschnitt betrug 5,0 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der merkliche Rückgang der Insolvenzen von Verbraucherinnen und Verbrauchern ist mutmaßlich auf das seit Oktober 2020 geltende Gesetz zur schrittweisen Verkürzung von Restschuldbefreiungsverfahren zurückzuführen. Mit Einführung dieses Gesetzes geht eine Reduzierung der Wohlverhaltensphase von 6 auf 3 Jahre einher. Viele überschuldete Privatpersonen haben vermutlich diese Gesetzesänderung abgewartet und werden nun erst nach und nach einen Insolvenzantrag stellen.

Pflegebedürftige

T70

Weiter steigende Zahl an Pflegebedürftigen

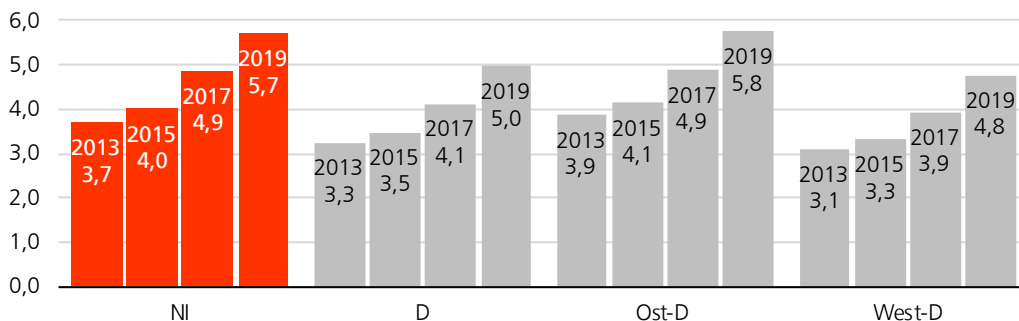
Im Jahr 2019 waren in Niedersachsen gut 456 000 Menschen pflegebedürftig, darunter 62,4 % Frauen. Gegenüber 2017 entsprach dies einer Zunahme um 17,8 % und gegenüber 2013 um 58,3 %. Bundesweit gab es gut 4,1 Mio. Pflegebedürftige, was einer Zunahme

me gegenüber 2017 um mehr als ein Fünftel (+20,9 %) und gegenüber 2013 um 57,2 % entsprach.

In der zweijährlichen Erhebung der Pflegestatistik werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2-5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI). Zudem gilt seit 2017 ein neues Begutachtungsverfahren, bei dem der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit ist. So dass u. a. Demenz-Erkrankte die gleichen Pflegeleistungen erhalten können wie körperlich Pflegebedürftige. Durch beide Erweiterungen werden seit 2017 deutlich mehr Pflegebedürftige in der Pflegestatistik ausgewiesen.

In Niedersachsen wurde 2019 der größte Teil der Pflegebedürftigen (51,3 %) zu Hause von Angehörigen versorgt (Deutschland: 51,3 %), knapp ein Viertel (22,9 %) lebte mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes in den eigenen vier Wänden (Deutschland: 23,8 %) und 21,2 % waren vollstationär in Pflegeeinrichtungen untergebracht (Deutschland: 19,8 %).

**■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern
2019, 2017, 2015 und 2013 – Prozent –**



Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2019 gegenüber 2017 in Niedersachsen um 0,8 Prozentpunkte auf 5,7 %. Dies war die höchste Quote unter den westdeutschen Ländern (Westdeutschland: 4,8 %); in den 5 ostdeutschen Flächenländern fielen die Quoten jedoch höher aus. Den niedrigsten Wert wies 2019 Bayern mit einer Quote von 3,7 % auf. Deutschlandweit lag die Pflegequote bei 5,0 %.

Pflegequote
T70

Die Quoten werden durch die unterschiedlichen Altersstrukturen in den Ländern beeinflusst. Die steigende Lebenserwartung und das Geburtendefizit tragen zu einem höheren Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung bei. Dies führt sowohl zu einem absoluten Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen als auch zu einer Erhöhung der Quote.

Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen weiter rückläufig

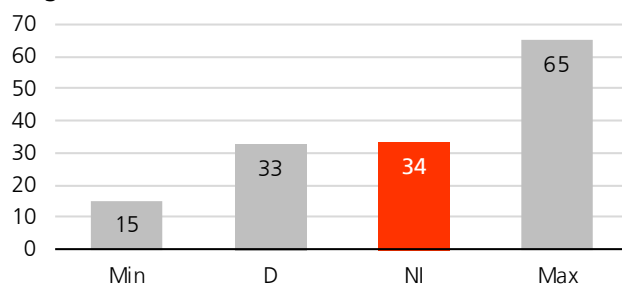
Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Vorläufige Schutzmaßnahmen
T71

Im Jahr 2020 ging die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen gegenüber 2019 um 9,1 % auf 4 506 zurück. Bundesweit betrug die Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen gut 45 400, was einem Rückgang von 8,2 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Auf 10 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen in Niedersachsen 34 Schutzmaßnahmen; im Bundesdurchschnitt waren es 33. Den niedrigsten Wert verzeichnete Bayern (15) und den höchsten Bremen (65).

Mehr als die Hälfte (52,3 %) der vorläufigen Schutzmaßnahmen betraf 2020 in Niedersachsen Kinder und Jugendliche zwischen 14 und unter 18 Jahren (Deutschland: 54,2 %). Zwischen 6 und unter 14 Jahren waren 29,8 % (Deutschland: 27,4 %) und unter 6 Jahren

■ Vorläufige Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche 2020 – Anzahl –



18,0 % (Deutschland: 18,4 %) von vorläufigen Schutzmaßnahmen betroffen. Der häufigste Anlass für eine vorläufige Schutzmaßnahme in Niedersachsen war wie in den Vorjahren die „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils“ (45,9 %; Deutschland: 40,7 %). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich weder die Verteilung der Maßnahme-Anlässe (z. B. Überforderung, Misshandlung, Vernachlässigung) noch der Maßnahme-Anregenden (z. B. Jugendamt, Kind/Jugendliche selbst, Elternteil, Polizei, Schule) durch die Corona-Pandemie mit den verbundenen Lockdowns und Schulschließungen wesentlich verändert.

Schwangerschaftsabbrüche

T72

Mehr Schwangerschaftsabbrüche als im Vorjahr

Im Jahr 2020 wurden bei Frauen aus Niedersachsen 8 627 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen und somit 5,0 % mehr als im Jahr zuvor. Bundesweit lag die Zahl der Abbrüche bei gut 99 900, was einem Rückgang um 0,9 % gegenüber 2019 entsprach. Bei Minderjährigen aus Niedersachsen wurden 259 Abbrüche vorgenommen, was einem Anteil von 3,0 % an allen Eingriffen entsprach (Deutschland: 2,7 %).

Wird die Zahl der Abbrüche auf die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen, verringern sich die demographischen Effekte. In Niedersachsen kamen 2020 auf 1 000 Lebendgeborene 116 Schwangerschaftsabbrüche; 5 Jahre zuvor waren es 115. Bundesweit lag 2020 die Zahl der Abtreibungen mit 128 je 1 000 Lebendgeborene unter dem Wert von 2015 (139). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2020 wie in den Vorjahren nur in Rheinland-Pfalz (85), Baden-Württemberg (94) und Bayern (97). Die höchsten Werte wurden in Berlin (253) und Sachsen-Anhalt (203) registriert.

Straftaten

T73

Zahl der Straftaten zurückgegangen – weniger Wohnungseinbruchdiebstähle

Die Polizei registrierte 2020 in Niedersachsen knapp 497 200 Straftaten, 1,9 % weniger als im Vorjahr (knapp 506 600). Bundesweit wurde ein Rückgang um 2,3 % auf rund 5,31 Mio. Straftaten verzeichnet. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen 6 219 Straftaten und damit weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (6 386). Gleichzeitig lag die Aufklärungsquote in Niedersachsen mit 64,3 % über dem Bundesdurchschnitt von 58,4 % und erreichte damit den bisherigen Höchstwert seit Ausweisung der Zahlen 1990. In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen am höchsten aus und die Aufklärungsquoten mit teilweise unter 50 % am niedrigsten.

Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

Wohnungseinbruchdiebstahl

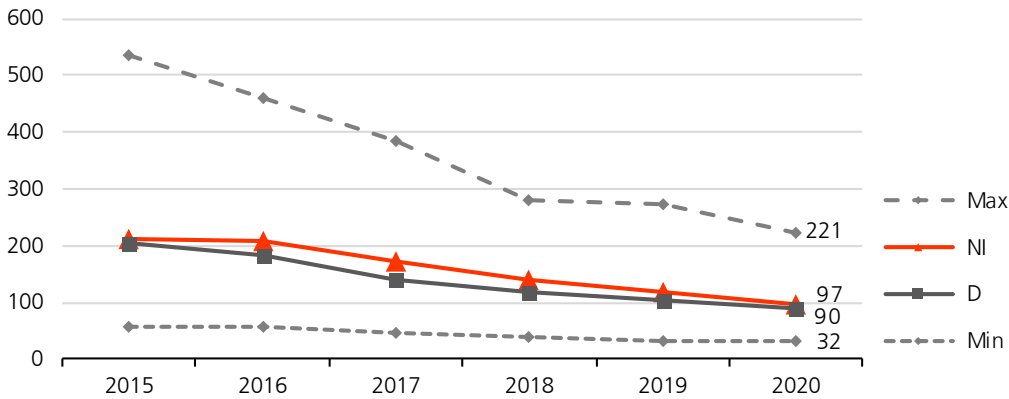
T73

Insgesamt wurden 2020 in Niedersachsen 7 738 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl erfasst. Der rückläufige Trend der vergangenen Jahre setzte sich weiter fort; 2020 gab es gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Rückgang von 18,2 %. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport sieht dafür mehrere mögliche Gründe: weniger Tatgelegenheiten durch den Lockdown und das vermehrte Homeoffice, die kontinuierlichen Polizei-

kontrollen, bessere bauliche Sicherungsmaßnahmen sowie die intensivere polizeiliche Zusammenarbeit.

Deutschlandweit ging die Zahl der Einbrüche 2020 um 13,9 % auf gut 75 000 zurück. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2020 in Niedersachsen 97 Wohnungseinbruchdiebstähle (Vorjahr: 118), in Deutschland insgesamt 90 (Vorjahr: 105). Am höchsten waren die Werte 2020 in den Stadtstaaten Bremen (221), Berlin (193) und Hamburg (186), am niedrigsten in Bayern (32) und Baden-Württemberg (42).

Wohnungseinbruchdiebstähle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2015 bis 2020 – Anzahl –

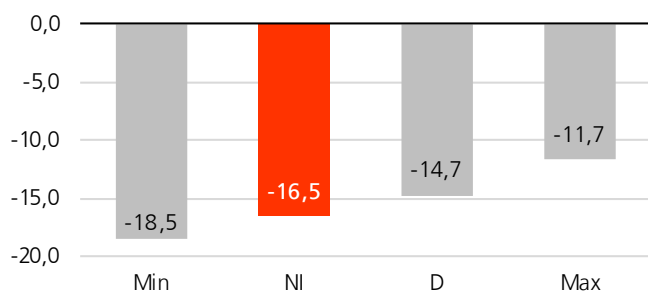


Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr auf historisches Tief gesunken

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 16,5 % auf rund 35 300 deutlich gesunken und erreichte damit ein historisches Tief. Bundesweit verunglückten knapp 330 300 Personen und damit 14,7 % weniger als 2019. Der deutliche Rückgang 2020 ist insbesondere auf das pandemiebedingte niedrigere Verkehrsaufkommen mit Personenkraftwagen (Pkw) zurückzuführen; die Zahl der Pkw-Verunglückten nahm in Niedersachsen um 22,7 % und in Deutschland um 23,3 % ab. Bei den Fahrradfahrenden lag die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr in Niedersachsen mit 9 415 ebenfalls unter der Vorjahreszahl (-4,3 %; Deutschland: +5,6 % auf 92 273).

Verunglückte im Straßenverkehr
T74

Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2020 gegenüber 2019 – Prozent –



Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete Niedersachsen 2020 insgesamt 442 Verunglückte im Straßenverkehr. Nur in Schleswig-Holstein (481) und Bremen (462) fiel der Wert höher aus (Deutschland: 397). Im Vergleich zum Vorjahr und zu 2015 verringerte sich die Quote sowohl in Niedersachsen (-87,9 bzw. -110,1) als auch in Deutschland insgesamt (-68,9 bzw. -89,9). Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr lag 2020 in Niedersachsen mit insgesamt 369 Opfern um 14,6 % niedriger als im Vorjahr und erreichte damit ebenfalls ein historisches Tief. Bundesweit verunglückten 2 719 Menschen tödlich, was einem Rückgang um 10,7 % entsprach.

Informationen:

- **Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung](#)
- **SGB II-Leistungen:** Bundesagentur für Arbeit: [Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende](#), Eckwerte bzw. Strukturen
- Bundesagentur für Arbeit: Statistiken – [Themen im Fokus – Familien und Kinder](#): Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)
- **Verbraucherinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Unternehmen und Arbeitsstätten](#). Insolvenzen (Fachserie 2 Reihe 4.1)
- LSN: Themenbereich Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen: Statistische Berichte – [D III 1 Insolvenzverfahren](#)
- **Pflegebedürftige:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Pflege](#): Pflegebedürftige - Ländervergleich
- **Vorläufige Schutzmaßnahmen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): Soziales – Kinderschutz: [Kinder und Jugendhilfe - Vorl. Schutzmaßnahmen](#)
- LSN: Themenbereich Soziales. Statistische Berichte: [K Sozialleistungen](#): K I 3. Jugendhilfe, Erzieherische Hilfen
- **Schwangerschaftsabbrüche:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Schwangerschaftsabbrüche](#). (Fachserie 12 Reihe 3)
- **Straftaten:** [Bundeskriminalamt](#): [Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#): PKS 2020 - PKS-Tabellen: Länder - Falltabellen
- **Verunglückte im Straßenverkehr:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Verkehrsunfälle - jährlich](#). Zeitreihen (siehe Tab. 3.2(5)(6) sowie 3.4)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Unfallatlas](#)
- LSN: [Themenbereich Verkehr](#): 46241 - Statistik der Straßenverkehrsunfälle – Unfälle mit Fahrradbeteiligung

Autor: Arne Lehmann

Tabellen Soziales und Sicherheit

66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾			In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten	
				unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter					2019/2014 ²⁾	2019/2018
	2014	2018	2019			€	Prozentpunkte				
			%								
Baden-Württemberg	15,0	15,2	15,6	19,1	18,2	30,9	42,5	49,2	1 167	+0,6	+0,4
Bayern	14,8	14,5	14,7	16,4	22,0	28,8	42,4	50,3	1 155	-0,1	+0,2
Berlin	14,1	16,5	17,8	22,6	13,4	33,5	34,7	58,3	1 045	+3,7	+1,3
Brandenburg	13,4	13,1	13,3	17,9	10,4	[u]	40,8	67,3	1 030	-0,1	+0,2
Bremen	17,3	17,6	18,5	31,5	10,6	41,3	43,2	50,0	975	+1,2	+0,9
Hamburg	18,0	18,4	17,9	22,3	18,1	36,7	37,3	62,2	1 145	-0,1	-0,5
Hessen	15,9	16,9	17,0	23,1	17,0	34,1	44,9	53,5	1 095	+1,1	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	12,0	14,2	13,4	15,2	8,3	[u]	37,5	58,0	937	+1,4	-0,8
Niedersachsen	15,3	15,0	16,0	21,7	15,4	40,8	43,5	57,5	1 049	+0,7	+1,0
Nordrhein-Westfalen	16,2	16,6	17,0	23,1	15,2	38,7	43,3	58,0	1 042	+0,8	+0,4
Rheinland-Pfalz	16,7	16,5	16,5	20,7	19,1	36,9	48,3	60,3	1 100	-0,2	[n]
Saarland	16,1	16,0	17,1	22,6	18,5	40,2	47,9	58,3	1 076	+1,0	+1,1
Sachsen	11,6	12,3	12,5	15,0	7,9	[u]	29,6	65,4	968	+0,9	+0,2
Sachsen-Anhalt	14,1	14,0	14,8	21,2	8,5	[u]	38,3	67,8	958	+0,7	+0,8
Schleswig-Holstein	15,4	15,9	15,9	21,5	14,8	48,3	43,9	56,8	1 113	+0,5	[n]
Thüringen	11,6	11,9	12,4	16,5	8,3	[u]	32,3	52,6	966	+0,8	+0,5
Deutschland	15,4	15,5	15,9	20,5	15,7	35,2	42,7	57,9	1 074	+0,5	+0,4
Westdeutschland	16,0	16,1	16,4	21,3	17,5	35,5	44,6	56,4	1 100	+0,4	+0,3
Ostdeutschland	12,6	13,4	13,8	17,7	9,3	38,2	33,9	60,3	986	+1,2	+0,4

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe im Berichtsjahr 2016 sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

67. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt (Dezember)				Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			Anteil minderjähriger Kinder in BG an der Bevölkerung ⁴⁾	Veränderung der Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt	
	2015	2019	2020			2015	2019	2020		2020/2015	2020/2019
	Anzahl							%			
Baden-Württemberg	447 127	431 803	449 687	21 521	5,1	4,8	5,0	8,1	+0,6	+4,1	
Bayern	436 330	395 354	418 355	24 868	4,2	3,8	4,0	6,4	-4,1	+5,8	
Berlin	571 560	486 091	501 591	18 745	20,0	16,3	16,8	26,8	-12,2	+3,2	
Brandenburg	226 659	164 761	158 433	9 201	11,8	8,6	8,2	11,5	-30,1	-3,8	
Bremen	100 366	99 964	101 339	4 359	18,9	18,4	18,7	31,5	+1,0	+1,4	
Hamburg	187 806	181 266	191 400	8 433	12,9	11,9	12,5	19,8	+1,9	+5,6	
Hessen	429 089	401 546	415 447	17 807	8,7	8,0	8,3	13,7	-3,2	+3,5	
Mecklenburg-Vorpommern	174 809	125 765	119 873	8 741	14,0	10,3	9,9	14,1	-31,4	-4,7	
Niedersachsen	586 487	548 510	547 895	30 509	9,4	8,7	8,7	13,9	-6,6	-0,1	
Nordrhein-Westfalen	1 679 855	1 614 332	1 618 495	70 223	11,8	11,3	11,4	18,3	-3,7	+0,3	
Rheinland-Pfalz	229 729	220 285	223 655	12 875	7,1	6,8	6,9	11,4	-2,6	+1,5	
Saarland	82 993	83 171	83 195	3 502	10,7	11,0	11,0	18,9	+0,2	+0,0	
Sachsen	356 295	259 523	252 102	16 477	11,6	8,6	8,4	11,4	-29,2	-2,9	
Sachsen-Anhalt	257 908	198 259	186 095	13 402	15,2	12,2	11,6	17,2	-27,8	-6,1	
Schleswig-Holstein	224 121	208 868	207 396	10 975	10,1	9,3	9,2	14,6	-7,5	-0,7	
Thüringen	166 146	127 975	121 932	8 407	10,0	8,0	7,7	11,7	-26,6	-4,7	
Deutschland	6 157 280	5 547 473	5 596 890	280 045	9,4	8,4	8,5	13,5	-9,1	+0,9	
Westdeutschland	4 403 903	4 185 099	4 256 864	205 072	8,3	7,8	8,0	12,9	-3,3	+1,7	
Ostdeutschland	1 753 377	1 362 374	1 340 026	74 973	14,1	11,0	10,9	16,1	-23,6	-1,6	

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht-erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Minderjährige Kinder (mit und ohne Leistungsanspruch sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2019.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II, Stand: Juni 2021; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, April 2021

68. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾ insgesamt			Mindestsicherungsquote (Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.)					Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen insgesamt	
				insgesamt			männlich	weiblich		
	2014	2018	2019	2014	2018	2019	2019		2019/2014	2019/2018
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	555 997	586 407	563 782	5,2	5,3	5,1	5,2	5,0	+1,4	-3,9
Bayern	578 878	600 409	568 749	4,6	4,6	4,3	4,4	4,2	-1,7	-5,3
Berlin	660 634	612 398	586 856	19,0	16,8	16,0	16,8	15,2	-11,2	-4,2
Brandenburg	266 335	217 825	200 227	10,8	8,7	7,9	8,6	7,3	-24,8	-8,1
Bremen	114 163	119 168	117 871	17,2	17,4	17,3	17,6	17,0	+3,2	-1,1
Hamburg	232 743	239 065	232 868	13,2	13,0	12,6	12,9	12,3	+0,1	-2,6
Hessen	528 217	543 127	516 248	8,7	8,7	8,2	8,3	8,1	-2,3	-4,9
Mecklenburg-Vorpommern	207 838	162 912	147 334	13,0	10,1	9,2	10,0	8,4	-29,1	-9,6
Niedersachsen	704 657	714 194	680 185	9,0	8,9	8,5	8,7	8,3	-3,5	-4,8
Nordrhein-Westfalen	1 959 939	2 017 535	1 948 653	11,1	11,3	10,9	11,1	10,7	-0,6	-3,4
Rheinland-Pfalz	277 828	287 580	275 584	6,9	7,0	6,7	6,8	6,6	-0,8	-4,2
Saarland	94 350	102 085	98 132	9,5	10,3	9,9	10,3	9,6	+4,0	-3,9
Sachsen	414 856	327 263	298 989	10,2	8,0	7,3	7,9	6,8	-27,9	-8,6
Sachsen-Anhalt	298 382	238 823	219 530	13,3	10,8	10,0	10,7	9,3	-26,4	-8,1
Schleswig-Holstein	269 157	275 913	262 776	9,5	9,5	9,0	9,4	8,7	-2,4	-4,8
Thüringen	192 990	159 013	146 122	8,9	7,4	6,8	7,2	6,5	-24,3	-8,1
Deutschland	7 356 964	7 203 717	6 863 906	9,1	8,7	8,3	8,5	8,0	-6,7	-4,7
Westdeutschland	5 315 929	5 485 483	5 264 848	8,2	8,2	7,9	8,0	7,7	-1,0	-4,0
Ostdeutschland	2 041 035	1 718 234	1 599 058	12,8	10,6	9,9	10,5	9,2	-21,7	-6,9

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	6 735	5 234	3 704	6,2	4,7	3,3	-45,0	-29,2
Bayern	8 093	5 381	3 731	6,4	4,1	2,8	-53,9	-30,7
Berlin	3 455	3 129	1 804	9,9	8,6	4,9	-47,8	-42,3
Brandenburg	3 121	2 481	1 692	12,7	9,9	6,7	-45,8	-31,8
Bremen	1 082	822	636	16,3	12,0	9,4	-41,2	-22,6
Hamburg	2 228	1 612	858	12,6	8,7	4,6	-61,5	-46,8
Hessen	4 991	3 684	2 511	8,2	5,9	4,0	-49,7	-31,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 735	1 550	1 002	10,8	9,6	6,2	-42,2	-35,4
Niedersachsen	11 220	9 247	6 762	14,3	11,6	8,5	-39,7	-26,9
Nordrhein-Westfalen	20 908	15 797	10 147	11,8	8,8	5,7	-51,5	-35,8
Rheinland-Pfalz	3 389	2 742	1 753	8,4	6,7	4,3	-48,3	-36,1
Saarland	1 514	1 103	665	15,3	11,2	6,8	-56,1	-39,7
Sachsen	3 628	2 982	2 011	8,9	7,3	4,9	-44,6	-32,6
Sachsen-Anhalt	2 800	2 355	1 633	12,6	10,7	7,5	-41,7	-30,7
Schleswig-Holstein	3 569	3 073	1 859	12,6	10,6	6,4	-47,9	-39,5
Thüringen	1 678	1 440	985	7,8	6,7	4,6	-41,3	-31,6
Deutschland	80 146	62 632	41 753	9,8	7,5	5,0	-47,9	-33,3
Westdeutschland	63 729	48 695	32 626	9,7	7,3	4,9	-48,8	-33,0
Ostdeutschland	16 417	13 937	9 127	10,3	8,6	5,6	-44,4	-34,5

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2013	2017	2019		2019	2013	2017	2019	2019/2013
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	298 769	398 612	471 913	62,1	2,8	3,6	4,3	+58,0	+18,4
Bayern	329 016	399 357	491 996	62,1	2,6	3,1	3,7	+49,5	+23,2
Berlin	112 509	135 680	158 482	61,2	3,3	3,8	4,3	+40,9	+16,8
Brandenburg	102 953	132 426	153 971	61,5	4,2	5,3	6,1	+49,6	+16,3
Bremen	22 564	28 998	34 576	63,2	3,4	4,3	5,1	+53,2	+19,2
Hamburg	49 566	63 145	77 325	62,5	2,8	3,4	4,2	+56,0	+22,5
Hessen	205 126	261 757	310 653	62,7	3,4	4,2	4,9	+51,4	+18,7
Mecklenburg-Vorpommern	72 445	91 029	102 996	62,0	4,5	5,7	6,4	+42,2	+13,1
Niedersachsen	288 296	387 293	456 255	62,4	3,7	4,9	5,7	+58,3	+17,8
Nordrhein-Westfalen	581 492	769 132	964 987	62,8	3,3	4,3	5,4	+66,0	+25,5
Rheinland-Pfalz	117 910	161 164	202 708	62,7	3,0	4,0	5,0	+71,9	+25,8
Saarland	34 102	45 582	55 318	63,0	3,4	4,6	5,6	+62,2	+21,4
Sachsen	149 461	204 797	250 812	62,5	3,7	5,0	6,2	+67,8	+22,5
Sachsen-Anhalt	92 416	110 624	129 672	62,3	4,1	5,0	5,9	+40,3	+17,2
Schleswig-Holstein	82 692	109 162	130 349	60,6	2,9	3,8	4,5	+57,6	+19,4
Thüringen	86 889	115 620	135 592	61,7	4,0	5,4	6,4	+56,1	+17,3
Deutschland	2 626 206	3 414 378	4 127 605	62,3	3,3	4,1	5,0	+57,2	+20,9
Westdeutschland	2 009 533	2 624 202	3 196 080	62,4	3,1	3,9	4,8	+59,0	+21,8
Ostdeutschland	616 673	790 176	931 525	61,9	3,9	4,9	5,8	+51,1	+17,9

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2-5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

71. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Anteil männlich ¹⁾	Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ²⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2015	2019 ³⁾	2020 ³⁾		2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	8 367	4 752	4 287	52,8	45	25	23	-48,8	-9,8
Bayern	15 295	3 755	3 342	52,8	72	17	15	-78,1	-11,0
Berlin	2 990	2 309	1 888	56,6	54	38	31	-36,9	-18,2
Brandenburg	2 030	1 846	1 803	54,4	54	46	45	-11,2	-2,3
Bremen	1 145	853	733	58,4	108	77	65	-36,0	-14,1
Hamburg	1 940	1 634	1 440	53,3	67	53	46	-25,8	-11,9
Hessen	7 056	4 116	4 061	54,5	69	39	38	-42,4	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 271	1 280	1 246	53,5	54	52	51	-2,0	-2,7
Niedersachsen	5 842	4 957	4 506	50,8	44	37	34	-22,9	-9,1
Nordrhein-Westfalen	16 649	13 503	12 308	52,9	56	45	41	-26,1	-8,8
Rheinland-Pfalz	1 677	1 681	1 566	53,1	26	25	23	-6,6	-6,8
Saarland	1 638	704	628	46,5	114	48	43	-61,7	-10,8
Sachsen	4 104	3 054	2 710	52,5	67	47	42	-34,0	-11,3
Sachsen-Anhalt	1 433	1 259	1 401	51,3	46	39	43	-2,2	+11,3
Schleswig-Holstein	4 026	2 456	2 222	57,1	86	52	47	-44,8	-9,5
Thüringen	2 182	1 351	1 303	52,0	69	42	40	-40,3	-3,6
Deutschland	77 645	49 510	45 444	53,2	58	36	33	-41,5	-8,2
Westdeutschland	63 635	38 411	35 093	53,1	58	34	31	-44,9	-8,6
Ostdeutschland	14 010	11 099	10 351	53,5	58	44	41	-26,1	-6,7

1) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

3) Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen sind möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

72. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	10 667	10 145	10 208	106	93	94	-11,2	+1,5
Bayern	11 821	12 131	12 487	100	95	97	-3,0	+2,5
Berlin	8 494	9 645	9 790	223	244	253	+13,3	+3,6
Brandenburg	3 283	3 352	3 366	172	173	177	+3,1	+2,2
Bremen	1 544	1 219	1 334	237	171	191	-19,3	+12,3
Hamburg	2 939	3 573	3 347	149	171	164	+10,2	-4,0
Hessen	8 087	8 122	7 974	142	135	134	-5,5	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 614	2 309	2 313	197	183	192	-2,4	+4,9
Niedersachsen	7 727	8 220	8 627	115	112	116	+1,2	+3,8
Nordrhein-Westfalen	20 783	21 552	20 705	130	126	122	-6,0	-3,7
Rheinland-Pfalz	3 984	3 592	3 213	114	97	85	-25,1	-11,6
Saarland	1 196	1 242	1 351	159	155	166	+4,0	+6,8
Sachsen	5 083	5 160	5 084	139	150	152	+9,3	+1,8
Sachsen-Anhalt	3 566	3 346	3 276	205	201	203	-0,7	+1,0
Schleswig-Holstein	3 139	3 261	3 294	133	132	135	+1,3	+2,1
Thüringen	3 200	2 935	2 997	178	176	187	+5,0	+6,3
Deutschland¹⁾	99 237	100 893	99 948	139	128	128	-7,5	+0,3
Westdeutschland	71 887	73 057	72 540	121	114	114	-5,8	-0,6
Ostdeutschland	26 240	26 747	26 826	184	192	198	+7,5	+3,2

1) Inkl. nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze. In den Summen für West- und Ostdeutschland sind nicht zuzuordnende Wohnsitze und Auslandswohnsitze nicht enthalten.

73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl ¹⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt	
	erfasste Fälle			Häufigkeitszahl ²⁾	Aufklärungsquote	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ²⁾		
	2015	2019	2020		%	Anzahl	%	2020/2015	2020/2019
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	617 365	573 813	538 566	4 852	64,0	4 696	42	-12,8	-6,1
Bayern	805 915	603 464	594 243	4 528	68,1	4 181	32	-26,3	-1,5
Berlin	569 550	513 426	504 142	13 739	46,1	7 070	193	-11,5	-1,8
Brandenburg	188 264	171 828	162 941	6 461	56,4	2 488	99	-13,5	-5,2
Bremen	91 237	78 228	80 869	11 872	51,5	1 506	221	-11,4	+3,4
Hamburg	243 959	210 832	203 526	11 018	47,7	3 442	186	-16,6	-3,5
Hessen	403 188	364 833	342 423	5 446	65,5	5 165	82	-15,1	-6,1
Mecklenburg-Vorpommern	117 261	111 329	105 932	6 587	62,9	786	49	-9,7	-4,8
Niedersachsen	568 470	506 582	497 158	6 219	64,3	7 738	97	-12,5	-1,9
Nordrhein-Westfalen	1 517 448	1 227 929	1 215 763	6 774	52,8	24 780	138	-19,9	-1,0
Rheinland-Pfalz	273 491	241 529	230 304	5 626	66,2	2 627	64	-15,8	-4,6
Saarland	77 993	74 719	68 400	6 931	57,8	1 371	139	-12,3	-8,5
Sachsen	314 861	271 796	272 588	6 694	58,7	2 831	70	-13,4	+0,3
Sachsen-Anhalt	198 809	173 347	177 904	8 106	54,1	2 125	97	-10,5	+2,6
Schleswig-Holstein	202 598	183 445	173 929	5 990	55,8	3 268	113	-14,2	-5,2
Thüringen ³⁾	140 240	129 301	141 933	6 653	63,5	949	44	+1,2	[x]
Deutschland	6 330 649	5 436 401	5 310 621	6 386	58,4	75 023	90	-16,1	-2,3
Westdeutschland	4 801 664	4 065 374	3 945 181	5 891	59,9	58 774	88	-17,8	-3,0
Ostdeutschland	1 528 985	1 371 027	1 365 440	8 429	54,0	16 249	100	-10,7	-0,4

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2019.

3) Technisch bedingter Rückgang der Fallzahlen 2019 durch Umstellung der IT-Verfahren auf ein neues System, ein Vergleich mit anderen Jahresergebnissen ist daher nicht sinnvoll.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Grundtabelle V1.0 Stand April 2021

74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2015	2019	2020	2015	2019	2020	2020/2015	2020/2019
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	48 618	47 240	39 950	451,1	426,1	359,8	-17,8	-15,4
Bayern	71 775	67 620	57 663	563,2	516,3	439,4	-19,7	-14,7
Berlin	17 840	17 811	15 376	511,9	487,6	419,8	-13,8	-13,7
Brandenburg	11 004	11 979	10 301	446,5	476,1	408,0	-6,4	-14,0
Bremen	4 035	3 852	3 138	608,0	563,8	461,8	-22,2	-18,5
Hamburg	10 103	9 296	7 909	570,7	504,3	428,6	-21,7	-14,9
Hessen	28 348	27 497	22 557	463,5	438,2	358,7	-20,4	-18,0
Mecklenburg-Vorpommern	7 023	7 001	6 105	438,8	435,1	379,3	-13,1	-12,8
Niedersachsen	43 399	42 348	35 343	552,1	529,9	442,0	-18,6	-16,5
Nordrhein-Westfalen	76 782	78 268	67 110	434,2	436,5	374,3	-12,6	-14,3
Rheinland-Pfalz	19 291	18 710	16 461	479,7	457,5	402,2	-14,7	-12,0
Saarland	5 236	4 761	4 009	529,3	481,8	407,1	-23,4	-15,8
Sachsen	17 225	17 124	14 771	424,7	420,5	363,5	-14,2	-13,7
Sachsen-Anhalt	10 635	10 207	9 011	476,7	463,9	412,1	-15,3	-11,7
Schleswig-Holstein	16 485	15 945	13 983	580,3	549,8	481,1	-15,2	-12,3
Thüringen	9 092	7 617	6 582	421,9	356,4	309,7	-27,6	-13,6
Deutschland	396 891	387 276	330 269	487,2	466,2	397,3	-16,8	-14,7
Westdeutschland	324 072	315 537	268 123	495,0	471,8	400,5	-17,3	-15,0
Ostdeutschland	72 819	71 739	62 146	455,4	443,2	384,3	-14,7	-13,4

Gleichstellung von Frauen und Männern

Ergänzend zu den vorangegangenen Kapiteln werden nachfolgend einige wichtige Indikatoren aus verschiedenen Bereichen differenziert nach Geschlecht dargestellt: Themenfelder Beruf und Familie (T5 bis T9), Erwerbstätigkeit (T15, T16), Schulische und berufliche Qualifikation (T47 bis T49) sowie Verdienste (Wirtschaft: T29).

Geschlechterspezifische Erwerbstätigenquoten (T14) und Arbeitslosenquoten Jugendlicher (T18) werden außerdem im Kapitel Erwerbstätigkeit beschrieben. Angaben zu den Quoten der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (T45) sowie bei beruflichen Abschlussprüfungen (T48, T49) stehen im Kapitel Schulische und berufliche Qualifikation. Eine Zusammenstellung zu den Geschlechterverhältnissen an Hochschulen 2019 enthält das Kapitel Wissenschaft und Kultur (T50 bis T54).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsort) T15

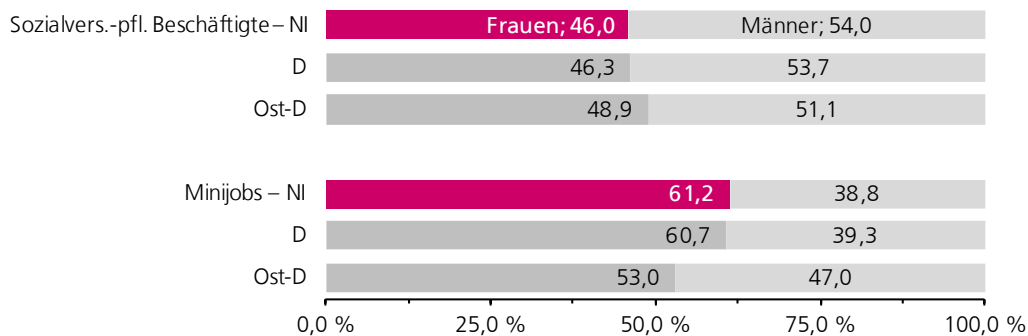
Bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung höherer Männeranteil – bei Minijobs deutlich größerer Frauenanteil

Von den 2020 gut 3,0 Mio. in Niedersachsen arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 46,0 % Frauen (2015: 45,6 %). Dieser Anteil lag leicht über dem westdeutschen Durchschnitt (45,7 %). In den ostdeutschen Ländern war das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen.

Minijobs T16

In Niedersachsen waren 2020 knapp 447 400 Personen ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (Minijobs), darunter 61,2 % Frauen. Der Frauenanteil war etwas niedriger als im Durchschnitt der westdeutschen Länder (61,9 %), aber deutlich höher als in Ostdeutschland (53,0 %). In Niedersachsen sank der Frauenanteil mittelfristig gegenüber 2015 um 3,7 Prozentpunkte (Deutschland: -2,8 Prozentpunkte).

■ Anteil Frauen und Männer an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie an Minijobs (ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte) 2020 – Prozent –



Teilzeittätige (Wohnort) T8

Frauenanteil bei Teilzeittätigen weiterhin sehr hoch

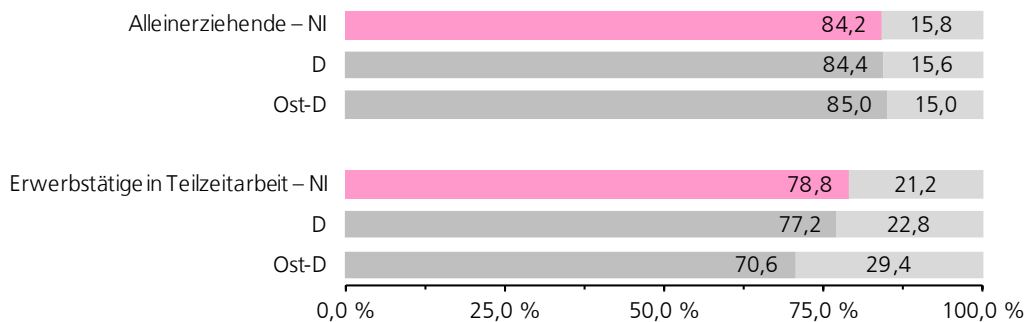
Bei den gut 1,2 Mio. Erwerbstätigen in Teilzeit blieb der Frauenanteil 2019 in Niedersachsen mit 78,8 % etwa auf dem Vorjahresniveau (-0,2 Prozentpunkte). Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil 2019 bei 77,2 % (-0,1 Prozentpunkte). Den mit Abstand höchsten Männeranteil bei Teilzeitjobs gab es auch 2019 in Berlin mit 37,8 % (Frauenanteil: 62,2 %).

Alleinerziehende T9

Alleinerziehende und Elterngeldbeziehende überwiegend Frauen

Unter den Alleinerziehenden waren 2019 in Niedersachsen 84,2 % Frauen (Deutschland: 84,4 %). Traditionell übernehmen Mütter auch in Paarbeziehungen den überwiegenden Teil der Erziehung. Dies führt oft dazu, dass Mütter gar nicht oder in Teilzeit arbeiten, während die Väter in Vollzeit tätig sind.

■ Anteil Frauen und Männer an Alleinerziehenden sowie Erwerbstätigen in Teilzeit 2019 – Prozent –



Auch bei den bis März 2021 beendeten Bezügen von Elterngeld für 2018 geborene Kinder zeigte sich diese Ungleichheit: Die Väterbeteiligung am Elterngeldbezug betrug in Niedersachsen 40,6 % (2015: 29,3 %) und lag damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 42,1 % (2015: 32,6 %). Hingegen bezogen fast alle bezugsberechtigten Mütter Elterngeld. Bundesweit liegt die Mütterbeteiligung seit vielen Jahren um die 98 %.

Elterngeld
T7

Fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und unflexible Arbeitszeitmodelle tragen neben anderem dazu bei, dass Eltern ihre Erwerbstätigkeit nicht immer nach ihren Vorstellungen gestalten können. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung und besonders der Ganztagsbetreuung unterstützt die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren sowie Nachteile bei Verdienst und Karriere durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen zu reduzieren.

In Niedersachsen lag die Quote der Ganztagsbetreuung bei den unter 3-Jährigen 2020 bei 14,0 % und die Quote bei den 3- bis unter 6-Jährigen bei 37,6 %. Im bundesweiten Durchschnitt wurden bei den unter 3-Jährigen Quoten von 19,6 % und bei den 3- bis unter 6-Jährigen von 47,9 % erreicht, in Ostdeutschland von 41,7 % bzw. 75,3 %.

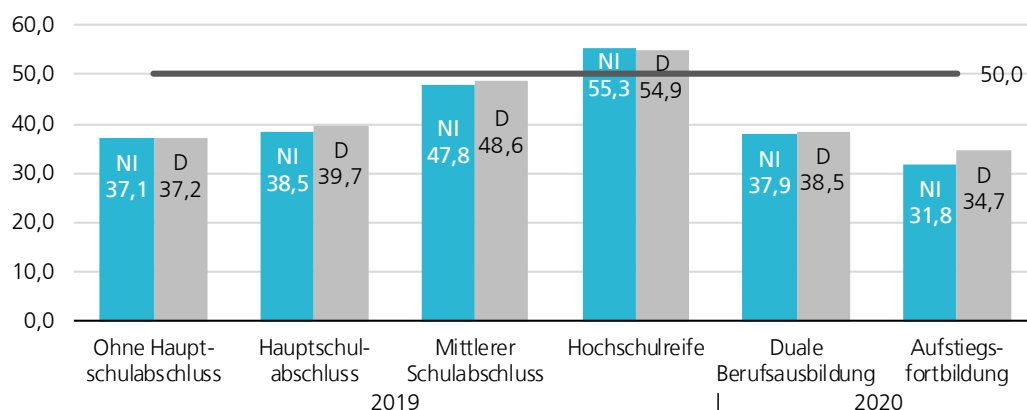
Ganztagsbetreuung für Kinder
T5, T6

Hoher Frauenanteil bei Schulentlassenen mit Hochschulreife – in der Dualen Berufsausbildung und beruflichen Aufstiegsfortbildung größerer Männeranteil

Schulentlassene
T47

Schulentlassene von allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss sowie mit Hauptschulabschluss waren 2019 überwiegend Männer. Die Frauenanteile lagen in Niedersachsen mit 37,1 % bzw. 38,5 % jeweils knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt. Beim mittleren Schulabschluss war das Geschlechterverhältnis in Niedersachsen fast ausgeglichen mit einem Frauenanteil von 47,8 % (Deutschland: 48,6 %). Bei Schulentlassenen mit Hochschulreife lag der Frauenanteil mit 55,3 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (54,9 %).

■ Frauenanteile der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemein bildenden Schulen 2019 sowie bei Abschlussprüfungen in der Dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2020 – Prozent –



Duale Ausbildung/ Aufstiegsfortbildung

T48, T49

In der Dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung sind Männer überrepräsentiert. Bei den bestandenen Abschlussprüfungen betrug der Frauenanteil in Niedersachsen 2020 bei den anerkannten Ausbildungsberufen 37,9 % (Deutschland: 38,5 %) und bei den bestandenen Fortbildungs- und Meisterprüfungen lediglich 31,8 % (Deutschland 34,7 %).

Studierende/ Professuren

T50, T51, T52, T53, T54

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten war 2019 sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse waren Frauen jedoch noch unterrepräsentiert (siehe Kapitel Wissenschaft und Kultur).

Unbereinigter Gender Pay Gap

T30

Unbereinigter Gender Pay Gap: Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern weiter auf hohem Niveau

Entsprechend internationaler Konventionen ist der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) definiert als Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Frauen und Männer im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer (jeweils ohne Sonderzahlungen). Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Der unbereinigte GPG ist eine wichtige Maßzahl zur Beschreibung des Verdienstabstandes von Männern und Frauen, der jedoch nicht gleichzusetzen ist mit verschiedenen Verdiensten bei prinzipiell gleicher Tätigkeit.

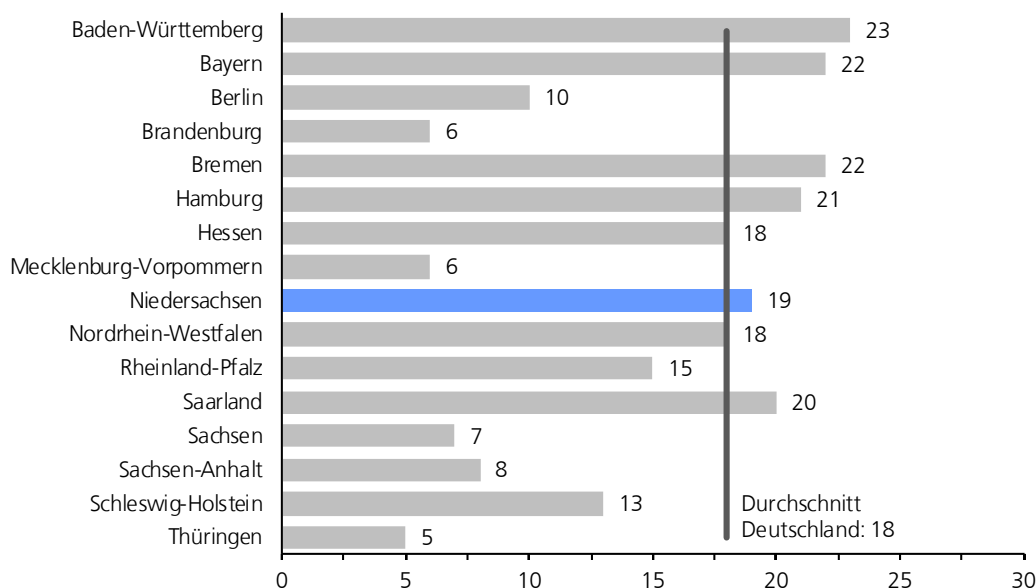
Der unbereinigte GPG misst die konkreten Einkommensunterschiede, die sowohl strukturelle Unterschiede als auch Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern beinhalten. Dabei entstehen strukturelle Unterschiede (Hierarchiestufen, Tätigkeiten, Branchen) auch durch ein gesellschaftlich geprägtes, geschlechterspezifisches Verhalten bei der Berufswahl, der Karrieregestaltung und bei familienbedingten Erwerbsunterbrechungen.

Der Gender Pay Gap wird im Folgenden entsprechend der EU-Abgrenzung ausgewiesen.

Frauen in Niedersachsen verdienten 2020 im Durchschnitt pro Stunde etwa 19 % weniger als Männer (Deutschland: 18 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 3 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2015 (22 %). Der langfristige Vergleich zeigt eine positive Entwicklung: 2006 lag der unbereinigte GPG in Niedersachsen noch bei 25 % und in Deutschland bei 23 %.

Im Ländervergleich zeigen sich große Unterschiede. In den ostdeutschen Ländern lag der unbereinigte GPG 2020 zwischen 5 % (Thüringen) und 10 % (Berlin). In Westdeutschland reichte die Spanne von 13 % (Schleswig-Holstein) bis 23 % (Baden-Württemberg).

■ Unbereinigter Gender Pay Gap 2020 – Prozent – – Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich gemessen am Bruttostundenverdienst –



Bereinigter Gender Pay Gap: großer Teil der Verdienstunterschiede strukturell erklärbar

Für das Jahr 2018 wurde ein bereinigter Gender Pay Gap für die Länder ermittelt, der den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien aufzeigt. In den westdeutschen Ländern mit einem hohen unbereinigten GPG ist der statistisch erklärbare Anteil des Verdienstunterschiedes zwischen Männern und Frauen besonders groß (siehe Informationen: Destatis GPG 2018). Allerdings wird gegen den bereinigten GPG eingewandt, dass er die Verdienstunterschiede um Faktoren bereinigt, die ihrerseits bereits Ausdruck von Benachteiligungen sind.

In Niedersachsen lag der bereinigte GPG 2018 bei 6,4 % (unbereinigter GPG: 21,2 %) leicht über dem bundesdurchschnittlichen Niveau (5,9 %). Die Spanne reichte in den Ländern von 3,6 % in Berlin bis 7,1 % in Bayern. Der unbereinigte GPG war höher und variierte deutlich stärker zwischen 6,3 % in Thüringen und 24,3 % in Baden-Württemberg (Werte nach EU-Abgrenzung).

Informationen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): [Gleichstellungsatlas](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: [Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

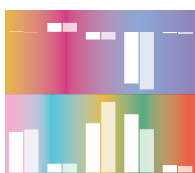
Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern:

- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: [IAB-Infoplattform – Arbeitsmarkt](#)
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Dossier Arbeitsmarktpolitik – [Geschlechterungleichheiten: Gender Pay Gap](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Verdienste -Verdienstunterschiede](#). Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2006
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Bruttostundenverdienste und Gender Pay Gap 2018 nach Bundesländern](#)
- LSN: [Verdienste in Niedersachsen – Gender Pay Gap](#)

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Ansicht:
Deutschland und seine Länder





www.statistik.niedersachsen.de